

# VILLINGEN IM WANDEL DER ZEIT

Geschichts- und Heimatverein Villingen – Jahrgang XXXX/2017





Billingen.





# Jahresheft XXXX / 2017

Beiträge  
zu Kultur, Geschichte und Gegenwart

## Herausgeber:

Geschichts- und Heimatverein Villingen e.V.

## Vorstand:

Werner Echle, 1. Vorsitzender  
Andreas Flöß, 2. Vorsitzender  
Hasko Froese, Schatzmeister  
Helga Echle, Schriftführerin

## Beirat:

Roland Brauner, Dr. Hans-Georg Enzenroß,  
Eberhard Härle, Elvira Hellebrand, Dr. Helmut  
Kury, Gunnar Mecke, Kurt Müller, Günter Rath,  
Hermann Schuhbauer, Ute Schulze, Gunter  
Schwarz, Michael Tocha, Karl-Heinz Weißer,  
Claudia Wildi

## Geschäftsstelle:

Geschichts- und Heimatverein e.V.  
Kanzleigasse 30, 78050 VS-Villingen  
Telefon (0 77 21) 40 70 999  
info@ghv-villingen.de, www.ghv-villingen.de

## Bankverbindungen:

Sparkasse Schwarzwald-Baar  
IBAN: DE26 6945 0065 0000 0054 64

Volksbank eG Schwarzwald Baar Hegau  
IBAN: DE49 6949 0000 0000 1315 04  
IBAN: DE05 6949 0000 0000 1315 20

Heftpreis: 15,- Euro; zu beziehen über den örtlichen Buchhandel. (1 Jahresheft für Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthalten)

© Geschichts- und Heimatverein e.V., 2016

## Redaktion:

Marcus Ditsch, Dr. Hans-Georg Enzenroß,  
Günter Rath.

## Verantwortlich für Text und Abbildungen:

Für die Inhalte der Beiträge sind die Autoren selbst verantwortlich. Die Bilder wurden von den Autoren der einzelnen Artikel zur Verfügung gestellt. Wir danken für die Abdruckerlaubnis.

Die Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Sie wurden in der von den Autoren überlassenen Fassung unverändert übernommen. Jede nicht genehmigte Vervielfältigung ist unstatthaft. Nachdruckgenehmigungen sind beim Vorstand einzuholen.

## Layout / Grafische Gestaltung:

Marcus Ditsch, Dr. Hans-Georg Enzenroß,  
Günter Rath.

## Repros, Satz und Druck:

Druckerei Leute GmbH, VS-Villingen,  
Tel 07721/8456-0, info@druckerei-leute.de

## Zum Titelbild:

Die abgebildete Karte zeigt den zur Zeit der Ersterwähnung Villingens bekannten Teil der Welt. Sie stammt aus einer im 11. Jahrhundert im heute noch bestehenden Kloster Saint-Severe (Frankreich, Aquitaine) gefertigten Abschrift des von dem Mönch und Theologen Beatus von Liebana (+ n. 798) verfassten Kommentars zur Apokalypse, dem letzten Buch des Neuen Testaments. Dieses Meisterwerk klösterlicher Buchmalerei befindet sich heute in der Bibliothéque Nationale, Paris. Im Original ist der Occident oben, wir haben das Bild der heutigen Sichtweise entsprechend nach Norden ausgerichtet.

# Inhalt

Impressum .....	3	<i>Erwin Teufel</i>	
Vorwort.....	7		
<i>Kurt Müller</i>			
Die Glocke von der Bickenkapelle .....	8	<i>Jörg-Dieter Klatt und Wolfgang Riedel</i>	
<i>Michael Tocha</i>		Nächster Halt „Klinikum“	
Pater Gottfried Lumper,		Villingen als Grenzbahnhof	
ein strenger Lehrer und aufgeklärter Autor .....	10	zwischen Württemberg und Baden .....	55
<i>Kurt Müller</i>			
Mehr Platz für die Musik		<i>Redaktion</i>	
Die Erweiterung der Empore während der		Buchvorstellung „817 – Die urkundliche Ersterwäh-	
Münsterrenovation 1905 bis 1909.....	14	nung von Villingen und Schwenningen“ .....	63
<i>Michael Buhlmann</i>			
Das Diplom Kaiser Ludwigs des Frommen für		<i>Lambert Hermle</i>	
das Kloster St. Gallen vom 4. Juni 817		S‘ Stadtjubiläum .....	64
1200 Jahre Ersterwähnung der Orte Villingen,			
Schwenningen und Tannheim .....	17	<i>Wolfgang Rüter-Ebel</i>	
<i>Thomas Schnabel</i>		500 Jahre Reformation – persönliche und regional-	
Von Badenern und Württembergern		bezogene Gedanken .....	65
oder von Brüdern und Schwestern .....	27	<i>Karl Volk</i>	
<i>Heinrich Maulhardt</i>		Dauer im Wandel - St. Georgen	
Die Ersterwähnung von Villingen, Schwenningen		als protestantisches Kloster .....	75
und Tannheim in ihrer Wirkungsgeschichte* .....	43	<i>Wendelin Renn</i>	
		Rund und Groß = Kunst?	
		Horst Antes und die Gaskugel als Kunstwerk im	
		öffentlichen Raum .....	85

<i>Annemarie Conradt-Mach</i>	<i>Gerhard Ächtner</i>
Kienzle Apparate –	Das Villingener Münster ..... 146
Chronik eines Niedergangs..... 91	
<i>Andreas Flöß und Hans-Georg Enzenroß</i>	<i>Winfried Hecht</i>
Das Villingener Friedrich-Krankenhaus ..... 120	Zu Ferdinand von Freiburg.....147
<i>Wolfgang Bräun</i>	<i>Wolfgang Bräun</i>
Anzeigebblatt 1926/27: Der Villingener Bott:	Paul Revellio
Wie Handel und Gewerbe vor 90 Jahren inserierten	ein großer Historiker der Villingener Stadt-
– Hauptstraßen 1926 mit großstädtischem	geschichte.....148
Aussehen – OB's Lehmann und Braunagel wirkten	<i>Wolfgang Bräun</i>
nachhaltig ..... 129	Der Pädagoge und Lokalhistoriker
<i>Wolfgang Bräun</i>	Hans Brüstle.....150
Einst pompöse Adresse: Das „Café Central“	<i>Werner Echle</i>
Schachspiel auf hohem Niveau – Wo erstes	Ehrenvorsitzender Günter Rath erhält Ehrennadel
Speise-Eis und feine Seife die kleinen Mädchen	des Landes Baden-Württemberg ..... 152
begeisterte ..... 132	<i>Helga Echle</i>
<i>Ute Schulze</i>	Jahresrückblick 2016..... 153
Recht und Ordnung in Villingen	<i>Redaktion</i>
Auszüge aus den Ratsprotokollen des 18. Jahrhun-	Vorgesehenes Jahresprogramm 2017 ..... 160
derts..... 136	Autorenverzeichnis.....162
<i>Berthold Ummenhofer</i>	
Das Villingener Hallenbad ..... 140	





# Vorwort

Liebe Mitglieder und Freunde des Geschichts- und Heimatvereins, liebe Leserinnen und Leser, der Geschichts- und Heimatverein kann auf ein sehr ereignisreiches Jahr zurückblicken. Vorstand und Beirat haben sich 2016 mit zahlreichen Themen beschäftigt, über die in der nächsten Mitgliederversammlung berichtet werden wird. Über zwanzig Veranstaltungen wurden 2016 geplant, organisiert und durchgeführt. Ich freue mich und danke Ihnen, dass die Zahl der Teilnehmer weiter gestiegen ist, was auf die Qualität und das gut ausgewählte, abwechslungsreiche und interessante Programm zurückzuführen ist, aber auch Ihre Treue und Identifikation zu unserem Verein und seinen Angeboten beweist. Diesen Weg wollen wir auch 2017 fortsetzen. Das Ergebnis sehen Sie im neuen Jahresprogramm für 2017 mit vielen Angeboten, das wir Ihnen zusammen mit dem Jahresheft 2017 überreichen.

Mit besonderer Freude übergeben Ihnen Vorstand und Beirat des Geschichts- und Heimatvereins Villingen das Jahresheft 2017 „Villingen im Wandel der Zeit“. Das erste Heft wurde 1973 herausgegeben. In diesem Jahr haben wir die Zahl „40“ erreicht. Wir können damit ein Jubiläum feiern und rückblickend auch stolz sein auf die vielen Beiträge von studierten Wissenschaftlern aber auch von Heimatforschern und Laien, die solche Berichte aus Liebe zur Heimat und deren Geschichte erarbeitet haben.

Das vorliegende Jahresheft 2017 reiht sich im Umfang und der Qualität sehr gut in die Reihe der bisherigen Veröffentlichungen ein. Ein Schwerpunkt bilden Berichte zum 1200-jährigen Jubiläum von Villingen, Schwenningen und Tannheim, die im Jahr 817 in einer Urkunde Kaiser Ludwigs des Frommen zum ersten Mal erwähnt wurden. Auf großes Interesse werden sicher alle anderen Berichte stoßen, von denen die Mehrzahl von

Mitgliedern des Geschichts- und Heimatvereins verfasst wurden. Es ist wieder ein Werk mit vielen sehr interessanten und vielseitigen Themen, mit denen unser Verein seinen Beitrag zur Pflege der Geschichte unserer Stadt leistet.

Ich danke allen, die an der Erstellung des Jahresheftes mitgewirkt haben. Besonders bedanken möchte ich mich bei den Autorinnen und Autoren für ihre Beiträge, bei den Sponsoren und vor allem bei den Redakteuren Günter Rath und Dr. Hans Georg Enzenroß, die maßgeblich zum Erfolg dieses Heftes beigetragen haben. Ein Dankeschön auch an alle Vorstands- und Beiratsmitglieder für ihre Arbeit, an alle Mitglieder, Freunde und Gönner des Vereins für Ihre Treue und alle, die auf andere Weise den Verein unterstützen. Ganz wichtig sind Sie alle, die an unseren Veranstaltungen, Vorträgen und Exkursionen teilnehmen, ich danke Ihnen dafür.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Studieren unseres Jahresheftes und beim Auswählen und Anmelden zu unseren Veranstaltungen im Jahr 2017.

Ihr

Werner Echle  
Erster Vorsitzender





Abb. 1: Bickenkapelle.

Im Jahr 1851 wurde dieses romantische Bild gemalt. Wer durch das Bickentor auf dem Weg zum Friedhof die Stadt verlassen hat, traf nach dem Gang über die Bickenbrücke auf die Bickenkapelle. Dieses vertraute Bild fand 1945 sein Ende. An der Stelle der Bickenkapelle steht seit 1976 ein großes von Leonhard Eder aus Rheinfeldern geschaffenes Steinkreuz. Der Gedenkstein davor trägt die Inschrift:

*„Etwa seit dem Jahr 1400 stand hier eine Kapelle, Bickenkapelle genannt. Mehrmals zerstört wurde sie zuletzt im Jahr 1660 erbaut. Bomben legten die Kapelle am 20. Februar 1945 in Schutt und Asche. Das Nägelinkreuz – in der Kapelle hoch verehrt – ist im Münster geborgen. Gekreuzigter Herr Jesus Christus beschütze deine Stadt.“*

Beim Aufräumen des Schuttes hat Herr Metzger, ein leitender Mitarbeiter der Glockengießerei Grüninger, die Glocke beschädigt geborgen, wohl um sie später wieder verwenden zu können (einschmelzen). Aus seinem Nachlass kam die Glocke



Abb. 2: Glocke.

in den Besitz seines Sohnes, Professor Dr. Helmut Metzger. Er hat die Glocke der Münsterpfarrei übergeben mit der Bitte, sie nicht zu verstecken, sondern sichtbar zugänglich zu halten. Seit dem Frühjahr 2016 ist sie nun im hinteren Seitenschiff der Benediktinerkirche aufgestellt auf einem von Architekt Konrad Flöß entworfenen Sandsteinsockel. Eine kleine Bronzetafel enthält die Inschrift:

*„Glocke vom Türmchen der Bickenkapelle 1791 von Benjamin Grüninger in Villingen gegossen. Nach dem Fliegerangriff am 20. Februar 1945 aus den Trümmern beschädigt geborgen hält sie – hier aufgestellt – die Erinnerung an die Kapelle lebendig.“*

Der Geschichts – und Heimatverein hat die Finanzierung der Präsentation übernommen. Die Glocke ist nicht der einzige Rest aus der Kapelle:



Abb. 3: Bronzetafel.

Im finsternen, nördlichen Chörle des Münsters wird das Nägelinkreuz verehrt. Im Sitzungszimmer des Münsterpfarrhauses hängt eine große Holztafel mit den 14 Nothelfern. Das große Kruzifix von der Außenfassade der Kapelle hat Kunstmaler Richard Ackermann restauriert. Es schmückt nun das hohe Treppenhaus im Münsterzentrum. In der Benediktinerkirche stehen seit der Renovation und Wie-



Abb. 4: Glocke Detail.

derinrichtung die Plastiken: Pieta, Zacharias und Elisabeth und der Hirtenheilige Wendelin. Zwei große Wandbilder zeigen den Marientod und den Tod des Heiligen Josef.

Somit ist die Erinnerung an die Bickenkapelle im Münster, im Pfarrhaus, im Münsterzentrum und in der Benediktinerkirche würdig dokumentiert und damit für die Zukunft gesichert.



*Compendium P. Gottfried Lumpers ex Museum Arzpendis 1779.\**

Nachrichten aus dem Gymnasium der Benediktiner zu Villingen (8)

## Pater Gottfried Lumper, ein strenger Lehrer und aufgeklärter Autor

Michael Tocha

Die geschichtliche Überlieferung kann einseitig sein. Nicht jeder Lehrer am Benediktinergymnasium, der mit den Ideen seiner Zeit vertraut war und seinen Schülern etwas mitgeben konnte, hat auch eine Spur aus Texten hinterlassen. Das Wirken und Denken von Pater Gottfried Lumper jedoch wird in zahlreichen Briefen und tausenden Seiten aus seiner Feder greifbar. So erscheint er in der Rückschau als der bedeutendste Lehrer und Gelehrte, den das Villingener Kloster hervorgebracht hat.

Lumper wurde am 9. Februar 1747 in Füssen geboren und trat nach ersten Studien in Ochsenhausen 1764 bei den Villingener Benediktinern ein. 1770–1771 wurde er nach St. Gallen geschickt, um dort die französische Sprache zu lernen.<sup>1</sup> Nach seiner Priesterweihe 1771 verließ er die Klausur nur noch, um die dem Kloster anvertraute Pfarrei in Pfaffenweiler zu betreuen.<sup>2</sup> Er lehrte als Professor am Klostergymnasium und stieg zu dessen Präfekten und zum Prior der Mönchsgemeinschaft auf. Er starb am 8. März 1800, „vita longiore dignissimus“, eines längeren Lebens würdig, wie ihm der Freiburger Professor Engelbert Klüpfel ins Grab nachruft.<sup>3</sup>

Klüpfel hebt hervor, dass P. Gottfried sich Tag und Nacht dafür eingesetzt habe, das akademische Niveau, aber auch den Lebenswandel seiner Schüler zu heben; deshalb sorgte er streng für Disziplin. Dabei lässt sich Klüpfel zu einem wahren Ausbruch von Skepsis über den Menschen an sich hinreißen: Wenn Disziplinlosigkeit ungestraft durchgehe, würden Künste und Wissenschaften besu-

delt und die Sitten am Ende unmenschlich.<sup>4</sup> Eine ähnlich pessimistische Annahme von der Natur der Jugend liegt schon der Disziplinarordnung des Abts Cölestin Wahl von 1766 für das Benediktinergymnasium<sup>5</sup> zugrunde, die während Lumpers Noviziat erlassen wurde und während seiner eigenen Lehrtätigkeit galt. Solche Stellungnahmen mögen zeittypischer Pädagogenrhetorik geschuldet sein, vielleicht blitzt in ihnen aber auch ein jansenistisch grundiertes Menschenbild auf. Nach dieser von der Kirche verurteilten Auffassung kann der zutiefst sündige Mensch aus freiem Willen nichts zu seiner Erlösung beitragen, sondern ist ganz auf Gottes Gnade angewiesen. Der Teufel besitze die Seele des Kindes vom Mutterleib an, so 1642 Jean Duvergier de Hauranne, einer der Begründer des Jansenismus; um die Taufgnade zu bewahren, müsse daher die Erziehung in höchstem Maße disziplinierend und autoritär sein; die erzieherische Kontrolle muss den Zögling in vollem Umfang erfassen, behütende Aufsicht, strenge Zucht und harte Strafen sind notwendige Mittel der Erziehung.<sup>6</sup> Pädagogische Härte gehört also zu jener religiösen Strömung, der im Österreich des 18. Jahrhunderts führende Persönlichkeiten und auch viele Benediktiner trotz des kirchlichen Verbots anhingen. Um auch bei Lumper in seiner Rolle als gestrenger Vorsteher des Gymnasiums einen Einfluss des Jansenismus auszumachen, ist zwar die Textbasis zu schmal; ganz von der Hand zu weisen ist die Vermutung aber nicht. Wie immer seine Strenge auch zu erklären ist, feststehen dürfte, dass die Schüler gefordert wurden und gerade dies zum guten Ruf des Villingener Gymnasiums beitrug.

Die Widmungen der von ihm geschriebenen Bücher umreißen Lumpers geistigen Horizont; sie zeigen ein Netzwerk aus Persönlichkeiten, an denen er sich ideell ausrichtete oder mit denen er in direktem Austausch stand. Dazu gehören die Geistlichen des Villingener Landkapitels, sein früherer Abt Romuald von Ochsenhausen ebenso wie sein derzeitiger Abt Anselm Schababerle, Joseph Theophil Schubart aus Villingen, Doktor der Theologie und Kanoniker an St. Stephan in Konstanz, ein besonderer Förderer des Klosters, aber auch der Benediktinerbischof Morosini in Verona. Von besonderem Interesse sind die Widmungen im ersten, vierten, fünften und siebten Band seines patristischen Hauptwerks (s. u.). Den ersten Band hat Lumper Franz Stephan Rautenstrauch, dem Abt der Benediktinerabtei Břevnov/ Braunau bei Prag, gewidmet und diesen damit besonders herausgehoben. Als Mitglied der Studienhofkommission, der obersten Erziehungsbehörde der Habsburgermonarchie, hatte Rautenstrauch 1774 eine nachhaltige Reform des Theologiestudiums durchgesetzt, die Bibelstudien, Patristik (d.h. Studium der Schriften der „patres“, der Kirchenväter der Spätantike), Kirchengeschichte und Pastoral in den Mittelpunkt stellte. Er befürwortete die Unterordnung der Kirche unter den Staat und war enger Berater Maria Theresias und Josephs II. Der vierte Band nennt Engelbert Klüpfel mit besonderer Ehrerbietung. Lumper war ein enger Mitarbeiter und Freund dieses bedeutenden Freiburger Aufklärungstheologen. Er schrieb 1775–1783 für dessen *Nova Bibliotheca Ecclesiastica Friburgensis*, die erste literarische Rundschau des katholischen Deutschland. Außerdem standen die beiden Männer fast zwanzig Jahre lang in einem intensiven Briefwechsel.<sup>7</sup> Den fünften Band hat Lumper Nikolaus Will zugeeignet, Professor an der Universität Freiburg und 1783–1790 Direktor des dortigen josephinischen Generalseminars für die Theologenausbildung. Der siebente Band schließlich widmet Lumper dem Donauwörther Benediktiner Beda Mayr. Dieser setzte sich für die Verwendung der deutschen Sprache in der Liturgie ein und ist mit seinen Plänen zur Vereinigung von Katholiken und Protestanten einer der bekanntesten Theolo-

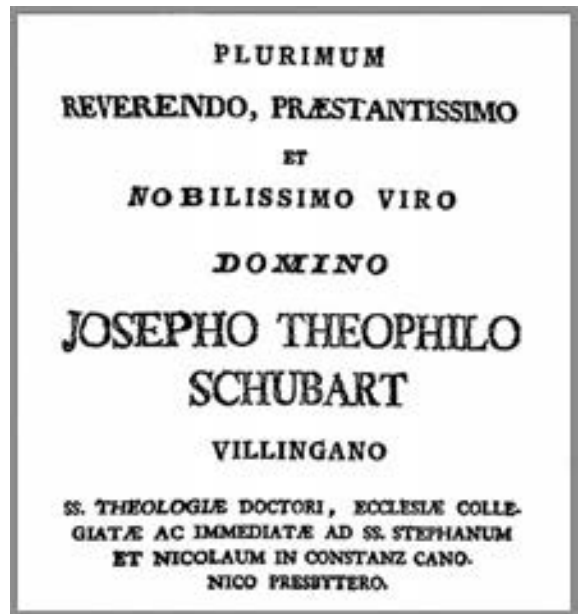


Abb. 1: Widmung für Joseph Theophil Schubart aus Villingen.

gen der Epoche. All diese Persönlichkeiten stehen für eine katholisch-aufgeklärte Ideenwelt, nämlich Reform der Theologie durch historisch-kritischen Rückgriff auf Bibel und Kirchenväter, Reform der Liturgie durch Verwendung der Muttersprache, Offenheit gegenüber Protestanten und die führende Rolle des Staates auch in kirchlichen Angelegenheiten.

Dass sich Lumper theologisch und kirchenpolitisch auf dieser Linie bewegte, bestätigt sich in den Werken, die er seit den 80er Jahren veröffentlichte. 1784 erschien in Ulm „Die römisch-katholische Messe in teutscher Sprache nebst angehängten verschiedenen Gebeten“. Mit dieser Schrift leistet er seinen Beitrag zu dem Anliegen der kirchlichen Reformer in Österreich und Süddeutschland, der katholische Christ solle, statt Rosenkranz betend dem unverständlichen Gemurmel der Priester am Altar beizuwohnen, zu mehr innerer Beteiligung und einem bewussteren Mitvollzug der Messe angeleitet werden. - Vier Jahre später legte er seine Überarbeitung der Religions- und Kirchengeschichte des Wittenberger protestantischen Historikers Johann Martin Schröckh vor, die zwei Auflagen erlebte.<sup>8</sup> Mangels katholischer Alternativen war dessen ursprüngliches Lehrbuch 1786 von



Joseph II. an den erbländischen Universitäten mit der Weisung eingeführt worden, dass der Lehrer der Kirchengeschichte „die in dem Schröckhischen Werke vorkommenden von der katholischen Lehre abweichenden Sätze durch überzeugende Beweise zu widerlegen habe.“<sup>9</sup> Darüber gab es Unmut, so dass Schröckhs Lehrbuch 1788 durch das des Freiburger Professors Dannenmayer ersetzt wurde. Wenn Lumper im selben Jahr seine Überarbeitung vorlegte, kann man vermuten, dass er mit dem Konzept seines Freiburger Glaubensgenossen nicht völlig einverstanden war und den Ansatz des Wittenberger Protestanten nach wie vor für geeigneter hielt.<sup>10</sup> 1796 brachte Lumper in Ulm ein weiteres Werk zur praktischen Seelsorge heraus, *Der Christ in der Fasten, das ist: die Fastenevangelien nach dem buchstäblichen und sittlichen Sinn*, eine Erbauungsschrift für den „gemeinen Mann“. Sie enthält für jeden Tag der Fastenzeit das Evangelium der Messe mit einer Texterklärung und einem abschließenden Gebet. Einem Rezensenten in Jena gefiel „die überall sichtbare Tendenz, schädlichem Aberglauben entgegen zu arbeiten“, und dass „in der Auseinandersetzung des sogenannten sittlichen Sinnes nicht die geringste Spur einer schwärmerischen Mystik, wie es bey katholischen Erbauungsschriften gewöhnlich der Fall ist“, anzutreffen sei.<sup>11</sup> Parallel zur Abfassung dieser Bücher arbeitete Lumper an seinem Hauptwerk, einer dreizehnbändigen Darstellung der Schriften der Kirchenväter.<sup>12</sup> Die Universitätsbibliothek Freiburg besitzt aus den Beständen St. Georgens ein patrologisches Lehrbuch des Břzevnover Benediktiners und Prager Professors Bonifacius Schleichert von 1778, das an den Wiener Universität eingeführt war.<sup>13</sup> Es trägt den handschriftlichen Vermerk Lumpers, dass er es 1779 aus Messgebühren angeschafft habe;<sup>14</sup> offensichtlich diente es ihm zur Orientierung für sein eigenes geplantes Werk. Lumper konnte seine Patrologie nicht zu Ende führen, hat aber zur Einbürgerung patristischer Studien im katholischen Deutschland einen wichtigen Beitrag geleistet, was selbst ein kritischer protestantischer Rezensent zugestand.<sup>15</sup> So trug ein einzelner Mönch dazu bei, dass aus Villingen wichtige Impulse zur Weiterentwicklung der theologischen Wissenschaft kamen.

Dass Gottfried Lumper solche Werke verfassen konnte, ohne die Klausur verlassen zu müssen, hängt wesentlich mit der gut ausgestatteten Klosterbibliothek zusammen. Sie umfasste am Ende rund 20.000 Bände, mehr als die berühmte Bibliothek von Wiblingen. Die beiden letzten Äbte Cölestin Wahl und Anselm Schababerle sorgten dafür, dass sie gezielt erweitert wurde. Lumper preist 1783 Abt Anselm als Mäzen, weil er Maurinerausgaben der Kirchenväter ebenso wie Bücher vieler Fachrichtungen angeschafft habe eingedenk des Ausspruchs „unseres großen Mabillon“, dass die Klosterzucht zu allen Zeiten dort blühe, wo die Wissenschaften gepflegt werden.<sup>16</sup> Fünf Jahre später allerdings klagt er, dass wegen der Religionsfonds- und der Türkensteuer kaum noch Geld für den Kauf von Büchern übrig sei. Wenn dennoch Geld zur Verfügung stand, setzte er sich dafür ein, dass Bücher von Protestanten angeschafft wurden, an deren Mangel die Klosterbibliothek bislang gelitten habe, wie er 1789 in einem Brief an Klüpfel schreibt.<sup>17</sup>

Gottfried Lumper war weniger der originelle Forscher, der Quellen neu erschloss und aus ihnen neue Ansätze entwickelte, als der Didaktiker, der das vorhandene Material für die Praxis des Lehrens und Studierens aufbereitete und damit dazu beitrug, dass neue Auffassungen in die Breite wirken konnten. In allen seinen Schriften lässt sich ein gemeinsamer Grund ausmachen: der Christ soll seinen Glauben auch im Verstande begreifen. Dafür müssen die Glaubenswahrheiten anhand der Väter, die am nächsten am Christusgeschehen und der Entstehung der Heiligen Schrift standen, überprüft und bestätigt werden. In der Praxis sollen der bloß äußerliche Vollzug von Riten sowie magische und abergläubische Vorstellungen überwunden werden, stattdessen erwächst aus einem von innen heraus begriffenen Christentum sittliche Vervollkommnung. In diesem Punkt trifft sich Lumper mit dem Josephinismus, der ähnliche Anliegen verfolgte. Bei der Erneuerung und Weiterentwicklung der Theologie haben die Protestanten einen Vorsprung, so dass auch Katholiken von ihnen lernen können. Es hat sich eingebürgert, die reformbereite, nüchterne, historisch-kritische, auf

moralische Besserung abzielende und gegenüber Protestanten aufgeschlossene Form des Katholizismus im 18. Jahrhundert als „katholische Aufklärung“ zu bezeichnen. Gottfried Lumper kann neben seinem Abt und seinem Mitbruder Georg Maurer als ihr führender Vertreter im Villingener Benediktinerkloster gelten.



Abb. 2: „Dispellit Tenebras“ – es zerstreut die Finsternis: Das Emblem auf der Titelseite von Lumpers *Patrologie* verbindet die Vorstellung von Christus als dem Licht der Welt mit der Lichtmetaphorik der Aufklärung.

#### Verweise

\* „Gottfried Lumper kaufte [dieses Buch] aus Messgebühren 1779.“ Handschriftliche Notiz in Lumpers Exemplar von Schleichert's *Patrologie*, s. Anm. 13 u. 14, bearbeitet.

<sup>1</sup> Vgl. Pirmin Lindner: Die Schriftsteller und Gelehrten der ehemaligen Benediktiner-Abteien im jetzigen Großherzogthum Baden vom Jahre 1750 bis zur Säcularisation, in: FDA 20, 1889, S. 128

<sup>2</sup> Vgl. Werner: Lumper, Gottfried, in: Allgemeine Deutsche Biographie (1884), Onlinefassung, URL: <http://www.deutsche-biographie.de/pnd117316032.html> (Aufruf 15. Okt. 2015)

<sup>3</sup> Engelbert Klüpfel: *Necrologium Sodalium et Amicorum litterariorum qui autore superst. d. s. obierunt*, Freiburg 1809, S. 253, <http://bsb3.bsb.lrz.de/-db/1007/bsb10070392/images/index.html> (Aufruf 24. 1. 2016)

<sup>4</sup> Vgl. ebd., S. 251 f.

<sup>5</sup> *Leges Scholasticae Pro studiosa Juventute in gymnasio Benedictino Villingano*, Generallandesarchiv Karlsruhe (GLAK) 184, Nr. 715. Vgl. auch Michael Tocha: Wer baden geht, fliegt!, in: *Villingen im Wandel der Zeit XXXVII/2014*, S. 31 f.

<sup>6</sup> Vgl. Gerald Grimm : *Die Schulreform Maria Theresias 1747–1775. Das österreichische Gymnasium zwischen Standeschule und allgemeinbildender Lehranstalt im Spannungsfeld von Ordensschulwesen, thesianischem Reformabsolutismus und Aufklärungspädagogik*, Frankfurt/M. 1987, S. 207; Winfried Böhm: *Entwürfe zu einer Pädagogik der Person: gesammelte Aufsätze*, Bad Heilbrunn 1997, S. 216 f. (Google Books)

<sup>7</sup> Georg Pfeilschifter: Ein Briefwechsel zwischen dem Freiburger Dogmatikprofessor Klüpfel und dem Villingener Patristiker Lumper aus den Jahren 1780-1798. In: *Festschrift Sebastian Merkle: zu seinem 60. Geburtstag gewidmet von Schülern und Freunden*, hrsg. unter Mitw. von Wilhelm Schellberg, Düsseldorf 1922, S. 217–242

<sup>8</sup> Jo. Mart. Schroeckhii *historia religionis et ecclesiae christianae. In usus praelectionum catholicarum reformata et aucta*, Augsburg 1788; *Institutiones historiae ecclesiasticae methodo Schroeckhii publicis praelectionibus accomodatae*, Augsburg 1790

<sup>9</sup> G. Frank: „Schröckh, Johann Matthias“, in: *Allgemeine Deutsche Biographie* 32 (1891), S. 498–501, Onlinefassung, URL: <http://www.deutsche-biographie.de/pnd118761803.html?anchor=adb> (Aufruf 19. Nov. 2015)

<sup>10</sup> Vgl. Erwin Keller: Der Freiburger Theologe Engelbert Klüpfel in seiner Zeitschrift *Nova Bibliotheca Ecclesiastica Friburgensis*, in: FDA 103, 1983, S. 79

<sup>11</sup> *Allgemeine Literatur-Zeitung (ALZ)*, Ergänzungsblätter, Jg. III, Nr. 28, Jena und Leipzig 1803, S. 224 (Google Books)

<sup>12</sup> *Historia theologico-critica de vita, scriptis atque doctrina sanctorum patrum*, 13 Bände, Augsburg 1783–1799. Das Stadtarchiv VS hat dieses Werk 1999 ersteigert und damit an seinen Ursprungsort zurückgeholt.

<sup>13</sup> P. Bonifacii Schleichert ... *Institutiones Historiae Litterariae Theologiae*, Prag 1778

<sup>14</sup> Vgl. [http://dlub.uni-freiburg.de/diglit/prn\\_lumper\\_gottfried/0001](http://dlub.uni-freiburg.de/diglit/prn_lumper_gottfried/0001) (Aufruf 23. 1. 2016), s. Schriftband über diesem Aufsatz.

<sup>15</sup> Vgl. ALZ, Nr. 98, 3. April 1795, S. 17–20

<sup>16</sup> Vgl. *Historia theologico-critica*, Bd. 2, S. 4 f. Lumper schrieb diese Sätze genau 100 Jahre nach Mabillons Besuch in Villingen.

<sup>17</sup> Vgl. G. Pfeilschifter: *Briefwechsel*, S. 235

# Mehr Platz für die Musik

## Die Erweiterung der Empore während der Münsterrenovation 1905 bis 1909

Kurt Müller



Abb. 1: Orgelempore im Villingen Münster.

Das war der Zustand der Orgelempore im Villingen Münster von 1818 bis 1905. Die da aufgestellte Orgel von Johann Michael Bieler stammt aus der säkularisierten Johanniterkirche und wurde mit vertauschten Gehäuseteilen im Münster aufgestellt (vgl. Orgelgeschichte der Münsterpfarre von Prof. Hans Musch in der Festschrift zur Einweihung der Sandtner Orgel 1983). Auf dem Bild sind noch an den Schiffwänden die 14 von Josef Schupp 1720 geschaffenen Apostelfiguren zu sehen (12 Apostel ergänzt durch den Völkerapostel Paulus und den Villingen Stadtpatron Barnabas). Die ab 1905 begonnenen Neugestaltung der Kirchenschiffwände beinhaltet den Auftrag an Theodor Baierl aus München, nach Norden 7 Bilder der Schmerzen Mariens und nach Süden 7 Bilder der Freuden Mariens zwischen die Figuren zu malen. Die verzierenden Stuckrahmen und ein langes barockes Fries darüber schufen Weißburger und Kubanek aus Freiburg. Im Verlauf dieser Arbeiten stellte sich heraus, dass die Wiederverwendung der

alten Orgel nicht möglich war. Also plante man mit der Orgelbaufirma Schwarz und Sohn aus Überlingen eine, größere Orgel, und man wollte auch mehr Platz schaffen für den Münsterchor. Daher wurde die Orgelempore um ein Bogenfeld nach vorn vergrößert. Die beiden hinteren Apostel hatten somit keinen Platz mehr, sie stehen jetzt in der Dauerausstellung des Franziskanermuseums in ihrer ursprünglichen Farbigkeit. Die beiden hinteren Bilder der Freuden und Schmerzen Mariens hängen jetzt in der Benediktinerkirche.

Der neu eingebaute und der alte Bogen unter der Empore sollten nicht schmucklos bleiben. Felix Baumhuber (1876 bis 1960 aus München) wurde beauftragt, die Bogenfelder auszumalen. Als Hauptmotiv unter der Empore wählte er ein Engelskonzert. Wir kennen aus der Heiligen Schrift die Instrumente der Engel. Den Psalm 150, dem großen Halleluja wird gesungen: *Lobt Gott in seinem Heiligtum, lobt ihn in seiner mächtigen Feste, lobt ihn für seine großen Taten. Lobt ihn mit dem Schall der Hörner, lobt in mit Harfe und Zither, lobt ihn mit Pauken und Tanz, lobt ihn mit Flöten und Saitenspiel, lobt ihn mit hellen Zimbeln, lobt ihn mit klingenden Zimbeln. Alles was atmet lobe den Herrn.*



Abb. 2: Engel mit Flöte.



Im Matthäus Evangelium (Mt 24,31) heißt es vom Weltgericht: *Er wird seine Engel aussenden mit lautem Posaunenschall.* Wir kennen aus der Präfation zu Beginn des Hochgebetes in jeder Eucharistiefeier die Musik der Engel: *„Auch wir preisen dich mit den Chören der Engel und singen vereint mit ihnen: Heilig...“.*

Bei unserem Engelskonzert unter der Empore spielen die Engel auf Flöte, Viola, Tamborin und Laute.



Abb. 3: Engel mit Viola.



Abb. 4: Engel mit Tamborin.



Abb. 5: Engel mit Laute.

Die Außenseite der Bogen schmücken 4 Personen, die viel aussagen über den Wert und die Wurzeln der geistlichen Musik.



Abb. 6: König David auf der Harfe spielend.

Auf der Harfe spielend sehen wir den alttestamentlichen König David (geboren um 1000 v. Chr.). Ihn kennen wir als Besieger von Goliath. Wir wissen um sein Harfenspiel vor König Saul. Er war ein Kriegsheld und zugleich wegen Bazeba und Urija ein bußfertiger Sünder. Er hat die Bundeslade nach Jerusalem gebracht und den Tempelbau vorbereitet. Er ist der große Sänger und Psalmendichter Israels. Über 70 Beispiele im Buch der Psalmen stammen von ihm. Er gilt für Israel und für die Kirche als Stammvater und Patron des Psalmengesanges, der Sänger und Musiker.



Abb. 7: Die Heilige Cäcilia, Patronin der Kirchenmusik.

Ihm gegenüber sitzt am Orgelpositiv die Heilige Cäcilia. Sie stammt aus dem römischen Geschlecht der Cäcilier. Um 200 ist sie als Märtyrerin gestorben. In der Kirche St. Cäcilia in Trastevere in Rom ist sie von Stefano Maderna als liegende

Figur lebensgroß aus Marmor gehauen dargestellt. 1595 wurde ihr Leichnam in dieser Form auf der Seite liegend aufgefunden. Die Cäcilienlegende gehört zu ergreifendsten Dichtungen des christlichen Altertums. Darin heißt es von ihrer Hochzeit: „Während die Musikinstrumente erklangen sang Cäcilia in ihrem Herzen nur zu Gott gewandt“ Daher gilt sie als Patronin der Kirchenmusik, des Chorgesangs und der vielen Kirchenchöre. Ihr Grab und ihr Denkmal in Rom werden überaus stark besucht.



Abb. 8: Der Heilige Ambrosius, Vater des lateinischen Kirchengesangs.

Auf dem hinteren Bogen auf der rechten Seite ist der Heilige Ambrosius dargestellt. Er ist 339 in Trier geboren als Sohn des römischen Präfekten in Gallien. Nach dessen Tod kam er nach Rom und wurde dann Konsul in Mailand. Noch als Taufbewerber wurde er zum Bischof von Mailand gewählt und dann 374 geweiht. Dass er ein großer Prediger war, bezeugt der Heilige Augustinus, der ihn in Mailand oft gehört hat. Er dichtete und komponierte Hymnen und Gesänge, er gilt als Vater des lateinischen Kirchengesangs. Der ambrosianische Lobgesang, das *Te Deum*, *Großer Gott wir loben dich*, geht auf ihn zurück. Das Attribut der Bienenkorb belegt seinen Bienenfleiß bei der pastoralen Arbeit. Er ist 397 in Mailand gestorben und gilt als einer der Patrone der geistlichen Musik.

Auf der linken Seite sehen wir den Papst und Kirchenlehrer Gregor den Großen. Er war ein hervorragender Papst. Aus dem Andreaskloster in Rom, aus dem er selber kam, schickte er 40 Mönche unter Führung von Augustinus nach England



Abb. 9: Papst Gregor der Große, ein wichtiger Patron der geistlichen Musik.

und legte damit den Grundstein für die Christianisierung Britanniens: Er war ein großer Theologe und Seelsorger und Mann der Caritas. Sein Attribut, die Taube des Heiligen Geistes, inspiriert ihn bei seiner Arbeit. Er war ein großer Sammler und Förderer des einstimmigen lateinischen Kirchengesangs, der seither den Namen *gregorianischer Choral* trägt. Somit ist er ein wichtiger Patron der geistlichen Musik in der katholischen Kirche.

Die künstlerische Gestaltung der Flächen unter der Orgel und der Empore stellt nicht nur eine malerische Verschönerung dar. Das Bildprogramm mit dem Engelskonzert und den 4 um die geistliche Musik hochverdienten Persönlichkeiten soll den spirituellen, liturgischen und musikalischen Anspruch belegen, mit dem das Orgelspiel und der Chorgesang auf der Empore in Vergangenheit und Gegenwart gepflegt sein wollen.

#### Anmerkungen:

#### Bildunterschriften:

- Abb. 1: Orgelempore im Villinger Münster.
- Abb. 2: Engel mit Flöte.
- Abb. 3: Engel mit Viola.
- Abb. 4: Engel mit Tamborin.
- Abb. 5: Engel mit Laute.
- Abb. 6: König David auf der Harfe spielend.
- Abb. 7: Die Heilige Cäcilia, Patronin der Kirchenmusik.
- Abb. 8: Der Heilige Ambrosius, Vater des lateinischen Kirchengesangs.
- Abb. 9: Papst Gregor der Große, ein wichtiger Patron der geistlichen Musik.

# Das Diplom Kaiser Ludwigs des Frommen für das Kloster St. Gallen vom 4. Juni 817

1200 Jahre Ersterwähnung der Orte Villingen, Schwenningen und Tannheim

Michael Buhlmann

## I. Karolingisches Frankenreich und Kaiser Ludwig der Fromme

Das Frankenreich der merowingischen und karolingischen Könige führt uns zurück in die Zeit des frühen Mittelalters, des 5./6. bis 9./10. Jahrhunderts. Es entstand im 5./6. Jahrhundert als Germanenreich der „Völkerwanderungszeit“ auf dem Boden des spätantik-römischen Gallien. Mit der fränkischen Großreichsbildung König Chlodwigs I. (482–511) begann die Zeit der merowingischen Herrscherdynastie und damit eine Epoche des Übergangs von der Spätantike zum Frühmittelalter, die geprägt war durch ein erbliches, Teilungen unterworfenen Königtum an der Spitze eines römisch-germanischen Vielvölkerstaates christlich-barbarischer Prägung. Gesellschaftliche Wandlungen gerade im 7. Jahrhundert schufen die Voraussetzungen für das europäische Frühmittelalter. Das Frankenreich der die merowingischen Könige ablösenden Karolinger war das frühmittelalterliche Großreich, das im 8. und 9. Jahrhundert nicht nur West- und Mitteleuropa politisch, kulturell und wirtschaftlich beherrschte, sondern weit über diesen Kernraum fränkischer Macht ausstrahlte (Italien, Nordspanien). In Verbindung gebracht wird dieses Reich hauptsächlich mit Kaiser Karl dem Großen (768–814). Zu den geschichtlichen Entwicklungen im 9. Jahrhundert gehörte der politische Zerfall des Karolingerreichs, an dessen Stelle in einem langsamen historischen Prozess u.a. Deutschland und Frankreich traten.

Ludwig der Fromme (\*778–†840), der einzige überlebende legitime Sohn Kaiser Karls des Großen, wurde im Jahr 813 zum Mitkaiser erhoben. Nach dem Tod seines Vaters am 28. Januar 814 konnte er unangefochten die Regierung im Frankenreich übernehmen. Die unter Karl dem Großen erreichte Reichseinheit blieb somit bestehen, die von seinem Vater initiierte Reformpolitik

führte Ludwig zunächst erfolgreich weiter. Jedoch sollte das dadurch gesteigerte Zusammengehen von Kirche und König- bzw. Kaisertum letztendlich eine wesentliche Ursache für die Zergliederung des karolingischen Herrschaftsverbands und den Zerfall des Gesamtreichs bilden. Die von Ludwig im Jahr 817 verfügte *Ordinatio imperii* („Ordnung des Reiches“) war nämlich eine Thronfolgeordnung, die die drei Söhne Ludwigs (Lothar I. [817/40–855], Ludwig der Deutsche [833/40–876], Pippin I. [†838]) in unterschiedlicher Weise berücksichtigte und im Sinne einer religiös übergeordneten Reichseinheit (*unitas imperii*) dem ältesten Sohn Lothar, seit 817 Mitkaiser, eine Oberherrschaft über seine Brüder (und deren Königreiche) zugestand. Daher ging die vom Kaiser propagierte Reichseinheit in den politischen und kriegerischen Auseinandersetzungen mit den Söhnen unter, als auch der vierte, nachgeborene Sohn Ludwigs (Karl der Kahle [838/40–877]) an der Königsherrschaft beteiligt werden sollte. Dabei agierte der Vater politisch mitunter recht unglücklich (Bretonenfeldzug und Rebellion der Söhne 830; Aachener Teilungsplan 831, weiterer Aufstand, Verlassung Ludwigs des Frommen auf dem „Lügenfeld“ von Colmar und Gefangennahme des Herrschers 833; Kirchenbuße Ludwigs 834, Wormser Teilungsplan 839). Was von Ludwig bleibt, ist der Beiname „der Fromme“ (*pius*) und eine zwiespältige Beurteilung seines herrscherlichen Wirkens, das den kulturellen Höhepunkt des karolingischen Frankenreichs (814/29) wie auch dessen politische Desintegration (830/40) mit einschloss.

## II. Kloster St. Gallen auf der Baar

Alemannien, der Siedlungsraum des spätantik-frühmittelalterlichen Stammesverbands der Alemannen, war seit dem beginnenden 6. Jahrhundert



in das Frankenreich eingebunden. Es ist vom fränkisch-merowingischen Königtum als politisches Herzogtum organisiert worden, sollte sich aber seit dem letzten Drittel des 7. Jahrhunderts weitgehend verselbstständigen, um ab der Mitte des 8. Jahrhunderts wieder in das Frankenreich, diesmal der karolingischen Herrscher, einbezogen zu werden. Die Christianisierung und Missionierung des heidnischen Alemanniens erfolgte im Wesentlichen in der Merowingerzeit (6. bis 7. Jahrhundert). Stützpunkte des Christentums waren u.a. die ab dem (7./) 8. Jahrhundert entstehenden Klöster, insbesondere die Reichenau (am Bodensee) und St. Gallen.

Klostertradition zufolge standen am Beginn der St. Galler Geschichte der Mönch und Einsiedler Gallus († ca. 650) und der erste Abt Otmar (719–759). Im Hochtal der Steinach stiftete Gallus eine Zelle, die sich aber bald nach seinem Tod auflöste. Otmar gelang Jahrzehnte später die Neugründung, wobei das Kloster von Anfang an einen wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung nahm, wie die Vielzahl der überlieferten Traditionsurkunden und die frühen Handschriften aus dem Skriptorium der Mönchsgemeinschaft zeigen. Mit Abt Gozbert (816–837) trat St. Gallen in sein „goldenes Zeitalter“ ein. Enge Beziehungen zum fränkisch-ostfränkischen Königtum, eine Blütezeit von Schreib- und Klosterschule, hervorragende mittelalterliche Handschriften aus den letzten Jahrzehnten des 9. Jahrhunderts (Folchart-Psalter, Goldener Psalter, Evangelium longum), Gebetsverbrüderungen und Totengedächtnis kennzeichnen diese wichtige St. Gallische Epoche, die mit Bischof Salomon III. von Konstanz als Klosterabt (890–920) endete. Abt Gozbert war Empfänger des sog. St. Galler Klosterplans (ca. 820), er erweiterte zwischen 830 und 835 (oder 837/39) das Galluskloster baulich; die Mönchsgemeinschaft war als Reichskloster und wirtschaftlich bedeutende geistliche Kommunität auf höchster politischer Ebene im Frankenreich präsent.

Eine Vielzahl von St. Galler Urkunden zu Orten auf der Baar, jenem alemannischen Gebiet an unterer Donau und unterem Neckar, lässt nun die Traditionen („Übertragungen“) von Grundbesitz und

Rechten an das Kloster gut erkennen. Aus vielfältigen Gründen – Frömmigkeit, aber auch eine gegen die fränkische Reichsgewalt gerichtete Haltung – übereigneten die klösterlichen Wohltäter ihren Besitz, als freie Schenkung, als Schenkung gegen lebenslangen Unterhalt oder gegen Aufnahme in das Kloster, als Schenkung gegen Wiederverleihung, d.h. als Präkarie mit und ohne Zinsleistung.

Im 8. und 9. Jahrhundert erwarb auf diese Weise die St. Galler Mönchsgemeinschaft auf der Baar Grundbesitz (d.h.: (Fron-) Höfe, Mansen (Hufen), Hörige, Wiesen, Weiden, Wald usw.), Kirchen und Rechte in: Achdorf (Grundbesitz), Aldingen (Grundbesitz), Aselfingen (Grundbesitz), Aulfingen (Grundbesitz), Bachheim (Grundbesitz), Baldingen (Grundbesitz), Beckhofen (Grundbesitz), Behla (Grundbesitz), Hausen vor Wald (Grundbesitz), Geisingen (Grundbesitz), Gunningen (Grundbesitz), Hondingen (Abgaben), Ippingen (Grundbesitz), Kirchdorf (? Grundbesitz, Kirche), Klengen (Abgaben, Grundbesitz, Kirche), Löffingen (Grundbesitz, Kirche), Mundelfingen (Grundbesitz, Kirche), Nordstetten (Abgaben, Grundbesitz), Pfohren (Abgaben, Grundbesitz, Kirche), Röttenbach (Grundbesitz), Schura (Grundbesitz), Schweningen (Abgaben), Seitingen (Grundbesitz), Spaichingen (Abgaben, Grundbesitz), Tannheim (Abgaben), Trossingen (Grundbesitz), Tuningen (Grundbesitz), Villingen (Abgaben), Weigheim (Grundbesitz), Weilersbach (Abgaben), Wolterdingen (Grundbesitz). Nicht jeder Erwerb war endgültig, was in der Natur von Schenkung und Präkarie lag. Hinzu kam jedoch die Möglichkeit, Besitz durch Rodung, Tausch oder Kauf zu vergrößern.

Undeutlich bleiben weitgehend Aufbau und Verwaltung des frühen St. Galler Besitzes. Dass es sich um wenig geschlossene Güter in Streulage handelt, ergibt sich aus den Schenkungen der vielen Einzelpersonen. Durch die starke räumliche Ausdehnung des Großgrundbesitzes war die wirtschaftliche Nutzung der Güter durch das Kloster von vornherein erschwert, da ja Natural- und Geldabgaben vor Ort anfielen, aber zur Versorgung der bis zu 100 Mönche in St. Gallen benötigt wurden. Was sich alsbald entwickelt haben

muss, war also eine Verwaltung des klösterlichen Großgrundbesitzes, eine mittelalterliche Grundherrschaft. Dabei bildeten sich sog. Villikationen heraus, d. h. Hofverbände und Besitzbezirke, die – ab der 2. Hälfte des 9. Jahrhunderts für uns erkennbar – durch Reise- bzw. Außenpröpste kontrolliert wurden; später – im 10. Jahrhundert – traten an deren Stelle die Meier als Verwalter von Villikationen.

### III. Urkunde

Eine Urkunde ist ein in bestimmten Formen verfasstes Schriftstück, das einen Rechtsakt festhält. Wir gehen zunächst den formalen Kriterien der Urkunde Kaiser Ludwigs des Frommen für das Kloster St. Gallen vom 4. Juni 817 nach. Die querechteckige Urkunde ist original überliefert, der Urkundentext wurde mit schwarzer Tinte geschrieben auf Pergament, einer gegerbten und speziell bearbeiteten Schafshaut als Beschreibstoff. Die Schrift, die hier auf die Fleischseite des rechteckigen Pergaments geschrieben wurde, ist eine sog. diplomatische Minuskel des frühen 9. Jahrhunderts. Bei der Minuskelschrift befinden sich die Buchstaben in einem Vier-Linien-Schema, bei der diplomatischen Minuskel sind noch die Ober- und Unterlängen der Buchstaben vielfach akzentuiert. Zwischen den stark herausgezogenen Oberlängen platzierte der Schreiber Kürzungszeichen, wenn er darunter befindliche Worte und Wortteile abkürzen wollte. Die Urkundensprache ist Latein.

Mittelalterliche Herrscherdiplome unterliegen dem mehr oder weniger streng eingehaltenen Aufbau (Urkundenformular) aus Protokoll, Kontext und Eschatokoll und der dazugehörigen Abfolge bestimmter Urkundenelemente, einem Aufbau, der sich auch im Urkundenaussehen widerspiegelt. Dies gilt besonders, wenn eine Urkunde im Original überliefert ist. Die Herrscherurkunde (Diplom) Kaiser Ludwigs des Frommen ist ja als Original, aber auch in mehreren Abschriften erhalten geblieben. Das Chrismon-Zeichen (C.), ein verzierter, stilisierter Großbuchstabe „C“, leitet das Diplom ein. Es gehört zu der in sog. Auszeichnungsschrift (Hoch-, Gitterschrift) verfassten ersten Urkun-

denzeile. Die Urkundenzeile enthält die *Invocatio* (Anrufung Gottes) und die *Intitulatio* des Protokolls (mit der Nennung des königlichen Ausstellers und seines Titels und mit der Bezugnahme auf das legitimierende Gottesgnadentum) sowie den Anfangsteil der *Arenga*, deren erster Buchstabe groß hervorgehoben wird.

Die Verfügungen der (dispositiven) Urkunde im Urkundenmittelteil (Kontext) sind dann vom Schreiber in Minuskelschrift auf das Pergament gebracht worden. Die *Arenga* ist eine allgemeine, feierlich-religiöse Begründung der Urkundentätigkeit, die *Publicatio* (oder *Promulgatio*) die allgemeine Bekanntmachung. Es folgen *Narratio* und *Dispositio*. Die *Narratio* schildert die unmittelbare Vorgeschichte des Rechtsakts; sie ist hier nicht vorhanden. Die *Dispositio* zählt die rechtlich relevanten Verfügungen der Urkunde auf. Die *Corroboratio* (Versicherung) enthält dann die Angabe der Beglaubigungsmittel, hier – eingeleitet durch ein zweites Chrismon-Zeichen – den Beurkundungsbefehl und die Ankündigung der Besiegelung.

Im Eschatokoll, dem Urkundenende, fällt zunächst eine wiederum in Hochschrift verfasste Urkundenzeile auf, eingeleitet durch ein drittes Chrismon-Zeichen. Dieser Textabschnitt wird als *Signum-* und *Rekognitionszeile* bezeichnet. Die *Rekognitionszeile* gibt Einblick in die Tätigkeit der kaiserlichen Kanzlei, die wir im Zusammenhang mit der Urkundenausstellung auf die wesentlichen Funktionen des Schreibens, Verfassens und Rekognisierens von Diplomen reduzieren wollen. An der Spitze der Kanzlei Ludwigs des Frommen stand sein Erzkaplan (*archicapellanus*) Helisachar. Helisachar wurde bei der *Rekognition* (Beglaubigung) der Urkunde durch den Notar (*notarius*) und „Diakon Durandus“ vertreten, der Name des Urkundenschreibers ist unbekannt. Die *Rekognitionszeile* und das individuelle, bienenkorbformige *Rekognitionszeichen* (SR.) an deren Ende stellen eine Gegenzeichnung und Überprüfung der Richtigkeit des Urkundeninhalts dar. Neben dem *Rekognitionszeichen* ist im Pergament ein auf dem Beschreibstoff angebrachter (Kreuz-) Schnitt zur Befestigung des Siegels zu finden. Hier war das Wachssiegel des Kaisers eingedrückt (*sigillum*

impresum), das die Herrscherurkunde rechtlich gültig machte, d.h. zur Beglaubigung diente. Das Siegel (S.I.D.) ist aber im Laufe der Zeit abgefallen und verloren gegangen. Mit guten Gründen ist aber anzunehmen, dass ein Gemmensiegel den Siegelabdruck für die Urkunde geliefert hat. Nun zeigen Abdrücke eines Gemmensiegels Ludwigs des Frommen Kopf und Schulter des Kaisers im Profil, vom Betrachter aus nach rechts gewandt; eine Umschrift fehlt. Das Diplom des Kaisers endet schließlich mit der auch durch ein Chrismonzeichen eingeleiteten Datierung (datum), der Nennung des Ausstellungsorts (actum) und einer Segensformel, der *Apprecatio*. Die Segensformel ist – und damit schließt sich der Kreis – ebenfalls Ausdruck des christlich-sakralen Anspruchs und der Autorität des karolingischen Königtums. Dies wird durch das Aussehen der Urkunde mehr als bestätigt: Chrismon, Rekognitionszeichen und Siegel sind als grafische Urkundensymbole ebenso wie Auszeichnungsschrift und diplomatische Minuskel Herolde von Autorität und Macht, Zeichen einer herrscherlichen Selbstdarstellung.

Die Urkundendatierung lautet wörtlich: „Gegeben am Vortag der Nonen des Juni, durch Christi Gnade im vierten Jahr des Kaisertums des frömsten Augustus Ludwig, Indiktion 10.“ Dazu ist zu sagen, dass die Zählung nach Inkarnationsjahren, also nach den Jahren nach Christi Geburt, in den Herrscherurkunden zur Zeit Ludwigs des Frommen noch nicht aufgekommen war, hingegen die nach den Regierungsjahren des Königs (4. Regierungsjahr) schon lange üblich. Die Indiktion („Indiktion 10“) ist die Zahl, die ein Jahr in einem 15-jährigen (wohl aus der römischen Spätantike stammenden Steuer-) Zyklus einnimmt. Die Tagesdatierung („4. Juni“) erfolgte nach dem römischen Kalender unter Bezugnahme auf die Kalenden (Monatsersten), Nonen und Iden. So ergibt sich aus dem in der Urkunde angegebenen Datum des „Vortags der Nonen des Juni“ durch Herabrechnen von den Nonen des Juni (5. Juni) in der Tat der 4. Juni. Wegen des Junitermins spielen die in der mittelalterlichen Zeitrechnung benutzten verschiedenen Jahresanfänge (Nativitäts-, Circumcisionsstil) keine Rolle. Wir können damit den

4. Juni des Jahres 817 als Tag der Urkundenausstellung ermitteln.

Der Herrscher befand sich bei der Urkundenausstellung in seiner Pfalz in Aachen. Die Pfalz war in den Anfangsjahren Ludwigs des Frommen – wie in den letzten Jahren Karls des Großen – gleichsam der Residenzort für das fränkische Gesamtreich. Ludwig war dorthin Ende des Jahres 816 zurückgekehrt und feierte auch Ostern in der Aachener Pfalz. Am Gründonnerstag (9. April 817) brach aber nach dem Ende des Gottesdienstes in der Pfalzkapelle (Marienkirche) der Verbindungsgang zur Pfalz ein und begrub den Kaiser und seine Begleiter unter sich; der Kaiser kam (im Gegensatz zu manchen seiner Begleiter) mit nicht allzu schweren Verletzungen davon und konnte schon Ende April nach Nimwegen zur Jagd aufbrechen. Dort muss er sich einige Zeit aufgehalten haben, Anfang Juni war er auf jeden Fall wieder zurück in Aachen. Im Juli 817 wurde am Aachener Hof auf einer Reichsversammlung und vielleicht vor dem Hintergrund des Unfalls vom April eine Thronfolgeordnung beschlossen, die schon besprochene *Ordinatio imperii*. Ebenfalls in den Juli fallen die Urkundenausstellungen des Kaisers für das Bistum Limoges sowie die Klöster Cruas und Solignac. Ende Juli, Anfang August hielt sich der Kaiser in Ingelheim auf, um für das Kloster Fulda zu urkunden. Im Herbst jagte Ludwig in den Vogesen, zum Winter hin kehrte er nach Aachen zurück, wo ihn die Kunde vom Aufstand seines Neffen Bernhard, des Königs von Italien (813–818), erreichte. Weihnachten 817 feierte der Herrscher in Châlon-sur-Saône.

Inhaltlich wendet sich das Herrscherdiplom an das Kloster und den Abt Gozbert von St. Gallen. Danach erhielt das Kloster von insgesamt 47 (eigentlich 49) namentlich aufgeführten Mansen (Bauernhufen) „einen gewissen Zins“, „der gewöhnlich den Grafen zukommt, unbeschadet jedoch der Zahlung, die sie sowohl vom Zins als auch von der Steuer oder auf irgendeine andere Weise als Anteil für unseren Palast geben müssen“. Die Abgabe resultierte vielleicht aus dem königlichen Eigentum an den Hufen, vielleicht auch aus einer persönlichen Abhängigkeit der Hufenbauern

vom König und Kaiser. Der ließ den königlichen Zins an seine Amtsträger vor Ort, die Grafen, gehen, entzog aber mit der urkundlichen Verfügung von 817 seinen Stellvertretern diese Zuweisung und übertrug sie an das Kloster St. Gallen. Nur der Anteil am Zins, der für den „königlichen Palast“ (palatium, Pfalz) vorgesehen war, sollte unverändert dem Herrscher zufließen.



Abb. 1: Urkunde Kaiser Ludwigs des Frommen für das Kloster St. Gallen vom 4. Juni 817.

#### **Urkunde Kaiser Ludwigs des Frommen vom 4. Juni 817 (Text der Übersetzung):**

„(C.) Im Namen des Herrn und unseres Erlösers Jesus Christus Ludwig, begünstigt durch göttliche Gnade Kaiser und Augustus. Weil es uns für unser Seelenheil und als Ertrag ewigen Lohns gefällt, sei [euch], allen Grafen in den Landschaften Alemanniens, oder euren Nachfolgern und Nachkommen sowie allen unseren Getreuen bekannt gemacht, dass wir durch diese unsere Urkunde dem Kloster St. Gallen, das gelegen ist im Gau Thurgau und dem der ehrwürdige Abt Gozbert vorsteht, und der Gemeinschaft dieses Klosters einen gewissen Zins von den unten aufgeführten Mansen zugestehen, der gewöhnlich den Grafen zukommt, unbeschadet jedoch der Zahlung, die sie sowohl vom Zins als auch von der Steuer oder auf irgendeine andere Weise als Anteil für unseren Palast geben müssen. Und deswegen haben wir befohlen, diese unsere Urkunde königlicher Satzung dem besagten Kloster und der Gemeinschaft auszustellen, durch die wir euch allen [den Grafen] befehlen, dass ihr es in keiner Weise wagt, von den besagten Mansen, die als Zahl 47 [49] ergeben, Zins oder Steuer oder Arbeitsleistungen oder Pacht zu verlangen oder

zu fordern. Es sind diese [Mansen]: die Manse des Weifar in Hondingen und die des Puabo in Klengen im Amtsbezirk des Grafen Frumold; in Bissingen die Manse des Toto und die des Cuato und die Manse des Geilo und die Manse des Wolf und die Manse des Altmann im Amtsbezirk des Grafen Cunthard; im Amtsbezirk des Grafen Karamann in Schörzingen die Mansen des Adolf und des Liutbold, in Schweningen die Manse des Liubolt und in Weilersbach die Mansen des Ratolt und des Heriger; und im Amtsbezirk des Grafen Ruachar in Tuningen die Mansen des Amalo und Gerhard und Liuthar und Wolfbert und Nilo, in Villingen die Mansen des Wito und des Heimo, in Nordstetten die Manse des Otto und die des Reginker, in Pföhren die Manse des Pruning und die des Waning, in Spaichingen die Manse des Otto und die des Waramar und die des Adalmar, in Tannheim die Manse des Tuato; im Amtsbezirk des Grafen Erchangar in Heimbach die Manse des Ruadleoz und in Talhausen die Manse des Freholf und in Buchheim die des Otgar; und im Amtsbezirk des Grafen Rihwin die Manse des Snizolf in Hüttwilen, die Manse des Gundwin in Kesswil, zwischen Kisel mari und Facconi [beide unbekannt] eine Manse und eine Manse des Roatpert in Landschlacht und zwei Mansen in Zihlschlacht und die Manse des Amalrich und die des Baldwin in Hefenhofen und die Manse des Puwo in Iffwil und die Manse des Hunkpert und die Manse des Herirat in Tänikon; im Amtsbezirk des Grafen Ulrich die Manse des Rihwin in Stetten, in Markdorf die Mansen des Isanbert und Ruadbert und Ruatbald und Arnold und die Manse des Walbert in Fischbach und die Manse des Theotram in Kluftern. Wir aber haben [dies] als unser Geschenk zugestanden, es möge aufewig halten. (C.) Wir haben aber befohlen, dieses Schriftstück unserer Autorität unten mit unserem Siegel zu besiegeln, damit es von allen besser geglaubt und bewahrt wird.

(C.) Ich, der Diakon Durandus, habe statt des Helisachar rekognisziert und [unterschieden.] (SR.) (SI.D.)

(C.) Gegeben am Vortag der Nonen des Juni [4.6.], durch Christi Gnade im vierten Jahr des Kaisertums des frömmsten Augustus Ludwig, Indiktion 10. Verhandelt wurde dies in Aachen im königlichen Palast. Glückselig im Namen Gottes. Amen.“



#### IV. Siedlungsgeschichte

Der Inhalt der Urkunde Kaiser Ludwigs des Frommen gibt nun Anlass, zum einen auf die Siedlungsgeschichte, zum anderen auf die politische Raumgliederung der Baar zu schauen. Was die Siedlungsgeschichte anbetrifft, so enthält das Diplom eine Anzahl von frühmittelalterliche Besiedlung anzeigende Ortsnamen auch auf der Baar, u.a. Villingen und Schwenningen.

**Villingen** lag am Kreuzungspunkt vor- und frühgeschichtlicher Wege und Straßen, eine von Schaffhausen über Hüfingen gehende Südverbindung verzweigte sich hier in eine Straße ins Kinzigtal und zum Oberrhein, in eine zweite nach Rottweil und ins Neckartal. Zu beachten ist ferner die Lage Villingens an der Brigach und zwischen den Flüssen Neckar und Donau. Die alemannische Besiedlung der Baar im Villingener Raum (Westbaar mit anschließendem östlichen Mittelschwarzwald) reicht bis ins 4. Jahrhundert zurück, Reihengräberfriedhöfe des 6. und 7. Jahrhunderts sind im Bereich der Villingener Altstadt (südöstlich der Villingener Kernstadt) bezeugt. Für Villingen und den Villingener Kessel bedeutet dies: Zentralort der Besiedlung war seit dem 6. Jahrhundert Villingen (Villingener Altstadt), vielleicht der Nachfolgeort einer frühalemannischen Siedlung mindestens der 2. Hälfte des 4. Jahrhunderts.

Die (Marien-) Kirche der Villingener Altstadt liegt zwischen den zwei alemannischen Reihengräberfriedhöfen, so dass ihr Friedhof räumlich und zeitlich an die Reihengräber anschloss. Die Aufgabe der Reihengräbersitte könnte damit im Zusammenhang mit der Entstehung dieser Kirche stehen, auf alle Fälle mit einer wohl damals erfolgten Christianisierung Alemanniens. Damit könnte die Altstadtkirche in die Zeit um 700, jedenfalls ins 8. Jahrhundert zurückreichen, wenn auch der aus dem Mittelalter auf uns gekommene Kirchturm in die romanische Zeit, auf die Wende vom 11. zum 12. Jahrhundert verweist. Die Altstadtkirche war in mittelalterlicher Zeit Mittelpunkt einer Kleinpfarrei, die nur mehr Villingen umfasst hatte – ein (weiterer) Hinweis (neben den Reihengräbern) auf eine stärkere Besiedlung des Villingener Raums ab dem frühen Mittelalter.

Auf das frühmittelalterliche Villingen bezogen

sich Orte der ersten Phasen des Landesausbaus wie Nordstetten nördlich von Villingen, die Ausdehnung der Besiedlung im oberen Brigachtal hatte in Villingen ihren Ursprung, die Siedlungsgrenze zwischen Baar und Schwarzwald, zwischen Muschelkalk- und Buntsandsteingebiet wurde bald nach der Merowingerzeit überschritten. Weitere Siedlungen treten dann bis zum und im hohen Mittelalter in Erscheinung, der Schwarzwald wurde entlang der Seitenbäche der Brigach erschlossen. Die Siedlungsstrukturen änderten sich im Verlauf des 11./12. Jahrhunderts, als Burgen und Wehranlagen als Herrschaftsmittelpunkte hinzukamen.

Das seit jeher von Menschen genutzte bzw. besiedelte Altsiedelland der Baar um **Schwenningen** besitzt mit dem frühmittelalterlichen Gräberfeld „Auf der Lehr“ (althochdeutsch lê/leh für „Hügel, Grabhügel, Friedhof“) nördlich des historischen Schwenninger Ortskerns auch Bodenfunde aus alemannischer Zeit. Das Gräberfeld liegt auf dem zum noch jungen Neckar (Neckarquelle bei Schwenningen) hin abfallenden Ostabhang eines Hügels; eine Siedlung in der Nähe mag vielleicht in Beziehung zur römischen Straße zwischen Rottweil und Hüfingen und zu einer Neckarfurt gestanden haben. 202 Gräber einschließlich vier Doppelgräbern konnten bisher auf dem Friedhof festgestellt werden, der damit zu den größten alemannischen Gräberfeldern auf der Baar gehört. Die (parallel in Reihe angeordneten) Gräber sind grob in West-Ost-Richtung orientiert und umfassen zeitlich das 6. und 7. Jahrhundert, während um 700 der Friedhof aufgelassen wurde. Typisch für das 6. Jahrhundert sind Brettersärge und Kammergräber aus Holz, für das 7. Jahrhundert Steinkisten- und Steinplattengräber; bei vielen Gräbern fehlen indes Grabfassungen dieser Art. Beigabefunde (Fibeln und Schmuck u.a. der „Schwenninger Dame“ aus einem reich ausgestatteten Grab [um 500], Waffenbeigaben [Spatha, Sax, Franziska, Speer, Lanze, Schild], Glas- und Keramikfunde) ergänzen das Bild, viele Grabbeigaben verweisen auf überregionale Beziehungen (Fernhandel, Beute, Heirat). Die (auch fehlenden) Grabbeigaben lassen die soziale Stellung der Verstorbenen und



eine geschichtete alemannische Gesellschaft mit Freien (einer Ober-, Mittel- und Unterschicht), Halbfreien und Abhängigen (Unfreie, Hörige, Sklaven) erkennen. Die Beigabensitte widerspiegelt damalige Jenseitsvorstellungen und Religiosität im Übergang zwischen Heiden- und Christentum (Amulette, Kreuzdarstellungen; Christianisierung der Alemannen über die adlige Führungsschicht). Schließlich geben die Beigaben Hinweise auf das damalige Handwerk (Herstellung von Schmuck und Waffen), die Skelettreste der Bestatteten Aufschluss über Krankheiten und Verletzungen (Eingeweidebrüche und Schwenninger Bruchband, Knochenbrüche, Karies, Arthrose und Rheuma).

Der zeitlichen Verteilung der Gräber auf dem Schwenninger Gräberfeld entsprechend, lässt sich für die frühmittelalterliche Siedlung Schwenningen wohl an der Stelle des heutigen Ortskerns eine Entstehung wahrscheinlich aus einem Adelshof der Zeit um 500 ausmachen. Die anfänglich kleine Siedlung wuchs im Verlauf des 6. und 7. Jahrhunderts, wobei – bei Ackerbau, Viehzucht und Waldbewirtschaftung – auch weniger fruchtbare Böden der Umgebung genutzt werden mussten. Soziale und wirtschaftliche Abstufungen spiegelten sich sehr wahrscheinlich in den (umzäunten) Gehöften (mit Wohnhäusern, Ställen, Scheunen und Speichern) und dem Herrenhof. Dabei war das Dorf Schwenningen eingebunden in alemannisches Herzogtum und fränkisches Merowingerreich und stand auch politischen und kulturellen Einflüssen von Seiten der Franken offen. Die fränkische Durchdringung des Neckarraums – hier ist auf fränkische („Militär“-) Stützpunkte am Neckar z.B. in Deißlingen (und vielleicht auch in Schwenningen?) zu verweisen – ging wahrscheinlich einher mit der Christianisierung der alemannischen Bevölkerung. Die erst im 12. Jahrhundert in den Geschichtsquellen auftauchenden Schwenninger (Pfarr-) Kirchen – die Kirche des heiligen Vinzenz in Unterschwenningen und die des heiligen Michael in Oberschwenningen – und deren Patrozinien deuten jedenfalls auf die fränkische Missionierung des Raums am oberen Neckar hin. Gerade die Vinzenzkirche (heute evangelische Stadtkirche), die einen halben Kilometer südlich

des Gräberfeldes liegt, könnte dann an der Wende vom 7. zum 8. Jahrhundert die Bestattungen an sich gezogen haben (Bestattungen auf dem Kirchhof) und so das Ende der Belegung am bisherigen Friedhof herbeigeführt haben. Dem entspricht auch die Zentrierung des alemannischen Dorfes Schwenningen um die Vinzenzkirche, d.h. beim heutigen Ortskern mit dem Herrenhof (als „nieder Kelnhof“?); und einer späteren Burg). Die wohl im Vergleich zur Vinzenzkirche in etwas spätere Zeit zurückreichende Michaelskirche wird dann für eine weitere Siedlung gestanden haben, so dass von einer Schwenninger Doppelsiedlung (mit nur einem Reihengräberfriedhof?) auszugehen ist. Ob die zweite, wohl spätere Siedlung, also Oberschwenningen mit der Michaelskirche, eine fränkische Gründung darstellt, ist zu erwägen, ebenso die Tatsache, ob es für dieses Dorf ein eigenes Gräberfeld aus der Merowingerzeit gegeben hat.

In die dargestellten frühmittelalterlichen Entwicklungen von Villingen und Schwenningen passt nun die vorgestellte Kaiserurkunde von 817. Das kaiserliche Diplom gibt Einblick in die Verhältnisse vor Ort, denn zu den 49 zinspflichtigen Mansen gehörten „in Villingen die Mansen des Wito und des Heimo“ und „in Schwenningen die Manse des Liubolt“. Damit erfassen wir namentlich Bewohner der Orte und auch erstmals die Ortsnamen. Das in der Urkunde auftretende Toponym „ad Filingas“ („in Villingen“) gehört zu den sog. -ingen-Namen, d.h.: das Grundwort des Toponyms, der zweite Namensteil, basiert auf dem Dativ Plural -ingen zum germanischen Suffix \*-inga/\*-unga, einer Bezeichnung für eine Gruppe von Menschen. Hinter dem Bestimmungswort, dem ersten Namensteil, verbirgt sich der germanische Wortstamm Fil-, wie er in den vor- und frühmittelalterlichen Personennamen Filibert, Filibrand, Filomar (männlich) oder Filomuot, Filiburg (weiblich) vorkommt. Dabei hat Fil- wahrscheinlich die Bedeutung „viel“, steckt hinter „Villingen“ der Kurz- oder Rufname „Vilo“. Das Toponym „Villingen“ bedeutet „(Siedlung) bei den Leuten des Vilo“, die Ansiedlung Villingen ist also nach ihren Bewohnern benannt, die wiederum nach ihrem Gruppen-/Sippenoberhaupt oder Ortsgründer Vilo hießen.

Ähnliches wie für Villingen gilt für den Schwenningen-Beleg der Urkunde. Auch das urkundliche „Swanningas“ gehört zu den -ingen-Namen. Hinter dem Bestimmungswort verbirgt sich der germanische Wortstamm Svan(a)-, wie er in den vor- und frühmittelalterlichen männlichen bzw. weiblichen Personennamen Suanabald, Svanucho, Swanupraht, Swanaburg oder Swanahild vorkommt. Dabei hat Svan- sehr wahrscheinlich die Bedeutung „Schwan“, doch sind bei Personennamen mit Svan- auch Überschneidungen mit den Wortstämmen Sona-, Sunja-, Sunna- oder Svaindenkbar. Das Toponym „Schwenningen“ bedeutet „(Siedlung) bei den Leuten des Swano“.

Der dritte, hier uns interessierende Ort ist **Tannheim**, der in der Urkunde von 817 ebenfalls zum ersten Mal genannt wird. Das Diplom führt eine „Manse des Tuato“ in Tannheim auf. Das Toponym „Tanheim“ ist ein -heim-Name in der Bedeutung „Wohnort, Siedlung, Heim“ und mit geografischem Bezug zu den „Tannen“, so dass der Name als „Ort in der Nähe von Tannen“, als „Siedlung am/im Tannenwald“ interpretiert werden kann. Da Tannheim erst wieder zum Jahr 1312 in den Geschichtsquellen auftaucht, kann über die frühmittelalterliche Geschichte des Ortes nichts weiter berichtet werden.

Auch Nordstetten und Weilersbach werden im Diplom Ludwigs des Frommen erwähnt. In Nordstetten lagen „die Mansen des Otto und des Reginker“, in Weilersbach „die Mansen des Ratolt und des Heriger“. Nordstetten findet in den St. Galler Urkunden erstmals zu 760/62 Erwähnung, Weilersbach zu 763/67. Der Ortsname „Nortstati“ (760/62, 763/67) und „Nordstetim“ (817) enthält als Grundwort -stetten in der Bedeutung „Platz, Versammlungsort“; das Bestimmungswort „Nord“ bezeichnet die Himmelsrichtung unter offensichtlicher Bezugnahme auf die Villingener Altstadt. Der Ortsname „Weilersbach“ ist als „Willaresbah“ (763/67) und „Wilareshach“ (817) überliefert; Grundwort ist ein -bach-, also ein Gewässername, Bestimmungswort der Personennamen Wilhari, so dass sich die Bedeutung „Bach des Wilher“ ergibt. Daneben erwähnt das kaiserliche Diplom von 817 weitere Baarorte: Hondingen, Klingen, Pföhren, Spaichingen und Tuningen.

Die verschiedenen Typen der hier vorgestellten Toponyme stehen dann für eine Abfolge von Ortsnamenschichten, da Ortsnamen zeitlich sich verändernden Moden unterliegen und sich nach Ausweis der Ortsnamenkunde in vielen Fällen zumindest ungefähr chronologisch einordnen lassen. Die -ingen-Namen bilden zusammen mit den -heim-Namen im schwäbisch-alemannischen Raum die älteste mittelalterliche Namensschicht und reichen größtenteils in die fränkisch-merowingische Zeit, ins 6. bis 8. Jahrhundert, zurück. Eine weitere Namensschicht bilden für das 7. Jahrhundert die Toponyme auf -statt, -weil, -hausen und -dorf, spätmerowingisch sind überwiegend Namen, die auf -stetten, -bach, -hofen enden, frühkarolingisch Namen mit dem Grundwort -weiler. Die oben besprochenen Orte sind also älter als ihre Erstnennung in den frühmittelalterlichen Urkunden des Klosters St. Gallen, eine Tatsache, die – zumindest im Fall von Villingen und Schwenningen – auch die Archäologie bestätigt.

## V. Politische Raumgliederung

Die Wiedereingliederung Alemanniens ins (karolingische) Frankenreich ab der Mitte des 8. Jahrhunderts war verbunden mit der Entwicklung einer karolingischen Grafschaftsverfassung als politischer Raum- und Binnengliederung. Diese schlug sich auch nieder in den frühmittelalterlichen St. Galler Traditionsurkunden, welche nicht nur die Namen der Baarorte enthalten, sondern Letzteren mitunter Landschaften (Gau) und Grafschaften bzw. Grafen zuordnen. Die Nennung von pagus („Gau“) und comes („Graf“) gehört zu den geografischen und politischen Ordnungsprinzipien der frühmittelalterlichen Urkundensprache, die sog. Grafenformel am Schluss von St. Galler Traditionsurkunden ist der Schlüssel, um Ortschaften bestimmten Grafen und Grafschaften zuzuweisen. Nach Ausweis der Urkunden gehörten die Orte auf der Baar zur frühmittelalterlichen Landschaft der Bertholdsbaar. Der Gau ist ab der Mitte des 8. Jahrhunderts bis zum Ende der Karolingerzeit in den Schriftquellen bezeugt. Grafen als Stellvertreter der fränkischen Herrscher treten ab 760/62, ab Graf Warin, in der Bertholdsbaar

in Erscheinung, wo es zunächst darum ging, Positionen des Königtums auch vom Oberrhein her zu sichern. Die Grafen, u.a. Ruthard (8. Jahrhundert, 3. Viertel), Adalhart und Pirihtilo (760er- bis 780er-Jahre) wandten sich auch gegen die Konkurrenz alemannischer Großer sowie der Alaholfinger, die als Grafen eigenen Rechts über beträchtlichen Besitz auch auf der Baar verfügten. Bis 817/18 hatte sich daher hier die Grafschaftsverfassung nicht völlig durchgesetzt.

Das Diplom Kaiser Ludwigs von 817 zeigt nämlich noch ein disparates Bild von einander sich im Gebiet des oberen Neckars durchdringenden Amtsbezirken, so dass wir vermuten können, dass Grafschaften im Sinne von linear abgegrenzten, flächendeckenden „Verwaltungsbereichen“ erst (etwas) später auf der Grundlage von Königsgut und -rechten geschaffen wurden. So lagen 817 Villingen, Tannheim und Nordstetten „im Amtsbezirk des Grafen Ruachar“, Schweningen und Weilersbach in dem „des Grafen Karamann“, Hondingen und Klengen „im Amtsbezirk des Grafen Frumold“. Die vermöge des Diploms von 817 erfolgte Übertragung des gräflichen Zinses an das Kloster St. Gallen lässt dann auf Reorganisationsmaßnahmen Kaiser Ludwigs des Frommen im Bereich der Bertholdsbaar schließen. Ziemlich bald nach 817 sind so zwei Grafschaften im westlichen und östlichen Teil der Bertholdsbaar entstanden, die in der Folgezeit von je unterschiedlichen Personen geleitet werden sollten, und damit feste Grafschaftsbezirke, die eine Grundlage königlicher Herrschaft im karolingerzeitlichen Schwaben des 9. und beginnenden 10. Jahrhunderts bildeten. Die Siedlungen der heutigen Baar lagen in der westlichen Grafschaft. In der Folge treten hier die königlichen Amtsträger Tiso (818, 825), Ato (831, 854?), Uto (854?, 857) und Adalbert (889) in Erscheinung, der spätere König Karl III. (876–888), der seit 859 Herrschaftsfunktionen in Alemannien besaß, wird zum Jahr 870 hier als *rector pagi* („Vorsteher des Gaus“) bezeichnet, zu 881 ist eine „Grafschaft Neudingen“ urkundlich belegt.

Wir können weiter festhalten, dass das fränkisch-karolingische Königtum im 8. und 9. Jahrhundert

in der Baar über ansehnliche Besitzungen und Einflussmöglichkeiten verfügte. Königsgut und -rechte sind belegt durch die St. Galler Überlieferung in Behla, Hausen vor Wald, Ippingen, Löffingen, Neudingen, Pföhren und Sunthausen, in Zusammenhang mit Grafschaftsgut – entsprechend dem Diplom von 817 – in Hondingen, Klengen, Pföhren, Schweningen, Tannheim, Tuningen, Villingen und Weilersbach, in Zusammenhang mit königlichen Kirchen in Hondingen und Klengen. Hinzuzählen mag man auch die Orte des Grafengerichts Dürrheim und Geisingen und den „öffentlichen Ort“ (*villa publica*) Spaichingen unter besonderer königlicher Beaufsichtigung. Die karolingische Pfalz in Neudingen, wo Kaiser Karl III. Anfang 888 starb, hat sicher nicht nur regionale Bedeutung gehabt. Königsgut in Donaueschingen ist in Zusammenhang mit einer 889 getätigten Schenkung König Arnulfs (887–899) an das Kloster Reichenau bezeugt.

## VI. Zusammenfassung

Die Urkunde Kaiser Ludwigs des Frommen für das Kloster St. Gallen vom 4. Juni 817 zeigt den Herrscher auf dem Höhepunkt seiner Macht vor dem Hintergrund von *Ordinatio imperii* und erfolgreicher Reformpolitik. Auch Eingriffe des Kaisers in den alemannischen Raum waren damals möglich. Das beweist das hier vorgestellte Diplom, das in wahrscheinlichem Zusammenhang mit der Reorganisation der karolingischen Grafschaftsverfassung u.a. auf der Baar und in der Bertholdsbaar stand und entstanden ist. Die Urkunde bietet daher auch einen Blick auf Siedlungsgeschichte und politische Raumgliederung der frühmittelalterlichen Baar. Das durch die Urkunde vermittelte reichhaltige Material von Baarer Ortsnamen – allen voran die Ersterwähnungen der Orte Schweningen, Tannheim und Villingen – steht neben den Informationen zu Grundbesitz, Grafen, Grafschaften und Orten, die dem königlichen Einfluss offenstanden. Schließlich gehört es zu den historischen Zufällen, dass die heutige baden-württembergische Doppelstadt Villingen-Swenningen auf einen gemeinsamen Beginn der schriftlichen Überlieferung im Mittelalter hin-

sichtlich ihrer Teilorte Villingen und Schwenningen zurückblicken kann. Dieser Beginn lag vor 1200 Jahren und ist dokumentiert durch die auch heute noch beeindruckende Urkunde eines fränkischen Herrschers.

#### Anmerkungen:

Quellen und Literatur: Benzing, O., Schwenningen am Neckar. Geschichte eines Grenzorfes auf der Baar (30000 v.Chr. bis 1907 n.Chr.), Villingen-Schwenningen 1985, S.32–45; Berner, H. (Hg.), Tannheim. Geschichte von Dorf und Kloster am Osthang des Schwarzwaldes (= Schriftenreihe des Landkreises Donaueschingen, Bd.31), Donaueschingen 1971; Borgolte, M., Geschichte der Grafschaften Alemanniens in fränkischer Zeit (= Vorträge und Forschungen, Sonderbd.31), Sigmaringen 1984, S.151–162; Borgolte, M., Die Grafen Alemanniens in merowingischer und karolingischer Zeit. Eine Prosopographie (= Archäologie und Geschichte, Bd.2), Sigmaringen 1986, S.117f, 157ff, 210–215; Bosshof, E., Ludwig der Fromme (= Gestalten des Mittelalters und der Renaissance), Darmstadt 1996; Brüstle, H., Ortsnamen der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg (unter besonderer Berücksichtigung der engeren Baar), in: SVGBaar 30 (1974), S. 94–138; Buhlmann, M., Zeitrechnung des Mittelalters. Einführung, Tabellen, CD-ROM InternetKalenderrechnung (= VA 18), St. Georgen 2005; Buhlmann, M., Das Kloster St.Gallen auf der Baar, in: GHV XXIX (2006), S.72–80; Buhlmann, M., Das Frankenreich, Großmacht am Anfang des Mittelalters, Tl.1: Geschichte, Tl.2: Anhang, Tl.3: Karten (auf CD-ROM) (= VA 37/1-3), St. Georgen 2008; Buhlmann, M., Das Kloster St.Gallen, die Baar und Villingen im frühen Mittelalter, Essen 2013; Buhlmann, M., Das Kloster St.Gallen, die Baar und Schwenningen im frühen Mittelalter (= VA 63), Essen 2013; Buhlmann, M., Die Urkunde Kaiser Ludwigs des Frommen für das Kloster St.Gallen vom 4. Juni 817. Ein Beginn Villinger und Schwenninger Geschichte (= VA 67), Essen 2013; Buhlmann, M., Die Klöster St.Gallen und Reichenau, das Königtum, die Baar und Neudingen im frühen Mittelalter (= VA 68), Essen 2013; Buhlmann, M., Das Kloster St.Gallen, die Baar und Weilersbach im frühen Mittelalter (= VA 75), Essen 2014;

Buhlmann, M., Das Kloster St.Gallen, die Baar und Tannheim im frühen Mittelalter (= VA 86), Essen 2016; Buhlmann, M., Das Kloster St.Gallen, die Baar und Nordstetten im frühen Mittelalter (= VA 92), Essen 2016; Fürstenbergisches Urkundenbuch, hg. v.d. Fürstlichen Archive in Donaueschingen, Bd.V: Quellen zur Geschichte der Fürstenbergischen Lande in Schwaben vom Jahre 700–1359, Tübingen 1885, FUB V 25; GHV = Villingen im Wandel der Zeit. Geschichts- und Heimatverein Villingen; Goetz, H.-W., Proseminar Geschichte: Mittelalter (= UTB 1719), Stuttgart 1993, S.117–125; Hauger, J., 1200 Jahre Geschichte des Dorfes Weilersbach, [Weilersbach] [1964], S.13–24; Jenisch, B., Die Entstehung der Stadt Villingen. Archäologische Zeugnisse und Quellenüberlieferung (= Forschungen und Berichte der Archäologie in Baden-Württemberg, Bd.22), Stuttgart 1999, S.31–35; Kölzer, T., Kaiser Ludwig der Fromme (814-840) im Spiegel seiner Urkunden (= Nordrhein-Westfälische Akademie der Wissenschaften. Geisteswissenschaften. Vorträge G 401), Paderborn 2005; Maulhardt, H. (Hg.), 1250 Jahre Nordstetten (= Blätter zur Stadtgeschichte 1/12), Villingen-Schwenningen 2012; MGH = Monumenta Germaniae Historica; Müller, A., Von den Anfängen bis zum Dreißigjährigen Krieg, in: Berner, Tannheim, S.39–87, hier: S.43f; Oehmichen, G., Weber-Jenisch, G. (Hg.), Die Alamannen an der Neckarquelle. Das frühmittelalterliche Gräberfeld von Schwenningen „Auf der Lehr“. Begleitheft zur gleichnamigen Sonderausstellung in der Schwenninger Volksbank vom 16. Oktober bis 11. Dezember 1997, hg. v. Landesdenkmalamt Baden-Württemberg (= Archäologische Informationen aus Baden-Württemberg, H.35), Stuttgart 1997; Rück, P. (Hg.), Graphische Symbole in mittelalterlichen Urkunden. Beiträge zur diplomatischen Semiotik (= Historische Hilfswissenschaften, Bd.3), Sigmaringen 1996; SVGBaar = Schriften des Vereins für Geschichte und Naturgeschichte der Baar; Die Urkunden Ludwigs des Frommen, bearb. v. T. Kölzer (= MGH, Diplomata. Die Urkunden der Karolinger, Bd.2,1), Wiesbaden 2016, DLF 124; Urkundenbuch der Abtei Sanct Gallen: Tl.I: 700–840, bearb. v. H. Wartmann, Zürich 1863, UB StGallen I 226; VA = Vertex Alemanniae. Schriftenreihe des Vereins für Heimatgeschichte St. Georgen, Schriftenreihe zur südwestdeutschen Geschichte; Wieners, T.H.T., Villingens „Vorzeigeort“. Zur Ersterwähnung und frühen urkundlichen Überlieferung von Nordstetten, in: Maulhardt, Nordstetten, S.3–7; Württembergisches Urkundenbuch, hg. v.d. königlichen Staatsarchiv in Stuttgart, Bd.I: ca. 700–1137, 1849, Ndr Aalen 1972, WürttUB I 79.

# Von Badnern und Württembergern

## oder von Brüdern und Schwestern

Thomas Schnabel

Zu Beginn muss ich mit einem bis heute weit verbreiteten Vorurteil aufräumen. Wenn man die Debatten vor 65 Jahren, ganz vereinzelt auch noch heute, anhört, dann könnte man meinen, dass zwischen Badnern und Württembergern ein größerer Abstand liege als zwischen Indern und Chinesen oder Mexikanern und Peruanern. Deshalb nochmals die schreckliche Wahrheit: Badener und Württemberger sind Schwaben. Bereits das berühmte Zedlersche Universallexikon aus der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts bemerkte lapidar, dass „die Alemannen und Schwaben, so damals schon einerley hiesse(n)“.<sup>1</sup> Sie galten als „das mächtigste, größte und tapfferste Volck unter allen Deutschen“.<sup>2</sup> Zwischen Lech und Rhein, zwischen Heidelberg und den Alpen wohnten „die berühmten Alemannen und heutigen Schwaben, welche den Francken und Römern so viel zu thun gemacht, dass noch heutiges Tages die Frantzosen alle deutschen Völcker in ihrer Sprache unter dem Namen der Alemannier begreifen.“<sup>3</sup>

In einer von Friedrich Maurer 1942 herausgegebenen grundlegenden Studie über „Oberrheiner, Schwaben, Südalemannen“ heißt es in der Einführung: „Das Ergebnis ist eindeutig: Die Begriffe Schwaben und Alemannen gehen ihrer Herkunft nach auf Menschen derselben Gruppe, die zuerst die Swebische heißt. Sweben bedeutet ursprünglich nur zugleich etwas mehr. Sie sind im weiteren Sinn die an der Elbe sitzende Großgruppe der Germanen, zu denen unter anderem auch die Semnonen gehören; sie werden als der Kern der Sweben genannt. Der Name ‚Alemannen‘ wird zuerst 213 genannt für eine Gruppe von Elbgermanen, die sich aus jenen Sweben oder Teilen von ihnen gebildet hat und nach dem Südwesten hin abwandert.“<sup>4</sup>

Letztlich setzte sich aber der Begriff Schwaben durch. Es bildete sich das Herzogtum Schwaben, der Kern der staufischen Herrschaft. Nach

dem Ende der Staufer Mitte des 13. Jahrhunderts zersplitterte der Südwesten in Hunderte von Territorien. Auch der habsburgische Versuch, wieder ein schwäbisches Herzogtum zu errichten, scheiterte. Ein gewisses Weiterleben bedeutete der Schwäbische Kreis, der bis zu der napoleonischen, territorialen Revolution im Südwesten als einer der zehn deutschen Reichskreise bestand. Bei den Reichskreisen handelte es sich allerdings nicht um geschlossene Herrschaften, sondern um den Zusammenschluss ganz unterschiedlicher Territorien. Dazu gehörten, neben den geistlichen und weltlichen Herren, den Reichsstädten und den Reichsrittern, vor allem das Herzogtum Württemberg und die beiden Markgrafschaften Baden-Baden und Baden-Durlach. Erst 1770 starb die katholische Linie Baden-Baden aus und die Gebiete fielen an das evangelische Baden-Durlach. Die beiden badischen Markgrafschaften und das Herzogtum Württemberg stellten Mitte des 18. Jahrhunderts zusammen aber nicht einmal die Hälfte des Territoriums und der Bevölkerung des heutigen Landes Baden-Württemberg.

Während des Mittelalters wurden die Namen Schwaben und Alemannen identisch verwendet. Im 12. Jahrhundert scheint dann der Begriff Alemannen aus dem Sprachgebrauch verschwunden zu sein. Erst Johann Peter Hebel holte den Namen wieder aus der Vergessenheit, indem er seine Gedichte in Wiesentäler Mundart als „Allemanische Gedichte“ bezeichnete. Allerdings erschien die erste Ausgabe 1803 noch anonym und der Verleger verlangte eine ausreichende Anzahl von Vorbestellungen, da er am wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens zweifelte. Entgegen der Erwartung oder Befürchtung war die Wirkung der Allemanischen Gedichte so bedeutend und kam so im rechten Augenblick, dass der Name jetzt wieder auflebte und bewusst verwandt wurde, nun aber



für den engeren Kreis der oberrheinischen und der Schweizer Alemannen.

„Die Sprachwissenschaft“, so Friedrich Maurer, „half auch mit, den engeren Gebrauch einzubürgern, indem sie die Mundarten im südlichen Baden, im Elsaß und in der Schweiz als ‚alemannische‘ gegen das ‚Schwäbische‘ im größten Teil Württembergs stellte. Allerdings nimmt sie doch auch immer diese beiden, alemannische Mundarten i(m) e(ngeren) S(inne) und schwäbisch, als ‚alemannisch‘ i(m) w(eiteren) S(inne) zusammen. Damit ist vom Sprachlichen her das Wesentliche gesagt: auch das Schwäbische ist eine alemannische Mundart. Oder anders ausgedrückt: schwäbisch, südalemannisch und oberrheinisch haben verglichen mit anderen deutschen Mundarten, Gemeinsames. Sie gehören zusammen.“<sup>5</sup>

Es ist sicherlich kein Zufall, dass die Allemannischen Gedichte Hebels in einer Zeit so durchschlagenden Erfolg hatten, als sich unter Napoleons Fittichen das Großherzogtum Baden bildete, das gerade im südlichen, alemannischen Landesteil sehr viele Territorien ‚eroberte‘, die bisher in keinem Zusammenhang mit den Markgrafschaften gestanden hatten. Eine konfessionelle Klammer gab es auch nicht, da die Karlsruher Großherzöge evangelisch und die neuen Untertanen, als ehemalige Vorderösterreicher oder Fürstenberger, um einige der wichtigsten ehemaligen Herren zu erwähnen, katholisch waren. Die sprachliche Gemeinsamkeit, der Stolz auf den gemeinsamen Dialekt, konnte so auch eine integrierende Wirkung entfalten. Allerdings galt dies nur für die südlichen Landesteile. Nördlich von Baden-Baden sah das schon ganz anders aus bis zu den fränkischen Dialekten in „Badisch-Sibirien.“

Ein noch grundsätzlicheres Problem stellte für die südwestdeutschen Länder, das Königreich Württemberg und das Großherzogtum Baden, die fehlende Begeisterung der hinzugewonnenen Bevölkerungsteile über ihre neuen Herren dar. Der Zeit entsprechend hatte niemand sie gefragt. Nicht wenige sehnten sich nach der aus ihrer Sicht guten alten Zeit zurück. Besonders deutlich wurde dies bei den ständigen Aushebungen für die napoleonische Kriegsmaschinerie. Der Preis

für die territorialen Gewinne und die Rangerhöhung war neben der Zerstörung des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation durch den Rheinbund und umfangreichen Kontributionen vor allem die Stellung von Tausenden von Soldaten. Der napoleonische Russlandfeldzug ist bis heute der prozentual verlustreichste Krieg in der württembergischen Geschichte. Von 16.000 Soldaten, Unteroffizieren und Offizieren kehrten nicht einmal 1.000 zurück, also gerade einmal 5 %. Die Menschen wehrten sich gegen diese Aushebungen, wie zum Beispiel in Mergentheim 1809. Mit brutaler Gewalt ließ König Friedrich den Widerstand brechen und die Rädelsführer hinrichten oder zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilen.

Auch im Neu-Badischen hielt sich die Begeisterung sehr in Grenzen. So versuchte beispielsweise die Stadt Freiburg auf dem Wiener Kongress, wieder zu Österreich zu kommen, ein hochverräterisches Unterfangen, das aber ebenso wenig gelang, wie der Versuch Elisabeth von Fürstenbergs als Vertreterin der Mediatisierten 1814 und 1816, Kaiser Franz von Österreich zur erneuten Übernahme der deutschen Kaiserkrone zu bewegen und damit die alten, vornapoleonischen Herrschaftsverhältnisse wieder herzustellen. Von 1805 bis zu ihrem Tod 1822 war die verwitwete Elisabeth von Fürstenberg mit Joseph von Laßberg liiert, mit dem sie auch einen Sohn hatte. Mit ihren Mitteln konnte er seine berühmte Büchersammlung aufbauen und unter anderem die heute in Karlsruhe liegende Nibelungenhandschrift erwerben. Damit trug sie ganz wesentlich dazu bei, dass Laßberg zu einem bedeutenden Gründungsvater der Germanistik wurde, der mit fast allen wichtigen literarischen Zeitgenossen in Kontakt stand.

Die Vertreibung Napoleons aus Deutschland glückte in den Befreiungskriegen, deren Erfolg ganz wesentlich auf den Versprechen von Verfassungen und Reformen, aber auch der Hoffnung auf ein geeintes, deutsches Vaterland beruhte. Durch den rechtzeitigen Abfall von Napoleon gelang es den Rheinbundfürsten, mit Ausnahme von Sachsen, ihre territorialen Gewinne zu behaupten und eine Rückkehr zu den alten Zeiten zu verhindern. Die süddeutschen Länder, im Unterschied etwa

zu Österreich und Preußen, hielten ihre Verfassungsversprechungen ein. Baden bekam die liberalste Verfassung seiner Zeit und Württemberg erstmals in Deutschland eine zwischen Parlament und König vereinbarte Konstitution. Trotzdem schwebte über der Selbständigkeit der beiden Länder die Hoffnung vieler Untertanen auf ein gemeinsames Deutschland. Baden und Württemberg waren Länder auf Abruf.

Mit der Eröffnung des ersten Landtags am 1. Februar 1819 in Karlsruhe, dem ein für damalige Zeiten relativ breites Männerwahlrecht zugrunde lag, begann die hohe Zeit der badischen Kammer, deren Kampf für die Umsetzung der Verfassung weit über das Land hinaus Beachtung fand. Dies trug, neben ähnlichen Kämpfen in der württembergischen Kammer, ganz wesentlich dazu bei, dass der Südwesten als die Wiege der deutschen Demokratie bezeichnet werden kann.

Obwohl die badische Verfassung, im Unterschied zur württembergischen, vom Monarchen erlassen worden war, wurde sie im Land allgemein mit Jubel aufgenommen. Im bedeutendsten Ausdruck liberaler Ideen im Vormärz, dem Staats-Lexikon von Rotteck und Welcker, heißt es über die badische Verfassung, dass sie „in ihren Grundbestimmungen das Gepräge rein constitutioneller, d. h. dem ächten Repräsentativ-System huldiger Ideen“ trägt.<sup>6</sup>

Allerdings wurden wesentliche Grundrechte sehr schnell wieder eingeschränkt. Der Mord des Studenten Karl Sand an dem reaktionären Schriftsteller August von Kotzebue am 23. März 1819 in Mannheim führte zu den Karlsbader Beschlüssen, die neben dem Verbot der Burschenschaften auch die Pressefreiheit und andere wichtige Grundrechte weitgehend aufhoben.<sup>7</sup>

Erst mit der französischen Revolution von 1830 kam es in Baden zu einer kurzen Einführung der Pressefreiheit, die zum Beispiel in Freiburg sofort zum Erscheinen des ‚Freisinnigen‘, einer liberalen Tageszeitung, führte. Aber auch dieses Mal setzte sich das reaktionäre System Metternichs, des österreichischen Kanzlers, durch. Nach wenigen Monaten war die Freiheit schon wieder vorbei. Interessant ist allerdings, dass Rotteck in der Karls-

ruher Kammer der Regierung das Recht absprach, eigenmächtig zu entscheiden. „Die Souveränität der einzelnen Bundesglieder d. h. die Unabhängigkeit und Selbständigkeit derselben ist aber nicht bloß ein Recht der Fürsten, sondern ein unendlich kostbares Recht und Besitzthum der Staaten selbst und der Völker nicht minder als der Fürsten; und eine sorgsame Bewachung und Wahrung derselben erscheint sonach als heilige Obliegenheit der Volksvertreter.“<sup>8</sup>

Auch wenn diese Einschätzung noch keine politischen Folgen hatte, so spiegelt sie doch die hohe Bedeutung der Verfassung gerade in Baden wider. Der von Dolf Sternberger nach 1949 geprägte Begriff des „Verfassungspatriotismus“ gilt für das vormärzliche Baden in ganz besonderem Maße.

Während Württemberg 1841 das 25-jährige Regierungsjubiläum von König Wilhelm I. pompös feierte, kam es in Baden zwei Jahre später zu landesweiten Veranstaltungen zum 25. Geburtstag der Verfassung, die von Bürgerkomitees in den jeweiligen Orten organisiert wurden. An den Festzügen und Feiern zum 22. August 1843 nahmen Hunderttausende teil. Ein eindrucksvoller Beweis dafür, „dass das badische Volk seine freisinnige Verfassung kennt, liebt, und zu schützen entschlossen ist“.<sup>9</sup>

Auch in Villingen fanden umfangreiche Festlichkeiten statt, die bereits am 21. August abends begannen: „Um 5 Uhr Geläute mit allen Glocken im Pfarrmünster. Um 7 Uhr Zapfenstreich der Bürgermilitärmusik. Gegen 9 Uhr wurden die nach den vier Himmelsgegenden auf den höchsten Punkten der Gemarkung Villingens veranstalteten Freudenfeuer angezündet, die sofort hochauflodernd der Ferne unsere Vorempfindungen für den künftigen Tag verkündeten.“ Am nächsten Tag „ertönten gleich nach Tagesanbruch 25 Böllerschüsse, die das Alter der Verfassung und damit ihren Uebergang zur männlichen Kraft bezeugten... Auf den Ruf der großen Glocke versammelte man sich Vormittags 9 Uhr in der ehevorigen St. Georger-Stifts- nunmehrigen Schulhauskirche, von wo sofort der Festzug durch die Josephsgasse in die obere Straße über den Marktplatz, die Riehtstraße, durch die Gasse am Kaufhaus

und über den Münsterplatz in die Pfarrkirche sich bewegte.“ Der Festzug hatte eine genau geregelte Ordnung. Im Mittelpunkt befand sich das ‚Geburtstagskind‘: „Der Träger der Verfassungs-urkunde, diese in rothem Saffian eingebunden und auf einem rothen Sammtkissen ruhend. Zur Linken und Rechten zwei Festordner mit Fahnen, und zwei Mitglieder des Festcomité.“ An dem Zug sollen mehr als 1.000 Menschen teilgenommen haben.<sup>10</sup> Der gesamte Bericht zu den Feierlichkeiten umfasste über 16 Seiten.

Es überrascht deshalb auch nicht, dass das Offenburger Programm vom 12. September 1847, das alle wesentlichen Grundsätze für eine liberale und soziale Demokratie enthielt, von den, wie sie sich selbst nannten, entschiedenen Freunden der badischen Verfassung, darunter den führenden Oppositionellen Friedrich Hecker und Gustav Struve, verfasst wurde.<sup>11</sup>

Mit diesen Forderungen sollte ganz Deutschland reformiert, genauer gesagt revolutioniert werden. Erst als sich die Mehrheit der Abgeordneten im Vorparlament in Frankfurt im Frühjahr 1848 diesen Forderungen nicht anschloss, versuchten Hecker und wenige Monate später Struve vergeblich, zu putschen. Dabei stellte sich allerdings heraus, dass auch die badische Bevölkerung einem radikalrevolutionären Programm ablehnend gegenüberstand.

Der Kampf um die Reichsverfassung vom April 1849 brachte schließlich die eigentliche badische Revolution. Während in Württemberg König Wilhelm auf Druck der Bevölkerung die Verfassung unterschrieb, floh der badische Großherzog Leopold und rief die Preußen zu Hilfe, die der badischen Revolution nach wenigen Wochen ein blutiges Ende bereiteten. Dutzende wurden hingerichtet, Hunderte verschwanden hinter Zuchtmauern, Tausende flohen vor der Verfolgung ins Ausland und Zehntausende wurden in Baden strafrechtlich verfolgt und bestraft.

Damit war das höchste Ideal des badischen Kleinbürgers und Bauern, wie Friedrich Engels Ende 1849 polemisierend schrieb, „die kleine bürgerlich-bäuerliche Republik, wie sie in der Schweiz seit 1830 besteht“, gescheitert. Aber auch das Ideal

von Deutschlands Zukunft, so wie sie, laut Engels, der süddeutsche Kleinbürger erstrebte, nämlich „in der Gestalt einer vergrößerten Schweiz, in der Gestalt einer Föderativrepublik“, war nicht mehr zu verwirklichen.<sup>12</sup>

An ihre Stelle trat das aus Blut und Eisen unter preußischer Vorherrschaft geschaffene Kaiserreich mit Wilhelm I., der 1849 als Kron- bzw. ‚Kartätschenprinz‘ die preußischen Truppen führte, die das badische demokratische Experiment im Blut erstickt hatten.

Die totale Niederlage der badischen Revolution hatte dazu geführt, dass die demokratischen, linksliberalen Teile der bürgerlichen Opposition weitgehend emigriert waren. Deshalb dominierten in Baden bis zum Dritten Reich die Nationalliberalen, während die Linksliberalen im Unterschied zu Württemberg eine deutlich geringere Rolle spielten.

Über die Verbitterung, die unter den württembergischen Demokraten nach der gescheiterten Revolution von 1848/49 herrschte, gibt ein kleines Gedicht von Ludwig Pfau Auskunft. Pfau blieb übrigens, im Unterschied zu vielen Revolutionären, seinen alten Idealen auch noch in der Bismarckzeit treu:

*„Bei Weinsberg liegt die Weibertreu  
Das wissen alle Leute.  
Manch Sänger pries dies Schuttgebäu'  
Manch Pilger kommt noch heute.*

*Doch dass der Frauen holde Schar  
Die Männer dort getragen,  
Das ist nicht gar so wunderbar  
Als wie die Dichter sagen.*

*Was dort ein deutscher Fürst getan,  
Das ist ja wunderbarer:  
Er hielt sein Wort dem Untertan,  
Das ist, bei Gott! viel rarer.*

*Der Staufe sprach: „Ein Königswort  
Sei fest wie Stahl und Eisen.“ –  
Kein Zollern kommandiere dort  
Und Rastatt kennt die Preußen.*



*Drum heiße „Fürstentreu“ fortan  
Die Burg den Pilgern allen –  
Dann wird auch keiner Zweifel han,  
Warum sie so verfallen.“<sup>13</sup>*

An der außergewöhnlichen Bedeutung von Verfassungen für Baden änderte sich deshalb aber nichts. Noch in der Gedenkschrift anlässlich des Todes von Großherzog Friedrich I. am 28. September 1907 war zu lesen, dass „er unbeirrt an der Grundlage des badischen Staates, seiner Verfassung“ festgehalten hatte.<sup>14</sup>

Nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg und dem Sturz der Monarchie konnten nur in der demokratischen Republik Baden die Bewohner, erstmals Frauen und Männer, über die neue Verfassung abstimmen. Am 13. April 1919 votierte eine klare Mehrheit für die demokratische Verfassung. Nach dem Zweiten Weltkrieg konnten die Badener (und auch die Württemberger) 1946 bzw. 1947 ebenfalls über die Verfassungen abstimmen. Dabei fiel die Zustimmung in Baden mit unter 70 % relativ schlecht aus.

Ein letzter Ausfluss dieser Einstellung fand sich auch noch bei der Abstimmung über die baden-württembergische Verfassung im November 1953. Neben den vier KPD-Abgeordneten stimmte nur der Offenburger CDU-Abgeordnete und spätere Regierungspräsident Hermann Person mit Nein, „da“, wie er ausführte, „die Verfassung dem Volk nicht zur Abstimmung vorgelegt werden wird, diese Verfassung jedoch drei vom Volk der bisherigen Länder bestätigte Verfassungen außer Kraft setzt. Auch die badische Verfassung vom Jahre 1919 wurde dem Volk vorgelegt, obwohl sie in der damaligen Nationalversammlung vorher einstimmig beschlossen wurde. Ihre Außerkraftsetzung durch die Gleichschaltungsgesetze vom 31. März beziehungsweise 7. April 1933 ist der bisher einzige nicht vom Volk bestätigte Eingriff in die badische Verfassungsgeschichte seit 1919.“<sup>15</sup> Fünf weitere badische CDU-Abgeordnete enthielten sich aus ähnlichen Gründen der Stimme.

Die innere Gründung Badens erfolgte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als Baden nach der Besetzung durch Preußen nur noch eine ein-

geschränkt eigenständige Politik betreiben konnte. Dafür unterstützte man von staatlicher Seite aus umso mehr die Beschäftigung mit der badischen Vergangenheit. Im Januar 1850, ein halbes Jahr nach der Besetzung Badens durch Preußen, in einer Zeit schwerster politischer und wirtschaftlicher Probleme, wurde die bis heute bestehende Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins in Karlsruhe gegründet. „Durch eine Unterstützung der Regierung selbst in der jetzigen Zeit“ wurden die Herausgeber „in den Stand gesetzt, den Preis der Zeitschrift so zu ermäßigen, dass die Freunde der Geschichte mit geringen Auslagen daran teilnehmen können.“<sup>16</sup> In Württemberg erschienen erst ab 1878 die Württembergischen Vierteljahrshefte für Landesgeschichte, die zunächst vom Vorgänger des heutigen Statistischen Landesamtes herausgegeben wurden.

Mit der von Baden sehr nachhaltig begrüßten Reichsgründung und der damit einhergehenden nationalen Euphorie, stellte sich langfristig die Existenzberechtigung des noch jungen Landes verschärft. Dies war auch Großherzog Friedrich klar, der immer wieder darauf hinwies, „dass es nun darauf ankomme, die geliebte Heimat in ihrem unabhängigen inneren Dasein selbständig zu entwickeln... Wir wollen uns die innere Festigkeit erhalten, damit unser Einzelleben auch berechtigt sei, zu bestehen.“ Aus diesem Grund war Baden der erste deutsche Einzelstaat, der 1883 „zur Pflege der Landesgeschichte eine eigene, dauernde, staatliche Einrichtung“ schuf, die Badische Historische Kommission.<sup>17</sup> Die Württembergische Kommission für Landesgeschichte nahm ihre Arbeit erst 1891 auf, wirkte dann aber bis 1954, als die Kommission für geschichtliche Landeskunde Baden-Württemberg gegründet wurde. Dagegen arbeitete die Badische Historische Kommission nur bis 1941, um dann in der Oberrheinischen Historischen Kommission aufzugehen, mit der Baden seinen Anspruch auf das ein Jahr zuvor besetzte Elsass auch historisch begründete. Nach 1945 endete diese kurze Periode, ohne dass die Badische Kommission noch einmal ins Leben gerufen wurde.

In den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts spitzte sich die deutsche Frage zu, die für alle

oppositionellen Bemühungen im Vormärz und während der Revolution von zentraler Bedeutung gewesen war. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde von offizieller Seite die Revolution sogar als Versuch interpretiert, „von Baden aus die deutsche Frage zu lösen“.<sup>18</sup> Allerdings erfolgte die Einigung Deutschlands unter Ausschluss Österreichs und unter preußischen Bajonetten. Reichskanzler Bismarck und Kaiser Wilhelm I., der Schwiegervater von Großherzog Friedrich, standen zwar für die Einheit, aber nicht für die Freiheit Deutschlands. Wenigen war dies jedoch so wichtig wie Georg Herwegh, dem alten 48er, der den ‚Siegestrunkenen‘ im Frühjahr 1871 entgegenrief:

*„Nur diese war’s, die wir erstrebt,  
Die Einheit, die man auf den Namen  
Der Freiheit aus der Taufe hebt,  
Doch Eure stammt vom Teufel: Amen!“<sup>19</sup>*

Großherzog Friedrich I. hatte selbst in Versailles das Hoch auf seinen Schwiegervater als neuen Kaiser ausgebracht und, im Unterschied zu Bayern und Württemberg, weitgehend auf sogenannte Reservatrechte wie eigenes Militär oder eine eigene Post verzichtet. Einzig die Eisenbahn blieb, da äußerst profitabel, in badischer Hand. „Als Badener besaß man“, wie Wolfgang Hug einmal schrieb, „ein doppeltes Vaterland; Schwarz-weiß-rot und Gelb-rot-gelb vertrugen sich bestens, da beide auf Erfolgskurs waren“.<sup>20</sup>

Württemberg hatte seine Selbständigkeit 1871 ebenfalls verloren. König Karl war sogar, neben dem bayerischen König Ludwig II., der einzige deutsche Fürst, der nicht nach Versailles zur Kaiserproklamation gefahren war. Trotzdem verfügten Württemberg und sein Herrscherhaus über eine sehr viel fester verankerte Position in der Bevölkerung als in Baden. Dies mag auch mit den unterschiedlichen Herrschergestalten im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert zu tun haben. Mit Ausnahme von Großherzog Friedrich I. genossen die übrigen Regenten Badens, zu Recht, keinen besonderen Ruf. Demgegenüber waren die vier württembergischen Könige, bei allen Mängeln im Einzelnen, durchaus respektable, teilweise her-

ausragende Persönlichkeiten unter den jeweiligen deutschen Fürsten.

Hinzugefügt werden muss, dass Baden als besonders treuer Gefolgsstaat Preußens im Süden Deutschlands galt. So meinte das Wort vom ‚Musterländle‘ zunächst, dass Baden ‚nach preußischem Muster‘ regiert werde.<sup>21</sup> Und auch Heinrich Treitschke benutzte den Begriff „des konstitutionellen Musterländles“ in einem Brief an den früheren liberalen badischen Minister Julius Jolly Anfang 1877 eher abwertend.<sup>22</sup>

Auch die Zeit, als „in den Sälen der badischen Kammern für manchen Herzenswunsch des ganzen deutschen Volkes der richtige Ausdruck gefunden worden“ war, wie es Anfang des 20. Jahrhunderts hieß, war im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts längst vorbei. Reichsweites Aufsehen erregte noch der Kulturkampf, der mit der Ablehnung der Konvention mit dem Vatikan durch die liberale Kammer 1860 seinen Ausgang genommen hatte, aber erst in den siebziger Jahren seinen Höhepunkt erreichte.

Dabei scheiterte der liberale Staat mit seinem Versuch, die katholische Kirche unterzuordnen. Vielmehr politisierte die regierende liberale Kammernmehrheit die katholische Bevölkerungsmehrheit im Land. Dies führte zu einer besonders frühen Organisation des politischen Katholizismus in Baden, der schon bald die Liberalen als stärkste Partei im Land ablöste, aber auch zu einer Polarisierung im politischen Leben führte, die noch Jahrzehnte später bemerkbar war. Vielleicht ist es deshalb kein Zufall, dass der wohl heftigste Zusammenstoß zwischen Bevölkerung und Regierung in Baden-Württemberg im badischen Wyhl stattfand und dies zu einem Zeitpunkt, als der Ministerpräsident in Stuttgart Badener war. Inzwischen hat der württembergische Landesteil mit Stuttgart 21 aufgeholt, vielleicht sogar überholt.

Im benachbarten Württemberg, wo es keinen Kulturkampf gegeben hatte, dauerte es über 20 Jahre länger, bis sich eine katholische Partei bildete. Immerhin setzten die Liberalen in Baden 1876 die Abschaffung der Konfessionsschulen und die Einführung der Simultanschule durch. In der aufgeheizten Atmosphäre des Kulturkampfes

konnte die Fortschrittlichkeit des Gesetzes von katholischer Seite nicht gesehen werden.

Eine wichtige Rolle spielte im Südwesten die Bildung. In Württemberg gab es die enge, jahrhundertalte Verbindung des Landes mit seiner Universität Tübingen. Die Markgrafschaften hatten dagegen keine Universität aufzuweisen gehabt. Heidelberg war eine kurpfälzische, Freiburg eine habsburgische Gründung. Dazu kam dann 1825 mit der ersten Technischen Universität in Karlsruhe eine eigene Neuschöpfung hinzu. Trotz der geringeren finanziellen Mittel erhielt Baden seine Universitäten. 1893 begann das erste deutsche Mädchengymnasium, initiiert von einem Frauenverein, in Karlsruhe mit seiner Arbeit, Württemberg folgte erst sechs Jahre später. Im Wintersemester 1900/01 konnten sich deutschlandweit die ersten Studentinnen an der Universität Freiburg immatrikulieren. Heidelberg folgte im Sommersemester darauf, Tübingen drei Jahre später und Preußen gar erst 1908.

Der außergewöhnliche Aufwand für die Bildung in Baden führte noch Anfang 1930 zu einer aufgeregten Anfrage im württembergischen Landtag. Nach einem Zeitungsbericht hatte der badische Kultusminister Adam Remmele auf einer SPD-Versammlung in Hockenheim auch über die Reichsreform gesprochen und dabei für einen Zusammenschluss von Baden und Württemberg plädiert. Allerdings trat er für eine genaue Prüfung ein. „Baden mit seinem größeren kulturellen Fortschritt dürfe nicht auf den Kulturstand Württembergs herabgedrückt werden, während andererseits Württemberg verlangen könne, dass man die umständlicheren badischen Verwaltungsmethoden nicht in den künftigen Großstaat mit hineinbringt.“<sup>23</sup> Einige württembergische Abgeordnete sahen darin eine „öffentliche schwere und völlig grundlose Herabsetzung des württembergischen Volkes und Staates“.<sup>24</sup> Aber wie bei so vielen Aufgeregtheiten zwischen Badenern und Württembergern gab es viel Lärm um nichts. Remmele hatte nur darauf hingewiesen, wo die Vorzüge beider Länder lagen. So gab es in Baden drei bzw. vier Hochschulen, in Württemberg zwei. In Baden war das achte Volksschuljahr obligatorisch, in Würt-

temberg endete die Schulpflicht noch überwiegend nach dem siebten Schuljahr.

Baden zählte 1929 bei geringerer Bevölkerungszahl 1781 Abiturienten, Württemberg gerade 1393. „Hinsichtlich der personellen Verhältnisse hat Baden für seine Beamten und Lehrer gesetzlich und verordnungsgemäß in der Einstufung sowohl als in der Zahl der Planstellen wie in der Beförderung bessere Verhältnisse als Württemberg, hier haben auch die Lehrer bessere Stundendeputate als dort.“<sup>25</sup> So gab Baden für das Schulwesen 1927 mit knapp 23 Mark pro Einwohner mehr als doppelt so viel aus als Württemberg mit etwas über 10 Mark. Damit lag Baden weit über dem Länderdurchschnitt.<sup>26</sup> Bei den Universitäten und Hochschulen fiel der Unterschied mit ca. 5,60 zu ca. 3,60 Mark ebenfalls sehr deutlich aus.<sup>27</sup>

Der Kulturkampf hatte noch nach dem Zweiten Weltkrieg Einfluss auf die Entwicklung im Südwesten. Die Nationalsozialisten hatten Mitte der dreißiger Jahre die Konfessionsschule in Württemberg abgeschafft. Nach dem Krieg wurde sie nur in Württemberg-Hohenzollern nach einer Elternbefragung 1948 wieder eingeführt. In Württemberg-Baden blieb die badische Simultanschule. Bei den Verfassungsberatungen 1952/53 einigte man sich auf den Status quo. In drei von vier Regierungsbezirken gab es die badische Simultan- bzw. christliche Gemeinschaftsschule, im Regierungsbezirk Tübingen die Konfessionsschule.

Erst mit der Bildung der Großen Koalition Ende 1966 fand der bildungspolitische Dauerkonflikt eine überraschend schnelle Lösung. Der CDU-Mann Filbinger und der SPD-Mann Krause, beide Badener, einigten sich kurzerhand auf die Abschaffung der Konfessionsschule.<sup>28</sup> Ministerpräsident Filbinger konnte die Bedenken des Vatikans mit Hinweis auf seine eigene religiöse Erziehung in der badischen Simultanschule der Weimarer Republik entkräften. Die badische Simultanschule ist bis heute die Regelschule in Baden-Württemberg.

Seit den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts nahm der Reformdruck in Baden und Württemberg wieder zu, wobei die Verhältnisse in den beiden Ländern etwas unterschiedlich aussahen. In Württemberg stand die Regierung unter dem

neuen König Wilhelm II. den Reformbemühungen durchaus positiv gegenüber und nur die Opposition der katholischen Zentrumspartei, die für ihre Zustimmung kulturpolitische Zusagen erreichen wollte, verhinderte eine schnelle Lösung. Demgegenüber lehnte die badische Regierung die Reformvorschläge der Parteien zunächst ab.

Hauptziel der Reformen waren das Wahlrecht, das in beiden Ländern erweitert werden sollte, und ein Zurückdrängen der Ersten Kammern, die aus Angehörigen des herrschenden Hauses, der Adligen des Landes und vom Großherzog bzw. König ernannten Vertretern bestanden. Ohne deren Zustimmung konnte kein Gesetz verabschiedet werden.

Nach über einem Jahrzehnt heftiger Auseinandersetzungen verabschiedeten am 15. Juli 1904 die badische Zweite Kammer und am 6. Juli 1906 die württembergische Zweite Kammer grundlegende Veränderungen der jeweiligen Landesverfassungen. Besonders die Einführung der allgemeinen, unmittelbaren und geheimen Wahl der Zweiten Kammer in Baden und die Schaffung einer reinen Wahlkörperschaft als Zweite Kammer in Württemberg ragten aus diesen Veränderungen hervor. Der Vorrang der Zweiten Kammern vor den Ersten Kammern, vor allem auch bei der Finanzgesetzgebung, blieb ungeschmälert erhalten.<sup>29</sup> Damit hatte sich das Verfassungsleben in Südwestdeutschland den politischen Erfordernissen des Industriezeitalters angepasst, während dies in Preußen bis zum Zusammenbruch des Kaiserreichs nicht gelang.

„In beiden südwestdeutschen Staaten war die Demokratisierung der politischen Strukturen merklich vorangekommen. Was die Parlamentarier daraus machten, mußte die Zukunft zeigen. Dabei erwies sich schnell, dass die Parteien in Baden beherzter nach neuen Wegen suchten als in Württemberg.“<sup>30</sup> Durch das neue Wahlrecht drohte in Baden eine Umkehr der bisherigen Mehrheitsverhältnisse in der Zweiten Kammer. Die dominierenden Nationalliberalen mussten mit dem Verlust ihrer Stellung zugunsten des Zentrums rechnen, da letzteres sich auf zwei Drittel der Bevölkerung stützen konnte.

Es kam deshalb 1905 erstmals in Deutschland zu einem Wahlbündnis zwischen Nationalliberalen, Linksliberalen und Sozialdemokraten mit dem Ziel, eine Mehrheit des Zentrums zu verhindern. Obwohl dieses Bündnis von den jeweiligen Parteiführungen im Reich heftig kritisiert wurde, blieben die Badener der Vereinbarung treu. Schließlich wurde sogar ein Sozialdemokrat zum zweiten Vizepräsidenten der Kammer gewählt. Es kam zwar zu keiner förmlichen Koalition, aber die Zusammenarbeit beschränkte sich nicht auf die Wahlen. „Der badische Konstitutionalismus tendierte deutlich zum Parlamentarismus hin.“<sup>31</sup>

Die Besonderheit dieses sogenannten Großblockes war aber, dass auf der einen Seite bürgerliche Wähler von ihrer Partei aufgefordert wurden, in der Stichwahl für Sozialdemokraten zu stimmen, die SPD also als Partei unter anderen Parteien akzeptiert und nicht mehr als Reichsfeind diffamiert wurde. Auf der anderen Seite befand sich die SPD im Südwesten auf dem Weg zu einer „großherzoglich-badischen“ und „königlich-württembergischen“ Sozialdemokratie, das heißt sie stellte das politische System nicht mehr revolutionär in Frage, sondern kämpfte um dessen Überwindung mit parlamentarischen Mitteln.<sup>32</sup>

Dies hatte auch mit dem Umgang der Regierungen mit den Sozialdemokraten zu tun. Die Sozialistengesetze zur Verfolgung der Sozialdemokraten wurden im Südwesten nie so scharf durchgeführt wie in anderen Reichsteilen, und der Internationale Sozialistenkongress im August 1907 konnte zum Beispiel mit wohlwollender Duldung der württembergischen Regierung in Stuttgart abgehalten werden.

Der bayerische Gesandte in Stuttgart, der als diplomatischer Vertreter seiner Regierung aus Baden und Württemberg nach München berichtete, beklagte die aus seiner Sicht zu nachgiebige Haltung der königlichen Regierung gegenüber den Sozialdemokraten vor dem Ersten Weltkrieg. So schrieb er am 27. Mai 1911 über ein „interessantes Nachspiel“ im Landtag zur Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl kurze Zeit davor, bei der der sozialdemokratische Kandidat Lindemann knapp gescheitert war.

Der württembergische Innenminister sollte sich zu der Frage äußern, ob die Regierung Lindemann bei einem Sieg bestätigt hätte. „Herr v. Pischek hat sich nicht dazu bewegen lassen, zu erklären, dass die Bestätigung des Socialisten nicht erfolgt wäre, er hat nur von den schweren Bedenken gesprochen, welche er gegen einen socialdemokratischen Oberbürgermeister gehabt hätte. Das Centrum war es welches entsprechend seiner gegenwärtigen Politik am schärfsten gegen die Socialdemokraten Front machte; aber selbst diese Partei gab sich mit der Erklärung des Ministers zufrieden und verlangte keine prinzipielle Ausschaltung der Socialdemokratie.“<sup>33</sup>

In der beeindruckenden Gesamtdarstellung der deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts bis 1914 von Thomas Nipperdey werden die Reformen in Württemberg gewürdigt, wobei diese Einschätzung ebenso für Baden gilt. „Das ist keine Parlamentarisierung und keine volle Demokratisierung, eher Vollendung des konstitutionellen Systems, aber doch ein – moderater – Schritt auf dem Weg zu einem parlamentarischen System. Auch der König dieser Jahrzehnte, Wilhelm II., hat sich schon sehr als Bürgerkönig verstanden.“<sup>34</sup>

Bismarck wollte den neuen Nationalstaat als „Föderation monarchischer Staaten“ und dieser monarchische Föderalismus war für ihn „das wesentliche Gegengewicht gegen den Parlamentarismus“. Allerdings hatte die rasante politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung im Kaiserreich zunehmend nivellierende Tendenzen zur Folge. Trotzdem, und dies betont auch Thomas Nipperdey, gab es „eine Fortdauer altmodischer Vielheit. Dafür stehen etwa die vielen mittleren und kleinen Residenzstädte mit ihrer Sonderkultur aus Hof und ‚Königlicher Hoheit‘, Theater und Pensionären... ; das hat die Bürger, auch die kleinen, nicht unbeeinflusst gelassen.“<sup>35</sup>

Die Gründung des Kaiserreichs hat den größeren Teilstaaten, zu denen Württemberg und eingeschränkt Baden gehörten, neben den Reservatrechten bei Bahn, Post und Militär noch eine weitere Möglichkeit geboten, eine gewisse Selbständigkeit nach außen zu demonstrieren, indem sie über eigene Außenministerien, Gesandtschaften

und Konsulate verfügten. Allerdings unterhielt das württembergische Department der auswärtigen Angelegenheiten 1910 gerade fünf königliche Gesandtschaften, nämlich in Baden, Bayern, Hessen, Preußen und Sachsen. Die anfallende Arbeit wurde von zwei Gesandten erledigt.

In Baden sah es ganz ähnlich aus. Es gab vier großherzogliche Gesandtschaften in Bayern, Preußen, Sachsen und Württemberg, aber nur zwei Gesandte. 13 fremde Gesandtschaften waren am Karlsruher Hof akkreditiert, vier innerdeutsche und neun ausländische. Ihren Sitz in Karlsruhe hatten jedoch nur der preußische und der russische Gesandte, letzterer wie in Stuttgart aus rein familiären Gründen.

Das Hof- und Staatshandbuch des Königreichs Württemberg wies 1910 zwar zehn ausländische und vier inländische Gesandtschaften in Stuttgart aus, aber nur vier Gesandte residierten in Stuttgart, nämlich aus Bayern, Österreich-Ungarn, Preußen und Russland. So war der italienische Gesandte in Berlin 1913 mit nicht weniger als 13 Beglaubigungsschreiben für die verschiedenen Höfe nach Deutschland gekommen.<sup>36</sup>

Mit dem Zusammenbruch Deutschlands 1918 und dem Ende der Monarchien verloren Baden und Württemberg staatsrechtlich die letzten Reste von Selbständigkeit, die schon zuvor immer weniger reale Bedeutung gehabt hatten. Mit den Höfen verschwand auch deren Dekor, die Gesandtschaften, die häufig nur noch zum schönen Schein der Selbständigkeit beitrugen, ohne eine eigene Aufgabe zu haben. Dies galt in erster Linie für die ausländischen Gesandtschaften, die ausschließlich aus dynastischer Rücksichtnahme bestanden hatten.

Die durchaus erfolgreich geschaffene Baden-Identität in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war ebenso wie die deutlich ältere Württemberg-Identität immer der nationalen Identität untergeordnet. Deshalb konnten sich die Monarchien in Baden und Württemberg auch nicht mehr behaupten, als die Hohenzollern im Reich und in Preußen sang- und klanglos 1918 untergingen. Gleichzeitig entfiel damit aber auch der emotionale Kristallisationskern badischer und württembergischer Identität, nämlich die Herrscherhäuser.



Die politischen und wirtschaftlichen Folgen des Ersten Weltkrieges, die Baden besonders hart getroffen hatten, lösten deshalb eine letztlich nicht mehr dauerhaft verstummende Debatte über die staatliche Zukunft des Landes aus. Schon 1919 gab es in Weimar erste Kontakte zwischen badischen und württembergischen Politikern vor allem der Sozialdemokraten und der Liberalen. Auch wenn das badische Zentrum und die württembergischen Konservativen einen Zusammenschluss vorrangig aus konfessionellen Gründen ablehnten, so tauchte in vielen Vorschlägen zur Reichsreform der zwanziger Jahre die Idee einer Verbindung von Baden und Württemberg auf.

Unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise machte sich in den Regierungen die Einsicht breit, dass eine Vereinigung, wenn nicht absehbar, doch sinnvoll und notwendig war. So erklärte der badische Staatspräsident Schmitt am 15. April 1930 vor dem Landtag in Karlsruhe, Verhandlungen mit Württemberg über einen Zusammenschluss für wünschenswert. Eine wesentliche Voraussetzung dafür war seiner Meinung nach eine Verbesserung der finanziellen Situation des Landes. „Wir wollen uns von der anderen Seite nicht mehr sagen lassen, die Württemberger seien die Gebenden und wir die Nehmenden. Wir wollen nicht bloß hinweisen auf unsere Schätze und unsere Naturkräfte am Oberrhein, auf unser Kali und auf unser Erz im Schwarzwald, wir wollen auch darauf hinweisen, dass wir ein ausgeglichenes Budget haben.“<sup>37</sup>

In der Weimarer Zeit betonte man aber von badischer Seite, dass die Industrie in ihrer Struktur „manche Ähnlichkeit mit der württembergischen“ aufweise.<sup>38</sup> Und selbst wesentliche Teile des „badischen Geistes“, wie der badische Staatspräsident Willy Hellpach 1925 in einem Artikel schrieb, gehörten zu den südwestdeutschen Gemeinsamkeiten. „Das badische Land und seine Bevölkerung teilt, ohne Stammesunterschied, mit den übrigen Rhein-, Main- und Donaudeutschland die Eigenart der ‚natürlichen Demokratie‘, diese spezifisch südwestdeutsche Art, die lange vor allen Ansätzen zu demokratischen Verfassungsformen jeden Mitbürger in erster Linie menschlich sieht, wertet und behandelt, keinen demütigen Respekt

vor ‚Geborenen‘ oder ‚Besitzenden‘ zur Schau trägt und die höchsten Stellen des öffentlichen Lebens auch dem Sohn des Volkes nach Maßgabe seiner Eignung offenhält.“<sup>39</sup>

Demgegenüber betonte das württembergische Wirtschaftsministerium noch Mitte der zwanziger Jahre die großen wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Baden und Württemberg als es darum ging, ein aus den beiden Ländern und Hohenzollern gebildetes Landesarbeitsamt zu verhindern. „Wenn es übrigens noch eines Beweises dafür bedarf, dass Württemberg und Baden keine einheitlichen gleichgearteten Wirtschaftsgebiete darstellen, so ist er in der grossen und stets beobachteten Verschiedenheit der Rückwirkung von Wirtschaftskrisen auf das Gebiet des Arbeitsmarktes in Baden und Württemberg zu erblicken: In Württemberg stets ein starkes Zurückbleiben der Vollerwerbslosenziffern hinter denjenigen Badens, dagegen ausserordentlich hohe Kurzarbeiterziffern. In Württemberg bringen es die glückliche Mischung der verschiedensten Industriezweige – auch der noch engere Zusammenhang mit der Landwirtschaft – mit sich, dass Arbeitsmarktkrisen als Folge von Konjunkturschwankungen regelmässig sehr viel milder verlaufen als in Baden... Auch tritt in Württemberg in Zeiten allgemein guter Konjunktur verhältnismässig bald Mangel an Arbeitskräften ein, was die Unternehmer dazu zwingt, bei Konjunkturverschlechterungen ihre Arbeitskräfte möglichst lang zu halten, da mit deren Wiedergewinnung bei wieder eintretender Besserung der Wirtschaftslage nicht gerechnet werden kann.“<sup>40</sup> Im Kern ging es also darum, dass die Württemberger nicht die badischen Arbeitslosenkosten bezahlen wollten.

Über die Wertschätzung der Monarchie in der Bevölkerung gaben das Volksbegehren und der Volksentscheid zur Fürstenenteignung einen interessanten Einblick. In der ersten Hälfte des Jahres 1926 kam es im Deutschen Reich zu dieser innenpolitischen Auseinandersetzung, „die seelisch Teile des Volkes stark bewegte: den Vorstoß der Kommunisten, denen die Sozialdemokraten den Einzelgang nicht gönnten: Antrag auf entschädigungslose Enteignung der alten fürstlichen

Vermögen“.<sup>41</sup> Obwohl es sich um eine Auseinandersetzung auf Reichsebene handelte, wühlte es auch im Südwesten die Menschen auf und führte zu teilweise heftigen, sehr polemischen Auseinandersetzungen. Außerdem war es das erste reichsweite Volksbegehren mit anschließendem Volksentscheid, das aufgrund der plebiszitären Elemente der Weimarer Reichsverfassung durchgeführt wurde.

Ursache für die Auseinandersetzung von 1926 war das Versäumnis der deutschen Revolutionäre von 1918, im Unterschied zu Österreich, klare Entscheidungen zu treffen. „In der revolutionären Übergangsphase von 1918/19 wären radikale Lösungen bis hin zur entschädigungslosen Enteignung relativ leicht durchzusetzen gewesen. Aber auf Reichsebene stellte sich das Problem des Fürstenbesitzes gar nicht, so dass sich der Rat der Volksbeauftragten auch nicht genötigt sah, für eine einheitliche Regelung kraft revolutionären Rechts zu sorgen.“<sup>42</sup>

Auf dieses demokratisch kaum rückgängig zu machende Versäumnis verwies auch der spätere ‚Kronjurist‘ des Dritten Reiches Carl Schmitt in einem Rechtsgutachten zu den Gesetzentwürfen zur Regelung der Auseinandersetzungen mit den vormals regierenden Fürsten. „Was vorher, etwa im November 1918, als revolutionäre Maßnahme möglich war, kommt jetzt rechtlich nicht mehr in Betracht ... Heute herrscht nicht mehr der Revolutionszustand der Monate November 1918 bis Februar 1919; es besteht auch nicht mehr die souveräne Diktatur einer Verfassungsgebenden Nationalversammlung. Seit fast sieben Jahren gilt in Deutschland die Weimarer Verfassung.“<sup>43</sup>

Dabei bleibt ein seltsames Gefühl zurück, wenn sich Juristen, Parteien oder gesellschaftliche Gruppen, wie die ehemals regierenden Fürstentümer und deren Familien, auf eine Verfassung beriefen, die sie selbst nicht anerkannten.

Dazu kam, dass sich die Weimarer Justiz in diesen Fragen mehr den ehemaligen Fürstentümern verpflichtet fühlte, als der neuen Republik. Verbittert beschrieb dies auch der führende badische Zentrumsolitiker und Mitbegründer der badischen CDU Heinrich Köhler in seinen Erinnerun-

gen. „Die deutschen Fürsten und ihre Ratgeber waren unter dem Eindruck der Revolution bereit, jede vorgeschlagene Lösung zu akzeptieren. Erst später, als die unpolitische Art des deutschen Volkes wieder dominierte, präsentierten sie die ungeheuerlichsten Abfindungsforderungen und zogen ihre einstigen Untertanen vor die deutschen Zivilgerichte, die in den meisten Fällen wunschgemäß – wie auf ‚Allerhöchsten Befehl‘ – reagierten und Urteile fällten, die das arme Volk geradezu revolutionieren mußten. Dass man sich dieses skandalöse volksfremde Verhalten der Juristen gefallen ließ, ist eines der größten Armutszeugnisse unseres Volkes.“<sup>44</sup>

Vor der Abstimmung am 20. Juni 1926 waren auch im Südwesten die Fronten klar. Deutschnationale, Bauernbund und DVP lehnten mit Unterstützung der Kirchen, der Wirtschaft, Landwirtschaft und dem Adel den Volksentscheid radikal ab. Das Zentrum sprach sich dagegen aus, kritisierte aber ebenso die Ansprüche der ehemaligen Fürstentümer. Alle diese Parteien riefen zum Wahlboykott auf. Die DDP war gespalten und hatte die Abstimmung freigegeben. Sie forderte allerdings ihre Anhänger aus prinzipiellen Gründen auf, zur Wahl zu gehen.

SPD, KPD und Gewerkschaften kämpften für die Annahme des Volksentscheids. Dabei lag die Hauptlast des Wahlkampfes bei der SPD. So hatte sie für Volksbegehren und Volksentscheid allein in Württemberg über 2.100 Versammlungen abgehalten, mehr als 1,5 Millionen Flugblätter und über 540.000 Handzettel verteilt und 150.000 Plakate geklebt. Die Gesamtkosten dafür beliefen sich auf nahezu 18.000 RM.<sup>45</sup>

Die Drohungen des Bauernbundes und der Deutschnationalen, alle Abstimmenden namentlich zu erfassen, zeigte zumindest im ländlichen Raum Wirkung, unterstützt zudem von den Äußerungen der württembergischen Landeskirche gegen den Volksentscheid. In den Hochburgen des Bauernbundes lagen die Zuwächse weiter unter dem Landesdurchschnitt.

Demgegenüber gab es erdrutschartige Gewinne in den katholischen ländlichen Gebieten Württembergs, die aber noch deutlich von Hohenzollern

und Südbaden übertroffen wurden. Interessant ist dabei die Begründung des Freiburger Zentrumsblattes für dieses Ergebnis:

- „1. Ueber das ganze Land Baden sind die Säkularisationsobjekte zerstreut. Nun sagen sich die Leute, ist man damals ohne irgend welche Bedenken über die Gesetze des Privateigentums hinweggeschritten, warum sollte das heute nicht auch möglich sein? Dieses historische Beispiel hat eine große Rolle gespielt. Das muß man für Baden besonders betrachten.
2. Gerade der Süden Badens wird von einem altersher demokratisch denkenden Volksstamm bewohnt. Bei ihm ist darum viel mehr Neigung vorhanden, bei solchen Anlässen über Parolen und Mahnungen hinweg seinen eigenen Empfindungen zu folgen. Dazu kommt
3. die allgemeine wirtschaftliche Notlage, die bekanntlich auf dem Hotzenwald einen gewissen Höhepunkt erreicht hat.“<sup>46</sup>

Von den Plebisziten in der Weimarer Republik ist vor allem das 1929 von der Rechten gestartete Volksbegehren gegen den Youngplan in der allgemeinen Erinnerung geblieben. Dabei erzielte dieser Volksentscheid ein sehr viel schlechteres Ergebnis (13,8% Ja-Stimmen) als der Volksentscheid zur Fürstenenteignung drei Jahre zuvor (36,4% Ja-Stimmen). Allerdings hatte das Volksbegehren gegen den Youngplan die Nationalsozialisten reichsweit bekannt und erstmals in rechten Kreisen salonfähig gemacht. So begann ihr Aufstieg, der etwas mehr als drei Jahre später Adolf Hitler in die Reichskanzlei brachte.

Damit war das Volksbegehren von 1929 der Beginn einer neuen, schrecklichen Zeit, während das Volksbegehren von 1926, trotz seines Scheiterns, in vielerlei Hinsicht das plebiszitäre Ende der Monarchie bedeutete, die bereits 1918 staatsrechtlich beendet worden war. Trotzdem wurde diese Abstimmung zu keinem Triumph der Republik. Das lag zum einen an der Unfähigkeit von Reichsregierung und Reichstag, zum anderen am Taktie-

ren der beiden großen Oppositionsparteien, SPD und DNVP, die aus unterschiedlichen Gründen kein Interesse an einer parlamentarischen Lösung hatten. Schließlich zwang das Vorpreschen der KPD für eine entschädigungslose Enteignung der Fürsten als Einstieg in eine radikale Veränderung der Besitz-, Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnisse die SPD zu einer Unterstützung der Kampagne, um nicht die eigene Basis zu verlieren.

Am Ende stand damit die republikanische SPD auf Seiten der republikfeindlichen KPD und das Zentrum musste, nolens volens, gemeinsame Sache mit der monarchistischen DNVP machen. Die DDP, die im Reichstag den Anstoß zu der Debatte gegeben und gute Lösungsvorschläge gemacht hatte, hing beim Volksentscheid als ‚Weltkind in der Mitten‘ und trug aufgrund ihrer unentschiedenen Haltung bleibende innerparteiliche Schäden davon.

Dabei spricht vieles dafür, dass eine gemeinsame Aktion der Weimarer Koalition aus SPD, DDP und Zentrum, die inhaltlich in dieser Frage gar nicht so weit auseinanderlagen, zu einem großartigen Ergebnis für die Republik geführt hätte. So blieb am Ende die Erkenntnis, dass die Monarchie in Deutschland nicht mehr mehrheitsfähig war. Selbst für Baden und Württemberg mit ihren volkstümlichen letzten Monarchen galt dies.

Trotzdem haben das Volksbegehren und der Volksentscheid die demokratischen Parteien in falsche Koalitionen gegeneinander und zu einer weiteren Polarisierung geführt. Die Niederlage des monarchischen Gedankens wurde zu keinem Sieg der Republik. Angesichts der zahlreichen Feinde der Weimarer Demokratie von rechts und links ein erschreckendes Ergebnis.

In den zwanziger und dreißiger Jahren fehlte im Südwesten, allen innenpolitischen Katastrophen zum Trotz, der äußere Druck, der ganz offensichtlich zu grundlegenden territorialen Veränderungen im Südwesten notwendig ist. Auch im Dritten Reich scheiterte eine Reichsreform an den nach wie vor vorhandenen regionalen Eigeninteressen, die nun von den Gauleitern und Reichsstatthaltern vertreten wurden. Immerhin gibt es eine Denkschrift des württembergischen Staatssekre-



tärs Waldmann zur Reichsreform, der für einen Erhalt Württembergs plädierte. „Wenn indessen das Reichsinteresse eine Aenderung verlangt, dann erscheint eine Vereinigung Württemberg-Baden das Gegebene zu sein.“<sup>47</sup>

Es bestand allerdings kein Reichsinteresse und der Zweite Weltkrieg mit dem Sieg über Frankreich eröffnete für Baden wieder neue Perspektiven nach Westen, indem Reichsstatthalter und NSDAP-Gauleiter Robert Wagner gleichzeitig Chef der Zivilverwaltung im Elsass wurde. Wagner betrieb eine engere Anbindung von Baden an das Elsass und verlegte sogar einige Ministerien von Karlsruhe nach Straßburg.

Dieser Spuk endete 1945. Baden verlor nicht nur erneut die Verbindung zum Elsass, sondern wurde ebenso wie Württemberg zwischen Amerikanern und Franzosen aufgeteilt. Das französisch besetzte Südbaden wurde zum Land Baden mit der Hauptstadt Freiburg und erklärte sich zur „Hüterin der badischen Tradition“, da Nordbaden von den Amerikanern mit Nordwürttemberg zwangsvereinigt worden war. Ausgerechnet die Teile Badens, die im 19. Jahrhundert besonders große Schwierigkeiten hatten, sich im Großherzogtum zu integrieren, waren nun die heftigsten Verfechter badischer Selbständigkeit.

Hier sei ein kurzer Einschub zum Badnerlied gestattet, das inzwischen ja auch als Beleg für badischen Separatismus herhalten muss. Im neuen badischen Schulliederbuch von 1899 findet sich das Badnerlied nicht, dafür die Badische Volkshymne, die mit den Worten beginnt: „Heil Friedrich, unserm Großherzog! Badenias Trost und Licht!“ Nach der neuesten Untersuchung von Waltraud Linder-Beroud vom Freiburger Volksliedarchiv stammt das Badnerlied von einem Sachsenlied. Zur selben Melodie gibt es im Übrigen auch ein Schwabenlied. Es tauchte wohl erstmals in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts auf und erreichte im Ersten Weltkrieg unter den Soldaten eine erste Popularität. Den Durchbruch erzielte das Badnerlied in den Sportstadien von zunächst Freiburg und dann von Karlsruhe Anfang der neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts.<sup>48</sup>

Mit der württembergischen Nationalhymne von Justinus Kerner „Preisend mit viel schönen Reden“ verhielt es sich genau umgekehrt. 1818 erschienen, wurde sie bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts populär. Heute dagegen kennt kaum noch ein Württemberger Text und Melodie und vom Daimler-Stadion in Stuttgart ist keine Darbietung überliefert.

„Meine sehr verehrten Abgeordneten! Gemäß § 14 Abs. 4 wird hiermit der Zeitpunkt der Bildung der vorläufigen Regierung auf den gegenwärtigen Augenblick, nämlich auf Freitag, 25. April 1952, 12 Uhr 30 Minuten, festgestellt. (Zurufe von der CDU: Protest!) Mit dieser Erklärung sind gemäß § 11 des Zweiten Neugliederungsgesetzes (Simpfendorfer: Schöne Demokraten!) die Länder Baden, Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern zu einem Bundesland vereinigt. (Lebhafter Beifall bei allen Parteien, ohne KPD und CDU.) Meine Frauen und Männer! Gott schütze das neue Bundesland, (Pfui-Rufe von der CDU.- SPD: Unerhört!) Gott schütze die Deutsche Bundesrepublik, Gott schütze... (Lebhafte Unruhe bei der CDU.- Glocke des Präsidenten.- Präsident: Ich bitte um Ruhe!) Ich muß es eben deshalb nochmals sagen: (Bravo-Rufe bei der SPD und DVP/FDP.) Gott schütze das neue Bundesland, Gott schütze die Deutsche Bundesrepublik, und er bringe uns wieder unser geliebtes, verlorengegangenes, in Einigkeit und Gerechtigkeit (Zuruf von der CDU: Ja, Gerechtigkeit.) wieder zu vereinigendes, großes deutsches Vaterland. (Langanhaltender Beifall bei den Regierungsparteien.- Pfui-Rufe bei der CDU)“.<sup>49</sup>

Unter diesen nahezu tumultartigen Umständen verkündete Reinhold Maier, der frisch gewählte Ministerpräsident des neu geschaffenen Südweststaates, zur Überraschung vieler die Gründung des neuen Landes. Maier hatte seine Regierung aus FDP/DVP, SPD und BHE, einer wenige Jahre zuvor entstandenen Vertriebenenpartei, gebildet. Die CDU, in der Südweststaatsbefürworter und Altbadener vereinigt waren, sah sich zur eigenen Überraschung zunächst in die Opposition versetzt.

Die Entstehung des Landes war überaus mühsam verlaufen. Nachdem die Besatzungsmächte USA und Frankreich 1945 die alten Länder Baden

und Württemberg völlig willkürlich entlang der Autobahn 8 von West nach Ost geteilt hatten und drei Länder – Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern – geschaffen hatten, strebten alle deutschen Politiker die Aufhebung dieser Grenze an. Allerdings wollten die einen die alten Länder Baden und Württemberg wiederherstellen, während die anderen die größten Chancen in einem Südweststaat aus Baden, Württemberg und Hohenzollern sahen.

Kurz vor Verabschiedung des Grundgesetzes gelang es Gebhard Müller und Theodor Eschenburg 1949, einen eigenen Artikel 118 für den Südwesten durchzusetzen. „Die Neugliederung in dem die Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern umfassenden Gebiete kann abweichend von den Vorschriften des Artikels 29 durch Vereinbarung der beteiligten Länder erfolgen. Kommt eine Vereinbarung nicht zustande, so wird die Neugliederung durch Bundesgesetz geregelt, das eine Volksbefragung vorsehen muß.“

Damit war die Neugliederung des Südwestens von der allgemeinen Neugliederung der Bundesrepublik abgekoppelt. Als sich die Politiker im Südwesten auch nach jahrelangen Debatten nicht einigen konnten, musste der Bundestag in Bonn das weitere Verfahren festlegen. Entscheidend war, das wusste man von der Volksbefragung über den Südweststaat vom 24. September 1950, der Abstimmungsmodus. Da es klare Mehrheiten für den Südweststaat in Nord- und Südwürttemberg gab, aber eine deutliche Mehrheit für die Wiederherstellung der alten Länder in (Süd-)Baden, fiel die Entscheidung in Nordbaden. Dort hatte sich die CDU nach schweren inneren Kämpfen schließlich mehrheitlich für den Südweststaat ausgesprochen.

Heinrich Köhler, Präsident der Landesbezirksverwaltung in Karlsruhe und stellvertretender CDU-Ministerpräsident in Stuttgart, hatte sich ursprünglich für die Wiederherstellung Badens eingesetzt. Aufgrund der französischen Politik änderte er im Sommer 1948 seine Einstellung grundlegend. „Wenn ich mich jetzt entschlossen habe, für den Zusammenschluß unserer beiden

Länder einzutreten..., so deshalb, weil ich nicht mehr länger mit ansehen kann, wie die beiden Süddeile systematisch ruiniert und zum wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenbruch gebracht werden... Ich möchte in die Geschichte nicht eingehen als ein Förderer der Rheinbundbestrebungen der Franzosen.“<sup>50</sup>

Auch wenn die Bedeutung der französischen Besatzungsmacht und die wirtschaftliche Ausbeutung von Baden und Württemberg-Hohenzollern mit der Gründung der Bundesrepublik zurückgingen bzw. weitgehend aufhörten, spielte die Sorge vor einer ‚französischen Kolonie‘ Baden noch in den Auseinandersetzungen um den Südweststaat eine Rolle.

Der Bundestag entschied sich schließlich auf Drängen von Kurt Georg Kiesinger für eine Abstimmung nach Landesteilen. Bei einer Mehrheit bei den Abstimmenden und den Landesteilen für den Südweststaat sollte dieser gebildet werden. Dem widersprach das Land Baden unter seinem Staatspräsidenten Leo Wohleb vor dem Bundesverfassungsgericht. Dieses war zu diesem Zeitpunkt noch nicht gebildet und musste nun schleunigst besetzt werden.

In seiner ersten Entscheidung lehnte das neu geschaffene Bundesverfassungsgericht den Widerspruch Badens gegen das Abstimmungsverfahren ab. So kam es am 9. Dezember 1951, nach einem heftigen, teilweise sehr polemischen Wahlkampf, zur Entscheidung. Wie erwartet sprach sich eine überwältigende Mehrheit in Nord- und Südwürttemberg (93,5 bzw. 91,4%) für den Zusammenschluss aus; eine deutliche Mehrheit in Nordbaden, vor allem die dort zahlreich lebenden Heimatvertriebenen, ebenso (57,1%). Allerdings votierte eine noch größere Mehrheit in Südbaden gegen den Südweststaat (62,2%). Damit waren die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für die Gründung des Landes erfüllt. Dem neuen Südweststaat haftete jedoch aus Sicht der Altbadener ein Makel an. Zählte man die Stimmen in Nord- und Südbaden zusammen, so hatte sich eine knappe Mehrheit gegen den Südweststaat ausgesprochen.<sup>51</sup>

Das ließ die Altbadener nicht ruhen. Als 1955 mit dem Deutschlandvertrag der 1949 von den Alliiert-

ten suspendierte allgemeine Neuordnungsartikel für die Bundesrepublik in Kraft trat, zogen sie nochmals vor das Bundesverfassungsgericht. Aufgrund der neuen verfassungsrechtlichen Situation erklärte das Gericht am 30. Mai 1956: „Der Wille der badischen Bevölkerung ist durch die Besonderheit der politisch-geschichtlichen Entwicklung überspielt worden. Daran ändert auch nichts die Tatsache, dass die Bildung des Südweststaates in ‚demokratisch-verfassungsmäßiger Form‘, nämlich im Verfahren nach Art. 118 GG zustande kam.“<sup>52</sup>

Damit war die ‚badische Frage‘ jedoch mit den allgemeinen Neuordnungsbestrebungen im Bund verknüpft. Erst im August 1969 gelang es der Großen Koalition in Bonn, das Grundgesetz dahingehend zu ändern, dass es am 7. Juni 1970 endlich zu der bereits 1956 festgelegten Volksabstimmung kam. Bei einer Wahlbeteiligung von über 62 % stimmten fast 82 % aller Badenerinnen und Badener für den Verbleib im Lande Baden-Württemberg. Es gab keine einzige Gemeinde, die sich für die Wiederherstellung des alten Landes Baden aussprach. Das neue Bundesland hatte sich bewährt und wurde nun auch von der großen Mehrheit seiner ehemaligen Gegner befürwortet. Damit waren die Auseinandersetzungen um den Südweststaat 18 Jahre nach seiner Gründung beendet.<sup>53</sup>

Wer so die Debatten um Badener und Württemberger beobachtet, dem fällt auf, wie sehr immer die Unterschiede betont werden und nahezu eine mentalitätsmäßige Grenze von Wertheim bis zum Bodensee gezogen wird. Dabei verlaufen die Grenzen im Land ethnisch – soweit es so etwas in einem ‚Durchzugsgebiet‘ wie dem Südwesten überhaupt gibt –, sprachlich und religiös von West nach Ost und nicht von Nord nach Süd.

Im Norden unseres Landes leben im ehemaligen Baden wie im ehemaligen Württemberg Franken und in den südlichen Landesteilen Alemannen und Schwaben, wobei eine Trennung zwischen letzteren bis heute wissenschaftlich nicht nachweisbar ist. Im Süden wird deshalb ein alemannischer oder schwäbischer Dialekt, im Norden ein fränkischer Dialekt gesprochen. Die nördlichen Landesteile waren und sind überwiegend evangelisch,

die südlichen überwiegend katholisch. Weder die Römer noch die Stauer, weder der Schwäbische Bund noch der Schwäbische Kreis haben eine Grenze von Nord nach Süd gezogen.

Inzwischen haben sich diese Fragen ohnehin stark relativiert. Nach 1945 strömten mehr als eine Million Heimatvertriebene und Flüchtlinge aus der SBZ bzw. DDR in den Südwesten und nach 1955 kamen dazu noch Hunderttausende von sogenannten Gastarbeitern. Von der westdeutschen Binnenwanderung und den Deutschen aus Rumänien oder der ehemaligen Sowjetunion ganz zu schweigen. Derzeit stammt wohl nicht einmal mehr die Hälfte der Bewohner Baden-Württembergs von Menschen ab, die bereits vor 1945 in Baden, Württemberg und Hohenzollern gelebt hatten. Angesichts der demographischen Entwicklung wird sich dies in den nächsten Jahrzehnten noch mehr zugunsten der ausländischen Zuwanderer verschieben.

Schließen möchte ich mit einer Aussage des württembergischen Staatspräsidenten Eugen Bolz vor dem Stuttgarter Landtag Anfang März 1930 zur Vereinigung von Baden und Württemberg. Er führte aus: „Wenn ein solches Werk gelingen soll, dann ist notwendig, dass die beiden Länder allmählich zusammenwachsen und dass die Lust und Liebe der Bevölkerung nicht durch zwangsweise gesetzliche Gleichmacherei gestört wird. Im übrigen ist die Geschichte Badens und Württembergs im letzten Jahrhundert eine ziemlich gleichartige. In beiden Ländern hat sich ein starkes Gefühl der Verbundenheit und Zusammengehörigkeit entwickelt. Sollte das in einem vereinigten Baden und Württemberg nicht auch möglich sein?“<sup>54</sup>

#### Anmerkungen:

<sup>1</sup> Grosses Universal Lexikon aller Wissenschaften und Künste, Welche bißhero durch menschlichen Verstand und Witz erfunden worden, 35. Band, Halle 1743 (Nachdruck Graz 1996, Spalte 1734.

<sup>2</sup> Ebd., Spalte 1732.

<sup>3</sup> Ebd., Spalte 1735.

<sup>4</sup> Friedrich Maurer, Hrsg., Oberrheiner, Schwaben, Südalemannen. Räume und Kräfte im geschichtlichen Aufbau des deutschen Südwestens, Straßburg 1942, S. 15.

<sup>5</sup> Ebd., S. 16.

- <sup>6</sup> Staats-Lexikon oder Encyclopädie der Staatswissenschaften in Verbindung mit vielen der angesehensten Publicisten Deutschlands herausgegeben von Carl von Rotteck und Carl Welcker, Zweiter Band, Altona 1835, S. 106.
- <sup>7</sup> Ernst Rudolf Huber, Hrsg., Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Band 1: Deutsche Verfassungsdokumente 1803–1850, Dritte neubearbeitete und vermehrte Auflage, Stuttgart 1978, S. 100 - 105.
- <sup>8</sup> Erklärung der zweiten Kammer der Badischen Stände über die neuesten Bundestagsbeschlüsse die Preßfreiheit betreffend. Aus dem Landtagsblatt besonders abgedruckt, Karlsruhe 1831, S. 5.
- <sup>9</sup> Karl Mathy, Hrsg., Die Verfassungsfeier in Baden am 22. August 1843, Mannheim 1843, S. V.
- <sup>10</sup> Ebd., S. 301–303.
- <sup>11</sup> Rainer Schimpf, Offenburg 1802–1847. Zwischen Reichsstadt und Revolution, Karlsruhe 1997, S. 263 ff.
- <sup>12</sup> Zit. nach Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Band 7, Ost-Berlin 1982, S. 138.
- <sup>13</sup> Zit. nach Erich Weinstock, Ludwig Pfau – Leben und Werk eines Achtundvierzigers, Heilbronn 1975, S. 51.
- <sup>14</sup> In Memoriam. Eine Sammlung von Kundgebungen anlässlich des Ablebens Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs Friedrich von Baden. Mit Allerhöchster Genehmigung herausgegeben von Julius Katz, Karlsruhe 1908, S. 11.
- <sup>15</sup> Quellen zur Entstehung der Verfassung von Baden-Württemberg. Achter Teil: Juni bis November 1953, bearbeitet von Paul Feuchte, Stuttgart 1992, S. 451/2.
- <sup>16</sup> Albert Krieger, Fünfundsebzig Jahre Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins; in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins XL/1927, S. 32.
- <sup>17</sup> 1883–1908. Fünfundzwanzig Jahre der Badischen Historischen Kommission, Heidelberg 1909, S. 7.
- <sup>18</sup> In Memoriam (wie Anm. 14), S. 11.
- <sup>19</sup> Aus dem Gedicht ‚Den Siegestrunkenen‘ vom Frühjahr 1871; in: Georg Herwegh, Neue Gedichte, herausgegeben nach seinem Tode, Zürich 1877, S. 217.
- <sup>20</sup> Wolfgang Hug, Geschichte Badens, 2. durchgesehene Auflage, Stuttgart 1998, S. 286.
- <sup>21</sup> Ebd., S. 388.
- <sup>22</sup> Willy Andreas, Hrsg., Briefe Heinrich Treitschkes an Historiker und Politiker am Oberrhein, Berlin 1934, S. 38.
- <sup>23</sup> Süddeutsche Zeitung Nr. 56 v. 4. 2. 1930, zit. nach Generallandesarchiv Karlsruhe 233/28179.
- <sup>24</sup> Ebd.
- <sup>25</sup> Ebd.
- <sup>26</sup> Zit. nach Walter Adametz/Karl Eugen Mössner, Die deutsche Verwaltungs- und Verfassungsreform in Zahlen. Eine vergleichende Darstellung der Staatsausgaben des Reiches und der Länder nach Verwaltungszwecken und Verwendungsarten im Rechnungsjahre 1927 unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses von Steuerkraft und Verwaltungsaufwand, Berlin o. J. (1929), S. 193.
- <sup>27</sup> Ebd., S. 199.
- <sup>28</sup> Thomas Schnabel, Geschichte von Baden-Württemberg 1952–2002, Stuttgart 2001, S. 127.
- <sup>29</sup> Thomas Schnabel, Geschichte von Baden und Württemberg 1900–1952, Stuttgart 2000, S. 29.
- <sup>30</sup> Hans Fenske, Endlich auf neuen Wegen. Die Verfassungsreformen von 1904 und 1906; in: Otto Borst, Hrsg., Ein Jahrhundert beginnt. Baden und Württemberg 1900 bis 1945, Tübingen 1996, S. 65.
- <sup>31</sup> Ebd., S. 67.
- <sup>32</sup> Vgl. dazu Karl Weingärtner, Die Großherzoglich-Badischen und die Königlich-Württembergischen Sozialdemokraten; in: Borst (wie Anm. 30), S. 155–179.
- <sup>33</sup> Thomas Schnabel, Die südwestdeutschen Bundesstaaten in bayerischen Gesandtschaftsberichten; in: Borst (wie Anm. 30), S. 35/6.
- <sup>34</sup> Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866 - 1918, Band II: Machtstaat vor der Demokratie, München 1992, S. 615.
- <sup>35</sup> Ebd., S. 620.
- <sup>36</sup> Schnabel (wie Anm. 33), S. 27/8.
- <sup>37</sup> Badischer Landtag, 56. Sitzung v. 15. 4. 1930, S. 3030.
- <sup>38</sup> Das Land Baden. Seine wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung, Sonderausgabe der Badischen Presse Karlsruhe, 2. Ausgabe 1929, S. 17.
- <sup>39</sup> Willy Hellpach, Der badische Geist; in: Das Land Baden. Seine Entwicklung und seine Zukunft. Ein Sammelwerk unter Mitwirkung führender Persönlichkeiten des Landes Baden und mit besonderer Förderung des Staatsministeriums, hrsg. von Erich Köhler, Berlin 1925, S. 5.
- <sup>40</sup> Zit. nach Thomas Schnabel, „Warum geht es in Schwaben besser?“ Württemberg in der Weltwirtschaftskrise 1928–1933; in: ders., Hrsg., Die Machtergreifung in Südwestdeutschland. Das Ende der Weimarer Republik in Baden und Württemberg 1928–1933, Stuttgart 1982, S. 213/4.
- <sup>41</sup> Thomas Schnabel, Niederlage der Monarchisten und Niederlage der Demokraten: Volksbegehren und Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926 in Württemberg; in: Dieter Langewiesche/Peter Steinbach u. a., Der deutsche Südwesten. Regionale Traditionen und historische Identitäten. Hans-Georg Wehling zum Siebzigsten, Stuttgart 2008, S. 83.
- <sup>42</sup> Ebd., S. 85.
- <sup>43</sup> Ebd., S. 86.
- <sup>44</sup> Ebd.
- <sup>45</sup> Ebd., S. 97.
- <sup>46</sup> Ebd., S. 99.
- <sup>47</sup> Hauptstaatsarchiv Stuttgart E 151/01, Bü 17.
- <sup>48</sup> Vgl. dazu Waltraud Linder-Beroud, Ein neues Lied – ein neues Land; in: Badische Heimat Heft 1, März 2002, S. 96–109.
- <sup>49</sup> Verhandlungen der Verfassunggebenden Landesversammlung im südwestdeutschen Bundesland, 4. Sitzung vom 25. April 1952, S. 19/20.
- <sup>50</sup> Heinrich Köhler, Lebenserinnerungen des Politikers und Staatsmannes 1878–1949, unter Mitwirkung von Franz Zilken, hrsg. von Josef Becker, Stuttgart 1964, S. 388.
- <sup>51</sup> Schnabel (wie Anm. 29), S. 279.
- <sup>52</sup> Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, hrsg. von den Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts, 5. Band, Tübingen 1956, S. 47.
- <sup>53</sup> Schnabel (wie Anm. 28), S. 136–141.
- <sup>54</sup> Verhandlungen des Württembergischen Landtags, 80. Sitzung v. 7. 3. 1930, S. 1962.

# Die Ersterwähnung von Villingen, Schwenningen und Tannheim in ihrer Wirkungsgeschichte\*

Heinrich Maulhardt

## 1. Vorwort

Vor fast genau 16 Jahren, im März 1999, fand an derselben Stelle im Theater am Ring eine Tagung statt, die neben dem Stadtarchiv Villingen-Schwenningen dieselben Mitveranstalter hatte: die Abteilung Landesgeschichte des Historischen Seminars der Universität Freiburg sowie das Alemannische Institut Freiburg.<sup>1</sup> Mein Beitrag zu dieser Tagung galt damals der Wirkungsgeschichte einer anderen Urkunde, der Villingener Marktrechtsurkunde aus dem Jahre 999, die damals nach 1899 zum zweiten Mal im Verlauf der Villingener Geschichte den historischen Anlass für ein Jahrhundertjubiläum bot. Das Referat endete mit dem Ausblick, dass die beiden großen Stadtbezirke, Villingen und Schwenningen, im Jahr 817 zum ersten Mal schriftlich belegt sind: „Die nächste Jahrhundertfeier wird es 2017 geben, oder vielleicht ist dann das Interesse an Jahrhundertfeiern gänzlich verschwunden.“ Der Anflug an Skepsis von damals, was Jahrhundertfeiern bzw. Jubiläen anbetrifft, hat sich nach 16 Jahren in der Gegenwart nicht eingestellt. Das Gegenteil ist der Fall, wir haben es mit einem Jubiläumsboom zu tun, auf den ich im Laufe meines Beitrages noch zurückkommen werde.

## 2. Fragestellungen

Das Thema meines Beitrages lautet „Die Ersterwähnung von Villingen, Schwenningen und Tannheim in ihrer Wirkungsgeschichte“. Dass es sich bei der Urkunde vom 4. Juni 817 um die Ersterwähnung handelt, um den „Namenstag“ und nicht um den „Geburtstag“, davon gehe ich zunächst einmal aus, aber wer weiß. Die Ergebnisse dieser Tagung werden wir an deren Ende bilanzieren, vielleicht ändert sich an dieser Aussage doch etwas, der wissenschaftliche Fortschritt lässt sich bekanntlich nicht aufhalten. Jedenfalls folgen

wir – wenn auch nicht ganz – einer bayrischen Anleitung über die Planung von Jubiläen, die „erneut verstärkt betont, dass für die Feier eines historischen Jubiläums zunächst unter Ausschluß der Öffentlichkeit und möglichst drei bis vier Jahre vorher in kleinem Kreis das Datum überprüft werden sollte, um es hieb und stichfest zu machen.“<sup>2</sup>

Um die Wirkungsgeschichte der Urkunde von 817 in der Vergangenheit zu rekonstruieren, möchte ich zunächst folgenden Fragen nachgehen: Wann ist die Ersterwähnung von Villingen, Schwenningen und Tannheim zum ersten Mal festgestellt worden und von wem? Welche Bedeutung hatte diese Kenntnis für die jeweilige Erinnerungsgemeinschaft zum Zeitpunkt der „Entdeckung“ und in späterer Zeit? Ist diese Erkenntnis als Jubiläum gewürdigt worden?

In der Urkunde von 817 geht es im Gegensatz zur Marktrechtsurkunde von 999, in der Graf Bernhard von Kaiser Otto III. das Markt-, Münz- und Zollrecht für seinen Ort Villingen erhält, nicht um ein Programm für einen Ort zur Entwicklung in Richtung Stadt. In der Urkunde von 817 ist nicht die Dorfgemeinschaft tangiert. Eher zufällig wird der Ortsname erwähnt.

## 3. Die Urkunde der Ersterwähnung, ihre Geschichte und Erinnerung

In der Urkunde Ludwigs des Frommen vom 4. Juni 817 schenkt der Kaiser dem Kloster St. Gallen die gräflichen Einkünfte aus 47 Bauernstellen (Mansen). Darunter befinden sich solche in Villingen, Schwenningen und Tannheim. Das Original der Urkunde befand sich stets im Archiv des Beschenkten, des Klosters St. Gallen, das 719 gegründet wurde. Peter Erhart schreibt: „[...] die Urkunde war [...] äusserst beliebt und dies bereits seit ihrer ersten Ausfertigung, denn noch im 9. Jahrhundert wurden nicht weniger als 5 Abschrif-



ten angefertigt. Kein anderes Herrscherdiplom wurde derart oft kopiert, was [seine] Bedeutung eindrucksvoll unterstreicht.“<sup>3</sup>

Vom Inhalt der Urkunde konnten nur die Eigentümer von Originalen oder Abschriften derselben Kenntnis haben. Da die Urkunde nur einzelne Mitglieder der damaligen Dorfgemeinschaften unserer Stadtbezirke betrifft, nicht aber deren Verfassung berührte, gab es von ihr weder ein Original noch eine Abschrift im Stadtarchiv, und auch keinen Grund im weiteren Verlauf des Mittelalters sich ihrer vor Ort als Dorfgemeinschaft zu erinnern. Die erste schriftliche Erwähnung im Druck in Verbindung mit Villingen findet sich in den ab 1645 gedruckten *Traditiones Monasterii S. Galli*.<sup>4</sup> Es handelt sich um eine Wiedergabe des ganzen Textes mit den Ortsnamen von Villingen, Schwenningen und Tannheim und natürlich auch allen anderen in der Urkunde enthaltenen Orten. Von den ursprünglich 24 gedruckten Exemplaren lassen sich heute noch zwölf nachweisen. Ihre Verbreitung beschränkte sich auf das Kloster selbst und befreundete Gemeinschaften.<sup>5</sup> Es handelte sich demnach um eine Drucksache, die nicht öffentlich zugänglich war.

Der nächste Abdruck erfolgte durch Marquard Herrgott im Jahre 1737<sup>6</sup> und danach im *Codex Diplomaticus Alemanniae* von Trudpert Neugart (1742–1825) aus dem Jahre 1791.<sup>7</sup> Neugart stammte aus Villingen, war Theologe und ging nach einer dreijährigen Lehrtätigkeit als Orientalist an der Universität Freiburg (1767–1770) zu Fürstabt Martin Gerbert (1720–1793) ins Kloster St. Blasien, wo er Geschichtsforschung betrieb. Um es gleich vorweg zu sagen: Schwenningen und Tannheim werden in diesem Urkundenbuch genannt und Schwenningen wird von Neugart auch als Schwenningen bei Villingen identifiziert. Es ist einer der beiden ersten für ein erweitertes Publikum gedachten Drucke der Urkunde. Neugart bezieht sich in seiner Urkundenedition ebenfalls auf die *Traditiones Monasterii S. Galli*.<sup>8</sup> St. Blasien war wie St. Gallen ein Benediktinerkloster, was auf das dortige Vorhandensein der *Traditiones* schließen lässt.

25 Jahre nach dem Druck von Neugart heißt

es im Artikel von Johann Georg Benedikt Kefer (1774–1833) im „Historisch-statistisch-topographischen Lexicon“ des Großherzogtums Baden von 1816: „Villingen war anfänglich ein Dorf, welches schon in Urkunden Kaiser Ludwigs des Frommen vom Jahr 817 vorkommt. Es stand damals unter der Kaiserlichen Kammer. Dieses Dorf lag aber nicht an dem Platze, wo gegenwärtig die Stadt Villingen steht; sondern etwa eine Viertelstunde davon entfernt in der Gegend, wo die sogenannte Altstadt liegt, und der Begräbnisplatz der Stadt ist.“<sup>9</sup>

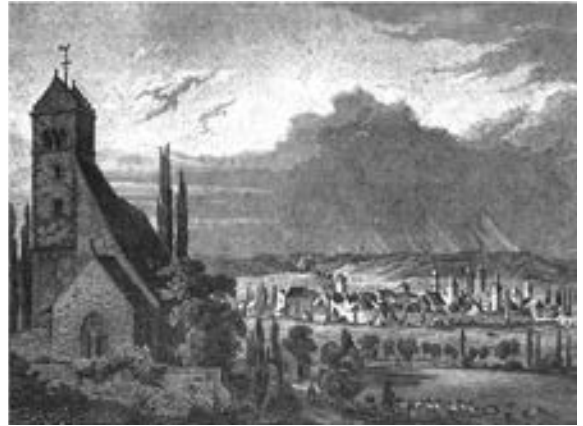


Abb. 1: Stadtansicht von Villingen, im Vordergrund die Altstadtkirche. 1845 gez. K. Corrade, von G. M. Kurz. Quelle: Bertram Jenisch, *Die Entstehung der Stadt Villingen. Archäologische Zeugnisse und Quellenüberlieferung. Mit Beiträgen von Burghard Lobrum und Manfred Rösch Stuttgart 1999, S. 58.*

Der gebürtige Villingener Kefer studierte in Freiburg Theologie und kehrte als Priester in seine Heimat zurück. Er interessierte sich sehr für die Villingener Geschichte und muss Neugart selbst und dessen Codex gekannt haben. Später, nach 1814, wurde er Präfekt des Gymnasiums in Freiburg und erhielt 1822 den Lehrstuhl für Dogmatik an der dortigen Universität. Die historischen Materialsammlungen Kefers nutzen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts mehrere Lokalhistoriker. Der Begründer der Villingener Altertümersammlung Ferdinand Förderer (1814–1889) notierte 1875 in das Repertorium seiner Sammlung, dass Villingen 817 in einer Urkunde Ludwigs des Frommen zum ersten Mal erwähnt werde.<sup>10</sup> Der spätere Villingener

Stadarchivar Christian Roder (1845–1921, in Villingen tätig 1876–1893) bestätigte wenige Jahre später die Ersterwähnung und dass der Name der Stadt erst in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts mit dem Doppellaut geschrieben wurde.<sup>11</sup> Jedenfalls war spätestens seit Roder im städtischen Bewusstsein, dass das Jahr 817 mit der ersten Nennung des Namens Villingen in Verbindung gebracht werden muss. Jedoch ist bisher trotz der

intensivierten Erforschung des Urkundenbestands des Klosters St. Gallen keine ältere Quellenstelle gefunden worden.

Schon Christian Roder bewertete die Nennung Villingens in der Urkunde historisch richtig: „Die urkundliche Nennung eines Orts gibt keineswegs einen genügenden und sichern Maßstab für dessen Alter ab. Sie beruht lediglich auf einem Zufall.“<sup>12</sup> Dass Villingen älter sein muss, leitete er nicht

nur von dem urkundlich früher genannten nördlich gelegenen Nachbarort Nordstetten (Ersterwähnung: 764) ab,<sup>13</sup> sondern auch von der Namensforschung (-ingen-Orte) und Befunden der Archäologie, die 1903 am „Blutrain“ südöstlich vor der Stadt (Eisenwaffen, Reste eines Schildbuckels) bei der Ausgrabung von Reihen- und Plattengräbern gemacht wurden.<sup>14</sup> Die heutige Forschung geht davon aus, dass Villingen-Altstadt als älteste Siedlung im Villingen-Raum in das späte 4. Jahrhundert, die Zeit der alemannischen Landnahme, zu datieren ist.<sup>15</sup>

Auch was die historische Bedeutung der Ersterwähnung für die Stadtgeschichte anbetrifft, liegt Roder wohl richtig: Nicht die Urkunde von 817, sondern die Markt-rechtsurkunde von 999 bildet „den eigentlichen Ausgangspunkt für die Geschichte der Stadt Villingen“.<sup>16</sup>

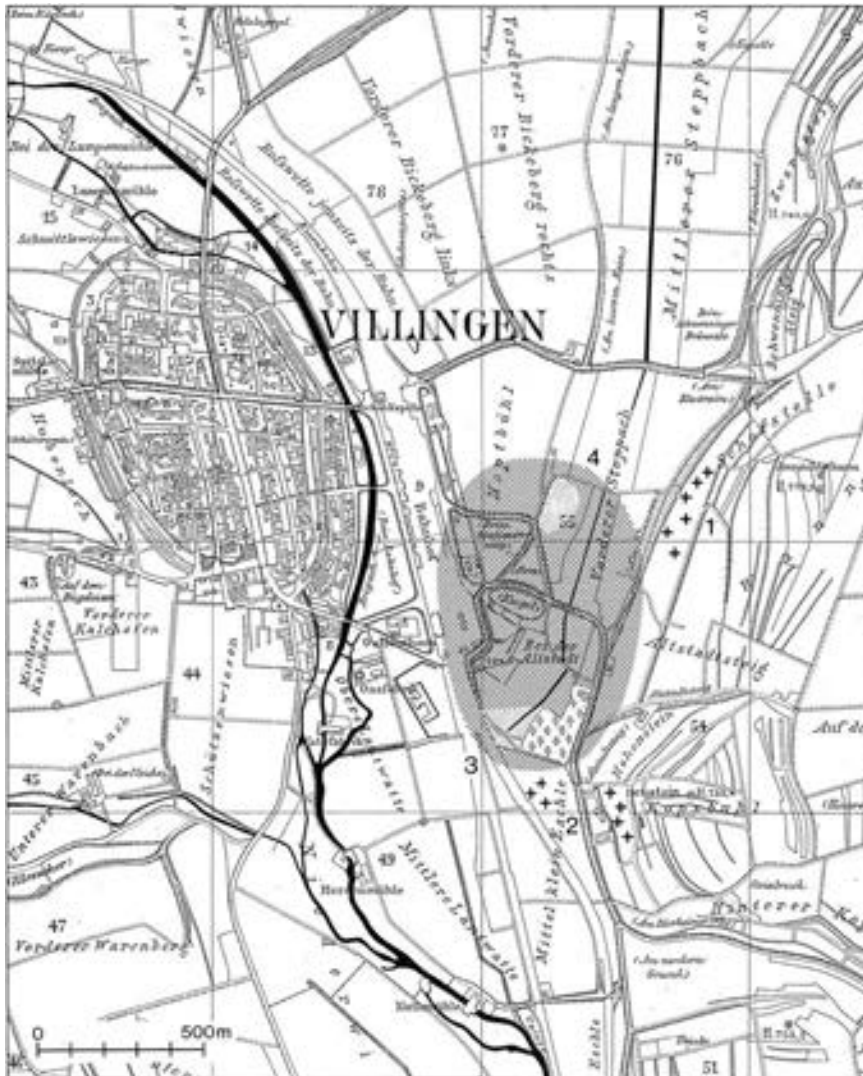


Abb. 2: Villingen und Altstadt nach dem Gemarkungsplan von 1895. Das erschließbare Siedlungsareal um die Altstadtkirche ist schraffiert. Alemannische Gräber am Blutrain (1) und Hohenstein/Klein Eschle (2) sowie mittelalterlicher Siedlungsfund bei der Gärtnerei Ebert (3) Hoptbühl (4). Quelle: Bertram Jenisch, *Die Entstehung der Stadt Villingen. Archäologische Zeugnisse und Quellenüberlieferung. Mit Beiträgen von Burghard Lohrum und Manfred Rösch*, Stuttgart 1999, S. 33.

Interessant ist allerdings, dass Villingen nach 817 insgesamt 182 Jahre nicht erwähnt wird und nach 999 fast 200 Jahre nur sehr wenig. Es wäre sehr erfreulich, wenn wir zu dieser Überlieferungslücke, insbesondere für die Jahre vor 817 und zwischen 817 und 999, mehr Informationen zur Geschichte unseres Raumes erhalten würden. Unsere letzte gemeinsame Tagung zur Marktrechtsurkunde hatte bereits für die Zeit zwischen 999 und 1218 neue Erkenntnisse gebracht.

#### 4. Die Bedeutung der Ersterwähnung für Villingen – Villinger Jubiläumsfeiern

Die Kenntnis der Ersterwähnung Villingens hat bis vor wenigen Jahren für die Villingener Erinnerungsgemeinschaft keinen Anlass für eine besondere Würdigung in Form einer Jubiläumsfeier oder einer Eintragung auf dem Ortseingangsschild gefunden. Allein an dem Brunnen auf dem Münsterplatz in Villingen gibt es einen Hinweis. Den Brunnen schuf in der Zeit von 1986–1989 der Künstler Klaus Ringwald (1939–2011), er informiert unter anderem über Meilensteine der Villingener Geschichte. Die Chronik beginnt auf den pfeilerartigen Flächen des Brunnens mit der ersten von 32 Tafeln. Darauf ist zu lesen: „817 erste Nennung 'ad filingas' in St. Galler Urkunde durch Kaiser Ludwig den Frommen".<sup>17</sup>

Die Villingener haben spätestens im 19. Jahrhundert zwar die Bedeutung der Jahreszahl 817 zur Kenntnis genommen, in der Vergangenheit aber andere historische Ereignisse zur Bestärkung ihrer Identität gewählt. Bedeutung für Jubiläen in der Villingener Geschichte hatten von heute aus betrachtet zwei Ereignisse, die mit den Jahreszahlen 1119 und 999 und ausdrücklich nicht mit 817 verbunden sind. *Anno 1119 ist die statt Villingen von den hertzen von Zäringen erbauen worden*, heißt es in der Villingener Chronik des Rats Herrn Heinrich Hug,<sup>18</sup> der 1495 mit seiner Chronik begann und sie 1533 beendete. Dieses angebliche „Gründungsdatum“ nahm im Jahr 1719 der damalige Stadtpfarrer Johann Jakob Riegger zum Anlass für ein *Jubel und danckfest* des 600-jährigen Bestehens der Stadt,<sup>19</sup> das er auf die vermeintliche Stadtgründung durch Berthold II. von Zähringen bezog. Zu

den Feierlichkeiten, die er dem Magistrat der Stadt vorschlug, zählten eine Messe, der *Statt undt dem pfarrmünster zur Ehre*. Nach der Messfeier sollte die Stadt *mit einem freud undt gedächtnuß trunckh auf den zunfstuben sich freygebig erzeigen. So würdt Gott und den menschen in allem genug geschehen*. Darüber hinaus verband Riegger das städtische Jubiläum mit einem persönlichen. Er feierte 1719 sein 50-jähriges Priesterjubiläum. Rieggers Vorschläge wurden vom Magistrat der Stadt angenommen, an der Jubiläumsmesse im Villingener Münster nahmen 1.800 Personen teil.<sup>20</sup> Diese Feier verband religiöse und stadtpolitische Elemente und kann mit Recht zu einer der ältesten städtischen Jubiläumsfeiern in Deutschland gezählt werden.<sup>21</sup> Es ist hervorzuheben, dass das Jubiläum auf bürgerliche Initiative zurückgeht und kein ausschließlich kirchliches Jubiläum war. Jubiläen stammen ursprünglich aus dem kirchlichen Bereich. Im Jahr 1300 initiierte Papst Bonifaz VIII. das Heilige Jahr. Seit 1475 existiert alle 25 Jahre ein reguläres Heiliges Jahr. Dieses Zeitintervall hat sich seitdem als Maßeinheit für Jubiläen etabliert.<sup>22</sup>

Bei dem Rieggerschen Jubiläum ging es einerseits um religiöse Aspekte (Festhalten an Gott und dem wahren katholischen Glauben), andererseits aber auch um erinnerungskulturelle Momente (Stadtgründung, Unbesiegbarkeit). Es bezog sich – wie Jubiläen im Allgemeinen – auf aktuelle Bedürfnisse einer Gemeinschaft, der Villingener, und versuchte Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft in Bezug zu setzen: „Historische Jubiläen werden von einer Erinnerungsgemeinschaft dazu genutzt, ihre Vergangenheit zu deuten, diese zur Erklärung ihrer Gegenwart zu verwenden und dem Kollektiv darin eine Perspektive auf die Zukunft zu eröffnen“, schreibt Catrin B. Kollmann in ihrer 2014 erschienenen Dissertation „Historische Jubiläen als kollektive Identitätskonstruktion“.<sup>23</sup> Michael Hütt fasst in seinem Katalogbeitrag zur Jubiläumsausstellung 1999 die Zukunftsperspektive der Feier von 1719 zusammen: „Die 600-jährige Geschichte der allzeit katholischen, unbesiegbaren Stadt verpflichtet zur Nachfolge. An der Überlieferung darf nicht gerüttelt werden, will man nicht Gefahr laufen, des durch die Vorfahren erlangten Heils ver-

lustigt zu gehen.“<sup>24</sup> Dass das Jahr 1119 kein zweites Mal nach 1719 Anlass für ein Jubiläum bot, hat wohl seine Ursache darin, dass es spätestens nach 100 Jahren, 1819, offensichtlich kein Bedürfnis dazu mehr gab. Villingen war zu dieser Zeit seiner in österreichischer Zeit bestehenden relativen kommunalen Autonomie beraubt und befand sich sowohl geografisch als auch hinsichtlich seiner Bedeutung am Rande des großherzoglich-badischen Staats, dessen Herrscherhaus auch nicht dem katholischen Glauben angehörte.

Mit dem neuen Herrscherhaus in Verbindung bringen ließ sich dagegen eine andere Urkunde, die Marktrechtsurkunde von 999. Dieses Privileg hat zweifellos dem jeweiligen Ortsherrn und den Villingern die Möglichkeit eröffnet, das Gemeinwesen zu einer Stadt zu entwickeln. Von der Marktrechtsurkunde ist in Stadtpfarrer Rieggers Jubiläumsprojekt von 1719 nur beiläufig die Rede,<sup>25</sup> ohne sie jedoch zu einem Jubiläumseignis zu machen. Die große Stunde der Marktrechtsurkunde kam erst in ihrem 900. Lebensjahr. Bis dahin fand ihre Existenz nur zweimal eher marginale Beachtung: Zum einen Ende des 13. Jahrhunderts, als sich Graf Heinrich von Fürstenberg bemühte mit der Urkunde seinen Anspruch auf die Stadt geltend zu machen und die Rechtsnachfolge der Zähringer darzulegen.<sup>26</sup> Zum andern im Jahre 1805, als Furtwangen sein Marktrecht erweitern wollte, was es für Villingen zu verhindern galt. Im 19. Jahrhundert diente die Urkunde als Beweis für die ununterbrochene (treue) Verbindung zwischen Villingen und dem neuen Landesherrn, dem badischen Großherzog. Ferdinand Förderer schreibt im Repertorium der Altertümersammlung: „Dieser Berchtold oder Graf Bezzelin ist der Vater Bertholds I. von Zähringen, des obersten Gliedes der seitdem ununterbrochenen Stammfolge unseres erhabenen Herrscherhauses, weshalb auch Villingen mit Recht die Ehre anspricht, die Wiege des Stammes der Zähringer, das erste und älteste Besitzthum unseres Regentenhauses zu sein.“<sup>27</sup> Christian Roder, der 1899 den Festvortrag hielt, äußerte sich damals in ähnlicher Weise. Einerseits wurde die Verbindung mit dem Herrscherhaus betont, andererseits hoben bei den Feierlichkeiten die Redner die Leistungen der

Stadtgemeinde hervor. Im Festumzug von 1899 zur 900-Jahr-Feier wird übrigens auf die Zeit vor 999 nicht eingegangen, also auch nicht auf die Urkunde von 817. Annemarie Conradt-Mach schreibt zum Festzug, den damals 25.000 Menschen in Villingen sahen: „Als letzter historischer Schauwagen vor den Trachtengruppen kam der Wagen Nr. 21 'Villingen kommt an Baden – 1806' angeführt durch eine Huldigungsgruppe. Dieser Wagen wurde allgemein als Krönung des Umzuges angesehen, quasi als Endziel einer 900jährigen Villingener Geschichte, überhöht allein dadurch, dass die Ehrenjungfrauen einem echten (?) Zähringer auf der Tribüne huldigen durften als Glanz- und Gipfelpunkt der Historie!“<sup>28</sup>

Den Anlass für eine demokratische städtische Jubiläumsfeier bietet die Urkunde von 999 eigentlich nicht. Monika Spicker-Beck ist beizupflichten, wenn sie darauf hinweist, „dass mit der Marktrechtsurkunde der Gegenpol der Bürgerinteressen symbolisiert wurde und diese Urkunde daher schwerlich Bestandteil des bürgerlichen Selbstbewusstseins werden konnte.“<sup>29</sup> Die in der Urkunde vergebenen Rechte wurden bekanntlich nicht der Bürgerschaft, sondern dem Stadtherrn verliehen. Im Gegensatz zu 1899 zeigte die Jubiläumsinitiative Pfarrer Rieggers von 1719 schon eher bürgerliches Selbstverständnis.

Auch wenn 1806 die relative kommunale Autonomie Villingens ein Ende fand, war der gleichzeitige Anschluss Villingens an Baden 100 Jahre später, 1906, ein Jubiläum wert: „Jos. Moder widmete der ‚alten und ehrwürdigen Stadt Villingen‘ ein Gedicht von 241 Strophen. Er besang darin vor allem die jüngste 100jährige, badische Geschichte.“<sup>30</sup> Darüber hinaus wurde das Berthold-Denkmal errichtet. Die Darstellung Bertholds, gestützt auf sein Schild und Schwert, sollte den badischen Herrschaftsanspruch ausdrücken. Die Erinnerung an bürgerliche Selbstständigkeit, wie sie noch in Pfarrer Rieggers Projekt von 1719 aufscheint, verschwand dagegen. Beide Feiern, 1899 und 1906, reflektierten in hohem Maße die Gegenwart Villingens um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, nämlich Villingen als treuer Vasall des Großherzogs von Baden und am Rande seines monarchischen Staates.



Das Jubiläum der Marktrechtsurkunde wurde 1999 zum zweiten Mal mit großem finanziellem Aufwand begangen. Die Kosten betragen damals mehr als das Doppelte der für 2017 geplanten Feierlichkeiten. An der Schwelle zum 21. Jahrhundert existierte die Stadt Villingen nicht mehr. Sie fusionierte 1972 mit Schwenningen zur Stadt Villingen-Schwenningen. Am großherzoglichen Herrscherhaus kann es 1999 nicht gelegen haben, dieses hatte bereits 1918 abgedankt. Da es wie bereits erwähnt bei Jubiläen und bei der Auswahl von historischen Ereignissen, die sie begründen, um aktuelle Impulse geht, muss es sich 1999 um andere Gründe für eine so große Feier gehandelt haben.

Das Motto des Jubiläums lautete 1999 „1000 Jahre Marktrecht Villingen. Villingen-Schwenningen feiert“, doch lag der Schwerpunkt zweifellos im Stadtbezirk Villingen. Wenn wir uns vergegenwärtigen, dass die Villingener Marktrechtsurkunde fast 900 Jahre für Jubiläumszwecke, zur Bestärkung der eigenen Identität nahezu uninteressant war, 1899 dagegen die Nähe zum Monarchen eine große Rolle spielte, dann stellt sich die Frage, was die Villingener in der demokratischen Gesellschaft am Ende des vorigen Jahrhunderts dazu trieb, ein so „großartiges“ Jubiläum zu gestalten? Zweifellos wirkt die Zahl 1000 initiativ, erklärt aber nicht allein die damalige Festgestaltung. Als Zeitzeuge, ich war damals Mitglied der Steuerungsgruppe, einer Art Festkomitee, kann ich das rückblickend nur so interpretieren: Seit dem 1. Januar 1972 existierte die Stadt Villingen nicht mehr, Ergebnis einer am 28. März 1971 erfolgten demokratischen Abstimmung. Die kulturelle Identität einer Kommune, und das betrifft Villingen wie Schwenningen gleichermaßen, ebenso wie die infolge der Kommunalreform dazugekommenen Dorfgemeinschaften, verschwindet nicht. Das war auch bei der Städtefusion so nicht gewollt. Zweifellos spielen, um den Ehevergleich aufzunehmen, Gegensätze, Konkurrenz, Behauptung der Identität bzw. Angst vor Identitätsverlust in der „Städtehe“ eine Rolle und diese Beziehungen haben auch ihre Auswirkungen auf Jubiläumsereignisse. Größenordnung und Programm des damaligen Jubiläums waren

geprägt von der Situation des Villingener Stadtbezirks, der zu diesem Zeitpunkt keine selbstständige Stadt mehr war und als Teil der Gesamtstadt wirtschaftliche Krisen erleben musste. Die Urkunde von 999 bot deshalb eine willkommene Gelegenheit für die Selbstvergewisserung der Stadt.

Doch nicht immer war es dieses Datum, das den Anlass für ein Jubiläum lieferte. In der Zeit des Nationalsozialismus wurde auf keine der beiden Urkunden Bezug genommen. Vielmehr wurde am 5. und 6. Juni 1937 „300 Jahre Villingener Wasserbelagerung durch die Schweden im Jahre 1634 anlässlich des Saarbesuches“ gefeiert.<sup>31</sup> Die Wasserbelagerung war bereits bei der Feier zur 100-jährigen Zugehörigkeit zu Baden ein Programmpunkt gewesen. Damals schrieb der Villingener Lehrer Otto Stemmler das Theaterstück „Ein Ruhmestag aus Altvillingens Heldenzeit“ mit allegorischem Nachspiel. In vier dramatischen Bildern wird darin geschildert, wie „das von einem übermächtigen Feind, nämlich den Württembergern und den Schweden, belagerte Villingen sich allein durch den Mut und die Tapferkeit seiner Bürger und Bürgerinnen befreien kann.“<sup>32</sup>

Was war geschehen? Nach der Saarabstimmung im Januar 1935 kam das Saargebiet, das seit 1920 abgetrennt war, wieder vollständig ans Deutsche Reich. Schon am Abstimmungstag, dem 13. Januar, begann die *Patenschaft* der Stadt Villingen für Friedrichsthal im Saarland. Beurkundet wurde die *Patenschaft* erst im *Heumonats* [Juli] 1937. Der *große Kampf der Saarländer um die Befreiung der Saar* wurde verbunden mit dem *eigenen Kampf ums Sein*: *Sie [die Stadt Villingen] trotzt' dereinst von Fremdherrschaft belagert – verlassen, trostlos, doch granitfest ihrem Feind – Damals – [...]*, lautete die Botschaft der Stadt Villingen an ihr *Patenkind* Friedrichsthal.<sup>33</sup> Die politische Mitteilung besagte: Friedrichsthal und Villingen waren und sind von Feinden umzingelt und bilden eine Schicksalsgemeinschaft. Der militärische *Kampf ums Sein* steht auf der Tagesordnung.

Auf dem Programmzettel für die Festtage 1937 ist unter anderem zu lesen: *13 Uhr Alarm in Villingen! Die Stadtsoldaten werden zu den Waffen gerufen, 13.30 Uhr Magistratssitzung auf dem*



Marktplatz [...] 'Ausfall' der Besatzung und der Stadtsoldaten vom Riettor aus, um die Schweden aus dem Lager zu vertreiben. Gegen 14 Uhr Gefecht am vorderen Warenberg. In der Zeitung „Schwarzwälder“ vom 3. Juni 1937 heißt es: [...] es sei noch darauf hingewiesen, dass auch Gruppen von unserer Nachbarschaft sich am Feste beteiligen, auch Angehörige der Wehrmacht, des Arbeitsdienstes, der SS und des SA-Reitersturmes um zusammen mit den Villingen Mitwirkenden ihr Bestes zu geben.<sup>34</sup> Über das Ereignis liegt im Stadtarchiv Villingen-Schwenningen ein Film vor.<sup>35</sup> Das „Fest“ war eine politische Konstruktion mit einer deutlichen politischen Botschaft und Perspektive. Eigentlich hätte die Jahrhundertfeier 1934 und nicht 1937 stattfinden müssen. Die dreijährige Abweichung störte die Veranstalter nicht. Das historische Ereignis wurde als Veranstaltung zur Kriegsvorbereitung genutzt, die wenige Jahre später 1939 sich einstellende Kriegssituation wurde bereits „spielerisch“ simuliert und „festlich“ eingeübt.

## 5. Die Bedeutung der Ersterwähnung für Schwenningen und Tannheim

Die Erwähnung Schwenningens in der Urkunde von 817 war mit der Herausgabe des „Codex Diplomaticus Alemanniae“ durch den Villingen-Trudpert Neugart 1791 – wie bereits erwähnt – öffentlich bekannt. Neugart lokalisierte Schwenningen *ad Nicri fontes prope Villingam*.<sup>36</sup> In der Schwenninger Stadtchronik von Pfarrer Paul Schmid und Stadtschreiber Johannes Kohler im Jahre 1899 wird die Ersterwähnung Schwenningens auf die Urkunde Ludwigs des Frommen bezogen.<sup>37</sup> Allerdings gab es im 19. und 20. Jahrhundert auch andere Meinungen. Die Historiker Franz Ludwig Baumann (1879), Walter Schultze (1895) und Hans Jänichen (1970) identifizierten den Namen mit dem östlich gelegenen Schwenningen auf der Alb bei Stetten am kalten Markt.<sup>38</sup> Die Forschungen von Michael Borgolte zum Urkundenbestand des Klosters St. Gallen in den Jahren 1980–1984<sup>39</sup> haben jedoch schlüssig gezeigt, dass es sich doch um unseren jetzigen Stadtbezirk Schwenningen handelt. Dieser ‚letzte Beweis‘, dass Villingen und Schwenningen ihre Ersterwähnung der selben Urkunde zu ver-

danken haben, hat den Geschichts- und Heimatverein Villingen veranlasst, diese Nachrichten in zwei Beiträgen von Dieter Knaupp zu Schwenningen und Herbert Muhle zu Villingen<sup>40</sup> in seinem Jahresband 1987 zu veröffentlichen. Damit war ein historischer Bogen von der Ersterwähnung der beiden großen Stadtbezirke in die Gegenwart gespannt. Und damit nicht genug: Auch die Stadtbezirke Tannheim, Nordstetten und Weilersbach erscheinen im Urkundentext. Tannheim ist übrigens im „Lexicon“ des Großherzogtums Baden von 1816 ebenfalls ein Artikel gewidmet, in dem die Ersterwähnung mit der Urkunde von 817 in Verbindung gebracht wird.<sup>41</sup>

Tatsache ist, dass Villingen, Schwenningen und Tannheim bis vor wenigen Jahren die Urkunde von 817 nicht als Anlass genommen haben, ihre Identität zu beweisen.<sup>42</sup> Ein Jubiläum der Ersterwähnung wurde bisher nicht begangen. Der Stadtbezirk Schwenningen feierte 2007 „100 Jahre Stadt Schwenningen“ und zu Tannheim konnte kein vorheriges Ortsjubiläum ermittelt werden.

Die Urkunde hatte vor Ort keine Wirkung im historischen Sinne. Als historisches Ereignis fand sie – außer im akademischen Bereich – in unseren betroffenen Stadtbezirken fast 1200 Jahre keine oder wenig Beachtung. Eine auf die Stadtbezirke bezogene lokale Identität wurde mit der Urkunde von 817 bisher nicht konstruiert. Warum kommt die Urkunde jetzt ins Spiel?

## 6. Die Urkunde von 817, die Tagung vom März 2015 und die 1200-Jahr-Feier 2017

Die Idee, die Urkunde von 817, in der unter anderem die Namen Villingen, Schwenningen, Tannheim, Nordstetten und Weilersbach auftauchen, zum Anlass eines Jubiläums zu machen ist neu. Dazu noch einmal Catrin Kollmann: „Historische Jubiläen werden von einer Erinnerungsgemeinschaft genutzt ihre Vergangenheit zu deuten, diese zur Erklärung der Gegenwart zu verwenden und dem Kollektiv darin eine Perspektive für die Zukunft zu geben.“<sup>43</sup>

Seit 1972, dem Jahr der Gründung der Stadt Villingen-Schwenningen, hat sich eine neue Erinnerungskultur gebildet. Was unsere Urkunde

anbetrifft, will es der Zufall, dass immerhin fünf Stadtbezirke darin genannt werden, drei davon zum ersten Mal. Für das Mittelalter dürfte die Häufung von Namen unserer Stadtbezirke zumindest in einer Kaiserurkunde einmalig sein. Unter diesem Aspekt ist die Urkunde also ein guter Anknüpfungspunkt für die große Mehrheit der Bevölkerung von Villingen-Schwenningen weit in die Vergangenheit zu blicken und diese mit der Gegenwart und Zukunft in Verbindung zu bringen. Unsere Tagung hat zweifellos die Aufgabe, das geschichtliche Ereignis, das am Anfang dieses Erinnerungsbogens steht, die Kaiserurkunde von 817, zu erhellen, das Geschichtsverlangen zu artikulieren. Zum andern sind die Erinnerungsgemeinschaften auf der Ebene der Stadtbezirke nicht verschwunden. Villingen-Schwenningen ist vielfältig und doch politisch seit über 40 Jahren eine Einheit. Die Erinnerungsgemeinschaften überlappen sich und viele Menschen in dieser Stadt sind als Zugezogene hierhergekommen, dazu zähle ich selbst seit 25 Jahren, dazu zählen unser Oberbürgermeister und viele andere mehr.

Für die neue Erinnerungsgemeinschaft Villingen-Schwenningen hat die Urkunde offensichtlich eine Bedeutung. In der vom Gemeinderat im November 2014 verabschiedeten Beschlussvorlage zum Jubiläum 2017 heißt es: „Die urkundliche Ersterwähnung [...] soll in einem großen Veranstaltungs- und Festreigen gefeiert und reflektiert werden. Damit ergibt sich die Chance, die Geschichte der gemeinsamen Stadt, ihre Stärken und Möglichkeiten in Gegenwart und Zukunft in vielfacher Weise für die Bürgerschaft erlebbar zu machen. Die geplanten Aktivitäten in den Stadtbezirken sollen über das Jahr 2017 hinaus wirken. Zugleich ist das Jubiläum eine hervorragende Möglichkeit, Villingen-Schwenningen landesweit ins Rampenlicht zu rücken [...] Im Idealfall gelingt so eine Bündelung möglichst vieler Kräfte in der Stadt verbunden mit einer Stärkung der städtischen Beteiligungskultur, die über das Jubiläumsjahr wirkt und Identität fördert. Dies kann der Imagebildung dienen: VS soll als Stadt der Innovation und gleichzeitig als Ort von hoher

Lebensqualität nach innen und außen markant und positiv sichtbar werden.“

In seinem Kommentar zu diesem Gemeinderatsbeschluss schrieb Journalist Eberhard Stadler vom Südkurier unter der Überschrift „Stadtfest 2017 – Kein Rettichfest“: „Der Reiz dieses Stadtfestes liegt darin, dass Villingen-Schwenningen erstmals gemeinsam feiert. Aus diesem Ansatz sollte sich Verbindendes und Zukunftsweisendes kreieren lassen.“<sup>44</sup>

Wie das Jubiläum sich dann tatsächlich manifestieren wird, ob sich das aus der Urkunde von 817 abgeleitete Geschichtsverlangen mit der Gegenwart und Zukunft Villingen-Schwenningens verknüpfen lässt, bleibt offen. Für Villingen-Schwenningen ist die Urkunde von 817 bestimmt nicht das wichtigste Ereignis, das wäre die Gründung der Stadt selbst, die zudem auf besondere Weise 1971 beurkundet wurde, nämlich durch ein Landesgesetz. Wie sich das Jubiläum 2017 darstellen wird, wie Villingen-Schwenningen erinnert und gedenkt, informiert und aufklärt, versinnlicht und erlebt hängt letzten Endes von den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt ab. Der Ausgang ist offen. Unsere Tagung lässt die Urkunde Kaiser Ludwigs des Frommen wirken. Wir geben den historischen Impuls.

\*Überarbeiteter Vortrag, gehalten am 12. März 2015 anlässlich der öffentlichen Tagung im Theater am Ring Villingen-Schwenningen, 12. bis 14. März 2015, mit dem Thema: „817 – Die urkundliche Ersterwähnung von Villingen und Schwenningen. Alemannien und das Reich in der Zeit Kaiser Ludwig des Frommen.“ Veranstalter: Stadtarchiv Villingen-Schwenningen, Historisches Seminar Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Abteilung Landesgeschichte, Alemannisches Institut Freiburg i. Br. e.V.

Vgl. den Tagungsband: 817 – Die urkundliche Ersterwähnung von Villingen und Schwenningen, Alemannien und das Reich in der Zeit Kaiser Ludwig des Frommen. Herausgegeben von Jürgen Dendorfer, Heinrich Maulhardt, R. Johanna

Anmerkungen:

- <sup>1</sup> Die Tagungsergebnisse sind veröffentlicht in der Publikation: Villingen 999–1218. Aspekte seiner Stadtwerdung und Geschichte bis zum Ende der Zähringerzeit im überregionalen Vergleich, hg. von **Heinrich Maulhardt** und **Thomas Zotz** (Veröffentlichungen des Stadtarchivs und der Städtischen Museen Villingen-Schwenningen, Bd. 27 = Veröffentlichung des Alemannischen Instituts Freiburg i. Br., Nr. 70), Waldkirch 2003.
- <sup>2</sup> **Ingrid Heeg-Engelhart**, Die erste Erwähnung eines Ortes, Anmerkungen zur Problematik historischer Jubiläen und deren Erforschung, in: Historische Jubiläen. Planung – Organisation – Durchführung, hg. vom Bayerischen Landesverein für Heimatpflege e.V. (Forum Heimatforschung, Sonderheft 1), München 2000, S. 87–105, hier S. 99.
- <sup>3</sup> Für diesen Hinweis bin ich dem St. Galler Stiftsarchivar Peter Erhart dankbar. Zu den fünf Abschriften siehe Chartularium Sangallense, Bd. 1 (700–840), bearb. von **Peter Erhart** unter Mitwirkung von **Karl Heidecker** und **Bernhard Zeller**, St. Gallen 2013, Nr. 227 a–e.
- <sup>4</sup> Traditiones Monasterii S. Galli: traditio Pavlo Post Mortem s. Galli facta, St. Gallen ca. 1700 [Badische Landesbibliothek Karlsruhe, Signatur 100 B 76683 RH].
- <sup>5</sup> Für diesen Hinweis bin ich dem St. Galler Stiftsarchivar Peter Erhart dankbar.
- <sup>6</sup> **Marquard Herrgott**, Genealogia diplomatica augustae gentis Habsburgicae, Bd. 2, Wien 1737, vgl. S. 18 f., Nr. XXXVI; vgl. Chartularium Sangallense 1 (wie Anm. 3), S. 216 f.
- <sup>7</sup> Codex Diplomaticus Alemanniae et Burgundiae Trans-Iuranae intra Fines Dioecesis Constantiensis CEV Fundamentum Historiae eiusdem Dioecesis, Tomus I, hg. von **Trudpert Neugart**, St. Blasien 1791, S. 163 mit dem Volltext der Urkunde Kaiser Ludwigs des Frommen vom 4. Juni 817.
- <sup>8</sup> Vgl. ebd., Praefatio VII.
- <sup>9</sup> **Johann Georg Benedikt Kefer**, Villingen, in: Historisch-statistisch-topographisches Lexicon von dem Großherzogtum Baden, hg. von **Johann Baptist Kolb**, Bd. 3, Karlsruhe 1816, S. 324.
- <sup>10</sup> Stadtarchiv Villingen-Schwenningen (SAVS), Bestand 2.2, Nr. 8373 = **Ferdinand Förderer**, Altertümerrepertorium (1875), S. 191 f.
- <sup>11</sup> SAVS, Best. 2.1 BBB 14 = **Christian Roder**, Manuskript zur Stadtgeschichte Villingen, S. 423.
- <sup>12</sup> Ebd., S. 28.
- <sup>13</sup> Ebd.
- <sup>14</sup> Ebd., S. 21.
- <sup>15</sup> **Bertram Jenisch**: Villingen – Archäologische Zeugnisse der Besiedlung im 11. und 12. Jahrhundert, in: Villingen 999–1218 (wie Anm. 1), S. 59–78, hier S. 62.
- <sup>16</sup> **Roder**, Manuskript (wie Anm. 11), S. 34.
- <sup>17</sup> Der neue Brunnen auf dem Münsterplatz in Villingen, in: Geschichts- und Heimatverein Villingen, Jahresheft 14 (1989), S. 58–64, hier S. 61.
- <sup>18</sup> Heinrich Hugs Villingen Chronik von 1495 bis 1533, hg. von **Christian Roder**, Tübingen 1883, S. 1.
- <sup>19</sup> Vgl. **Michael Hütt**, „Die Sechs hundert Jahr alte und allzeit Catholische Statt Villingen“. Ein Jubelfest im Jahr 1719, in: Menschen, Mächte, Märkte, Schwaben vor 1000 Jahren und das Villingen Marktrecht, hg. von **Casimir Bumiller**, Villingen-Schwenningen 1999, S. 61; **Monika Spicker-Beck**: 999 und 1119. Wege der historischen Überlieferung und Geschichtsschreibung in Villingen, in: ebd., S. 69–90.
- <sup>20</sup> Vgl. **Hütt**, Sechs hundert Jahr (wie Anm. 19), S. 61.
- <sup>21</sup> Vgl. **Catrin B. Kollmann**: Historische Jubiläen als kollektive Identitätskonstruktion. Ein Planungs- und Analyseraster, Stuttgart 2014, S. 23.
- <sup>22</sup> Vgl. ebd., S. 22.
- <sup>23</sup> Vgl. ebd., S. 39.
- <sup>24</sup> Vgl. **Hütt**, Sechs hundert Jahr (wie Anm. 19), S. 65.
- <sup>25</sup> Vgl. **Heinrich Maulhardt**: Die Villingen Marktrechtsurkunde in ihrer Wirkungsgeschichte, in: Villingen 999–1218 (wie Anm. 1), S. 11–18, hier S. 16.
- <sup>26</sup> Vgl. ebd., S. 14 f.; **Spicker-Beck**, Wege (wie Anm. 19), S. 69–90, hier S. 84 f.
- <sup>27</sup> **Maulhardt**, Marktrechtsurkunde (wie Anm. 25), S. 17 f.
- <sup>28</sup> **Annemarie Conradt-Mach**, Städtische Jubiläumsfeiern, in: Geschichts- und Heimatverein Villingen, Jubiläumsausgabe 23 (1998/99), S. 57–61, hier S. 59.
- <sup>29</sup> **Spicker-Beck**, Wege (wie Anm. 19), S. 73.
- <sup>30</sup> **Conradt-Mach**, Jubiläumsfeiern (wie Anm. 28), S. 60.
- <sup>31</sup> Vgl. SAVS (wie Anm. 10), Bestand 2.2, Nr. 5149.
- <sup>32</sup> **Annemarie Conradt-Mach**, „Freudig tret ich in deinen jungen Staat Badenia!“ Geschichtsbewusstsein und bürgerliches Selbstverständnis im 19. Jahrhundert am Beispiel der badischen Stadt Villingen, in: Geschichts- und Heimatverein Villingen, Jahresheft 23 (1999), S. 100–115, hier S. 108.
- <sup>33</sup> NSZ Rheinfront – Blick in die Heimat – vom 26. Februar 1936, in: SAVS (wie Anm. 10), Stadtchronik VS 361.
- <sup>34</sup> Artikel „Die Jubiläumsfeier der Villingen Wasserbelagerung“ in: Der Schwarzwälder – Villingen Tagblatt Nr. 124 vom 3. Juni 1937, S. 8; siehe auch die Ausgaben vom 5. und 7. Juni 1937.
- <sup>35</sup> Vgl. Codex Diplomaticus Alemanniae (wie Anm. 7), S. 63 Anm. e.
- <sup>36</sup> Vgl. Codex Diplomaticus Alemanniae (wie Anm. 7), S. 63 Anm. e.
- <sup>37</sup> **Paul Schmid / Johannes Kohler**, Stadtchronik von Schwenningen (handschriftlich), S. 9; gedruckt in: **Paul Schmid**, Schwenningen a. Neckar. Ortschronik, Schwenningen 1902, S. 22.
- <sup>38</sup> Vgl. **Dieter Knaupp**, Die urkundliche Ersterwähnung Schwenningens, in: Geschichts- und Heimatverein Villingen, Jahresheft 12 (1987), S. 111–113.
- <sup>39</sup> Vgl. **Michael Borgolte**, Das Königtum am oberen Neckar, in: Zwischen Schwarzwald und Schwäbischer Alb. Das Land am oberen Neckar, hg. von **Franz Quarthal**, Sigmaringen 1984, S. 67–110, insbesondere S. 100 f.
- <sup>40</sup> **Herbert Muhle**, Erstnennung Villingens: „ad Filingas“. Die Königsurkunde von 817 im Stiftsarchiv St. Gallen, in: Geschichts- und Heimatverein Villingen, Jahresheft 12 (1987), S. 105–110.
- <sup>41</sup> Historisch-statistisch-topographisches Lexicon 3 (wie Anm. 9), S. 275.
- <sup>42</sup> Eine Durchsicht der Villingen und Schwenninger Tageszeitungen im Stadtarchiv hat ergeben, dass es weder eine 1100-Jahr-Feier noch eine 1150-Jahr-Feier in den Jahren 1917 und 1967 in Villingen und Schwenningen gab.
- <sup>43</sup> **Kollmann**, Jubiläen (wie Anm. 21), S. 77.
- <sup>44</sup> **Eberhard Stadler**, Stadtfest 2017 – Kein Rettichfest, in: Südkurier, 14. November 2014, S. 22.

Von meinem Freund Günter Rath wurde ich gebeten, einige Schwerpunkte meiner Arbeit als Landtagsabgeordneter von Villingen-Schwenningen darzustellen.

Dies mache ich gerne, wenngleich ich nur einige Beispiele nennen kann, weil alle anderen den Rahmen eines Beitrags für das Jahresheft des Geschichts- und Heimatverein sprengen würden.

Karl Brachat, der im Landkreis Villingen-Wolfach seit Gründung des Landes Baden-Württemberg 5 Legislaturperioden im Landtag vertrat, ließ mich Anfang 1971 an sein Totenbett kommen und bat mich nachdrücklich darum, sein Nachfolger zu werden. Nach seinem Tod sprach sich der Kreisvorstand der CDU Villingen unter Vorsitz von Walter Späth für meine Kandidatur aus. Dem folgte dann auch der Kreisvorstand von Wolfach. Ich stamme aus dem Kreis Rottweil, war Bürgermeister von Spaichingen und Kreisrat in Tuttlingen und kam neu in den Kreis Villingen-Wolfach. Hier kannten mich keine 10 Bürger.

Ich hatte also einen großen Vertrauensvorschluss, als mich die Bürgerinnen und Bürger aus Villingen-Wolfach im März 1972 zu ihrem Abgeordneten wählten. Die Stadt Villingen-Schwenningen kam erst 1976 zu meinem Wahlkreis. Ich kannte sie aber gut, weil Schwenningen zu meinem Heimatkreis Rottweil gehörte.

Die neue Stadt Villingen-Schwenningen wurde auf den 1.1.1972 gegründet. Der Beschluss liegt also vor meiner Abgeordnetenzeit.

Ich habe die Städte Villingen und Schwenningen immer benediet wegen ihrer starken Industrie, die attraktive Arbeitsplätze für die eigenen Bürgerinnen und Bürger schuf und für viele Menschen in einem Einzugsgebiet von 50 Kilometern. Aber kurz nach meiner Wahl kam eine Strukturkrise der Wirtschaft in der neuen Doppelstadt und im Schwarzwald-Baar-Kreis, die niemand für möglich

gehalten hat. Sie beschäftigte mich als Problem Nr. 1 über viele Jahre meiner Abgeordnetenzeit, obwohl der Staat nicht direkt Arbeitsplätze erhalten und schaffen konnte. Aber die Sorgen der Menschen sind auch die Sorgen des Abgeordneten.

Ich habe den Niedergang von 40 Uhrenfabriken und auch von verwandten Branchen und der Phonindustrie erlebt. Ich war in den meisten dieser Betriebe und habe mich in Sprechstunden für viele einzelne Bürger eingesetzt, die in Not waren.

Die zentrale Aufgabe für mich sah ich über die Hilfe im Einzelfall hinaus in einer Strukturverbesserung der Doppelstadt und unseres Kreises. Den Schwerpunkt sah ich in der Bildung, in Schulen und Hochschule und in der Anbindung unserer Region an das nationale Autobahnnetz.

Das war nicht einfach, denn die Zeit der Hochschulgründungen in Baden-Württemberg mit der Neugründung von Universitäten in Konstanz, Ulm und Mannheim war seit zehn Jahren vorbei.

Im Regionalplan Schwarzwald-Baar-Heuberg stand zwar unter meiner Mitwirkung, dass das Städtedreieck Villingen, Schwenningen und Donaueschingen zu einem Oberzentrum ausgebaut werden soll, zu dem auch Hochschuleinrichtungen gehören. Aber weit und breit war nichts zu sehen.

Als ich 1972 in den Landtag einzog, wurde ich gleichzeitig Staatssekretär und Mitglied der Landesregierung. Da habe ich das Gras wachsen hören. Das Innenministerium war für die Polizei und die Ausbildung der jungen Polizeibeamten zuständig. Ihre Ausbildung sollte verbessert werden. Die Führungskräfte sollten in einer Fachhochschule ausgebildet werden. Um den Sitz dieser Fachhochschule bewarben sich beim Innenministerium und bei der Landesregierung 14 Städte, darunter klassische Polizeiausbildungsstädte wie Freiburg und Göttingen. Aber es gelang mir, meinen Minister Karl

Schieß und die Landesregierung in vielen Gesprächen für den Standort Villingen-Schwenningen zu gewinnen. In die neue Doppelstadt kam ein großer Neubau zwischen Schwenningen und Villingen und eine Fachhochschule für den Führungsnachwuchs der Polizei.

1974 trug der herausragende baden-württembergische Kultusminister Prof. Wilhelm Hahn dem Kabinett einen genialen Plan vor. Er wollte das bewährte duale Ausbildungssystem in Betrieb und der Berufsschule als eine große Stärke unseres Landes für die Wirtschaft und für die junge Generation in den dualen Hochschulbereich übertragen und dafür Berufsakademien gründen. An den Berufsakademien sollten in 3 Jahren junge Abiturienten je ein Vierteljahr im Ausbildungsbetrieb und dann im Wechsel je ein Vierteljahr an der Berufsakademie studieren. Nach 3 Jahren sollten sie einen Hochschulabschluss bekommen.

Unmittelbar nach der Kabinettsitzung, in der Kultusminister Hahn erstmals seine Gedanken vortrug, habe ich mit ihm gesprochen und ihn gebeten, Villingen-Schwenningen als einen Standort für eine Berufsakademie vorzusehen. Er sagte mir, dass die Wirtschaft keine Vorstellung von diesem neuen Studiengang habe, und nicht wisse, ob er im Hochschulbereich anzusiedeln sei. Er brauche aber die Unternehmen, weil man mit der Berufsakademie nur studieren könne, wenn man einen Ausbildungsplatz in einem Betrieb vorweisen könne. Deshalb müsse er die ersten Berufsakademien in auch in den großen Städten unseres Landes in Stuttgart und Mannheim gründen. Aber er könne sich vorstellen, dass die dritte Berufsakademie im Land nach Villingen-Schwenningen kommen könne.

Ich blieb am Ball und habe zahlreiche Gespräche im Kultusministerium und in Firmen unserer Region geführt. Schon 1975 waren wir so weit: Die Berufsakademie Villingen-Schwenningen wurde in provisorischen ehemaligen Fabrikgebäuden gegründet.

Sie wurde zum Renner. Derzeit hat sie mit 2.500 Studierenden in den Bereichen Wirtschaft und Soziales und Steuerberater mehrere Tausend junge Leute, vor allem aus unserer Region und aus

benachbarten Regionen, die eine Hochschulausbildung erhalten. Viele Unternehmen und Dienstleistungsbetriebe haben guten Führungsnachwuchs und junge Menschen aus unserer Region haben Zukunftschancen und bleiben in ihrer Heimat.

Ein drittes Anliegen war eine Filiale der Fachhochschule Furtwangen in Villingen-Schwenningen. Das durfte natürlich nicht zu Lasten des Standorts Furtwangen gehen, für den ich als Abgeordneter auch Verantwortung trug. Es mussten neue Studiengänge in Villingen-Schwenningen geschaffen werden. Der Standort Furtwangen durfte nicht nur eine Bestandsgarantie erhalten, sondern musste auch weiter ausgebaut werden.

Trotzdem war mein Vorschlag in Furtwangen sehr strittig, weil nicht nur im Gemeinderat von Furtwangen sondern auch im Senat der Fachhochschule große Skepsis und Besorgnis zu hören war. Ich bin in eine Senatssitzung gegangen und habe Stunden zugebracht und nur eine Mehrheit überzeugen können. Aber es kam zur Außenstelle Villingen-Schwenningen und zum weiteren Ausbau von Fächern und zu neuen Gebäuden in Furtwangen. Tausende junger Ingenieure machten so in beiden Städten ihr Studium und ihr Examen.

Mein viertes Anliegen war: Die großen Unternehmen im Land haben große eigene Forschungs- und Entwicklungsabteilungen für neue Erfindungen und Produkte. Sie sorgen für die Wettbewerbsfähigkeit von morgen. Aber ein kleinerer mittelständischer Betrieb kann sich keine eigene Forschungsabteilung leisten. Er ist aber genauso auf neue Erfindungen und Weiterentwicklungen angewiesen, wenn er Erfolg haben soll. Sie kommen zwar auch aus dem Betrieb selbst, müssen aber auch von außen kommen.

Das Land Baden-Württemberg hat auf meine Initiative ein Forschungszentrum für angewandte Forschung in Villingen-Schwenningen gegründet und mit 50 Millionen DM finanziert. Für das Institut wurden hervorragende Forscher gewonnen. Sie stehen jedem mittelständischen Betrieb für die Beratung und Entwicklung zur Verfügung. Das war mein Gesamtkonzept für die Hochschulgründungen in Villingen-Schwenningen. Über 5.000 junge Menschen studieren in unserer Stadt und



beleben sie. Sie schaffen das Fundament für ihre eigenen Zukunftschancen und für eine weitere gute Entwicklung unserer Wirtschaft.

Das zweite zentrale Anliegen war der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Die Autobahn von Stuttgart nach Singen verbindet uns mit der Landeshauptstadt, mit dem deutschen Autobahnnetz und mit der Schweiz.

Ich habe mich um den Anschluss des Oberzentrums an die Autobahn bemüht. Zuerst mit dem Südzubringer von Tuningen nach Schwenningen, Bad Dürkheim und Villingen. Dann erreichten wir den Bau eines Nordzubringers von der Autobahnauffahrt Deißlingen nach Schwenningen. Die Planung und Finanzierung gingen bis zur Bundesstraße 33 in Richtung St. Georgen und Offenburg. Die Mittel mussten mehrfach verlängert werden, weil die Stadt Villingen-Schwenningen mit ihrer Stellungnahme zur Planung zögerte und sie schließlich nur bis zum neuen Industriegebiet akzeptierte. Sie blieb also ein Torso und die Finanzierung für den weiteren Abschnitt verfiel.

Jahrelang standen die Mittel für die Ortsumfahrung Schwenningen im Zuge der B 27 zur Verfügung, wurden aber nicht abgerufen. Schließlich

entstand mit dieser Umfahrungsstraße eine hervorragende Anbindung an den Autobahnanschluss Deißlingen.

Für Villingen-Schwenningen, aber auch für Triberg und St. Georgen ist der Ausbau der B 33 von großer Bedeutung. Es gelangen Tunnellösungen für die Umfahrung Hausach und Hornberg und eine Teilumfahrung Haslachs, sowie eine Dreispurigkeit im Bereich Gengenbach. Auch an anderen Teilstücken gab es Verbesserungen. Für eine Ortsumfahrung Triberg und Schönwald im Zuge der B 500 habe ich mich ebenfalls eingesetzt. Aus verschiedenen Gründen kamen wir damit nicht voran.

Eine gute Verbindung auf der B 31 nach Freiburg ist für das Oberzentrum und den ganzen Schwarzwald-Baar-Kreis von großer Bedeutung. Nach der Ortsumfahrung Freiburg wurden Teilstücke dreispurig gebaut. Aus meiner Sicht ist aber eine vierspurige West-Ost-Verbindung von Freiburg über Donaueschingen bis Ulm unerlässlich.

Ich bleibe Villingen, der Stadt Villingen-Schwenningen und dem ganzen Schwarzwald-Baar-Kreis und den Menschen unserer Region von Herzen verbunden.

# Nächster Halt „Klinikum“

Villingen als Grenzbahnhof  
zwischen Württemberg und Baden

Villinger Eisenbahn-Club e.V.

Jörg-Dieter Klatt  
und Wolfgang Riedel



Abb. 1: Luftbild: Hans-Jürgen Götz, Grafik: Autoren.

## Ausgangslage – politisch und geografisch

Die ersten Eisenbahnen im Deutschland des 19. Jahrhunderts wurden entweder als Privatbahnen oder als Staatsbahnen errichtet. Deutschland bestand aus vielen Kleinstaaten, die zuallererst an ihre Staatskasse und das Wohl ihrer Landeskinder dachten, wenn es galt, eine neue Bahnlinie zu projektieren. Die badische Schwarzwaldbahn zeigt exemplarisch, dass keine Mühen – in finanzieller wie in technischer Hinsicht – gescheut wurden, bei der Linienführung das eigene Staatsgebiet nicht zu verlassen, um dem benachbarten Ausländer keine Vorteile einräumen zu müssen, wenn er sein Land für die Trasse zur Verfügung stellt und auch Gemeinden auf seinem Territorium so zu einem Eisenbahnanschluss gelangen.

„Ich glaube, dass man auf die Übereinstimmung in der Spurweite einen viel zu hohen Wert legt; angenommen auch, dass durch Deutschland ein und dasselbe Gleis wäre, so würde nie und

nimmer ein badischer Wagen auf der Württembergischen Eisenbahn fahren.“ postulierte 1846 Hofmarschall Freiherr von Göler zu einer eventuellen Notwendigkeit einer Vereinheitlichung technischer Parameter bei einem Eisenbahnverkehr über die eigenen Landesgrenzen hinaus.<sup>1</sup> Mit dem ersten aus England importierten Eisenbahnmaterial kam auch der dort übliche Abstand der Schienen, die Normalspurweite von 4 Fuß und 8 1/2 Zoll, entsprechend 1435 mm nach Deutschland. Baden jedoch begann seinen Bahnbau im Rheintal mit einer Breitspur von 1600 mm. Erst nach geraumer Zeit als Irrweg erkannt, wurden die bereits gelegten Gleise Jahre später auf die heute noch geltende Norm umgespurt. In den 1860er Jahren hatte sich das badische Binnennetz den Landesgrenzen, auch in der Provinz, genähert und bilaterale Gespräche mit den Nachbarstaaten über einen Streckenanschluss über die Landesgrenzen hinweg wurden aufgenommen.

Das an der Ostgrenze zum Königreich Württemberg gelegene badische Villingen wurde am 16. August 1869 von Donaueschingen her an die Schwarzwaldbahn angeschlossen, die Verbindung von Offenburg her über die Höhen des Schwarzwaldes wurde am 10. November 1873 eingeweiht. 1865 bereits wurde ein Staatsvertrag über die Einrichtung einer „Wechselstation“ in Villingen zwischen Württemberg und Baden abgeschlossen, wo allein die Strecke von Rottweil durch das obere Neckartal auf die Großherzoglich Badische Staatsbahn übergehen sollte. Ausschließlich Württemberg war für den Bau und Betrieb dieser Schienenverbindung verantwortlich. Neben den Grenzen in den Köpfen der Vertragspartner warteten auch noch topografische Hindernisse auf ihre Überwindung. Der Höhenzug zwischen Villingen und Schwenningen markiert die europäische Hauptwasserscheide und war zu umfahren. Ein etwa möglicher Basistunnel zwischen den etwa auf gleicher Meereshöhe liegenden Gemeinden Villingen und Schwenningen wäre doch zu aufwändig gewesen.



Abb. 2: Badisches und Württembergisches Projekt der Linienführung (Generallandesarchiv Karlsruhe).

„Klinikum“, „Schilterhäusle“ und „Nordstetten“ wären heute vielleicht die Namen von Ringzughaltestellen, wenn eine auf einer Karte von 1867 als „badisches Projekt“ bezeichnete Linienführung der Bahnstrecke von Rottweil nach Villingen damals verwirklicht worden wäre. Wie die Planung vorsah, wäre die Strecke nach Villingen vom Staatsbahnhof Trossingen her kommend durch das heutige Flugplatzgelände und nördlich der damaligen Bebauungsgrenze Schwenningens vorbei in Richtung Hölzlekö nig geführt worden. Eine Station

Schwenningen wäre dann im Gebiet Deutenberg vorgesehen gewesen. Um das folgende Gefälle bis zum Bahnhof Villingen überwinden zu können, verlief die Strecke zunächst nach Norden, am heutigen Schwarzwald-Baar-Klinikum vorbei durch das Schilterhäusle, um dann in der Höhe des Klosterhofes in einem weiten Bogen dem Zielbahnhof zuzueilen. Der schließlich ausgeführte Streckenverlauf südlich um den Stallberg über Zollhaus und Marbach (Ost) ist in jener Karte aus dem Generallandesarchiv in Karlsruhe als „württembergisches Projekt“ ausgewiesen. Das historische Kartenmaterial aus dem Staatsarchiv Ludwigsburg zeigt gar eine dritte Variante der Linienführung in Richtung Schwarzwaldbahn auf.

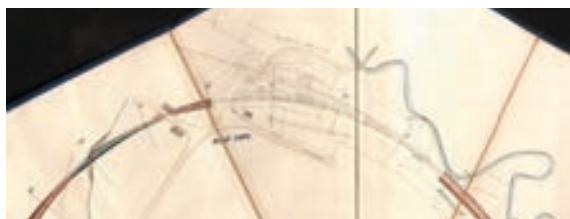


Abb. 3: Der Bahnhof Marbach als Grenzbahnhof (Staatsarchiv Ludwigsburg).

Hierbei sollte die Trasse etwa in Höhe der heutigen Ringzughaltestelle Zollhaus bereits hinab ins Talbachtal geführt werden und in einer großen Kurve in Marbach (Baden) auf die bereits bestehende Verbindung Donaueschingen – Villingen stoßen. Somit wäre bereits der Bahnhof Marbach in Baden „Wechselstation“ geworden. Wohl aber sollte die Obere Neckartalbahn – in offiziellem Kartenmaterial auch als „Alemannenbahn“ benannt – in der damals bereits bedeutsamen Amtsstadt Villingen enden. Außerdem war in Zollhaus bereits seinerzeit ein Abzweig nach Bad Dürkheim angedacht. Die bahntechnische Erschließung der Bäderstadt hätte einem weiteren Planungsprojekt zur Folge ein halbes Jahrhundert später von Schwenningen (Neckar) aus her erfolgen sollen. Projektiert war die sogenannte Randenbahn von Schwenningen (Neckar) über Donaueschingen in Richtung Blumberg. Diese Linie hätte Bad Dürkheim dann sowohl mit Schwenningen als auch mit Donaueschingen auf badischer Seite verbunden. Tatsächlich wurde



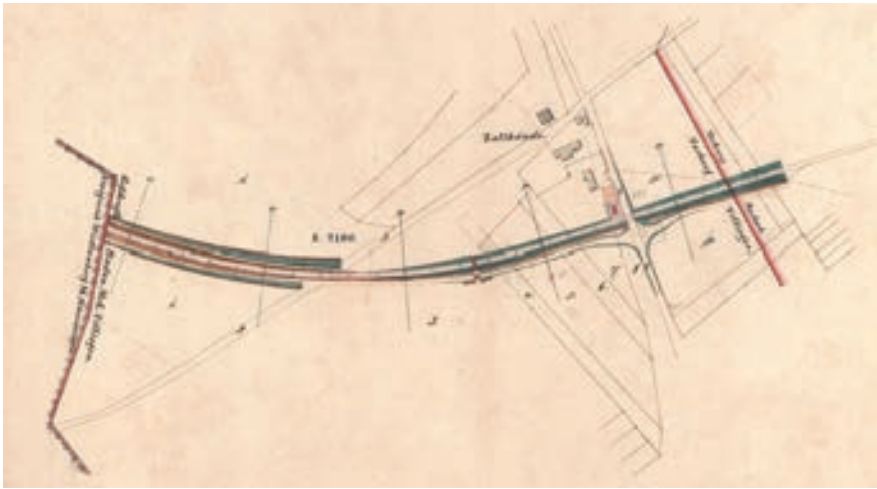


Abb. 4: Landesgrenze Württemberg – Baden bei Zollhaus; die Strecke führt kurz durch Villingener Gemarkung, um dann über Marbacher Gebiet wiederum weiter nach Villingen zu führen. In diesem Bereich befindet sich der „damals höchste Punkt aller schwäbischen Bahnen mit 2530 württembergischen Fuß“<sup>2</sup> (Staatsarchiv Ludwigsburg).

dann – sicher nur aus politischen Überlegungen heraus – 1904 Bad Dürkheim vom badischen Marbach per Eisenbahn erschlossen. Hierbei stand der Abtransport des wertvollen Salzes als Motiva-



Abb. 5: ...noch 60 weitere Meter nach Westen und der Ringzug passiert die ehemalige Staatsgrenze zwischen Württemberg und Baden kurz vor dem Haltepunkt Zollhaus.

tion im Vordergrund. Eine Mitnutzung der württembergischen Strecke bis zu einem Abzweig in Zollhaus war selbst zu Beginn des 20. Jahrhunderts, obwohl technisch und wirtschaftlich sinnvoll und im Übrigen von Württemberg ja schon ca. 1860 vorgeschlagen, noch undenkbar gewesen.

Andere Planungsvarianten für die Bahnlinie Rottweil – Villingen sahen auch eine Streckenführung aus dem

Neckartal über Horgen und Niedereschach unter Umgehung von Schwenningen in Richtung Villingen vor. Allein der Intervention des Schwenninger Uhrenfabrikanten Johannes Bürk und seiner Mitstreiter ist es zu verdanken, dass die Niedereschacher ihre Trümpfe als Specklieferant für die Sauerkraut produzierenden nahen Heuberggebiete und als Sitz einer Pulverfabrik nicht ausspielen konnten.<sup>3</sup>

Animositäten zwischen Württemberg und Baden werden auch in einem Artikel des „Schwarzwälders“ aus dem Jahr 1869 deutlich. Zum einen wird in einem Beitrag davon berichtet, dass der erste Zug aus Richtung Rottweil nach Villingen am 26. August 1869 ohne der ihm gebührenden „offiziellen Bekanntmachung“ eingefahren ist. Weiter heißt es: „Der Zug wurde an allen württembergischen Stationen mit Musik empfangen!“ Allein in Villingen wurde lediglich die Lokomotive an das andere Zugende gehängt und die Wagen entschwand „nach einer halben Stunde“ wieder in Richtung Schwenningen. Der Chronist hat seiner Empörung mit folgenden Worten Ausdruck verliehen: „Warum hat man die einfachsten Formen der Höflichkeit gegenüber den Villingern nicht beobachtet, die bereit gewesen wären, mit Herzlichkeit die Nachbarn zu begrüßen.“<sup>4</sup>





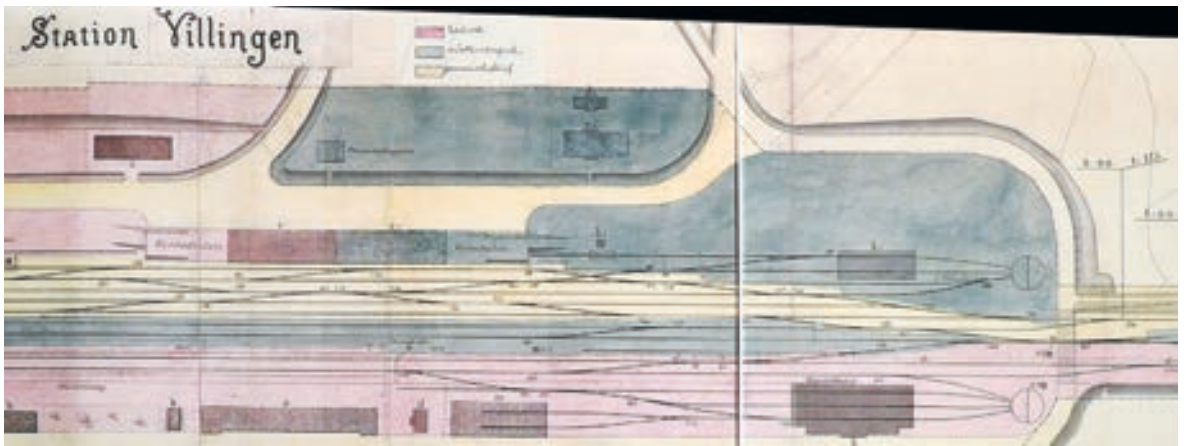


Abb. 8: Lageplan der Station Villingen um 1876 mit mehrfarbig gekennzeichneten Zuständigkeitsbereichen (Deutsche Bundesbahn).

Kohlen, Öle und Ersatzteile wurden sämtlich aus Rottweil herbeigeschafft. Im Falle der Ersatzteile hatte dies allerdings nicht nur patriotische Gründe. Da es noch keine grenzüberschreitenden technischen Normen gab und jedes Land noch eigene Maßeinheiten verwendete, passten Ersatzteile in der Regel immer nur für eine Lokomotivenart aus derselben Fertigungsstätte. Auch die für damalige Zeiten aufwändigen Drehscheiben waren in Villingen zweifach gebaut worden. Gleichfalls doppelt vorhanden waren auch Gebäude für die Dienstwohnungen sowie für die seinerzeit zur Selbstversorgung noch üblichen angegliederten Ökonomiegebäude. Einzig die Güterhalle war als ein Gebäude für beide Bahnverwaltungen errichtet worden und wie auf dem Plan durch die Zweifarbigkeit dokumentiert, genau in der Mitte organisatorisch getrennt. Die Gleis- und Betriebsanlagen der Königlich Württembergischen Staatseisenbahn lagen im Südosten des Bahnhofsareals. Bis heute beherbergt dieses Gelände die Halle des Brennstoffhändlers Beha und einiger neuangesiedelter Betriebe. In diesem Bereich befand sich auch der württembergische Lokschuppen, welcher auf zahlreichen zeitgenössischen Postkarten gut zu erkennen ist. Markant war Jahrzehnte lang der große Schuppen der ehemaligen Spedition Seegmüller. Am Rande dieses Bahngeländes befand sich seit 1912 die Gaststätte „Württembergischer Hof“, die in der Zeit von 1939 – bis 1954 sogar der Rottweiler Pflug-Brauerei gehörte.<sup>6</sup> Hier dürften wohl die



Abb. 9: Typisch württembergisches Einheitsbahnwärterhaus um 1890 (Slg. Hildebrandt).

königlichen Bahnbediensteten ihr Feierabendbier genossen haben, während sich die großherzoglich-badischen „Iseböhler“ im gegenüberliegenden Gasthaus „Drehscheibe“ trafen.

Für die Freunde der Architektur sei an dieser Stelle auch angemerkt, dass noch heute am oberen Bahnübergang in der Mühlenstraße sich ein Bahnwärterhäuschen im typisch württembergischen Baustil befindet. Diese Häuschen unterschieden sich durch die Dachform und den höheren Steinanteil im Erdgeschoss deutlich von den badischen Bahnwärterhäuschen.

### Lokomotiven, Wagen und Zugbetrieb

Ganz in württembergischer Hand stand auch die Bereitstellung der Fahrzeuge, die von Rottweil



Abb. 10: 78 246 des Bw Rottweil abfahrtsbereit am Gleis drei des Villingener Bahnhofes mit einem Personenzug (Manfred Krümmner).

gen Villingen geschickt wurden. Waren zunächst Schlepptenderlokomotiven mit zwei gekuppelten Antriebsachsen verschiedener, jedoch ähnlicher Baureihen im Einsatz, fuhren auch die ab 1910 gebauten Lokomotiven der württembergischen Länderbahnbaureihe T5 (später als Baureihe 75.0 benannt); alle von der Maschinenfabrik Esslingen gefertigt, die zu jener Zeit als Hoflieferant für die Königlich-Württembergischen Staatseisenbahn galt. In der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg kamen Dampflokomotiven auch anderer ehemaliger Länderbahnen und auch Einheitslokomotiven, hergestellt zu Reichsbahnzeiten (Baureihen 50 und 64) zur Verwendung. Beheimatet waren diese Lokomotiven nicht nur in Rottweil, sondern auch in anderen württembergischen Betriebswerken. Besonderes Augenmerk legten zahlreiche Eisenbahnfreunde zum Ende der Dampflokzeit auf die Strecke von Rottweil nach Villingen. Grund hierfür war der planmäßige Einsatz der letzten Exemplare zweier Vertreter preußischer Länderbahnlokomotivbaureihen. Die Schlepptenderpersonenzugmaschinen der Baureihe 38<sup>10-40</sup> (ehemals preuß. P 8) sowie der Tenderpersonenzugloks der Baureihe 78 (ehemals preuß. T18) zogen Foto- und Filmfreunde – sogar aus Übersee – an den Neckar- und Brigachstrand.

Das Personal für die Dampfzugleistungen stellte im Allgemeinen auch das Bw Rottweil; es sind jedoch auch Einsätze Villingener Personale in Richtung Rottweil überliefert. Als Anekdote soll nicht unerwähnt bleiben, dass das Villingener Personal bei der Versorgung mit Lokomotivkohle beim Aufent-

halt in Rottweil nicht immer mit der besten Qualität derselben bedacht wurde. Dies soll gelegentlich bei der Heimfahrt ins Badische zu Problemen bei der Dampferzeugung geführt haben. Nach dem Ende der Dampflokzeit um 1975 kamen praktisch ausschließlich Diesellokomotiven der Baureihen V100 und V160 aus verschiedenen Betriebswerken auf die Obere Neckartalbahn. Die als „Retter der Nebenbahnen“ bekannt gewordenen Schienenbusse der Baureihen VT95 und VT98 beförderten seit den 50er Jahren neben den lokbespannten Wagenzügen unzählige Pendler zwischen Rottweil und Villingen.

Die Wagen der Personenzüge wurden schon zu Beginn des Eisenbahnzeitalters am Oberen Neckar ebenfalls von den betriebsführenden kgl. württ. Staatseisenbahnen gestellt. „...Coupé-Wagen, die ebenfalls die Farbe Grün trugen,..., sie nahmen Reisende in der 1. und 2. Klasse auf und waren noch lange auf der Linie Rottweil – Villingen in Betrieb.“<sup>7</sup>

Erwähnenswert ist auch der Umstand, dass sogar auf untergeordneten württembergischen Nebenbahnen – wie die von Rottweil nach Villingen – vierachsige Durchgangspersonenwagen mit Drehgestellen eingesetzt wurden. Diese Bauart ent-



Abb. 11: Faksimile der letzten Edmonson'schen Fabrikarte aus Pappe von Villingen (Schwarzw.) nach Schwenningen (Neckar) (Slg. VEC e.V.).

stand schon in den Anfängen des Eisenbahnzeitalters in Württemberg unter amerikanischem Einfluss. Heute dominieren auf dieser Strecke Dieseltriebwagen; zum einen die Baureihen 611 und 612 der DB-Regio und die Bauart Regio-shuttle, welche vom Zweckverband Ringzug Schwarzwald-Baar-Heuberg eingesetzt werden.

Die Obere Neckartalbahn wurde nicht zuletzt auch wegen





bespannter Leerzug mit Kies- und Schotterwagen war auf dem Weg von Schwenningen nach Villingen. Vermutlich durch eine Fehleinschätzung eines Fahrdienstleiters<sup>8</sup> wurde gleichzeitig eine Diesellok der Baureihe 221 auf die eingleisige Strecke gelassen. Diese war auf dem Weg vom Bw Villingen zum Ausbesserungswerk in Nürnberg unterwegs. Zum Frontalzusammenstoß kam es just in unmittelbarer Nähe der ehemaligen Grenze zwischen den beiden Bundesbahndirektionen Stuttgart und Karlsruhe. Wie seiner Zeit durchaus üblich, war die Strecke noch nicht mit Sicherungseinrichtungen ausgestattet, die das gleichzeitige Befahren der Strecke in beiden Richtungen verhindert hätte. Dieser Umstand hat allerdings nichts damit zu tun, dass die Bahnhöfe Villingen (Schwarzw) und Schwenningen (Neckar) auf dem Gebiet zweier Bundesbahndirektionen lagen.

Einige Zeit nach der Städtefusion wurde die Bundesbahndirektionsgrenze in Richtung Staatsbahnhof Trossingen verschoben, sodass der Schwenninger Bahnhof nunmehr zum Einzugsgebiet der badischen Bundesbahndirektion Karlsruhe gehörte. Zuvor hatte ein emailliertes Schild durch einen aufgebrauchten senkrechten schwarzen Strich zentimetergenau die Direktionsgrenze am Einfahrsignal von Villingen markiert.

Heute undenkbar wäre auch das durchaus übliche Anhängen eines einzelnen Güterwagens an einen - damals noch dampfbespannten - Personenzug im Schwenninger Bahnhof. In Villingen wurde dieser Wagen dann an einen Zug in Richtung Norden übergeben, damit die sich darin befindlichen Exportgüter (in der Regel feinwerktechnische Produkte) im Nachtsprung den Hamburger Hafen pünktlich erreichen konnten.

## Fazit

Vor fast 150 Jahren als grenzüberschreitende, internationale Linie errichtet, 1992 fast der Stille-

gunge anheimgefallen, ist die Teilstrecke der oberen Neckartalbahn zwischen Villingen und Schwenningen zur gut vertakteten innerstädtischen Verbindung geworden. Die in naher Zukunft vorgesehene Elektrifizierung wird die Strecke weiter aufwerten und dafür sorgen, dass diese Schienenverbindung bei Personen- und Güterverkehr den Aufgaben auch in der Zukunft gewachsen sein wird. Wenn jetzt noch der von Lambert Hermle im Jahrgang XXX/2007 beschriebene „Westbahnhof“ zur Ausführung gelangt wäre, hätte dies bedeutet, dass der „Ringzug“, von Schwenningen kommend, entlang einer Ringstraße dem Bahnhof Villingen zugeeilt wäre und so der Zugname eine weitere Deutung erlangt hätte.



Abb. 15: In der Nähe des Marbacher Steinbruchs passiert der letzte lokomotivbespannte Regionalexpress den höchsten Punkt der Strecke Rottweil-Villingen (Frank Martin).

## Anmerkungen:

<sup>1</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Gro%C3%9Fherzoglich\\_Badische\\_Staatseisenbahnen#Breitspur](https://de.wikipedia.org/wiki/Gro%C3%9Fherzoglich_Badische_Staatseisenbahnen#Breitspur)

<sup>2</sup> NECKARQUELLE vom 18.7.1978

<sup>3</sup> NECKARQUELLE Nr. 97 v. 27.4.2007

<sup>4</sup> SÜDKURIER vom 26. August 1994 Walter K.F. Haas (+)

<sup>5</sup> NECKARQUELLE Nr. 97 v. 27.4.2007

<sup>6</sup> Jahresheft des Geschichts- und Heimatvereins Jahrgang XVI/1991–1992, Villingen Gasthäuser bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts (Eugen Bode, Bertram Jenisch)

<sup>7</sup> Sonderausgabe der SÜDWEST PRESSE „DIE NECKARQUELLE“ 23.5.1992 Autor Karl-Rudolf Schäfer (+)

<sup>8</sup> vgl. Schwarzwälder Bote vom 10. Mai 1974

# Buchvorstellung

## 817 – Die urkundliche Ersterwähnung von Villingen und Schwenningen

### Alemannien und das Reich in der Zeit Kaiser Ludwigs des Frommen

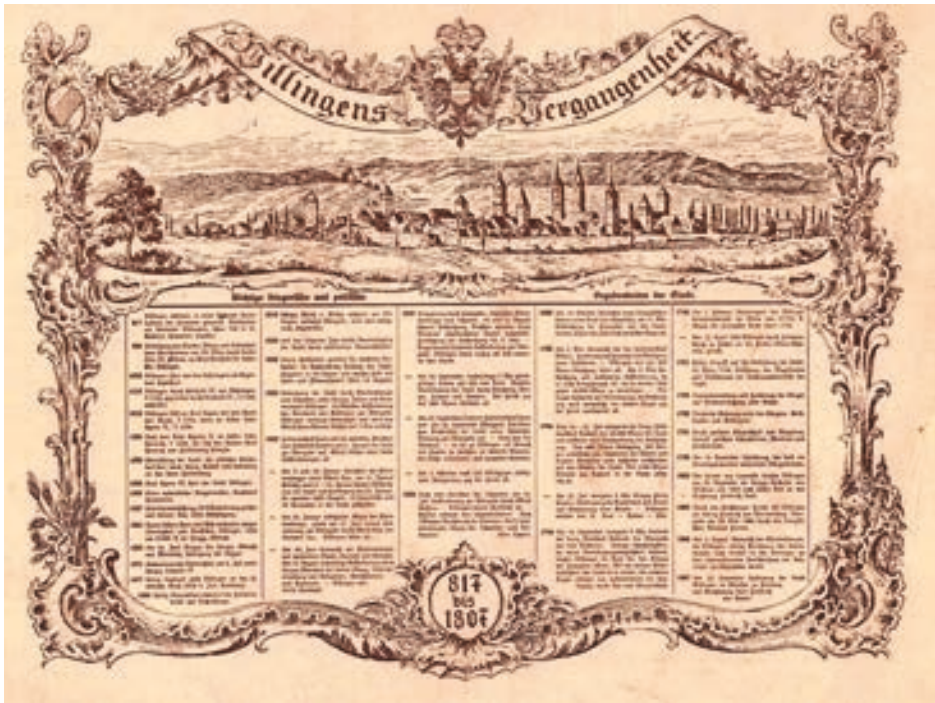
Redaktion



Die Stadt Villingen-Schwenningen feiert im Jahr 2017 das 1200-jährige Jubiläum von Villingen, Schwenningen und Tannheim. Im Jahr 817 wurden in einer Urkunde Kaiser Ludwigs des Frommen die drei Stadtbezirke zum ersten Mal erwähnt. Dieser Kaiserurkunde und dem Zeithorizont ihrer Abfassung widmete sich im Jahr 2015 eine Tagung in Villingen-Schwenningen, die sowohl die wissenschaftliche Grundlage als auch den Auftakt der Jubiläumsfeierlichkeiten bildete. Gemeinsam ist es dem Stadtarchiv Villingen-Schwenningen, der Abteilung Landesgeschichte an der Universität Freiburg und dem Alemannischen Institut Freiburg e.V. gelungen, Experten zur Geschichte der Karolingerzeit für diese Tagung in Villingen-Schwenningen zu gewinnen. Deren Ergebnisse dieser dreitägigen Konferenz sind nun in diesem Band versammelt. Neben der Urkunde selbst werden die Baar im früheren Mittelalter, die beteiligten Personen und Institutionen sowie mit Alemannien und dem Reich in der Zeit Ludwigs des Frommen der größere Kontext in den Blick genommen.

*Herausgegeben von Jürgen Dendorfer, Heinrich Maulhardt, R. Johanna Regnath und Thomas Zotz.  
Erhältlich im Stadtarchiv zum Preis von 24,95 Euro  
oder zu bestellen unter: [info@alemannisches-institut.de](mailto:info@alemannisches-institut.de)  
de ISBN: 978-3-7995-1166-7.*





817ischfüris sieb' sunder Johr,  
 gradeso, wieses, waisstoh't bevor,  
 denn für iis Villingerschese Jubelum,  
 undes wurdg' feieret, garnit dumm.  
 1200 Johris dez uede A' lass giet,  
 drum isch's Städtle in Stimmung vum Krawazi bis  
 is Riet.

Di'e Erschterwähnung vu Villingewurd'saubenannt,  
 doe ide Baaramöschliche Schwarzwaldrand,  
 und worum, gib ich jetzt idem Gedichtlekund,  
 denn felsefeschtoht's drin idere Urkund,  
 us'g'stellt vom Kaiser Ludwig dem Frommen unter allem,  
 also Schenkung ans Reichskloster St. Gallen.

D'Einkünft vu 47 Hofgüter, darunter vu zwei as  
 Filigasimmerhin,  
 unauwuzwei weitere Höfen Nordstettim stonddert drin,

obdi' evom Reiser waret, sell wo eßmr hit nimme,  
 undes noerforschewurd m'r nimmikinne.  
 D'Hauptsachisch mehätt de Noechweis,  
 undes ischer's wert, um jeden Preis.

Und mengmol warerselli hoch,  
 den knuoeladi'e Wasserbelagerung unaua's Hubeloch,  
 wo's mengmol uffspitzem Knopfg'stand eisich,  
 und dennoch ward' Borgerschaft rächt kämpferisch,  
 stand voll hinterm Städtle, mr war halt stolz,  
 und des zoegtsich hit noe, desb' sunder Holz.

Garmanche Spure kasch hit noes äeh,  
 a Tür und Tor us'nächter Näeh.  
 Des ellsspiel hit joegarkoe Roll,  
 und ennoes nit vugessessoll,  
 doch jetzt fangt's Jubeljohrgueta,  
 unloesses is feire, Kind und Kegel, Frau un Maa.



Heute genießt Jan Hus in Tschechien und in den protestantischen Kirchen ein hohes Ansehen, wurden doch viele seiner Gedanken von den deutschen Reformatoren um Luther aufgegriffen. Damals folgten auf seine Hinrichtung die Hussitenkriege, die weite Teile Europas erreichten. In Böhmen gab es auch nach Jan Hus viele Gemeinden, die seine Gedanken weiterführten. Sie wurden mehr oder weniger unterdrückt, die meisten Gemeinden dann zu Beginn des 30-jährigen Krieges nach der Schlacht am Weißen Berg (1620, Tilly) zerstört, bis dann um 1720 viele der Übrigen unter Habsburger Herrschaft auch aus Mähren ausgewiesen wurden und etwa in Herrnhut in der Oberlausitz eine neue Bleibe fanden.

Waldenser heißen heute die italienischen Protestanten. Sie gehen zurück auf Petrus Waldes, der Ende des 12. Jahrhunderts in Südfrankreich eine Laienbewegung ins Leben rief. Persönliches Bibelstudium, freiwillige Armut und Verbreitung des Evangeliums durch Laienprediger waren Kennzeichen dieser Bewegung, die sich in Europa ausbreitete. Doch auch sie wurden im 13. Jahrhundert als Ketzer verurteilt und bekämpft. Eine gewisse Zuflucht fanden sie in hochgelegenen Alpentälern in Savoyen und Piemont. Theologisch griffen sie dann die Ideen der Hussiten auf und schlossen sich 1532 der Reformation an.

## 2. Herbst 1517 in Wittenberg – These 62

Martin Luther lehrte seit 1512 biblische Theologie an der neu gegründeten Wittenberger Universität. Er befasste sich viel mit den Psalmen und den Paulusbriefen. Nach und nach entwickelte sich in ihm ein Glaubensverständnis, das in einem Vers aus dem Römerbrief zugespitzt formuliert ist:

*„Denn darin wird offenbart die Gerechtigkeit, die vor Gott gilt, welche aus dem Glauben kommt und zum Glauben führt; wie geschrieben steht: Der Gerechte wird aus dem Glauben leben.“ (Römer 1, 17)*

Seine Entdeckung war, dass sich Christen ihre Rettung vor Gott nicht durch eigene Taten und Leistungen verdienen können, sondern allein auf Gottes Gnade angewiesen sind, die sie im Glauben annehmen. Von daher kam er zu einer gewissen kritischen Haltung gegenüber den damals weit



Abb. 3: Thesentür, Schlosskirche Wittenberg.

verbreiteten Wallfahrten, Heiligenverehrungen, Ablässen, usw.

Ob er tatsächlich am 31. Oktober 1517 an der Schlosskirche zu Wittenberg ein Blatt mit 95 Thesen zum Ablasshandel anheftete oder ob dies in den Bereich der Legenden gehört, mag dahingestellt sein. Was man weiß, ist, dass es üblich war, mit (auf Latein verfassten) Thesenpapieren zum wissenschaftlichen Disput unter Kollegen einzuladen. Dies hat er ziemlich sicher getan. Und er sandte seine Thesen als Brief auch an seinen Erzbischof, Albrecht von Brandenburg, der seinen Sitz in Magdeburg hatte. Dass dieses Blatt mit den Diskussions-Thesen (ins Deutsche übersetzt) auf großes Interesse stieß, hat er womöglich nicht geahnt. Jedenfalls fand es außerordentliche Resonanz.

Und hier profitierte die Entwicklung vom technologischen Fortschritt: der Buchdruck war kürzlich erfunden worden. Und nicht nur in Wittenberg gab es findige Drucker, die Luthers Thesen vervielfältigten und im ganzen Land verteilten.



Er muss damit genau den Nerv der Zeit getroffen haben.

Wenn man sich heute in Wittenberg aufhält, wird man auf eine der Thesen Luthers besonders aufmerksam: auf These 62. Man findet sie her und da in der Stadt, auch in einem Schaufenster, vor allem aber in der Stadt- und Pfarrkirche St. Marien, der „Mutterkirche“ der Reformation. So, wie sie 1557 von Philip Melanchthon herausgegeben wurde, lautet sie:

*„Der rechte ware Schatz der Kirchen / ist das heiligen Evangelium der herrlichkeit und gnaden Gottes.“*  
(These 62)

Insbesondere diese These, die auf den gängigen Handel mit Ablassbriefen anspielte, hat offensichtlich nicht nur gelehrte Theologen, sondern viele Bürger und Zeitgenossen derart angesprochen, dass sie wie ein Lauffeuer durchs Land getragen wurde.

Um dies zu verstehen, mag man sich vor Augen halten, dass zum einen die Renaissance-Päpste und auch die deutschen Bischöfe und Erzbischöfe damals einen aufwändigen Lebensstil pflegten, dass daneben bei der Besetzung der wichtigen politischen Ämter bis zur Königswahl durch die (teils kirchlichen) Kurfürsten enorme Geldsummen flossen (die für gewöhnlich durch die Bank der Fugger finanziert wurden), dass zum dritten seinerzeit in Rom ein großes Bauprojekt anstand (der Neubau des Petersdoms), und dies alles auf dem Hintergrund von weit verbreiteter Armut im Volk und begleitet von einer angst-reichen Grundstimmung. Fegefeuer und jüngstes Gericht wurden als bevorstehend gesehen, Hölle und Teufel galten als reale Bedrohungen, Ablassprediger verstanden es, daraus Kapital zu schlagen.

Wenn Martin Luther in These 62 vom „wahren Schatz der Kirche“ spricht, und dieses mit „Evangelium“ und „Gnade Gottes“ füllt, so entwickelte sich dieser Gedanke landauf landab mit großer geistlicher Kraft.

### 3. In Worms und auf der Wartburg

1518 und 1519 gab es mehrere Gespräche zwischen Martin Luther und Vertretern der römischen Kirche, bei denen er immer davon bedroht war,

als Ketzler verurteilt zu werden. Im Sommer 1520 wurde ihm der Ausschluss aus der Kirche angedroht. Er verfasste in dieser Zeit seine grundlegenden reformatorischen Schriften, z. B. „Von der Freiheit eines Christenmenschen“.



Abb. 4: Martin Luther, Gemälde von Lucas Cranach.

In dieser Zeit dürfte Martin Luther in deutschen Landen außerordentlich populär gewesen sein. Seine Ideen und Gedanken wurden mit gedruckten Flugblättern verbreitet. Und überall gab es solche, die sie lesen konnten. Es ging ihm sicherlich nicht um die Neugründung einer Kirche, er wollte vielmehr Missstände in der römischen Kirche anprangern und beseitigen. Es ging ihm um eine Reform der alten Kirche. Dass die leitenden Verantwortlichen in der römischen Kirche dies damals nicht in theologischer Weitsicht erkennen konnten, gehört dann zur Tragik der Entwicklungen, die dann Jahre später auch kriegerisch ausge tragen wurden.

Doch Luthers Kritik an der bestehenden Kirche wurde dann noch grundlegender. Ausgehend von seinen vier „solus“ (allein Christus – allein aus Gnade – allein durch Glauben – allein die Heilige Schrift) stellte er nicht nur Wallfahrten und Ablassbriefe in Frage, sondern fragte ganz elementar nach

der Autorität von Papsttum und kanonischem Recht. Vor einem allgemeinen Konzil wollte er dies besprochen haben. Konkret: als Antwort auf das Verbot und die Verbrennung seiner Schriften warf er wiederum die päpstliche Schrift, die seinen Kirchenausschluss androhte (Bannandrohungsbulle), und dann auch gleich das ganze kanonische Recht ins Feuer. Anfang 1521 wurde er aus der Kirche ausgeschlossen.

Dies machte ihn natürlich erst recht bekannt – und auch beliebt. Der Buchdruck half dabei mit, ebenso die allgemeine soziale Unzufriedenheit und schließlich auch politische Reformbestrebungen (etwa der Städte, einiger weltlicher Fürsten und der Reichsritter). Sein Landesherr Kurfürst Friedrich der Weise stellte sich schützend hinter ihn. So konnte er auch auf dem Reichstag in Worms seine Gedanken persönlich vertreten. Die Reise dorthin glich einem Triumphzug – doch bekam er vor Kaiser Karl und den kirchlichen Vertretern kein Recht. Und seine Schriften widerrufen wollte er nicht. Mit folgenden Worten blieb er standhaft:

Da „mein Gewissen in den Worten Gottes gefangen ist, ich kann und will nichts widerrufen, weil es gefährlich und unmöglich ist, etwas gegen das Gewissen zu tun. Gott helfe mir. Amen.“

Jedoch konnte er mit heiler Haut entkommen und wurde auf der Wartburg bei Eisenach versteckt.

Es zeigte sich hier schon, dass die politische Gemengelage einen gewissen Einfluss auf die Dinge nahm. Der junge Kaiser Karl V. kam aus Spanien, war mit den deutschen Verhältnissen nicht sehr vertraut. Außerdem zogen Kriege gegen Frankreich und das Osmanische Reich am Horizont auf. Die deutschen Fürsten und Städte hatten eigene Interessen und nutzten Gelegenheiten, die zentrale Macht der kaiserlichen Habsburger zu schwächen. In alledem wurde die Luthersache zum einen nur als eine von vielen behandelt, zum anderen für jeweils eigene politische Interessen benutzt.

Martin Luther übersetzte auf der Wartburg das Neue Testament ins Deutsche – nicht als Erster, aber doch durch seine Bedeutung und wohl auch durch die Qualität der Übersetzung („dem Volk aufs Maul geschaut“) so nachhaltig wirksam, dass

dies die Grundlage für das spätere Hochdeutsch wurde. In Wittenberg wurden indessen kirchliche Veränderungen gepredigt und umgesetzt, nicht immer ganz zimperlich. Es ging nicht nur um gottesdienstliche Reformen wie die Predigt in Landessprache und die Kommunion in beiderlei Gestalt (Brot und Kelch für alle). Der Wittenberger Stadtrat hatte außerdem Maßnahmen gegen Armut und sittliche Verwahrlosung (auf Luthers Empfehlen) beschlossen. Doch die Forderungen gingen dann auch um die Auflösung der Klöster und um die Abschaffung der Bilder in den Kirchen. Hier und da kam es zu Tumulten.

Der Wittenberger Stadtrat bat Luther zurück zu kommen. In seinen Invokavit-Predigten von 1522 (Invokavit: der 1. Sonntag in der Passionszeit) konnte er die Lage beruhigen, die radikalen Reformen zurückdrängen und gemäßigte Veränderungen umsetzen.

#### **4. Bauernkrieg – auch im Brigachtal**

Der Villingener Chronist Heinrich Hug (um 1470 – 1533) beschreibt Ereignisse des Bauernkriegs um Villingen und im süddeutschen Raum. Aus dieser und aus anderen Quellen weiß man etwa von den Bundschuh-Aufständen einige Jahre zuvor am Oberrhein und von denen des „Armen Konrad“ im Württembergischen“. Beide waren Vorläufer des Deutschen Bauernkrieges, der auch im Brigachtal ausgetragen wurde.

Huldreich Zwingli in Zürich und Thomas Müntzer im Thüringischen betonten etwas deutlicher noch als Luther, dass Christen ohne die Vermittlung der Kirche ihren Weg zu Gott und zu ihrem Seelenheil finden könnten. Martin Luthers Grundschriften von Gewissensfreiheit, die bei ihm ja theologisch und auf das Verhältnis zu Gott und Kirche gemeint waren, wurden hier (selbstverständlich!) auch auf die alltägliche Wirklichkeit bezogen.

So verbanden sich die Unzufriedenheit der Bauern (die ja die Mehrheit der Bevölkerung bildeten) mit Gedanken aus der Reformation. In den „Zwölf Artikeln“ der (schwäbischen) Bauern, die als erste Niederschrift von Freiheits- und Menschenrechten in Europa gelten, geht es in den ersten zwei





Abb. 5: Titelblatt der "12 Artikel" der Bauern.

Artikeln um die Pfarrerwahl und -besoldung. Und man spürt auch im Weiteren den Geist von Luthers Freiheitsschrift.

Die erste Erhebung im Bauernkrieg fand im Sommer 1524 in Stühlingen im Wutachtal statt. Im Herbst 1524 verbündeten sich Bauerngruppen im Hegau und zogen Richtung Furtwangen. Das dürften etwa 3.500 Bauern gewesen sein.

Die Ereignisse im Brigachtal stehen in Zusammenhang mit dem Stühlinger Bauernführer Hans Müller und der lokalen Größe Oswald Meder, der den „Brigachtaler Haufen“ zusammenstellte. Es gab hier im Süden von Villingen offenbar eine gewisse Unruhe. Doch erhielten diese Gruppen wohl nur schwachen Zulauf, auch verließen immer wieder viele der Bauern die bewaffneten Gruppen, um ihre Äcker zu bestellen. So sah man sich im Dezember 1524 bei Donaueschingen einer Übermacht von Villingern und Hüfingern auf Seiten der Habsburger gegenüber und flüchtete in die Nacht. Einige wenige Bauern wurden erschla-

gen (möglicherweise das erste Blutvergießen im Deutschen Bauernkrieg). Hans Müller entkam zu Balthasar Hubmaier nach Waldshut (siehe unten in Kapitel 5).

Im Jahr darauf gab es noch einmal eine große Sammlung von Bauern. 1525 waren die meisten im Südschwarzwald, auf der Baar und im Hegau auf der Seite von Hans Müller – ausgenommen die Städte Villingen und Radolfzell. Die Bauern konnten sogar Freiburg zu einer Vereinbarung nötigen, doch bei der anschließenden Belagerung von Radolfzell wurden sie besiegt und etliche Dörfer zerstört.

Mögen wohl von katholischer Seite damals die Bauernaufstände Zwingli und Luther in die Schuhe geschoben worden sein, so sind doch die Ursachen und Zusammenhänge vielschichtig, zumal schon vorher Aufstände stattfanden.

Mögen Martin Luthers Gedanken auch theologischer Art und auf Kirche und Glauben bezogen gewesen sein, so haben die Bauern doch ihre Schlüsse daraus gezogen und im Blick auf ihre Not weiter gedacht.

Hat doch Martin Luther zu Beginn deutlich Verständnis für die Klagen der Bauern gezeigt, hat er sich später im Lauf des Bauernkrieges klar auf die Seite der Fürsten gestellt und den Aufstand der Bauern scharf verurteilt.

Ob Luther es bewusst getan hat – oder ob er hier als ein Werkzeug seines Landesherrn gehandelt hat? Die reformatorische Bewegung wurde nun (auch und noch) mehr ein Teil der großen Politik und der Interessen der Landesfürsten und Städte. Dadurch, dass sich Luther so deutlich gegen die Bauern wandte, war der große Schwung als Volksbewegung beendet. – Im Sommer 1525 heiratete Martin Luther die aus dem Kloster entflohenen Katharina von Bora und zog mit ihr ins Schwarze Kloster – der ex-Mönch heiratet eine entflohenen Nonne. Sie hatten gemeinsam drei Töchter und drei Söhne.

**5. In der Nachbarschaft: Jakob Otter in Kenzingen (Breisgau), Matthäus und Katharina Zell in Straßburg und Balthasar Hubmaier in Waldshut – und ein Ausblick nach Konstanz**

In Kenzingen im Breisgau, obwohl zu Habsburg gehörig, hatten die Bürger ein gewisses Recht, bei der Pfarrerwahl mitzureden. Sie wollten einen haben, der „das Evangelium pur und frei von menschlichen Fabeln ernstlich zu lehren und zu predigen“ bereit sei. Den fanden sie 1522 in Jakob Otter, der zuvor Pfarrer in Wolfenweiler gewesen war.

Jakob Otter legte das Evangelium so aus, dass mit der Zeit in der Gemeinde einiges verändert wurde. So wurde der Gottesdienst in deutscher Sprache gehalten und das Abendmahl mit Brot und Wein ausgeteilt.

Das erfuhr auch der zuständige Bischof von Konstanz; Jakob Otter wurde vorgeladen; die Kenzinger ließen ihn nicht reisen, sondern schickten eine Delegation nach Freiburg zum Dekan, um zu hören, was dem beliebten Prediger vorgeworfen wurde. Er stehe im Verdacht, lutherische, ketzerische Dinge zu predigen. Die Kenzinger verwiesen selbstbewusst auf die Heilige Schrift und zogen von dannen.

Aber der Bischof lud Jakob Otter erneut vor. Der Kenzinger Stadtrat und die Vertreter der Zünfte wagten mutige Worte zu seiner Verteidigung, doch kurz nach Pfingsten 1524 forderte die Stadt Freiburg von der kleinen Nachbarstadt die Ausweisung Jakob Otters. Ansonsten würde man die Stadt in Schutt und Asche legen.

Jakob Otter nahm die Drohung sehr ernst und hielt am 24. Juni 1524 seine Abschiedspredigt. Er verließ Kenzingen, zog zunächst zum badischen Marktort Malterdingen – 200 Bürger begleiteten ihn. Sie wurden später in Kenzingen nicht wieder eingelassen und zogen mit Jakob Otter erst zum Rhein und dann flussabwärts nach Straßburg, wo sie freundlich aufgenommen wurden.

Die meisten der Kenzinger Bürger konnten später zurückkehren, nur der Ratsschreiber, einer der wichtigsten Förderer der Reformationsbewegung, wurde grausam hingerichtet. Jakob Otter war nach 1525 Pfarrer in Neckarsteinach, dann für einige Jahre in der Schweiz und wirkte anschließend etliche Jahre bis 1547 in Esslingen.

Straßburg war damals eine der wichtigen oberdeutschen Städte der Reformation. 1523 fand im

Straßburger Münster eine wegweisende Hochzeit statt: der Münsterpfarrer Matthäus Zell heiratete die Bürgerstochter Katharina Schützin. Und die Trauung hielt Martin Bucer, ein bedeutender Theologe der Reformation.

Zell war damals ein sehr angesehener Prediger. Doch der Bischof verbot ihm im Münster das Betreten der Kanzel, weil er ein Anhänger Luthers war. So bauten die Schreiner der Stadt eine tragbare Kanzel aus Holz und trugen sie mit Erlaubnis des Stadtrats in die Mitte des Münsters, wenn Matthäus Zell predigte.

Katharina Zell hatte zu Beginn ihrer Ehe eine Menge Aufregung und Streit. So wehrte sie sich in einer theologischen Streitschrift an den Straßburger Bischof gegen üble Nachreden, weil sie ja einen gebannten Priester heiratete. Sie wies darin das Recht der Priesterehe aus der Heiligen Schrift nach und drohte, die Schrift zu veröffentlichen. Der Stadtrat musste vermitteln.

In ihrem Ehevertrag stand, dass sie mit ihrem Mann, „armer und verjagter Leute Mutter zu sein, solange uns Gott beieinander ließe“. Im Sommer 1524 nahm sie 80 der Kenzinger Bürger in ihrem Pfarrhaus auf. Für die anderen besorgte sie Quartiere in der Stadt, bis diese im September wieder zurückkehren konnten. In der Zwischenzeit schrieb sie ermutigende Briefe an die Kenzinger Frauen.

Nachdem ihr Mann später gestorben war, kamen jüngere Pfarrer nach Straßburg, die strenger und bisweilen sogar von fanatischem Glaubenseifer waren. 1562 starb eine Frau, die schwärmerischen Gruppen nahestand (also solchen Gruppen aus der Reformation, die schon bald ausgegrenzt wurden – siehe unten zu Waldshut). Man wollte der Frau in der Stadt das Begräbnis verweigern. Die selbst schon schwerkranke Katharina Zell ließ sie auf den Friedhof tragen und hielt selbst die Leichenpredigt. Einige Monate später starb sie.

1524/25 kam es in Waldshut zu einer Zeit, als die religions-politischen Fronten noch nicht geklärt waren, zu einem täuferischen Strohfeuer, das aber wohl für die weitere kirchliche Entwicklung in Deutschland von einer gewissen Bedeutung war.

Waldshut war damals eine habsburgische Stadt von etwa 1.000 Einwohnern – und zwölf Priestern. Im Spätsommer 1521 wurde der Doktor der Theologie Balthasar Hubmaier als Pfarrer berufen. Er war ein tüchtiger Theologe und einflussreicher Prediger. Als er nach Waldshut kam, war er wohl noch ein Altgläubiger, vielleicht ein zweifelnder. Am Hochrhein suchte er Anschluss an die lutherische Erneuerungsbewegung, das heißt, er las die Schriften Luthers und hatte Kontakt mit Leuten, die ebenfalls diese Schriften lasen – und das stand seit dem Wormser Reichstag (1521) unter Strafandrohung.

Im Januar 1523 fand in Zürich die viel beachtete „Erste Zürcher Disputation“ über Thesen des Großmünsterpfarrers Huldrych Zwingli statt. Die wurde zum Signal zum Beginn der Schweizer Reformation, die weit ins oberdeutsche Gebiet ausstrahlte. Balthasar Hubmaier kam in Kontakt mit der ersten Reihe der Schweizer Reformatoren, und im Gespräch mit Zwingli waren sich beide einig, dass Kinder erst getauft werden sollten, wenn sie „im Glauben unterrichtet“ worden seien. Das setze ein gewisses Alter voraus und verbiete auf jeden Fall die Taufe von Säuglingen.

Dies war damals noch nicht „täuferisch“ oder „schwärmerisch“, die Spaltung der Bewegung hatte noch nicht stattgefunden. Doch 15 Monate später vollzogen einige Radikal-Reformatoren die „Glaubensstufe“ an sich selbst und wurden gleich aus Zürich verbannt. Einige von ihnen gelangten nach Waldshut, wo sich unter Hubmaiers Führung die antipäpstlichen und antihabsburgischen Kräfte durchgesetzt hatten. Und bald ließ sich Hubmaier und etwa 300 seiner Gemeindeglieder ein zweites Mal taufen. Dies fand in Waldshut im Einklang mit der lokalen Obrigkeit statt.

Doch die Realitäten schlugen zu: Zwingli grenzte sich im November 1525 scharf von diesen „Wiedertäufern“ ab, in den gleichen Tagen wurden die aufständischen Bauern bei Griesen im Klettgau endgültig geschlagen. Hubmaier erkannte die Zeichen der Zeit und verließ mit knapp 100 Anhängern die Stadt, vermied so ein Blutvergießen. Waldshut wurde besetzt und gründlich rekatholisiert – und blieb es bis 1805.

Hubmaier ging nach Mähren, wo es damals

gewisse Spielräume für religiöse Gruppen gab. Doch dem langen Habsburger Arm konnte er nicht entkommen. Im März 1528 starb er in Wien auf dem Scheiterhaufen, seine Frau Elsbeth wurde wenige Tage später in der Donau ertränkt.

Konstanz war seit 1192 freie Reichsstadt und strebte als solche stets nach Unabhängigkeit. In den 1520er Jahren wurde die Stadt (wie viele freie Reichsstädte) protestantisch. 1529 gehörte sie beim Reichstag in Speyer zur Minderheit der „protestierenden“ Stände (daher der Name „Protestanten“). Seine Bürgerschaft forderte die ungehinderte Ausbreitung evangelischen Glaubens. Die Bischöfe von Konstanz siedelten in dieser Zeit nach Meersburg um. Die Stadt war dem „Schmalkaldischen Bund“ (dem evangelischen Verteidigungsbündnis) beigetreten, doch nach dem Schmalkaldischen Krieg 1548 verlor Konstanz den Status als Freie Stadt und wurde dem Habsburger Reich (Vordesterrreich) eingegliedert und im Zuge der Gegenreformation rekatholisiert.

## **6. Offene Verhältnisse – zeitweise auch in Villingen?**

In den Abschnitten 4 und 5 habe ich eine gewisse Offenheit der Verhältnisse beschrieben. Noch waren die konfessionellen Fronten nicht klar, noch waren Übergänge fließend, noch waren keine scharfen Trennungen vollzogen.

Man liest in Villingen Veröffentlichungen von einem Pfarrer Blasius Müller. Dies geht zurück auf einen Eintrag im „Pfarrerbuch der evangelischen Kirche Badens“ von Heinrich Neu. Hier ist für Villingen in den Jahren 1537–39, also den Jahren der Reformation, ein Blasius Müller als evangelischer Prediger genannt, vermutlich am Münster, „bis ihm weitere Wirksamkeit verboten wurde“.

Weiteres ist über diesen Vertreter der evangelischen Sache in der alten Zähringerstadt nicht bekannt.

Auf der einen Seite mag man hier an solche Geschichten wie die des Jakob Otter in Kenzingen (1522–24) denken, der sich in der offenen Zeit zwischen den Glaubensrichtungen bewegte, einerseits katholischer Priester, andererseits mit lutheri-

schen Gedanken befasst und der evangelischen Art, Gottesdienst zu feiern.

Auf der anderen Seite wird von Blasius Müller im Vergleich zu Otter mehr als zehn Jahre später (1537–39) berichtet, da sich die religiösen Verhältnisse in vielen Dingen bereits verfestigt hatten. So bleibt es eine gewisse Frage, was sich wohl genau zugetragen haben mag.

Was war inzwischen im Großen geschehen?

1530 war auf dem Reichstag in Augsburg noch einmal die Religionssache besprochen worden. Philip Melanchthon hatte das „Augsburger Bekenntnis“ als Kompromisspapier verfasst – vielleicht vorerst die letzte Chance, noch einmal zueinander zu finden – jedoch vergeblich. Die kaiserliche Seite hielt an den unversöhnlichen Plänen fest, die deutschen Landesfürsten hatten ihre Position und schlossen sich 1531 zum Schmalkaldischen Bund zusammen. – In der Schweiz war 1531 Huldrych Zwingli ums Leben gekommen.

Doch in den 1530er Jahren kam die protestantische Bewegung noch einmal voran, konnte sich festigen und reifen, zumal Kaiser Karl V. seit dem Sommer 1532 für etwa ein Jahrzehnt mit kriegerischen Auseinandersetzungen mit Frankreich und dem Osmanischen Reich beschäftigt war. 1534 wurde die Reformation im Herzogtum Württemberg eingeführt, was die Villinger Region durchaus berührt haben dürfte. Möglicherweise spielten diese Dinge eine Rolle im Blick auf Pfarrer Blasius Müller.

## 7. Die Politik übernimmt

Die Reformation wird im 16. Jahrhundert als eine große Bewegung durch die deutschen Lande gegangen sein. Sicher hatte sich mit Luthers Distanzierung gegenüber den aufständischen Bauern daran einiges verändert. Doch die neuen Gedanken waren in der Welt, es wurde auf vielen Kanzeln auf Deutsch gepredigt, die Lieder der Reformatoren wurden landauf-landab gesungen, die Lutherbibel wurde gelesen und prägte die Sprache, Schriften und Bilder gedruckt und verbreitet, Kinder vermehrt in Schulen geschickt – auch Mädchen.

Dieses neue Denken und Glauben passte gut



Abb. 6: Luther vor der Dresdner Frauenkirche.

zu den Selbständigkeits-Bestrebungen der Reichsstädte, die sich zunächst in großer Zahl der Reformation anschlossen. Bei den großen und kleinen Landesfürsten vermischten sich hier und da Glaubensvorstellungen mit taktisch-politischen Interessen. Sie konnten über Religionsfragen ihren Machtkampf mit der ungeliebten Zentralgewalt des Kaisers austragen. Und hier wurde es dann auch bald kriegerisch (Schmalkaldischer Krieg 1546-47; Streit ums „Augsburger Interim“ 1548, das die Evangelischen letztlich wieder in die katholische Kirche eingliedern wollte). Im konfessionellen Gegenüber organisierte sich die katholische Kirche zur Gegenreformation (Konzil von Trient seit 1545, Gründung des Jesuitenordens).

Eine wichtige Wergmarke war 1555 der Augsburger Religionsfriede. Er war gewissermaßen Ausdruck eines militärischen Patts, so dass den Evangelischen einige Rechte zugestanden werden mussten.

So wurde den evangelischen Städten und Fürstentümern dauerhaft ihr Besitz und ihre Religionsausübung zugestanden. Dies ging nach dem berühmten „cuius regio, eius religio“, nach dem der jeweilige Landesherr bestimmte, welche Konfession galt. Dieses Recht wurde in Augsburg jedoch nur den Lutherischen zugestanden, die Reformierten blieben hier noch außen vor. Das alte mittelalterliche Gesetz der Ketzerei wurde abgeschafft: wer nicht im Bereich des verordneten Glaubens leben wollte, durfte auswandern (ius emigrandi). Es zählte fortan die fürstliche Freiheit gegenüber



der Zentralgewalt des Kaisers, dazu religiöser Pluralismus gegenüber der Idee des universalen christlichen Kaisertums.

In diesen Jahren tagte auch das Konzil von Trient, in dem die römische Kirche sich für die neue Zeit weiter entwickelte und organisierte. So wurden Missbräuche im Ablasswesen abgeschafft, Ämterhäufung bei Bischöfen verboten, Priesterseminare wurden eingeführt zur besseren Ausbildung der Seelsorger, der Hochaltar ersetzte den Lettner, der den Klerus vom Volk trennte, der Kirchenraum wurde bestuhlt, um der Predigt und der Unterweisung ein größeres Gewicht zu geben.

## 8. Krieg und Frieden

War schon der 1. Prager Fenstersturz 1419 ein Akt des Widerstands der Böhmen gegen die zentrale Reichsgewalt gewesen (die Anhänger des vier Jahre zuvor hingerichteten Jan Hus stürmten das Prager Rathaus und warfen die Stadtoberen aus dem Fenster, was den Beginn der Hussitenkriege bedeutete), so verhielt es sich vergleichbar mit dem 2. Prager Fenstersturz. In den Jahren zu Beginn des 17. Jahrhunderts war die Religionsfreiheit, die auf der Basis des Augsburger Religionsfriedens galt, mehr und mehr eingeschränkt worden. Die überwiegend protestantischen böhmischen Stände warfen ihrem katholischen Habsburger Landesherrn vor, die Rechte der Evangelischen zunehmend zu verletzen und Böhmen wieder zu rekatholisieren. Im Sommer 1618 kam es zum Fanal: Vertreter der protestantischen Stände warfen die königlichen Statthalter und den Kanzleisekretär aus dem Fenster – was den Beginn des 30-jährigen Krieges bedeutete.

(Der Sturz ging glimpflich aus: alle drei überlebten. Die katholische Propaganda deutete dies als Rettung mit Hilfe der Jungfrau Maria, während die Protestanten dies auf einen Misthaufen zurückführten, der sich an der richtigen Stelle befand.)

Der 30-jährige Krieg brachte großes Elend über ganz Mitteleuropa, viele Gegenden wurden verwüstet, Millionen Menschen kamen ums Leben, teils direkt durch kriegerische Gewalt, teils durch Seuchen und Hunger – auch auf der Baar. Es war ein Krieg um die politische Vorherrschaft im Heiligen Römischen Reich und in Europa – und es



Abb. 7: Gustav II. Adolf, Denkmal in Göteborg.

war zugleich ein Religionskrieg. Auf europäischer Ebene war es der Gegensatz zwischen Frankreich und Habsburg, auf der Reichsebene der zwischen Kaiser und katholischer Liga und auf der anderen Seite der protestantischen Union. Jeweilige Verbündete waren zeitweise mit engagiert, so auf protestantisch-französischer Seite Schweden.

Schweden war zur Hegemonialmacht in Nord-europa aufgestiegen und griff als solche mit ihrem König Gustav II. Adolf auf Seiten Frankreichs und der Protestanten in den 30-jährigen Krieg ein. In dieser Phase des Krieges verhinderte dies den Sieg des kaiserlichen Lagers der Habsburger. Und dies wiederum sicherte die Existenz des deutschen Protestantismus. Die Schlacht bei Breitenfeld in der Nähe von Leipzig 1631 war hier die Entscheidende.

Auch dieser Krieg hatte keinen Sieger, nur Verlierer. Der Westfälische Friede 1648 griff in religiösen Fragen die Grundlinien des Augsburger Religionsfriedens auf. Der jeweilige Landesherr bestimmte weiterhin die Konfession seiner Untertanen, den Protestanten wurden damit wiederum



Schutzrechte zugesprochen, wobei nun neben den Lutherischen auch die reformierten Christen einbezogen waren.

## 9. Ausblicke

Erst im späten 18. Jahrhundert wurde im Habsburger Reich nach und nach Toleranz in religiösen Fragen zugelassen. Ein wichtiger Schritt war das Toleranzpatent, das Kaiser Joseph II. 1781 erließ. Es gewährte Protestanten und Juden zwar nur eine gewisse Duldung. Doch war damit das im Lande geltende Glaubensmonopol der katholischen Kirche gebrochen.

Nach dem Reichsdeputationshauptschluss 1803 und dann im Großherzogtum Baden wurde das Land seit Beginn des 19. Jahrhunderts neu gegliedert, auch für die Kirchen brachte diese Zeit große Veränderungen. Mit Eisenbahnbau und Industrialisierung kamen Evangelische in zuvor katholische Gebiete und Städte, was nun erlaubt war – und umgekehrt. Um 1860 sammelte sich in Villingen eine erste evangelische Gemeinde, die bald die alte Johanniterkirche kaufte und Johanneskirche nannte.

Eine weitere konfessionelle Durchmischung fand durch die Integration der Flüchtlinge in Folge des 2. Weltkriegs statt. Mit dem Wachstum der Städte wurden neue Gemeinden gegründet und Kirchen gebaut. Seit den 60er und 70er Jahren des 20. Jahrhundert entstand in den meisten Gemeinden die mittlerweile selbstverständliche ökumenische Zusammenarbeit. Als jüngstes Beispiel nenne ich hier den 2. Ökumenischen Kirchentag, der im Sommer 2015 gemeinsam von den Schwenninger und Villingener Arbeitsgemeinschaften Christlicher Kirchen (ACK) vorbereitet und durchgeführt wurde.

Martin Luther und seine Zeitgenossen haben vor etwa 500 Jahren das Evangelium neu entdeckt und freigelegt, haben es für ihre Zeit neu gesagt und formuliert. Damals waren die kirchlichen Verhältnisse sehr reformbedürftig. Die entstehenden protestantischen Kirchen taten dies auf ihre Art, die katholische Kirche fand im Konzil von Trient ein neues Selbstverständnis. Die alte mittelalterliche Kirche war zerbrochen und entwickelte sich in

unterschiedlichen Gemeinden und Organisationen weiter.

Kirchlicherseits befinden wir uns heute wiederum in bedeutenden und tiefgehenden Veränderungsprozessen. Was in der Kirche lange galt und für richtig gehalten wurde, steht heute in Frage. Was lange als Tradition wie selbstverständlich überliefert wurde, ist an vielen Stellen abgebrochen. Der demografische Wandel („Wir werden älter, weniger und bunter.“) trägt ein Übriges zu den Veränderungen bei. Wie Kirchengemeinden in 20 oder 30 Jahren aussehen werden, kann heute niemand sagen. Doch dass sie nicht mehr so sein werden wie im ausgehenden 20. Jahrhundert, scheint klar zu sein.

Es wird gut und richtig sein, überkonfessionell nach dem Evangelium zu fragen und nach neuen Antworten und neuen Formulierungen zu suchen. Das muss aber nicht bedeuten, dass wir dann alle auf eine und die gleiche Weise in einer gemeinsamen Kirchen-Organisation leben und glauben. Die Pluralität in Glaubensformen hat sich bewährt, wir leben fröhlich miteinander in versöhnter Verschiedenheit.


### Anmerkungen:

#### Bildnachweis


- Abb. 1: Prag, Jan Hus  
<https://pixabay.com/de/prag-hus-denkmal-jan-hus-tourismus-654677/>
- Abb. 2: Waldenserwappen  
<https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Waldenser-Wappen.jpg>
- Abb. 3: Thesentür  
<https://commons.wikimedia.org/wiki/File:95Thesen2390.JPG>
- Abb. 4: Martin Luther Gemälde. Von Lucas Cranach der Ältere - gallerix.ru, Gemeinfrei, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=23260036>
- Abb. 5: Bauernkrieg. Von Unbekannt - eingescannt aus: Otto Henne am Rhyn: Kulturgeschichte des deutschen Volkes, Zweiter Band, Berlin 1897, S.21, Gemeinfrei, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=3926052>
- Abb. 6: Luther vor der Dresdner Frauenkirche  
[wikipedia.org/wiki/Benutzer:Fewskulchor](https://de.wikipedia.org/wiki/Benutzer:Fewskulchor)
- Abb. 7: Gustav Adolf  
<https://pixabay.com/de/gustav-adolf-g%C3%B6teborg-denkmal-444911/>



gestellt, damit die Reaktion des Fürsten umso berechtigter erschien. Für die Dauer des „Interims“ („bis die streitige Religion zu endlicher Christenlicher Vergleichungbracht mög werden“) soll die Anordnung gelten. Dafür sicherte er den Klöstern, ihren Prälaten (jetzt nicht mehr Äbte genannt) und ihren Nachkommen seinen Schutz und Beistand zu. Als Vorbilder stellte er den Basilianer- und den Augustinerorden vor. Ganz im Sinne des Reformators rückte er Lektüre und Studium beider Testamente der Bibel in den Vordergrund, alles andere, Dialectica (=Philosophie) und Rhetorica (=Predigt) ist diesem zu- um nicht zu sagen untergeordnet. Cicero und Vergil erhalten dienende Funktionen. Die Naturwissenschaften, die zu den sieben „Artes liberales“ gehörten, wurden überhaupt nicht in den Blick genommen.

Gerade dieser Rückgriff Herzog Christophs und seiner Berater auf das klassische Altertum ist von höchster Bedeutung und muss im großen geistesgeschichtlichen Zusammenhang gesehen werden. Denn hier wirkt offenbar der Humanismus bis in die Klosterschulen hinein. Unentbehrlich wurden für die Exegese der Bibel die alten Sprachen. Für Erasmus wurde die Religion als „docta et eloquens pietas“ (gelehrte und beredte Frömmigkeit) vollendet. Noch weiter ging Melancthon, Luthers Berater: 



 Horst Rüdiger, *Wesen und Wandlung der Humanismus*, Hamburg 1937, S. 100). Diese Klosterordnung bringt zum Ausdruck, welche Schrittmacherdienste der Humanismus der Reformation geleistet hat. Die Missachtung der alten Sprachen wäre nicht nur als ein schlimmer Rückfall in die Barbarei empfunden worden (ebd. S. 101). Sie hätte auch den Zugang zum Evangelium versperrt. Damit einher ging eine tiefe Verachtung der Scholastik und ihres Lateins, das mittlerweile seine Rehabilitierung durch die philologische Wissenschaft erfahren hat.

### Um nun ins Einzelne zu gehen:

Die Unterweisung nach der Schrift war in jedem Kloster einem oder zwei „Praezeptoren“ übertragen, „ehrlichen, gelehrten, gottesfürchtigen Män-

nern“, die selbst geschult und geprüft, Gott und dem Landesherrn verantwortlich waren.

Der Tagesablauf wurde minutiös vorgeschrieben, auch dies eine Reaktion auf den angeblichen Schlendrian im Kloster der Papstkirche. Der Tag begann im Sommer um vier, im Winter um fünf Uhr. Auf die Stunde genau waren Gottesdienste, Schriftlesung, Psalmengesang, Studium des Alten Testaments, Verpflichtung der Konventualen und Studierenden zum Vortrag der Bibeltexte, Auswahl der Perikopen, die Stelle für Antiphon und Oration festgesetzt. Selbst die hebräische Sprache sollte gelehrt werden.

Am Mittag sollten zwei oder drei Psalmen gesungen werden. Am früheren Nachmittag war Zeit für Cicero und Vergil, am späteren Nachmittag für Psalmen und Antiphone. Dann folgt, man höre und staune, protestantisches, frühprotestantisches Marienlob, nämlich die Rezitation des „Magnificat“ aus dem Lukas-Evangelium. Den Abschluss bildete Bibelexegese nach Ermessen des Präceptors. An Vigil, also an Vorabenden so hoher Feste wie Weihnachten, Ostern, Christi Himmelfahrt und Pfingsten waren, um wenigstens das hervorzuheben, entsprechende Texte aus dem Neuen Testament zu lesen. Genaue Vorschriften machte Christoph für den Sonntagsgottesdienst, „Christenliche Mess“ genannt. Dieser Ausdruck lässt aufhorchen. Denn schon er allein bezeugt, dass Reformation nicht nur Abbruch sondern auch Fortsetzung war, bei aller spürbaren Akzentuierung des Unterschieds zwischen „christlich“ und, wie der Herzog wohl gedacht hat, „papistisch“. Die Vorschriften im Einzelnen liest man am besten selber nach. Auffällig ist jedenfalls für den Leser von heute die strenge Disziplinierung: Die Studiosi standen den ganzen Tag unter Aufsicht. Um unnützes Geschwätz, wie es heißt, beim Mittagessen zu verhindern, wurde die Tischlektüre eingeführt, die ein Junger für je eine Woche zu übernehmen hatte.

Bemerkenswert schließlich die Formalitäten bei der Aufnahme von Zöglingen in diese Anstalt, die mehr Schule als Kloster war: Ausdrücklich ist von Jungen aus nichtwürttembergischen Gebieten die Rede, das heißt, St. Georgen stand nicht allein Landeskindern offen. Diese Aspiranten von aus-

wärts hatten bestimmte Voraussetzungen zu erfüllen, wozu ehrbare, christliche Herkunft, ein gewisses Alter, Begabung, gute Zeugnisse, einwandfreier Lebenswandel, einige schulische Kenntnisse, das Einverständnis ihrer Eltern gehörten. War das alles gegeben, so hatten die Aufzunehmenden einen Eid zu schwören, sich widerstandslos in das klösterlich-schulische Leben zu fügen. Dann stand ihnen erst noch eine Probezeit von drei Jahren bevor. Endlich hatten die Kirchenräte in Stuttgart auf Vorschlag des Prälaten zu entscheiden, ob sie zum Studium natürlich in Tübingen zugelassen wurden oder ein Handwerk erlernen sollten. In der Schlussformel betont Herzog Christoph den vorläufigen Charakter dieser Kloster- oder Schulordnung. Dauern sollte sie bis zur endgültigen Glaubenseinigung. Man sieht einmal mehr: die Glaubensspaltung wurde von Herzog Christoph und seinen Zeitgenossen noch keineswegs als endgültig empfunden. Erst wir Spätgeborenen wissen es anders.

**Württembergische Klosterordnung wie sie abtten Johann v. St. G: zugesendet worden ddo: 9. Jan: 1556.**



*Wir stellenn jn keinen zweivel, dann das Ir, alls unnsers Fürstenthumbs zugethane, jncorporierte, unnd einverleibte Prelaten unnd glider: auch unnderteniglichen woll zu berichten, unnd zu erinnern werdenn wissen, das nachdem wir, durch schickung unnd gnedigen willen des allmechtigen, jn die regierung unnsers vätterlichen anererbten Fürstenthumbs gedretten unnd wie billich, höhers nichts bevolhenn, noch angelegen sein lassen sollen, dann das neben der zeitlichen regierung unsere Underthanen, unnd schirms Verwanndten, samentlich, nit allein jnn zeitlichem friden, rue, unnd ainigkeit, sonnder auch, jnn rechtem waarem Gottes diennst, erbauwen, unnd erhalten, unnd die Eer Gottes jnn unnsERM ganzen Fürstenthumb, mit ainhelliger Christenlicher Leer gepflanzt, unnd angericht werde. Daher wir dann usser Christenlichem eüfer, unnd unserm vonn Gott befolhnen Amt nach, bewegt, unnd verursacht wordenn, unnsere Bekenntnus unnd Confession der waren Prophetischenn, Evangelischen, unnd Apostolischen*

*Leer, auch also der Christenlichen Augspurgischen Confession gleichformig zusammen zu ziehen, dieselbige vermeg Kayl: Mt: unnsers allerniedigsten Hern Bevelch, Will, unnd meinung, auch des Reich abschids dem Trientischen Concilio jnn Anno (15)52 öffentlich zu überrreichen, auch darbey anbieten, bitten, unnd begern zu lassen, da die Versammlung gemeines Concilij darin befinden, oder abnehmen möchten, das der waren, reinen, unverfelschten, unnd offbaren Leer, des Evangelij zuwider, unns solches zu berichten, da auch inn gemelter überrreicher Confession, was weiter mit aufführung der Hailigen schrift, darzuthun, zu erklerenn, oder auszulegen von nöten geacht wölte werdenn, da werenn wir urbittig, unsere Theologos abermals, jnnhalt des Reichs abschids dahin abzufertigen, mit Befelch, bei allen unnd Jedenn articuln gebürlichenn bericht zu geben, unnd hinwider zu nemmen, wie wir dann Sollichs mit dem werck, unnd schickung unserer Theologen, auch volnzogen, unnd umb gemelte Handlung, bey dem Concilio, bests Vleiß ansuchen, unnd bitten lassen, Jnnmaßen solche unnd alle ergannne Hanning in Truck ofentlich ausgegangen, unnd Reichskündig seyen.*

*Nachdem aber ungeachtet das inn gemeiner Versammlung des Concilij, merermelte Confession, mit unnsern aigen Handen unterschriben, auch Jnnsigell bewart, öffentlich von unsern politischen Rätthen, überantwort, die Patres solche auch angenommen, unnd die mit Hailiger Götlicher schrift zu vertheidigen, vonn uns angeboten worden, unnd gemelte Versammlung solche Confession etlich monat, bey Jren Handden gehabt, auch die Verordnung mit nachschickung, der Theologorum, desgleichen von Jnen gepflognem ansuchen ermelter maßen geschehen, aber dannocht zu einicher Tractation, Disputation oder Hanning niemals gegriffen wellen werden, unnd also die sachen von dem Concilio aufgehalten wordenn, bis letzlich auch ungehörter unserer Theologorum, das Concilium sein endtschaft genommen.*

*Da haben wir alls ain Christlicher Fürst, lenger der sachen nit umbgeen, oder mit gutem gewissen ufhaltenn kunden, sonnder dieweil wir us Gottes wort, unnd der Prophetischen Evangelischen unnd Apostolischenn Leer, unnd geschrift, vergwiß, unnd sicher, dises die ainig, rain, wahr, unnd unwider-*



sprechennlich warheit gottes, und seines worts sein, verursacht worden, dieselbig zugleich, wie bey denn andern unsern Unnderthanen, auch bey unnsers Fürstenthumbs zugethanen, unnd einverleibten Prelaten unnd Clöstern gottseeliglich anzurichten, zu pflanzzen, unnd auszubreitten, unnd also gemelte Confession anno .p. 52 denn ailften July, allenn unnsers Fürstenthumbs Verwandte unnd zugethane Prelaten, mit disem gnedigem begern unnd ersuchenn zukommen lassen, dieweil wir glaublich bericht, das gemelte unsere Prelaten die Jungen, so sie alberait inn die Clöster eingenommen, mit glübdten, unnd Ceremonien wider unser Confession beschwerten, das sie Prelaten solches alles künfftiglich abstellen, unnd die Personen frey steen lassen wölten,

Dieweil wir aber außser Gottes wort, und seinem Hailigenn Evangelio sovil bericht werdenn, das wir unnserm vonn Gott bevolhnem Ambt, unnd ernstlichen uferlegten Bevelch unnd gebott nach, allen unnsern Underthanen unnd zugethanen, sovil müglich, unnd mit Verleihung des allmechtigen geschebenn kann, nit allein mit schuz, schirm, erhaltung rechterns, unnd gerechtigkeit, frid, unnd ainigkeit, in zeitlicher regierung vorsteen, sonnder auch unnserm Höchsten Vermögen nach, die ehr Gottes, unnd ware erkanntnus seines göttlichenn namens, zu befürdern unnd zu pflanzzen, auch einhellige Christennliche ordnung anzurichten, unnd zu erhalten, schuldig erkennen, unnd wir also gestalter Leer unser dem Concilio zu Trient übergebne Confession zuwider, mit Gott, unnd guttem gewissen, bey unnsern, unnd von seiner allmechtigkeit bevolhnen Unnderthanen, nit lenger zuzestehen, noch zu gedulden wissen, unnd dann auf jüngst zu Augspurg gehaltnem Reichstag vonn der Röm: Kay: unnd Kön: Mt: p. baidenn unsern allergnedigstenn Herrn, auch allenn Stenden des Reichs, verabschidet, unnd denn Stenden frey heimgestellt, unnd zugelassen wordenn, das sie inn Jren gebieten, Lannden unnd Fürstenthumben, die Kirchen der Augspurgischen Confession gemeiß, baide mit der Leer unnd Ceremonien anrichten unnd bestellen mögen, unnd wir von onnöten haltenn, nach notturft unnd der Lenng, alhie auszufüern, aus was Christenlichen löblichen Ursachenn, anfenglich die Clöster angericht, gestift, unnd vonn Tag zu Tag inn Aufgang bracht wordenn, hinwider auch inn

was mißbreüch unnd onordnung sie gerathen, das alles werdenn Ir zuversichtlich, oußer der Hailigen Vetter hinderlassnen schriften, auch Jrem herzlichenn Beclagenn, unnd dann auch denn ersten Fundationen selbst besser euch zu berichten unnd zu erinnern wissen, dann von nöten mit langer Aufführung darzethun, wie unordennlich, auch hin unnd wider der Jungen Conventualen, so Jr albereit eingenommen habenn, leben, Studia, thun unnd lassen, in den Clöstern anngestellt, unnd wie gannz treg unnützlich, unnd one Frucht, sie nit allein die Zeit, sonnder auch allen uf sie gewendten Costen, verzeren, unnd annlegen, auch etwan Jren Hern unnd Prelaten mit Verachtung, spot unnd ongehorsam, sich widersezenn, unnd Jres gefällens inn unnd außser denn Clöstern hin und wider ziehenn, etwann auch Jre Prelaten deshalb gar nit begrießen, das haben wir bis hieher inn gute unnd gewisse erfahrung gebracht,

Was ergernus, anstoß, Beschwernus, unnd Verachtung göttlichs worts, auch darus bis hieher bey denn Unnderthanen in vill weeg ervolgt, unnd sich teglich weiter zu tragenn, auch je lennger je beschwerlicher eraigen mögen, da etwann von wegenn Ungleichheit der Religion von jrriigen, zenckischen, unnd unrüewigen Leüten allerhandd Zennck, Unainigkeit, Bewegung, unnd dann letstlich lesterliche Verachtung, Verbönung, unnd Verspottung gottes worts, unnd seines Heiligen Evangelij erweckt, unnd anngericht werden mag, des alles hat bisher die teglich erfahrung vilfeltig mitbracht unnd bewisen.

Dem allem nach, so habenn auser erzelten, unnd sondern mehr unns darzu Christenlichen billichen bewegenden Ursachenn, wie alls ewer von gott fürgestelter Landtsfürst, schutz unnd schirm Herr, notwendige bedencken gehabt, wie dieses alles mit gnadenn unnd Hilf des allmechtigen abgewendt unnd sein Heyliger Nam unnd ehr ausgebreitet, unnd angericht möchte werdenn.

Unnd derhalben ein begrif einer Christenlichen ordnung, wie es inn Clöstern unnsers Fürstenthumbs künfftig, bis zu enndtlicher Christenlicher Vergleichung der Religion gehalten, unnd gottseeliglich mit Lesen, Predigen, studieren, zucht unnd erbarkeit alles götlich apostolischer schrift gemeiß, gehalten solle werdenn, begreifen lassen, unnd ist daruf unnsere gnedigs Begern, das Jr demselben gehorsamlich gele-

ben, unnd nachkommen wöllen, unnd was solcher ordnung zuwider bisher fürgenommen, sollichs alles abschaffen, dann wie gehört, wir mit guttem gewissen, zuwider unser ausgegangnen Confession, unnd Kirchenordnung inn unnsrem Fürstenthumb spaltung der Religion, nicht lennger kunden gedulden, unnd deshalb jre unnsre Prelaten euch angeregter ordnung, mit gesanngen, Leesen, Predigen, auch Administration der Sacramenten, unnd allem anderm, gehorsamlich, so lang gemess erzaigen, beweisen unnd halten, bis die strittige Religion zu endtlicher Christenlich Vergleichung pracht mög werden.

Welches alles Jr doch nit dahin vonn unns vermercken, oder annemen sollen, das wir dardurch disen Landtsstand unsers Fürstenthumbs abthun, oder euch, unnd euwere Nachkommen, inn annder weeg, an Jren Prelatur derselbigen fölligen Administration Verwaltung unnd gefell verhindern, sonnder wir, unnd unnsere erben, inn allweeg, disen Landtsstand pleiben lassen, unnd euch, auch euwere Nachkommen dabey gnediglich schützen, schirmen, unnd hanndhaben, unnd unns dessen hiemit gegen euch gnedig

lich unnd endtlich erclert haben, unnd also euwer gnediger Lanndtsfürst, schuz, unnd schirmher sein, unnd pleibenn wellenn.

### **Ordnung der Gottesdienst und Lectionen in den Clöstern der Prelatenn.**

So man denn anfang unnd Ursprung des Closters Lebens recht nachgedencken will, befundt sich, das etliche daselb erholen, von der Apostel-Handlung, da nach dem Pfingsttag die gläubige sich beiainander sampt denn Aposteln versamelten, verkauften Jr Hab unnd güetter, unnd gaben das gelt des verkauften gutts, in gemein, das hievon ainem jeglichen nach seiner notturft ausgetheilt wurd, Etliche erholen es noch ferner von dem Propheten Samuel, Elia, unnd Elizeo, welche bey jnen sonnderliche Versammlung, so man Filios Prophetarum genannt. Unnd mit jnen feine nützliche Jebung inn der Hailigen schrift unnd göttlichem Wort, gehalten haben.

Wie wol es unlaugar ist, das inn das Closter Lebenn, wie es etlich Hundert Jar vor diser zeit gehalten, allerley beschwerliche mißbreuch, und schedliche ergernus einganngen, unnd hab gleich ain annfang woher es will, so ist es doch aus vilen gutten argumen-

ten und Kundtschaften ofenbar: das die Versammlung der Closter leut, fürnemlich dahin gemeint, das darin das Studium der Heiligen götlichen schrift geüebt, der recht gottsdienst gelert, unnd gelernet würde, damit die Closter Personen nicht allein zu jrem aigen besondern Hail, sonder auch zu dem dienst, unnd ämptern, der gemeinen Christenlichen Kirchen aufgezogen werden möchten.

Es erhaist auch die Billichait, nachdem der Clöster güetter unnd einkommen, am allermaisten vonn der Pfarrkirchenn güetter, so bis anher die Clöster jncorporiert, versamlet wordenn sein, das vonn denselben feine, erbere, unnd gelerte Lewt, so der Kirchen nit allein mit betten !: das allen Christen gemein ist:/ sonnder auch mit Leeren, und Predigen dienen könnten, uferzogen würden,

So seind die Clöster bis annher Gottes Häuser genannt worden, nicht diser Ursach halb !: so man recht unnd gründtlich davon reden will:/ alls solten die Pfarrkirchen, darin ein Christennliche gemein zur Predig gottes worts, zu empfangung der Hailigen Sacramenten, unnd zum gebett versamlet, oder sonst andere Heüser, darinn ain Christennlich Hausgesind wonet, nicht auch gottes Häuser sein, sonnder von wegen diser Ursach, das die Leer der Hailigen göttlichenn schrift, darus wir des rechtenn waaren gottesdiensts bericht empfaben, Inn denn Clöstern mit allem Vleiß fürnemlich erkennndt, geüebt, unnd getrieben werden soll, wie die Monasteria Basilij unnd Augustini, darin vill treffliche gelerte Bischöf: unnd Kirchendiener erzogen, bezeugen.

Es ist auch aus denn allten Canonibus zu vernehmen, das die Horae Canonicae, nachdem sie also ausgetheilt, das inn ainem Jar die ganz Heilig schrift, baide allts unnd neuws Testaments inn der Kirchenn ausgelesenn werden sollen, allermeist dahin bedacht, verordnet, unnd gebraucht wordenn seind, das in dem Studio der Hailigenn schrift ein ordnung gehalten werd

Dann das jez bemelt Studium ist under allen andern Studiis, das fürnembst, unnd nötigst mittel, dardurch alle rechtgeschaffne unnd gottgefellige gottsdienst, alls nemlich, Gott erkennen, Gott glauben unnd vertrauwen, auf Gott hofen, Gott inn allem anruefen, Gottes namen ehrn unnd preusen, mit gedult unnd gehorsam allenn unfaal aufnehmen,

unnd Gottes Hilferwarten, dem nechsten alle gepürliche dienst, aus rechter Christenlicher Lieb beweisen p. aus gnadenn des Heiligen geists gemeinlich unnd sonderlich angericht, gefürdert, unnd erhaltenn werden, darumb erfordert die notth, so man rechte gottsdienst stiften unnd ordnen will, das der Heiligen schrift Studium gestift, unnd geordnet werd.

Hierauf nachdem das Closter leben ursprinnlich zu der Leer unnd Jebung, auch zur auspreitung des rechtenn gottsdiensts, bedacht, unnd gemeint, unnd aber hierzu das Studium der Hailigenn schrift, wie jertz vermeldet, nottürftig, so sollenn die Kirchen Jebungen inn denn

Clöstern, nit dahin, alls were gott mit dem werck der Jebung, an Jm selbst bezallt, sonnder fürnemlich uf das Studium der Hailigen schrift, gerichtet sein.

#### **Von dem Abbt.**

Das Exemplum Samuelis, unnd Elizei, die Scripta Basilij, Augustini, unnd Bernhardi zeugen an, das die Äbtt /: Hoc est./ Patres Seniores Praelati vel Praepositi habenn Jre Conventus oder Versammlung selbst geleret, unnd Jnen die Hailig schrift erclert, unnd ausgelegt.

Dieweil aber zu diser Zeit die Äbtt unnd andere Prelatenn, villmehr zur weltlichen Administration der Clöster güetter, unnd zur Haushaltung, dann zur Profession der Hailigen schrift, erwölt unnd verordnet werden, wellen wir unns gnediglich versehen, sie werdenn sich baid inn gaistlichen unnd weltlichen sachenn, gegen unns, auch gegen der rechten waren Christenlichen Kirchen, unnd unser gemeinen Lanndtschaft, so gehorsamlich guttwillig unnd gepürlich halten, das sie vor dem Richterstill Christi, auch vor unns alls Jrem Lanndtsfürsten sollichs verantworten mögen, unnd bey meniglich unclagbar unnd unergerlich erfunden werdenn.

Damit nun das nöttig stückh, vonn welches wegen die Kloster Lewt bey ainannder zu wonen, fürnemlich verordnet, nicht underpleib, oder versaumbt werd, so sollen inn ainem jeglichen Closter ain Preceptor, oder nach gelegenheit des orts unnd Personen, zwen Preceptores aus denn Conventualen, so dieselben hierzu taugennlich, oder anndere ehrliche, gelerte, unnd gottsfertige Menner, so auch vorhin von unns hierzu verordneten, in den fürnemsten

Locis et Capitibus piae et Christianae Doctrinae examinirt, unnd verhört, mit gebürlicher gnugsamer Unnderhaltung verordnet werdenn, welcher ainer unnd der fürnembst, denn Closter leuten die Buecher der Bibell, zu seiner Zeit, unnd wie nachvolgende ordnung ausweist, Christenlich jnterpretiere unnd erclere, der ander aber darneben, die Jungen in der Dialectica unnd Rhetorica unnderweise, damit sie die Hailige schrift ordennlich unnd nützlich zu lernnen, unnd zum leeren auch hiemit zu denn pfarr, unnd Predig Ämptern, zuberait, werden möge. Wo aber nur ain Preceptor erhalten, sollen demselbigen baide Lectiones in Sacris Literis, et bonis artibus auferlegt werdenn,

#### **Von dem Gottsdienst unnd Lectionen.**

Der Gottsdienst inn denn Clöstern, soll nicht dahin, wie oben vermeldet, vermeint unnd gericht sein, alls were gott, unnd der Kirchen genug geschehenn, so inn denn Clöstern die gesannng unnd gebett, ordennlich verricht würdenn, sonnder das alle Hannndlung zur Leer der Hailigen göttlichenn schrift, unnd daraus, zu rechter gottsforch, Christenlichen Tugenden, unnd Zucht verordnet, unnd gezogen werden sollen, hieruf soll volgennde ordnung in den Kirchen dienssten unnd Lectionen gehalten werden.

Nachdem das Psalterium Davids ain kurze Summa unnd innhalt der gannzen Hailigen schrift ist, so soll daselb Psalterium, neben den anndern Buechern der Hailigen schrift, von den Kloster Leüten, nicht schlecht, unnd allein etlich Tag im Jar, sonnder teglich mit allem Vleiß geüebet, unnd nach der altenn breüchlichen lateinischen Translation gelesen oder gesungen werden, namlich.

Ann ainem jeglichen werckhtag alle morgen zu Summer zeit umb vier, zu winter zeit umb fünf Uren, oder wie sich eins jedenn Closters gelegenheit nach, der Prelat, sampt unnsern zugeordneten, vergleichen werden, soll man inn dem Chor drew Psalmos mit denn gewonlichen Christenlichen Antifenen de Tempore, vonn anfang des Psalters, nach seiner ordnung hingen, unnd darauf ain ganz Kapitel, aus dem alten Testament auch von annfang der Bibell, nach seiner ordnung verlesen, unnd daselb, mit dem Cantico Zacharie, auch gewonlichen christenlichen Antifenen de Tempore beschließen.

Es soll aber im Leesen des Capittels aus der Bibell die ordnung gehalten werden, das ein jeglicher Conventual, oder Studiosus einer nach dem andern, ain gantz Capittel laut, lanngsam, unnd verstandtlich lese, das der Lector hiemit vor der gemein, ordenlich ze reden gewenet, unnd die andern us dem Zuhören ain nuz empfahen mögen.

Umb fünf Uhr im Summer, unnd umb sechse im winter soll der Preceptor Theologie, auf drew Viertel Stund, ain Buch aus der Bibell, allts oder neuws Testaments, wie es jederzeit, mit Rath der Prelatenn, unnd der Verordneten, zu nuz der Conventualen, unnd Studiosorum bedacht werden mag, jnterpretieren, aber die leste Viertel Stund erklere er ain Stück des Evangeliums, so auf denn nechsten Feirtag oder Sonntag gefellig, unnd also teglich ain Stück nach dem andern, bis daselb Evangelium vollendet werde, damit die Jugendt, so zu denn Kirchenn Ämptern gezogen werdenn soll, darann sich jebenn lerne.

Um sibenn Uhrn im Summer, unnd umb acht Uhrn im winter, sollen inn dem Chor drew Psalmen, oder so ain Psalm lanng were, nur ainer oder zwen, so gleich auf die vorgemelte volgenn, mit jren gewonlichen antiferen gesungen, unnd darauf ain ganz Capittel aus dem alten Testament, so auch gleich auf das vorig volgt, gelesen, unnd mit dem Symbolo Athanasij *Quicumque vult salvus esse, auch gewonlichen Antifenen, unnd Orationen, beschlossen werden.*

### **Nach Mittag**

Um zwölf Uhr nach mittag, sollenn in dem Chor abermals zwen oder drew Psalmen, nachdem sie lanng oder kurz sein, die nechsten uf die vorige Psalmen, gesungen, unnd ain gantz Capittull aus dem neuwen Testament, an dem Evangelisten Matheo anzufahen, gelesen, unnd mit einer Antifenen unnd Oration beschlossen werden.

Umb ain uhr nach mittag soll der Preceptor *bonarum artium dialecticam*, auf ain halbe Stund, unnd gleich daruf, die volgendde halbe stund, *offitia Ciceronis*, oder ain annder Buch, das nebenn der lateinischen sprach, auch *ad instituendos bonos mores* diennstlich, lesen, unnd auslegenn.

Umb drew Uhr, soll der Preceptor *bonarum artium*, die *praecepta Rhetorices*, auf ain halbe Stund, unnd

darbey die anndere halb Stund *Vergilium*, oder ain anndern lateinischen Poeten, vonn wegen der lateinischen sprach so nit obscena schreibe, jnterpretieren, und darin usum *Dialectices et Rhetorices* anzeigen,

Um vier Uhr, soll man inn dem Chor ain, oder zwen, die nechste volgende Psalmen, mit ainer antifenen, unnd daruf das mit dem *Cantico Mariae Magnificat*, unnd gewonlichen antifenen, unnd oration beschließen, unnd nachdem sich dises gesang ungevarlich auf ain halb stund laufen würdt, soll der Preceptor Theologie, die annder halb stund ain Buch, aus der Bibell wie es durch denn Prelaten, unnd unsere Verordneten, bestimbt, jnterpretieren.

Nach dem Nachsessenn, soll alsald ain Psalm oder zwen, sampt dem *Cantico Simeonis Nunc dimittis*, unnd einer *Precation de Tempore* gesungen werden.

Am Feürabendt, unnd am Sambstag, soll die *Lectio Rhetorices* umb drew Uhr eingestellt, unnd darfür *Loci Communes Theologici* gelesenn werden,

Am abenndt *Natalis Christi*, Pasche *asensionis Christi*, unnd *Penthecostes*, soll umb vier Uhr für das ordenlich Capittel die *Historia* des künftigen Fests gelesenn werden.

Uf die Sonntag: soll allwegen ein Christenlich Mess, das ist ain Kommunion des Nachtmals unnsers lieben Herrn Christi diser gestalt gehalten werden, das die Personen der Closter Leüt, baid *Studiosi* unnd *Conventualen*, inn zwey oder drew Theil ausgetheylt werden, unnd je ain Theil, auf ain Sonntag, mit dem ministranten kommuniciren, unnd so neben jnen an Layen Personen vorhanden, unnd die *Communion* begerten, sollenn sie auch zugelassen werden.

Es sollenn aber die Suntag volgendder weis gehalten werden: Morgenns früe sollen die Psalmen unnd Antifenen, *Lectiones*, *Capitula*, unnd *Benedictus*, allerdings, wie am wercktag jren fürganng haben, daruf soll ain Junger, under den *Novitien* unnd *Studiis*, die *Predig des Evangeliums de Tempore* teütsch, wie dasselb vom Preceptor inn der wochenn erclert, an ainem sonndern ort des Closters, nicht in Beisein der Layen, sonnder allein der andern *Novitien* unnd *Conventualen* gehört werden.

Nach sibenn Uhrn soll mann die Mess oder *Communion* zu halten fürnemen, unnd am erstenn das *Jntroit*, unnd andere gewonliche gesang, *de Tempore* singen, bis uf das *Patrem inclusive*, darnach soll ein



*Conventual, das Evangelium de Tempore ofentlich vor denn ehalten (Gesinde, Bediensteten) unnd was dem Closter zugehörig, predigen unnd auslegenn, darauf volget die Communion, die soll nach der gemeinen unser publicierten Kirchen ordnung verrichtet werden, unnd wie woll das annder alles lateinisch gehalten, jedoch soll nach dem Patrem, unnd nach der Predig die Communio, laut unnsere gemeinen Kirchen ordnung, mit Verkündigung unnd Verlesung der einsetzung des Nachtmals, vonn unnserrn Herrnn Jhesu Christo, auch mit dem gesanng inn teutscher sprach verricht werdenn.*

*Aber ann einem anndern Feirtag, sollen die lateinischen gesanng mit dem Jntroit bis auf das Patrem gleichergestalt, wie am Sonntag, unnd daruf die teutsch Predig volgenn, unnd nach der Predig, ein teutscher Psalm, mit der gemainen Kirchen gesungen werden.*

*Umb zwölf Uhr nach mittag am Sonntag unnd anndern Feürtagen soll es inn der Kirchen verrichtet werdenn, wie oben am wercktag verzeichnet ist.*

*Umb ain Uhr, soll der Preceptor Theologie ain gannzen oder halbenn Psalmen, nachdem er lanng oder kurz, jnterpretieren.*

*Umb vier uhr unnd nach dem nachtessen, soll es gehalten werdenn, wie am wercktag.*

*Uf denn Palmtag, soll die Hystoria Christi: Passions dem gemeinen Closter Volck fürgelesen, unnd hernach, uf den grienen Donnerstag unnd Charfreitag, laut unser gemeinen Kirchen ordnung, gepredigt unnd ausgelegt werdenn.*

*So auch die Preceptores inn der hebreischen unnd griechischen sprach bericht, wie dann solliche Personen fürnemlich vor andern bedacht, unnd aufgenommen, soll der Preceptor Theologie die Elementa Hebraice Lingue, unnd der Preceptor bonarum artium die Elementa graece lingue jedlicher inn der wochenn ain mahl oder zweinahl für die lection dialectices den Studiosis unnd Novitien lesen unnd erlernen.*

#### **Von der Tischzucht.**

*Es soll allwegenn zum morgen unnd nachtessen nach dem gewonlichen unnd Christenlichen Benedictite, ain Junger, je ainer nach dem anndern ain wochen, ain Capitel oder zwey aus dem Eusebio in Ecclesiastica, unnd hernach aus der Tripartita Hysto-*

*ria, zu Tisch langsam unnd verstenndtlich lesen, das hiemit die Historien der Kirchen woll eingebildet, unnd onnützig geschwezt, auch anndere onzucht, über dem Tisch, unnd sonst verhüet werde.*

#### **Von den Novitien.**

*Nachdem das Closterlebenn allermaist wie oben vermeldet, dahin gerichtet sein soll, das darinn gottserfchtig unnd gelert Leüth, so der gemeinen Christenlichen Kirchen dienstlich unnd nützlich sein mögen, auferzogen werden, unnd aber disem fürnemen in mancherley weeg hinderlich sein würde, so inn die Clöster solche jungen Kündler, die noch nit inn den ersten elementis Literarum, unnd in der Grammatica bericht, aufgenommen werden sollenn.*

*Hieruf so ist verordnet, das fürhin kein Junger, er sey dann seins althers über die vierzehenn oder fünfzehenn Jar, ongevarlich, unnd eins gutten Ingenij, zichtigen stillenn wannfels, unnd von erbarn Christenlichen eltern, habe auch dessen alles, von unnserrn Amptman, gericht, Pfarrer, unnd schulmeister, da er erborn, erzogen, unnd inn die schull ganngen, seine gutte Testimonien, darzu die Grammaticam !: darinn dann er zuvor von unnserrn darzu sonndern Verordneten zu Stutgarten, gnugsam examinirt soll werden: / diser gestallt gestudiert, dass er hierzu keines sonnderlichenn Preceptoris mehr bedürftig, damit nit etlicher Jugendt, unnd onwissenheit denn anndern erwachsnen, auch dem gannzen Handell des Closterlebens hinderlich seye.*

*Dieweil auch die Clöster inn unnserrm Fürstenthumb, unns alls regierendem Landsfürstenn, ein jncorporiert membrum, unnd Landstannnd, auch zuversprechen, zu zu schützen, unnd zu schirmen, zusteen, unnd unnsere Landtschaft Jre mitstend unnd membra seyen, deren unnd annderer mehr obermelter Ursachen halber, so ist unnsere gnedigs begerrn, das nun fürhin unsere Prelaten kein Jungen usserhalb unnsers Fürstenthumbs, und schirms Verwandten, geborn, noch one unnsere Vorwissen unnd Verwilligung, sonder allein unnsere Lannds unnd schirms verwandten Kinder, die auch zuvor erfunden, unnd approbiert seyenn, alls ob inn unnserer Prelaturn Clöster aufnehmen wellen, wo aber unnsere Prelatenn ainer oder mehr solliche gelegenheit der Jungen für sich selber nit habenn, noch findenn, so mögen sie*

allsdann bey unnsern verordneten Visitation Rät'henn zu Stuttgarten umb solche gelegne, unnd taugennliche Jungen anhalten, welchenn wir Bevelch gethann, ain sondern Cathalogum mit Jrer vleißigen Superjntendenz zu haltenn, darinn jederzeit, vonn allen unnsern schulen, unnsrer oberkeit unnd Schirmverwandtnus die Jungen so inn die Clöster, als ob taugennlich, unnd sich mit willenn Jrer eltern, freywilliglich, dahin begebenn möchten, zu verzeichnen, damit sie auf eines jedenn Prelaten anhalten, Jnen derselbigen Jungen, umb mehrer richtigkeit wegenn anzeigen könden.

So dann ain Junger obgemelter gestalt, in ain Closter angenommen, soll er als palld dem Prelaten inn Beysein anderer Novitien unnd Conventualen, Pflicht unnd aid thun, jnmaßenn wie hernach volgt.

### **Forma Juramenti.**

*Quisquis recipitur in numerum Studiosorum ad monasterium N. bona fide promittat, et Juramento confirmet ea quae sequuntur*

*Primum ut honestam et piam vitam invocato nomine Dei et Patris Domini nostri Jhesu Christi in Spiritu Sancto ducat, videlicet.*

*ut non abutatur nomine Dei ad execrationes ad maledicta et ad temeraria atque illegitima Juramenta.*

*Ut non Sectetur nec ebrietatem, et helluationem, nec impudicitiam, et Scortationem, nec illicitos et inhonestos ludos.*

*Ut nullas lites contentiones et rixas, vel cum Reverendo Domino Praelato, et Praeceptoribus, vel cum collegis, et reliquis Studiosis, vel cum famulis et aliis, aut domesticis, aut extraneis personis exsuscitet.*

*Deinde ut Summo Studio et diligentia Ecclesiastica Sacra visitet, ac Lectiones Praeceptorum Suorum audiat.*

*Praeterea ut absque concessione Reverendi Domini Abbatis N. Monasterium non egrediatur.*

*Postremo ut Reverendo Domino Abbati: N. aut ejus vicario pium et fidele obsequium in licitis et honestis omni Tempore, quo in monasterio vitam agit, diligenter praestet.*

## **Übersetzung**

### **Verpflichtungsformel**

Wer in die Zahl der Studierenden zum Kloster N. aufgenommen wird, soll aufrichtig geloben und ehrlich versichern, was folgt:

Erstens dass er ein ehrenhaftes und frommes Leben im Namen Gottes und des Vaters unseres Herrn Jesus Christus im Heiligen Geist führe, also

Dass er den Namen Gottes nicht missbrauche zu Verwünschungen, Schmähungen, Leichtfertigkeiten und ungehörigen Schwüren,

Dass er weder der Trunkksucht noch der Schlemmerei, noch der Unzucht noch der Hurerei noch lüsternen und unanständigen Spielen nachjage,

Dass er keine Streitereien, Rechthabereien, Schlägereien sei es mit dem Hochwürdigen Herrn Prälaten und den Lehrern, sei es mit den Mitschülern und den übrigen Studenten, sei es mit den Bediensteten und anderen, sowohl mit den zum Haus Gehörenden als auch auswärtigen Personen anrichte,

Schließlich dass er ohne Erlaubnis des Hochwürdigen Herrn Abts N. das Kloster verlässt,

Letztlich dass er sich dem verehrungswürdigen Herrn Abt N. oder dessen Vertreter fromme und treue Willfährigkeit in Streit und ehrenhaften Dingen zu aller Zeit, in der er im Kloster lebt, gewissenhaft erweise.

*Unnd dieweil die ordennliche Recht, denn Novitien drew Jar lanng zur Prob auferlegen, so ist unnsrer gnedigs Bedencken, das die angenehme Jungen, so sie sich erbercklich, Christlich, unnd gehorsamlich haltenn, ein jeglicher drew Jar lanng im Closter, mit Fürsehung gebürlicher narung und Kleidung erhalten werden.*

*Nachdem nun ain Junger drew Jar im Closter gewesen, soll unnsrer Prelat unnsrer Kirchen Rät'henn unnd hierzu verordneten jne schicken, mit Bericht, wess er sich inn denn dreyenn Jaren gehalten, das sie sein gelegennheit erkundigen, namlich, ob er ferner zu dem Studio, auf unnsrer Stipendium gehn Tübingen zu fürdern, oder lennger inn ain Closter zu lasen, oder auch seiner Ungeschicklichait halber, zu einem Hanndtwerck zu gebrauchen, unnd nachdem*

die gelegenheit eingenommen, alsdann nach unnsere Kirchen Rätth unnd Prelaten gut ainsehen, mit jme weitere Verordnung fürgenommen werden.

Damit aber dies Christennlich Bedenncken sein ordennlichen Fürgang, durch Gottes gnad haben mög, so wellen wir unnsere Kirchen unnd Visitation Rätthen bevolhen haben, das sie unnsere Prelaten beholfen unnd berathen, in anrichtung gottseeliger ordnung, unnd zucht, wie es mit demselben, inn jedem Closter, nach jedes gelegenheit, mit Unnderhaltung der speis unnd annderm, gegen denn Novitien unnd Studiosos gehalten werdenn soll, sein welle, unnd was hierin mangel, sollichs Jederzeit, neben unnd mit denn Prelaten, nach gelegenheit helfen bessern, oder so es so wichtig, ann unns gelangen zu lassen, wellenn wir allwegen mit Verleihung göttlicher gnadenn, unnsere Prelaten dermaßen die Hanndt bieten, damit gottseeliges zucht unnd leben in Jren Clöstern gepflanzet und erhalten werden.

Nachdem auch die Röm: Kay: unnd König. Mten

unnsere allergnedigste Herrnn unnd die Stennde des Reichs des Christenlichen Vorhabens sein, alle nützliche weeg unnd müttel, zu Vergleichung der zwispaltigen Religion, inn teutscher nation, durch gottes Hilf zu suchenn, so wellenn wir die erzelte ordnung allein, bis auf ein gemeine Christenliche Vergleichung fürgenommen haben, zu dem allmechtigen gott unnd Vatter unnsere liebens Herrnn Jhesu Christi verhoffend, er werde hierzu sein Hailigenn gaist verleihen, das durch dise Closter ordnung sein göttlicher Nam gepreiset, unnd die Christenlich Kirch gebessert werd.

Actum Stutgarten denn Neundten January anno p. fünfzig sechse

Cristof Herzog zu Wüttemberg (sic) .p.

Anmerkungen:

Quelle: Generallandesarchiv Karlsruhe 65/11803

சென்னை

சென்னை

சென்னை

சென்னை

சென்னை

சென்னை

சென்னை

சென்னை

சென்னை

சென்னை

சென்னை

சென்னை

சென்னை

சென்னை

சென்னை

சென்னை

சென்னை

சென்னை

சென்னை

சென்னை

சென்னை

1. 10

2. 10

4

5. 10

6. 10

7. 10

8.

சென்னை

சென்னை

சென்னை

சென்னை

சென்னை

சென்னை

சென்னை

சென்னை

சென்னை

சென்னை

சென்னை

சென்னை

சென்னை

சென்னை

சென்னை

சென்னை

சென்னை

சென்னை

சென்னை

சென்னை

சென்னை

9. 10

0

1. 10

2. 10

3.



சென்னை





Abb. 2: Gaskugel und Villingen am 14. Januar 1986.

Horst Antes entwickelte aus all den ihm vorliegenden Informationen seinen Gestaltungsvorschlag, der in seiner Einfachheit ebenso radikal, wie in seiner Anmutung von nachhaltiger Präsenz ist: Indem er die Kugelform des Gasspeichers mit unterschiedlichen Farben in zwei Hälften scheidet – ein blau-grünlicher Farbton (Taubenblau) im Osten, ein erd-(rost-)farbiger Farbklang im Westen<sup>14</sup> – greift er die unterschiedliche Licht-Reflexion auf die Kugel im Tagesverlauf und damit die je verschiedenen Wahrnehmungsphänomene des Lichts am Morgen und am Abend auf. Des Weiteren setzt er assoziativ den physikalischen Gegensatz von Gas und Metallkörper, also 'Leichtigkeit' und 'Schwere', in farblichen Kontrast. Zugleich verweist die Trennlinie auf der Oberfläche der Kugel auf die hydrologische Situation und kommentiert in süffisant-ironischer Weise die stadtpolitische Gegebenheit des vor einer Dekade entstandenen Oberzentrums. All diese Überlegungen zur Gestaltung erläuterte Horst Antes in Begleitung seiner Frau Dorothee Antes am 12. Juli 1984 am Gasspeicher den Mitgliedern des Aufsichtsrates der SVS, zeigte mit verschiedenen Farbtafeln die Wirkung der hellen und dunklen Farbtöne und beantwortete zahlreiche Fragen der Aufsichtsräte. Nach dreißig Minuten kam es zur Entscheidung; mit nur einer Gegenstimme<sup>15</sup> sprach sich der Aufsichtsrat für den Vorschlag des berühmten Künstlers aus.

War im Aufsichtsrat die Haltung zum Gestaltungsvorschlag eindeutig, entwickelte sich im

Gemeinderat in verschiedenen Sitzungen eine engagiert und leidenschaftlich geführte Diskussion über die künstlerische Idee, die in nichts den auch heute in diesem Gremium zum Thema Bildende Kunst artikulierten Haltungen nachsteht. 'Angeregt' waren die zum Teil schriftlich eingereichten Fragen<sup>16</sup> auch von 'Gerüchten', die in gewöhnlich 'gut unterrichteten Kreisen' kursierten, einer Falschmeldung zum Honorar des Künstlers<sup>17</sup>, wohl auch befördert vom anstehenden Wahlkampf der Parteien zur Gemeinderatswahl im Herbst und aufgrund zahlreicher Leserbriefe in den lokalen Medien<sup>18</sup>.

Die Wortschlachten der Stadträte fanden ihren Höhepunkt im Vorwurf von Christian Schlenker (CDU), der seinem Ratskollegen Ernst Reiser (FWV) die „Krone der Kunstbanausität“<sup>19</sup> aufsetzte und so den streitbaren Landwirt aus Nordstetten desavouierte.

Trotz aller politischer Händel und nachdem die administrativen Entscheidungen getroffen waren, konnte im September 1984 mit der Umsetzung des Farbanstrichs<sup>20</sup> begonnen werden. Ausgewählt hatte Horst Antes für die nach Bad Dürkheim weisende Seite der Kugel die Farben 'Taubenblau', die aus 'RAL 5014' gemischt mit Weiß zu fertigen war. Für den erd-(rost-)farbigen Farbklang der nach Villingen zeigenden Hälfte sollte die Farbe 'DB 310' verwendet werden. Der Künstler stellte bei seinem Besuch Ende September 1984 aber fest, dass das verwendete 'Taubenblau' nicht dem Farbklang entsprach, den er vorgeschlagen hatte. Vielmehr hatte Maler Albert Schmidberger statt 'RAL 5014' die Farbe 'DB 610' verwendet. Dieser Farbton sei in Abstimmung mit „einer Vielzahl von Amts- und SVS-Vertretern anhand von Farbkarten festgelegt worden, da es 'RAL 5014' „mit Glimmerausführung mit Aluminium-Bestandteilen vom Hersteller gar nicht gegeben“ habe<sup>21</sup> rechtfertigte sich Schmidberger. Die SVS bemängelte zudem, dass die Farbe nicht gleichmäßig deckend aufgetragen wurde und 'Schattierungen' entstanden seien. Bei diesen zu dünn aufgetragenen Stellen drohe daher ein frühzeitiger Korrosionsschaden; im Rahmen der Gewährleistung sei dies auf Kosten der Malerfirma zu beheben.

Aus all dem entwickelte sich ein heftiger 'Farbenstreit' zwischen Auftraggeber, Künstler und Malerfirma. Die lokalen Medien griffen das Streit-Thema dankbar auf, der Südwestfunk berichtete im Fernsehen überregional und zur Fasned 1985 wurde die Auseinandersetzung um die richtige Farbe in der 'Bütt' und auf verschiedenen Podien humoristisch persifliert<sup>22</sup>. Monate später erst wurde durch ein Fachgutachten Einigung erzielt: Umgesetzt werden sollte jetzt die Farbe 'RAL 5014' + Weiß im Rahmen des Icosit EG 5-Systems<sup>23</sup>. Diese Polyurethan-Farbe ergab eine glatte, glänzende und vor allem monochrome Oberfläche. Der Malerbetrieb begann am 22. Juli 1985 um 8:00 Uhr die Ausbesserungsarbeiten und schloß diese nach 14 Tagen ab.



Abb. 3: Klaus Gaßmann mit Farbmuster.

15 Jahre später war eine Überprüfung der Schweißnähte und auch ein Neuanstrich des Gasspeichers notwendig, da Sonne, Wind und Regen

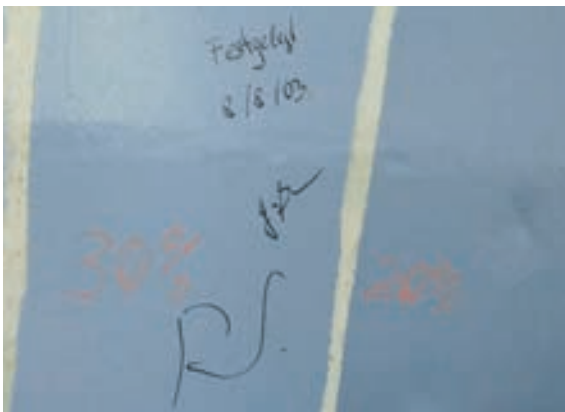


Abb. 4: Farb-Entscheidung mit Unterschrift.

der Oberfläche arg zugesetzt hatten. Aus den Erfahrungen beim Erstanstrich bat die SVS mich als Leiter der Städtischen Galerie mit dem Künstler Kontakt aufzunehmen, um die notwendige Restaurierung seines Kunstwerkes zu besprechen. Der Anfrage bei Horst Antes am 9. September 2000 folgte nach wenigen mündlichen Erläuterungen und der Zusicherung, dass die aufzutragende Farbe genau mit vorhandenen Farbproben vom verbesserten Erstanstrich abgeglichen wird, am 29. September 2000 die schriftliche Freigabe der Arbeiten durch die Gattin des Künstlers. In ihrem Brief bedankte sie sich im Namen ihres Manns zudem herzlich für das professionelle Procedere zur Erhaltung des größten jemals vom Künstler geschaffenen Werkes.



Abb. 5: Die Gaskugel erstrahlt in frischen Farben.



Abb. 6: Die Musiker steigen in Schutzkleidung durch die Bodenluke ins Innere.

Nach umfangreichen Vorbereitungen stellte Ulrich Köngeter am 28. Mai 2003 bei einem Pressegespräch am Gasspeicher – dieser war für die notwendigen Arbeiten<sup>24</sup> gasfrei gestellt worden und damit zugänglich – die anstehende Umsetzung der Sicherungs- und Restaurierungsarbeiten<sup>25</sup> der Öffentlichkeit vor. Und er lud die Medienvertreter und alle weiteren Gäste dazu ein, die riesige Gaskugel zu besteigen, um auch Einblick in das Innere des Bauwerks zu erhalten. Ausgestattet mit weißer Schutzkleidung begannen einige den Auf- und den dann folgenden Einstieg am Zenit der fast 30 Meter hohen Kugel. Belohnt wurden die 'Mutigen' neben den visuellen und olfaktorischen Eindrücken<sup>26</sup> mit einer außergewöhnlichen (!) Akustik im Inneren. Fünf, sechs, ja sieben Mal reflektierte der Schall im kugelförmigen Inneren und es entstand der Eindruck eines zeitlos verharrenden Raum-Tones. Jochen Bruche, damals im Hauptberuf für das SWR-Studio in Villingen tätig, erkannte als Musiker sofort diesen einzigartigen Ort als Spielstätte für zeitgenössische Musik. Und mit Erlaubnis der SVS<sup>27</sup> organisierte der Hörfunk-Journalist in kürzester Zeit ein Konzert mit seinen Musikerfreunden im Innenraum des Gasspeichers.



Abb. 7: Jochen Bruche 'in concert' in der Gaskugel.

Über dieses einzigartige Klangexperiment – neben Jochen Bruche (Gitarre, Mandoline) wirkten Wolfgang Lindenfelser (Saxophone, Bassklarinette), Ferdinando Dias Costa (Gesang, Percussion) und Christoph Marquardt (Bass, Recording)

mit – drehte Klaus Peter Karger den Dokumentarfilm 'Das Gaskugel Projekt. Ein Experiment mit 8000 Kubikmetern Sound'<sup>28</sup>. Das größte Kunstwerk im öffentlichen Raum wurde so selbst zur Bühne für die künstlerischen Gattungen Musik und Film.

In den vergangenen 33 Jahren wurde über den Gasspeicher als Kunstwerk<sup>29</sup> immer wieder – auch kontrovers – diskutiert. Die unterschiedlichsten Positionen der Diskutanten, das Verständnis über verschiedene Vorstellungen, was Kunst ist und/oder sein kann, auch die subjektiven Befindlichkeiten und die persönlichen Erfahrungen im Umgang mit zeitgenössischer Kunst halten diese Diskussionen bis heute lebendig. Der Kunsthistoriker Klaus Gallwitz<sup>30</sup> kommentierte das Werk von Horst Antes in einem Brief vom 26. Mai 1987 an Dr. Hans Schlenker in klaren Worten: „Am 25.4.1987 hatte ich Gelegenheit, den Kugelgasbehälter, von dem schon so viel die Rede war, zu sehen. ... Für den unbefangenen Betrachter wirkt sie nicht protzig und auffallend. Es handelt sich um eine besonders gelungene Art des schwierigen und oft so mißglückten Unternehmens von 'Kunst am Bau'. An dieser Kugel ist nichts kleinlich oder anmaßend: Die vollkommene, farbig zweigeteilte Form ist ein Werk ohne handschriftliche Signatur. Kein 'Blender' hat sich hier 'verewigt'. ... Das Ergebnis ist frei von Willkür und beweist in besonderem Maße, wie auch zeitgenössische Kunst sich einer vorgegebenen technischen Aufgabe dienend stellt und eine Lösung findet, die überraschend und herausfordernd in ihrer bewußten Einfachheit ist.



Abb. 8: Andy Scholz fotografierte die Gaskugel beim Projekt 'Privatkontakte'

Der Kugelgasbehälter in Villingen-Schwenningen gehört zu den wenigen gelungenen Beispiele einer Koexistenz von Technik, Landschaft und Kunst.”

### Technische Daten<sup>31</sup>:

<i>Geometrischer Inhalt</i>	8.180 m <sup>3</sup>
<i>Behälterdurchmesser</i>	25 m
<i>Behälteroberfläche</i>	1.975 m <sup>2</sup>
<i>Maximaler Betriebsdruck</i>	10,5 bar
<i>Probedruck</i>	11,55 bar
<i>Berechnungstemperatur</i>	40 °C
<i>Leergewicht</i>	5.000 KN = 500 Mp
<i>Gefüllt mit Gas</i>	5.700 KN = 570 Mp
<i>Gefüllt mit Luft</i>	5.900 KN = 590 Mp
<i>Werkstoffeinsatz</i>	
<i>Kugelmantel aus Feinkorn-Baustahl nach Stahl-</i>	
<i>Eisen-Werkstoffblatt 089-70 Wanddicke von oberer</i>	
<i>Kalotte mit 29 mm Dicke bis untere Kalotte mit 38</i>	
<i>mm Dicke</i>	
<i>Gesamtschweißnahtlänge</i>	805 m
<i>Schweißlagenlänge</i>	12.000 m
<i>Zusammengesetzt aus 58 Einzelsegmentblechen</i>	

### Anmerkungen:

- <sup>1</sup> Am 15. April 1934 geboren. Von 1972-1999 Geschäftsführer der SVS. Am 3. Dezember 2014 gestorben.
- <sup>2</sup> Manuskript von Ulrich Köngeter, derzeitiger Geschäftsführer der SVS, Historie zur Gestaltung der Gaskugel im Stadtbezirk Villingen, 24. September 2015.
- <sup>3</sup> 1874 brennen die ersten Gaslampen in Villingen; s. 'https://www.svs-energie.de/unternehmen/geschichte.html'; Zugriff am 31. Juli 2016.
- <sup>4</sup> Gebaut von Klöckner-Wilhelmsburger GmbH Behälter- und Apparatebau, Werk Georgsmarienhütte; Die Bau- und Prüfüberwachung verantwortete der TÜV Mannheim, Dienststelle Freiburg.
- <sup>5</sup> Auch Wolfgang Martin, Kreisbeauftragter für Naturschutz, sprach sich gegen eine figurliche Darstellung auf der Kugel aus: Bauwerke dürfen nach dem Naturschutzgesetz 'nicht störend' in Erscheinung treten.
- <sup>6</sup> Am 31. August 1936 in Karlsruhe geboren. Er hatte nach einer Zimmerlehre die Ingenieurschule besucht und als staatlich geprüfter Bauingenieur abgeschlossen. Anschließend studierte er Architektur bei Professor Egon Fritz Wilhelm Eiermann an der Technischen Hochschule Karlsruhe. Nach der Staatsprüfung für den höheren bautechnischen Verwaltungsdienst mit Schwerpunkt Hochbau war er ab 1970 für zwei Jahre Gruppenleiter im Universitätsbauamt Karlsruhe und dann als Oberregierungsbaurat und Leiter der Abteilung Planung und Durchführung verantwortlich. 1980 wurde er Zweiter Beigeordneter der Stadt

- Villingen-Schwenningen, 1983 Erster Beigeordneter. Am 11. Dezember 2014 gestorben.
- <sup>7</sup> Am 28. Oktober 1936 in Heppenheim geboren. Studierte von 1957 bis 1959 bei HAP Grieshaber an der Akademie der Bildenden Künste in Karlsruhe. 1962 Villa Romana-Preis, Florenz. 1963 Villa Massimo-Preis, Rom. Teilnahme an der documenta III 1964, IV 1968 und VI 1977 in Kassel. Wohnt in Karlsruhe und Castellina, Italien.
- <sup>8</sup> Angeregt durch die Kachina-Puppen der Pueblo-Indianer besitzen die 'Kopffüßler' keinen Hals, wenig Brust und Bauch. Kopf und Füße scheinen ineinander überzugehen. Erstmals in Rom 1963 ausgestellt. In der Städtischen Galerie Villingen-Schwenningen im Franziskanermuseum wurden diese 'Kopffüßler' in der Ausstellung 'Horst Antes – 53 Bilder; 33 Sammler aus Süddeutschland' vom 26. April – 8. Juni 1987 gezeigt.
- <sup>9</sup> Aktenvermerk Theo Kühn vom 13. Februar 1984 und Schreiben an Horst Antes vom 21. Februar 1984; Stadtarchiv, aus 1.13; Nr. 1546. Herzlicher Dank an dieser Stelle an Ute Schulze vom Stadtarchiv.
- <sup>10</sup> „Seit diesem ersten Ortstermin wurde von Prof. Antes der Farbwechsel der Landschaft ständig verfolgt und in seinem Lösungsvorschlag auch verarbeitet.“ aus: Stellungnahme Theo Kühn an Oberbürgermeister Dr. Gerhard Gebauer vom 26. Juli 1984 zur Anfrage des Stadtrats Ernst Reiser (FWV). Stadtarchiv, aus 1.13; Nr. 1546.
- <sup>11</sup> Geplant 1966 von Prof. Adolf Bayer (1909–1999) aus Karlsruhe; realisiert auf dem Gewann Kopsbühl von 1972–1976 von der Villingen Baufirma Gebrüder Seemann (SEWO) als zwei kreisförmige, einander vorgelagerte Baukörper in fünf- und achtgeschossiger Bauweise in der Höhe gestaffelt mit 520 Wohneinheiten für bis zu 2000 Menschen; vergl.: SÜDKURIER vom 3. November 1972.
- <sup>12</sup> Dieser lag, in einer vertieften Mulde, in unmittelbarer Nähe zur Gasübergabestation der Gasversorgung Süddeutschland an der B 33. Aus planungsrechtlichen Gründen konnte der zuerst vorgesehene Standort im Gewerbegebiet Vockenhausen nicht realisiert werden. Schreiben von Theo Kühn an Oberbürgermeister Dr. Gerhard Gebauer vom 26. Juli 1984. Stadtarchiv, aus 1.13; Nr. 1546.
- <sup>13</sup> Schreiben von Hans Schlenker an Oberbürgermeister Dr. Gerhard Gebauer vom 18. September 1984. Stadtarchiv, aus 1.13; Nr. 1546.
- <sup>14</sup> Der Sockel sollte in dunklen Erdfarben gehalten sein; die Farbwahl für die Arbeitsleiter sollte erst nach dem Anstrich der Kugel entschieden werden. Mit Schreiben vom 21. Mai 1985 teilt Dorothee Antes mit, dass die Leiter im hellen Farbton gestrichen werden soll.
- <sup>15</sup> Josef Weyers, Betriebsrats-Vorsitzender der SVS, lehnte den Vorschlag ab, da er „durch die dunkle Farbe einen zu starken Aufheizeffekt des Behälters, der sich negativ auf das Gasvolumen auswirke“ befürchtete. Vergl. SÜDKURIER vom 13. Juli 1984.
- <sup>16</sup> So Ernst Reiser (FWV) mit Schreiben ohne Datum; In der Gemeinderatssitzung am 25. Juli 1984 vorgetragen; in der Sitzung am 26. September 1984 von Oberbürgermeister Dr. Gerhard Gebauer beantwortet; Stadtarchiv, aus 1.13; Nr. 1546
- <sup>17</sup> Die Südwest Presse – Die Neckarquelle titelte am 10. Juli 1984: „Karlsruhe Kunstprofessor soll für 80.000 Mark Gasbehälter am Stallberg verschönern“. Geschäftsführer Dr. Hans Schlenker, Oberbürgermeister Theo Kühn und Oberbürgermeister Dr. Gerhard Gebauer mußten mehrfach erklären, dass in diesem Betrag auch die Kosten für die Malerarbeiten für 2.000 qm



Fläche, 1.200 kg Farbe und das Künstlerhonorar enthalten sind. Die Gesamtkosten des Gasspeichers betragen 3,6 Millionen DM.

<sup>18</sup> Klaus Schmitzdorf vermutet aufgrund der Bekanntschaft Kühn/ Antes „Vetterleswirtschaft“ und fragt nach dem „Stundenlohn“ des Künstlers (Südwest-Presse, 28. Juli 1984); Robert Peter und Hans Lennartz fordern „drei Baumreihen Fichten zu pflanzen... die den Gaskessel innerhalb von 10 Jahren unsichtbar machen.“ (Schwarzwälder Bote, 1. August 1984); Adolf Klagges bemängelt, dass die Stadt kein Geld zum Bau des Bürgerheims und für die dringenden Arbeiten am Kindergarten an der Friedhofstraße habe. „Ja selbst die Geschenkkörbe für die alten Leute wurden aus Geldmangel gestrichen.“ (Südwest Presse, 2. August 1984); Eduard Hauser fordert „einheimische Künstler“ zu beauftragen (Schwarzwälder Bote, 4. August 1984); Karl Bauer ruft die Kunstbefürworter auf: „Bezahlt doch euer Kunstverständnis aus eigener Tasche.“ (Schwarzwälder Bote, 6. August 1984); Altstadtrat Dr. Paul Hertenstein weiß, dass das, was „uns als Kunst in unserer modernen Gesellschaft seit Jahrzehnte zugemutet wird, ist doch zum größten Teil billigste Pseudo-Kunst und Subkultur, die von irgendwelchen dubiosen Kunstpäpsten... zu führenden Kunstwerken der Gegenwart hochstilisiert werden.“ (Schwarzwälder Bote, 6. August 1984).

<sup>19</sup> SÜDKURIER vom 1. August 1984.

<sup>20</sup> Den Auftrag erhielt nach Ausschreibung die Fima Albert Schmidberger aus Schömberg; vgl. Anm. 2 und Stadtanzeiger vom 14. November 1984.

<sup>21</sup> Vergl. Stadtanzeiger vom 14. November 1984.

<sup>22</sup> Dr. Hans Schlenker schickte am 3. April 1985 dem Künstler eine Video-Kassette mit Aufnahmen vom Zunftball der Historischen Narrozunft 1584 e.V. Villingen vom 1. Februar 1985. „Möge sie auch Ihnen – wie dem Villingen-Schwenninger Publikum – trotz gewisser, unverkennbarer Untertöne etwas Spaß bereiten.“; Stadtarchiv, aus 1.13; Nr. 1546.

<sup>23</sup> Brief von Dorothee Antes an Martin Maier, SVS, vom 21. Mai 1985 und Aktennotiz von Martin Maier vom 19. Juni 1985.

<sup>24</sup> Vor dem Neuanstrich mußten alle Schweißnähte auf ihre Dichtigkeit überprüft werden.

<sup>25</sup> Die Festlegung der zu verwendenden Farbe wurde mit Klaus Gaßmann von der SVS am 8. August 2003 getroffen.

<sup>26</sup> Dem geruchlosen Erdgas sind Geruchsstoffe zur Warnung beige-mischt, deren Rückstände in der Kugel jämmerlich stanken!

<sup>27</sup> Maximilian Mast von der SVS unterstützte das Vorhaben mit großem Engagement.

<sup>28</sup> 2004 im Kulturzentrum Scheuer in Villingen vom Kommunalen Kino guckloch Villingen-Schwenningen e.V. uraufgeführt. Die DVD ist über 'http://www.kargerkultur.de/html/das\_gaskugel\_projekt.html' erhältlich.

<sup>29</sup> Der Auftrag an Horst Antes war zunächst als 'Fachberater' tätig zu werden. Durch seine intensive Auseinandersetzung zur Gestaltung und der hohen Qualität ist es m.E. legitim, das Ergebnis seiner Arbeit als 'Kunst am Bau' und somit als 'Werk des Künstler' zu bezeichnen. Im Werkverzeichnis 'Skulptur' des Künstlers ist es aber bis heute nicht aufgenommen. Vergl. E-Mail vom 4. September 2015 von Sabine Kessler, Büro Prof. Horst Antes.

<sup>30</sup> Am 14. September 1930 in Pillnitz bei Dresden geboren; Er studierte Alte Sprachen und Kunstgeschichte in Berlin, Halle, Kiel und München; Promotion in Göttingen 1956; 1959 bis 1967 Badischer Kunstverein Karlsruhe; 1967 bis 1974 Staatliche Kunsthalle Baden-Baden; 1974 bis 1994 Städtisches Kunstinstitut Frankfurt; 1995 bis 2002 Künstlerhaus Schloss Balmoral Bad Ems; 2004 bis 2006 Gründungsdirektor des Museums Frieder Burda; 2006 bis 2008 Gründungsdirektor des Arp Museums Bahnhof Rolandseck.

<sup>31</sup> Wie Anm. 2.

#### Bildunterschriften:

Abb. 1: Blick auf die Gaskugel und Rundling am 14. Januar 1986; Foto: Stadtwerke Villingen-Schwenningen GmbH

Abb. 2: und auf Villingen am 14. Januar 1986; Foto: Stadtwerke Villingen-Schwenningen GmbH

Abb. 3: Klaus Gaßmann mit Farbmuster zur Festlegung der Farbmischung für den Neuanstrich 2003; Foto: Städtische Galerie Villingen-Schwenningen

Abb. 4: Die Farb-Entscheidung wird mit Unterschrift dokumentiert; Foto: Städtische Galerie Villingen-Schwenningen

Abb. 5: Die Gaskugel erstrahlt in frischen Farben; Foto: Karger Film Kultur und Video

Abb. 6: Die Musiker steigen in Schutzkleidung durch die Bodenluke ins Innere; Foto: Karger Film Kultur und Video

Abb. 7: Jochen Bruche 'in concert' in der Gaskugel; Foto: Karger Film Kultur und Video

Abb. 8: Andy Scholz fotografierte die Gaskugel beim Projekt 'Privatkontakte' zur Ausstellung mit Studierenden der Dokumentar fotografie Prof. Jörg Sasse, Universität Duisburg-Essen 2005

1

1

1  
 2  
 3  
 4  
 5  
 6  
 7  
 8  
 9  
 10  
 11  
 12  
 13  
 14  
 15  
 16  
 17  
 18  
 19  
 20  
 21  
 22  
 23  
 24  
 25  
 26  
 27  
 28  
 29  
 30  
 31  
 32  
 33  
 34  
 35  
 36  
 37  
 38  
 39  
 40  
 41  
 42  
 43  
 44  
 45  
 46  
 47  
 48  
 49  
 50  
 51  
 52  
 53  
 54  
 55  
 56  
 57  
 58  
 59  
 60  
 61  
 62  
 63  
 64  
 65  
 66  
 67  
 68  
 69  
 70  
 71  
 72  
 73  
 74  
 75  
 76  
 77  
 78  
 79  
 80  
 81  
 82  
 83  
 84  
 85  
 86  
 87  
 88  
 89  
 90  
 91  
 92  
 93  
 94  
 95  
 96  
 97  
 98  
 99  
 100

1  
 2  
 3  
 4  
 5  
 6  
 7  
 8  
 9  
 10  
 11  
 12  
 13  
 14  
 15  
 16  
 17  
 18  
 19  
 20  
 21  
 22  
 23  
 24  
 25  
 26  
 27  
 28  
 29  
 30  
 31  
 32  
 33  
 34  
 35  
 36  
 37  
 38  
 39  
 40  
 41  
 42  
 43  
 44  
 45  
 46  
 47  
 48  
 49  
 50  
 51  
 52  
 53  
 54  
 55  
 56  
 57  
 58  
 59  
 60  
 61  
 62  
 63  
 64  
 65  
 66  
 67  
 68  
 69  
 70  
 71  
 72  
 73  
 74  
 75  
 76  
 77  
 78  
 79  
 80  
 81  
 82  
 83  
 84  
 85  
 86  
 87  
 88  
 89  
 90  
 91  
 92  
 93  
 94  
 95  
 96  
 97  
 98  
 99  
 100



A E  
 B

Entstanden war Kienzle Apparate aus der Schwenninger Uhrenfabrik Kienzle. Der Fabrikant Jakob Kienzle kaufte 1912 die in Konkurs gegangene Villingener Uhrenfabrik Werner auf und übernahm dadurch auch die Entwicklungen, die innerhalb der Wernerschen Uhrenfabrik im Zusammenhang mit dem Taxameterbau und der Konstruktion einer Rechenmaschine entstanden waren.

1928 wurde das Unternehmen Kienzle Apparate selbständig, Geschäftsführer wurde der Sohn von Jakob Kienzle, Dr. Herbert Kienzle. Das Unternehmen zählte zu dieser Zeit gerade 40 Mitarbeiter.<sup>3</sup> In der Zeit des Nationalsozialismus gelang es durch Ausnutzung der neuen Wirtschaftspolitik, die neuen Machthaber davon zu überzeugen, dass mit den Kienzle-Fahrtenschreibern ein rohstoffsparendes Fahren mit den Kraftfahrzeugen möglich war, wodurch der Gummiabrieb bei Autorädern reduziert und der Kraftstoffverbrauch verringert werden konnte. Frühzeitig gelang es, Rüstungsaufträge zu bekommen. Das Unternehmen expandierte dadurch enorm von ca. 300 Beschäftigten vor dem 2. Weltkrieg auf 1.450



Abb. 2: Dr. Herbert Kienzle (StAVS).

Beschäftigte inkl. Fremdarbeiter bei Kriegsende. Die Expansion bedeutete auch, dass Kienzle seinen Gebäudebestand in der Kriegszeit stark erweitern musste.

Gerade in den Zeiten der Kriegswirtschaft war es wichtig, die Mitarbeiter bei Laune zu halten, weshalb Kienzle großen Wert auf den Aufbau einer funktionierenden Betriebsgemeinschaft legte.<sup>4</sup>

Von größeren Kriegsschäden blieb Kienzle verschont, allerdings musste man Verluste durch die Demontage hinnehmen. Es gelang jedoch dem Unternehmen, ab 1949 an seine früheren Erfolge anzuknüpfen. 1951 hatte man bereits wieder 1.215 Beschäftigte.

### 50er und 60er Jahre – Aufbau des Unternehmens

Die Büromaschinenindustrie war vor 1945 in Thüringen und Sachsen angesiedelt. Es gelang, den Buchungsmaschinen-Konstrukteur Lorenz Maier und den Verkaufsdirektor des sächsischen Büromaschinenherstellers Wanderer Continental, Karl Hueg, nach Villingen zu holen und mit dem erfolgreichen Unternehmenszweig Büromaschinen zu beginnen.

Auf der Hannover Messe 1950 zeigte Kienzle erstmals seine Kienzle-Saldier Maschine der Klasse 100. 1951 präsentierte das Unternehmen eine einfache Buchungsmaschine.<sup>5</sup> Kienzle konnte sich



Abb. 3: Kienzle Buchungsmaschine Klasse 200 (StAVS).

innerhalb kurzer Zeit auf dem Markt durchsetzen. Kunden waren: Behörden, Banken, Sparkassen, Handels- und Industrieunternehmen<sup>6</sup> und auch die Deutschen Bundespost.<sup>7</sup> „Von Schüttel- und

Springwagen führte der Weg über sogenannte Simplex-Buchungsmaschinen zu einem Buchungsmaschinenprogramm, das bis zum Ende der fünfziger Jahre alle technisch-organisatorischen Möglichkeiten der damaligen Zeit abdeckte und in der Bundesrepublik Deutschland einen beachtlichen Marktanteil sicherte.“<sup>8</sup> Über 50% aller in der Bundesrepublik hergestellten Addierbuchungsmaschinen seien damals aus Villingen gekommen. Die Umsätze stiegen. Das Unternehmen expandierte. Bereits Ende 1953 hatte Kienzle 1.575 Beschäftigte. Im Dezember 1955 zählte Kienzle 2.088 Mitarbeiter. Im Juli 1956 wurde die 48-Stundenwoche auf 45 Stunden reduziert. Im Werk Villingen waren 1956 1.896 Mitarbeiter beschäftigt. 1958 waren es in Villingen 1.902 Mitarbeiter und 1959 2.051.



Abb. 4: Fertigung im Brigachbau, 50er Jahre (StAVS).

Am 3. Juni 1954 starb Geschäftsführer Dr. Herbert Kienzle. Im Oktober 1954 trat sein Sohn Jochen Kienzle in die Geschäftsführung ein.

Kienzle stand für Tradition und Moderne, war in der Nachkriegszeit ein positives Beispiel eines erfolgreichen, technologisch innovativen Familienbetriebs, der sich durch eine soziale und relativ transparente Mitarbeiterführung auszeichnete. Kienzle stand für betrieblichen und gesellschaftlichen Zusammenhalt, war ein Beispiel für den stürmischen sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt Nachkriegsdeutschlands.

Das Unternehmen suchte gute Arbeitskräfte. Dies war der Grund, weshalb Heinz H. 1958 von Buggingen nach Villingen kam. Er wollte nach dem Abitur nicht studieren, sondern einen Beruf



Abb. 5: Betriebssport (StAVS).

ergreifen und bewarb sich bei vielen südbadischen Unternehmen. Dann las er eine Anzeige, dass Kienzle Apparate Lehrlinge suche. Damals war der Weg nach Villingen weit. „Da musste man erst auf die Karte gucken“. H. machte eine Ausbildung zum Industriekaufmann und arbeitete anschließend im Produktbereich B (Büromaschinen) bis zu dessen Ende 1998. Bei Kienzle lernte er auch seine Frau kennen.<sup>9</sup>

Wegen des hohen Bedarfs an Mitarbeitern in den Nachkriegsjahren kümmerte sich das Unternehmen um Wohnungen für die Zugezogenen. Man organisierte Weihnachtsfeiern und unterschiedlichste gesellige Aktivitäten, finanzierte Betriebsrenten und andere soziale Beihilfen.<sup>10</sup>

Heinz H. und seine Frau erinnern sich wie viele andere Villingen: „Weihnachten bei Kienzle Apparate, das war das große Ereignis in Villingen. Da saß einer am Flügel, da wurden Weihnachtslieder gesungen. Das war richtig schön. Die Kinder wurden beschenkt. Und dann hat man in der Stadt gesehen, wer bei Kienzle gearbeitet hat. Das hat man an den Kindern ablesen können. Die hatten alle qualitativ hochwertige Anoraks vom Nikolaus bekommen. Da hat man in Villingen gesagt, das sind Kienzle-Kinder. Man hat einfach gesehen, welche Kinder die Geschenke von Kienzle anhaben.“<sup>11</sup>





Abb. 6: Kienzle Weihnachtsfeier in der Tonhalle 1971? (privat).

Das Verhältnis von Arbeitern und Angestellten verschob sich bei Kienzle Apparate schon sehr früh zu Gunsten der Angestellten, was darauf zurückgeführt wurde, dass bei Kienzle Apparate immer mehr qualifizierte Fachkräfte „mit der Wahrnehmung von Angestelltenaufgaben betraut wurden“. Die Zunahme der Angestellten sei keinesfalls auf die Zunahme der Verwaltung zurückzuführen, sondern sei ein Ergebnis „der fortschreitenden Entwicklung der Technik“, deshalb habe man viele ehemalige Arbeiter auf Grund ihres neuen Aufgabengebiets ins Angestelltenverhältnis übernommen.<sup>12</sup>

Kienzle Apparate bemühte sich laufend um Innovationen und neue Produkte. Die Fortbildung der Mitarbeiter war aus diesem Grund sehr wichtig. Bereits 1962 bot das Unternehmen Kurse in Mathematik, Englisch, Französisch und Elektronik an. Beklagt wurde allerdings, dass nur wenige Teilnehmer die Kurse bis zum Schluss durchhielten.<sup>13</sup>

Das Unternehmen kümmerte sich konsequent um die Weiterbildung seiner Arbeitskräfte. Man setzte sich für die Einrichtung einer Technikerschule in Villingen (1961/62) ein und versuchte aus den vorhandenen Mitarbeitern Führungskräfte heranzubilden, indem man diese motivierte, die Techniker-, Meister- und Ingenieurschulen zu besuchen.<sup>14</sup> Bildung und berufliche Weiterbildung waren ein großes Thema. Man sah sich deshalb in der glücklichen Lage „laufend qualifizierte Lohnempfänger in das Angestelltenverhältnis“ zu

übernehmen. 1962 wurden insgesamt 67 Arbeiter Angestellte. Die von Kienzle „stark geförderte fachliche Weiterbildung – durch Errichtung von Fachkursen aller Art im Werk und durch Finanzierung der Teilnahme an Bildungsmöglichkeiten“ – machte sich bemerkbar. „Weiterhin [wurden] zahlreiche technische und kaufmännische Spezialkräfte besonders für die immer komplizierter werdenden Büromaschinen geworben.“ Die Veränderung in der Produktion wirkte sich auf die Zusammensetzung der Belegschaft aus; diese Entwicklung verlangte immer stärker Fach- und Spezialkräfte im Angestelltenverhältnis, während der Bedarf an ungelerten Arbeitern ständig abnahm. Die Fluktuation im Unternehmen war erfreulich niedrig, trotz des hohen Arbeitskräftemangels in der Wirtschaftswunderzeit.<sup>15</sup> Größere Kontingente an Gastarbeitern würden nicht benötigt, da der Bedarf an ungelerten Arbeitskräften abnehme. Die ausländischen Mitarbeiter, die man habe, seien allerdings gut integriert.<sup>16</sup>

#### EAB – eine erfolgreiche Unternehmensstrategie

In der Betriebsversammlung am 29.11.1961 wies Jochen Kienzle auf das erfolgreiche Büromaschinenprogramm des Unternehmens hin und stellte aber gleichzeitig fest, dass die stürmische Wirtschaftsentwicklung der Bundesrepublik nachlasse. Die Kostenfrage werde für den Betrieb immer wichtiger.<sup>17</sup> Der Übergang vom mechanischen zum elektronischen Rechner verlief auch bei Kienzle nicht ganz reibungslos. 1960 hätte es bei



Abb. 7: Buchungsautomat Kienzle M 300, Hannover Messe 1959 (StAVS).

Kienzle Apparate „21 grundverschiedene Systeme, die auf die verschiedenen Konstruktionsgruppenleiter zurückgingen, gegeben. Diese historisch gewachsene Struktur sei „unsystematisch, unübersichtlich und ineffektiv“ gewesen. In Kombination mit Konstruktionsfehlern bei Neuentwicklungen führte dies zu Reklamationen und Lieferausfällen. Die mittel- und langfristige Produktplanung musste dringend umgestellt werden. „Bis dahin herrschte die Meinung vor, dass die Konstrukteure neue Ideen aus sich selbst heraus entwickeln würden. Die Krise zeigte aber, dass Produktplanung nur in enger Kooperation zwischen den technischen Abteilungen im Werk und den Vertriebsvertretern mit ihren Erfahrungen aus den Kundenkontakten funktionieren könne.“<sup>18</sup>

1962 arbeiteten im Villinger Werk 2.585 Personen.<sup>19</sup> 1963 zählte das Villinger Werk 2.681 Beschäftigte. Zum 1.1.1964 wurde die wöchentliche Arbeitszeit auf 41 ¼ Stunden verkürzt.



Abb. 8: Büromaschinenfertigung (StAVS).

Bereits 1963 gründete Kienzle Apparate einen Entwicklungsausschuss Büromaschinen (EAB).<sup>20</sup> Ursache war die Elektronik nach Meinung der EAB-Mitglieder. Bei Kienzle habe es Ende der 50er Jahre den Beginn eines Strukturwandels gegeben.

Bis zur Erfindung des Transistors 1952 beherrschte die Mechanik den Markt. Die neuen Bauelemente ermöglichten ein günstigeres Preis-Leistungs-Verhältnis. „Nun aber gab es kleine, robuste Bauelemente, mit deren Hilfe Elektronenrechner auch für den Klein- und Mittelbetrieb entwickelt werden konnten, die ein günstiges Verhältnis zwischen Kosten und Leistung boten.“

Im EAB sollte nun zukünftige Produktpolitik entworfen werden. In diesem Ausschuss waren Vertreter der Marktforschung, Produkt- und Systemplanung sowie technische Experten vertreten, die Konzepte entwickelten für zukünftige Produkte/Produktlinien. Ein solches Vorgehen war schon deshalb nötig, weil „auf dem Markt für elektronische Datenverarbeitungsanlagen... ein sehr scharfer Wettbewerb [herrschte] und es nicht möglich [war], auf lange Sicht einen großen Vorsprung zu halten. Man [musste sich] permanent... bemühen, eine Spitzenstellung einzunehmen, sich einen guten Namen zu erwerben, ihn zu erhalten und zu verteidigen.“<sup>21</sup> In der Lücke zwischen den klassischen (mechanischen) Buchungsmaschinen und der EDV (den Großrechnern) sah Kienzle Apparate nun konsequent seine Zukunft. Man müsse „nun kompromisslos in die Computertechnik hineingehen.“ Für den Bereich, für den Kienzle produzierte, wurde der Begriff der Mittleren Datentechnik (MDT) erfunden. Hier ging es um Datenverarbeitung für mittlere Datenmengen. Zielgruppen dieser Systeme waren die Banken, die öffentlichen Verwaltungen und die mittelständische Industrie.

Heinz H., dessen Chef Heinz Beyer ein wichtiges Mitglied im EAB war, erinnert sich: „Die mechanischen Büromaschinen, das waren ja die ersten Produkte im sog. B-Bereich. Dann kam die Entwicklung hin zur Elektronik und damit kamen auch neue Wettbewerber. Da musste Kienzle sich sagen, da müssen wir mitziehen, denn die mechanischen Buchungsmaschinen können auf lange Frist keinen Erfolg haben. Da gab es Kollegen, die mich dann ziemlich ruppig angefahren haben, weil ich im Marketingbereich tätig war. Also in der Produktplanung. Für uns war es klar, wir müssen so langsam die Mechanik verlassen. Wir müssen unsere Mitarbeiter umschulen. Da gab es Leute, sehr tüchtige Mechaniker, die diese Buchungsmaschinen gemacht haben, die sich beschwerten: „Wie könnt Ihr diese mechanische Maschine aufgeben?“ Die Mechaniker, die diese mechanischen Buchungsmaschinen produziert haben und damit groß geworden waren, die kamen und sagten, „das kann doch nicht wahr sein!“ Die haben das nicht verstanden.“<sup>22</sup>



Abb. 9: Halblelektronischer Kienzle Buchungsautomat Klasse 300 (StAVS).

Die Halbleitertechnik und der Transistor erlaubten es nach der Vorherrschaft der Großrechner, kleinere, kompakte Rechner zu bauen. Bei Kienzle hatte man deshalb bereits 1960 „einen halblelektronischen Abrechnungsautomaten“ im Angebot. Erst der Computer 800 war angeblich ein echter Elektronenrechner. „Mit diesem System konnten organisatorische Lösungen angesteuert werden, von denen man kurz zuvor nicht zu träumen wagte, es sei denn man verfügte über eine EDV-Anlage großen Stils, ein 'Elektronengehirn' mit all seinem mystischen Zauber.“ Bei Kienzle begann damit die Zeit der „Codierer, Programmierer, Datenverarbeitungskaufleute [und] Computer-Service-Techniker“. 1968 folgte auf das System 800 der Kienzle-Computer 6000, vom Handelsblatt als „bedeutendste Neuheit“ auf dem Gebiet der mittleren Datentechnik begrüßt.

Kienzle Apparate war aktiv ins politische Leben der die Stadt Villingen integriert. 1965 saßen drei Betriebsangehörige im Villingener Gemeinderat: der Syndikus und Prokurist Josef Zieglwalner, E. Beha aus der Musterwerkstatt und Verkaufsdirektor P. Riegger.<sup>23</sup>

Im Bereich des Hauptamtsbezirks des Arbeitsamts Villingen arbeiteten 1966 3.274 Ausländer. Bei Kienzle Apparate waren rund 230 Ausländer unterschiedlicher Nationalitäten beschäftigt, was etwa 10 Prozent der Lohnempfänger entsprach.<sup>24</sup>

Nach der Wirtschaftskrise von 1967 nahm Kienzle Apparate mit seinen Büromaschinen einen ungebrochenen Aufschwung. Die Umsätze stiegen

wieder.<sup>25</sup> Die neuen Modelle der Klassen 5000 und 6000 erwiesen sich auf der Hannover-Messe als Renner.



Abb. 10: Hannover Messe 1966. Bundespräsident Heinrich Lübke am Kienzle-Stand (StAVS).

Das Unternehmen expandierte und brauchte deshalb neue Gebäude. Diesen Ausdehnungswünschen wurde von der Stadtverwaltung nicht immer so entgegengekommen, wie das Unternehmen dies erwartet hätte. Was die Geschäftsführung zu folgender Stellungnahme veranlasste: „Die Stadt [Villingen] lebt zum erheblichen Teil von einer gut florierenden heimischen Industrie. Doch kann sich dieses Gemeinwesen nicht darauf beschränken, hohe Gewerbesteuern zu kassieren und die arbeitsfähige Bevölkerung in der Vollbeschäftigung zu sehen: Die Stadt muß auch ihrerseits dazu beitragen, den Wachstumswünschen dieser Industrie Rechnung zu tragen. Dies denjenigen, die es angeht, ins Stammbuch.“<sup>26</sup>

1968 war die Wirtschaftskrise überstanden. Im Frühsommer besetzten die Studenten Räume der Sorbonne in Paris.<sup>27</sup> Auch in Deutschland gab es Studentenunruhen und die Bildung einer außerparlamentarischen Opposition.<sup>28</sup> Diese Entwicklungen lösten auch im Schwarzwald Ängste aus. So stellte Jochen Kienzle in der Betriebsversammlung 1968 fest: „Innerhalb unseres Betriebes konnten bislang alle Probleme zwischen Belegschaft und Unternehmensführung nicht zuletzt dank einer für alle Probleme verständnisvoll aufgeschlossenen Belegschaftsvertretung in gutem Einvernehmen gelöst werden. Wir haben uns gegenseitig auch für die Zukunft dieser vertrauensvollen Zusammenarbeit versichert.“

1969 waren im Stammwerk Villingen 3.165 Menschen beschäftigt, 45 Prozent Angestellte und 55 Prozent Arbeitnehmer. Das Unternehmen bildete 170 Lehrlinge aus in allen Sparten des Betriebes. Bewährte Arbeiter konnten bei Kienzle einen sogenannten verbesserten Arbeitsvertrag erhalten, was bedeutete, dass im Krankheitsfalle wie bei Angestellten der Lohn weiter gezahlt wurde. 45 Arbeiter wurden wegen ihrer qualifizierten Tätigkeit ins Angestelltenverhältnis übernommen. Außerdem wurden der Dr. Herbert-Kienzle-Unterstützungskasse jährlich große Summen überwiesen. Am 4.12.1968 hatte das Villingener Werk 3 173 Mitarbeiter. 37 Prozent, das entsprach 1.967 Beschäftigten, waren Einpendler.<sup>29</sup> Die Gesamtbelegschaft bei Kienzle nahm von 1961 bis 1971 um 1.100 auf 4.400 Beschäftigte zu. In dieser Zeit sank der Anteil der Arbeiter um 12 Prozent, die Angestellten nahmen um 10,5 Prozent zu. Auch der Anteil der Frauen stieg von 20,1 Prozent auf 25,7 Prozent.<sup>30</sup>

Stolz konnte Jochen Kienzle 1969 von einem Umsatzplus von 14,3 Prozent berichten. Durch die Produktionssteigerung bei Autos nahm auch der Umsatz bei Fahrtenschreibern wieder zu, auch Parkuhren liefen gut. Bei den Taxametern hingegen war der Umsatz rückläufig, gleiches galt



Abb. 11: Kienzle-Parkuhr (StAVS).

für die Preisrechner. Die großen Mineralölfirmen seien sehr investitionsunlustig. Für die Messschreiber versprach sich Kienzle durch neue Entwicklungen auch für die Zukunft gute Verkaufserfolge.

Besonders erfolgreich war der Bereich der Büromaschinen. „Die elektronische Datenverarbeitung... sei seit der Erfindung der Dampfmaschine der wohl größte technische Fortschritt“, bemerkte der Geschäftsführer. Die Geräte-Klassen 5000 und 6000 hätten auf der Hannover-Messe bewiesen, dass Kienzle auf dem richtigen Weg sei mit seiner mittleren Datentechnik. Trotz hartem Wettbewerb sah Jochen Kienzle zuversichtlich in die Zukunft, wenn das Unternehmen streng auf seine Wirtschaftlichkeit achte.<sup>31</sup>

Obwohl das Unternehmen sich sehr um seine Mitarbeiter bemühte, wurden auch immer wieder Mitarbeiter abgeworben, weshalb in den Kienzle-Blättern betont wurde, wie stolz der Einzelne sein könne, in einem solchen Unternehmen mit Weltrenomee mitarbeiten zu dürfen.<sup>32</sup> Auch das Jahr 1969 zeichnete sich durch erhebliche Umsatzsteigerungen der Kienzle-Produkte aus. Leider stiegen mit dem Umsatz auch die Kosten.

### Die 70er Jahre - Erfolge und sinkende Erträge

1970 hatte Kienzle nochmals kräftig erweitert. Das Apparate-Werk an der Sommertshäuser Halde und ein neues Schulungs- und Verwaltungsgebäude wurden bezogen.<sup>33</sup>



Abb. 12: Werk Sommertshäuser Halde (StAVS).

Nahezu ein Drittel aller Beschäftigten im produzierenden Gewerbe arbeitete in Villingen bei Kienzle Apparate. Allein das Werk Villingen



zählte am 30.11.1970 3.665 Mitarbeiter. Kienzle Apparate war sich seiner hohen Bedeutung für den Wirtschaftsraum bewusst. Über Lohn- und Gehaltszahlungen flossen dem Handel der Region 1975 rund 56 Millionen DM zu, weitere 32 Millionen dem Schwarzwald-Baar-Kreis. 739 Unternehmen der Stadt hätten Aufträge von 35 Mio bekommen, im Kreis erhielten weitere 125 Firmen Aufträge im Wert von 10 Mio. Allein die Stadtwerke bekamen für Strom, Gas und Wasser 1.650.000 DM. 4.480.000 DM habe die Betriebskrankenkasse ausgegeben.<sup>34</sup>



Abb. 13: Verwaltungsausschuss der Stadt VS zu Besuch (StAVS).

Im Wirtschaftsjahr 1977/78 gab Kienzle Aufträge an 455 Firmen in der Stadt Villingen-Schwenningen aus und im Landkreis an 195 Unternehmen. Insgesamt machte dies ein Volumen von 50 Mio. DM aus. Für Park-Mietplätze wurden jährlich 18.000 DM ausgegeben, für den Werkverkehr an Bus- Unternehmen 257.000.- DM. 156.200.000.- DM wurden an Löhnen und Gehältern gezahlt. „Entsprechend dem Verhältnis der auf die einzelnen Betriebsstätten entfallenden Löhne und Gehälter erhält die Stadt Villingen-Schwenningen ca. 85 % der von unserem Unternehmen zu zahlenden Gewerbesteuer. Auch von der zweiten, direkt an die Gemeinden zu entrichtenden Steuer, nämlich der Grundsteuer, entfällt der Löwenanteil auf die Stadt Villingen-Schwenningen. Die übrigen Steuern, die an das Finanzamt Villingen-Schwenningen abgeführt werden, sind Bundes- und Landessteuern. Sie fließen im Wege des Finanzausgleichs teilweise den Gemeinden wie-

der zu. Über die Auftragsvergabe der Kommunen geht auch von den Steuern eine die Wirtschaft unseres Raumes stärkende Wirkung aus.“<sup>35</sup>

Zur Städtefusion 1972 schenkte Kienzle der Stadt Villingen-Schwenningen einen zweiten Computer für die nun größere gemeinsame Finanzverwaltung, nachdem die Stadtverwaltung Villingen bereits ihre Finanzverwaltung auf das Kienzle-System 6000 umgestellt hatte. „Wir haben nicht vergessen, daß die Wiege unseres Unternehmens in Schwenningen stand, wenn es auch seit mehr als 40 Jahren in Villingen eine eigenständige Entwicklung zu bedeutender Größe nahm, die – und das dürfen wir mit Stolz feststellen – zur allgemeinen Entwicklung Villingens beigetragen hat.“<sup>36</sup>



Abb. 14: Kienzle-Gemeinderäte 1975: Sitzend (v.l.n.r.): Heinz Härtege (CDU Villingen-Schwenningen), Erich Link (CDU Königsfeld), Armin Frank (SPD Mönchweiler), Engelbert Beha (SPD Villingen-Schwenningen). Stehend (v.l.n.r.): Wilhelm Stern (FWV Königsfeld), Karl-Heinz Hofheinz (SPD Bräunlingen), Dieter Mink (CDU Niedereschach), Paul Pfrieder (Villingen-Schwenningen). (privat).

Auch in den regionalen Gemeinderäten saßen die Mitarbeiter der Firma Kienzle Apparate. Heinz H. erinnerte sich, er sei am Tag der Gemeinderatswahl 1975 auf der Hannover-Messe für Kienzle gewesen. „Da wurde ich gefragt, wie ist es ausgefallen. Dann hab ich gesagt. Ich bin gewählt worden und dann kann ich mich erinnern, dass der Jochen Kienzle mich angesprochen und mir gratuliert hat. ‚Ich finde es hervorragend, dass sie in den Gemeinderat gekommen sind.‘ Die Geschäftsführer haben das sehr positiv aufgenommen.“<sup>37</sup> Insgesamt waren bei der Kommunalwahl 1975 acht Mitarbeiter des

Unternehmens in die Kommunalparlamente der Region gewählt worden.

Kienzle Apparaten sah sich in den 70er Jahren als hochmodernes mitarbeiterorientiertes Familienunternehmen.<sup>38</sup> „Über Fahrtschreiber, Betriebsüberwachungsgeräte, Arbeitsschauuhren und Rechenwerke für Tankstellen führte der Weg zu [den] Büromaschinen und mit diesen in die Elektronik.“<sup>39</sup> Kienzle war stolz auf seine Stammbesetzung von 1.000 Mitarbeitern mit mehr als 10 Jahren Betriebszugehörigkeit. Das Unternehmen habe sich dem technischen Fortschritt ausgerechnet auf einem Wege angeschlossen, auf dem es besonders rasant vorwärts gehe, nämlich mit Organisationsgeräten, Datenerfassung und Datenverarbeitung. Die Mitarbeiter seien heute keine Befehlsempfänger mehr „wie anno Tobak“, sie würden mitdenken und mitverantworten, und ständig hinzulernen.<sup>40</sup>

Durch das neue Betriebsverfassungsgesetz von 1972 wurden die Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte der Betriebsräte erheblich erweitert. Die Wahl der Betriebsräte bei Kienzle hatte deshalb ein erstaunliches Echo. 1972 wurde Norbert Tonhausen in den Betriebsrat und als Nachfolger von Hans Faßnacht auch zum Vorsitzenden dieses Gremiums gewählt. Norbert Tonhausen, ein ausgesprochenes Rednertalent, habe selbst die Geschäftsleitung überstrahlt. Die Geschäftsführer hätten vor ihm Respekt gehabt, erzählen Ehemalige noch heute.

Nach dem Mitbestimmungsgesetz 1976 wurden auch bei Kienzle Apparate Arbeitnehmer-Vertreter in den Aufsichtsrat gewählt. Die Gruppe der Lohnempfänger wählte die Kollegen Gunther Meder und Paula Fuchs, die Gruppe der Angestellten Norbert Tonhausen, die leitenden Angestellten Herbert Muhle. Für die Gewerkschaften saßen Werner Müller von der DAG und Klaus Zwickel von der IG Metall im Kienzle-Aufsichtsrat.<sup>41</sup>

Im Geschäftsjahr 1971 gingen die Umsätze zurück. Die Kosten seien allgemein gestiegen, man habe sie aber nicht an die Kunden weitergeben können. Wegen der DM-Aufwertung mussten für den Export die Preise gesenkt werden, dadurch gingen auch die Erträge der Unternehmen zurück. Es sei schwierig geworden, die Sicherheit der



Abb. 15: Vertreter der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat (v.l.n.r.)  
oben: Gunter Meder, Paula Fuchs, Norbert Tonhausen.  
Unten: Klaus Zwickel IGM, Werner Müller DAG.

Arbeitsplätze zu garantieren, so Jochen Kienzle, ein für ihn „wesentliches Ziel unserer Geschäftsführung“ auch für die Zukunft.

Lohnaufträge an andere Firmen wurden zurückgenommen, Überstunden abgebaut, Heimarbeitern wurde gekündigt. Es kam zu innerbetrieblichen Versetzungen.<sup>42</sup> „Die Bäume [wuchsen] nicht in den Himmel – auch in der Wirtschaft nicht [mehr].“<sup>43</sup>

Trotz der zurückgehenden Erträge wurden der Dr. Herbert Kienzle Unterstützungskasse 1971/72 wie im Vorjahr 900.000 DM überwiesen.

Die Innovationszyklen im EDV-Bereich wurden immer kürzer. Laufend mussten neue Nachfolgemodelle entwickelt werden, die Preise gerieten weiter unter Druck. Das Kostenbewusstsein der Mitarbeiter müsse gesteigert werden. Rationalisierungsmaßnahmen wurden zur Kostensenkung durchgeführt. Von den Mitarbeitern wurde laufendes Weiterlernen erwartet, um sie auf die kommenden Veränderungen am Arbeitsplatz einzustellen.

Trotz schlechter Wirtschaftslage, steigender Material- und Personalkosten konnte Kienzle Apparate seinen Umsatz 1973/74 um 13 Pro-



Abb. 16: Gerätekontrolle Werk Villingen (StAVS).

zent steigern. Die europäische Gemeinschaft hatte glücklicherweise für Nutzfahrzeuge den Einbau von Tachographen gesetzlich vorgeschrieben.<sup>44</sup>

Äußerste Sparsamkeit sei notwendig. Die Zeiten regelmäßiger und großer Wachstumsraten seien endgültig vorbei. Trotz düsterer Aussichten überreichte Kienzle seinen Mitarbeitern 1974 eine Weihnachtsgratifikation von insgesamt 4,5 Millionen DM.<sup>45</sup> Jeder Mitarbeiter bekam, wie seit Jahren üblich, eine Wurst und eine Flasche Wein.

Bis auf Widerruf wollte Kienzle keine Neueinstellungen mehr vornehmen.<sup>46</sup> Schließlich seien die Personalkosten in Deutschland mit die höchsten.<sup>47</sup> In der Betriebsversammlung vom März 1975 stellte Jochen Kienzle fest, der Einstellungsstopp werde auch weiterhin gelten. Entlassungen seien nicht geplant, „betroffen seien bestenfalls eine Handvoll Mitarbeiter, die umgeschult oder versetzt werden.“ Man hoffe mit einem neuen Kleincomputer „Efa 2000“ für größere Handwerksbetriebe die Krise zu überwinden.<sup>48</sup>

Im September 1975 hatte die Kienzle Apparate GmbH „bei Magnetknoten-Computern den größ-

ten Marktanteil in der Bundesrepublik Deutschland“. Es wurden aber auch immer noch klassische mechanische Automaten verkauft. Man sei kein unnötiges Wachstumsrisiko eingegangen und habe den Strukturwandel in langfristig abgestimmten Übergangsphasen vollzogen.<sup>49</sup> Die neuen elektronischen Geräte allerdings seien „bei gleicher oder komplexerer Funktionserfüllung in der Fertigungstiefe um etwa 80 Prozent reduziert, d.h. wenn an dem Gerät früher 10 Leute eine bestimmte Zeit gearbeitet haben, schaffen dies heute nur zwei Kollegen in der gleichen Zeit. Das bringt eine wahnsinnige Umstrukturierung für den Betrieb.“<sup>50</sup> So berichtete Jürgen Martin auf der Branchenkonferenz für Uhren von seinem Unternehmen den anwesenden Gewerkschaftsvertretern und Kommunalpolitikern.



Abb. 17: Computer EFAS Kienzle 2000 (StAVS).

Am 11. September 1975 besuchte Forschungsminister Matthöfer das Unternehmen. Der Minister ließ sich die EDV-Systeme von Kienzle vorführen: EFAS 2000, 3000 und 6000/ 6100. „In einer Zeit, in der die Arbeitsplätze nicht nur kurzfristig, sondern auch durch strukturelle Veränderungen in Gefahr seien, könne es sich der Staat nicht leisten, in dem wichtigsten Schlüsselbereich der Zukunft, der Datenverarbeitung und Rechelektronik, Projekte zu entwickeln, die nicht langfristig gesichert [seien]... Die Bundesrepublik werde den technologischen Fortschritt nicht bekämpfen, sondern man sei bestrebt, den Strukturwandel so zu steuern, daß möglichst geringe Friktionen entstehen. Man müsse dort kämpfen, wo man stark sei. Die

Deutsche MDT-Industrie, innerhalb der Kienzle eine bemerkenswerte Position einnehme, sehe sich großen Aufgaben gegenüber.“<sup>51</sup> Der Matthöfer-Besuch diene dem Zweck, zu „neuen sachgerechten Fördermodalitäten zu kommen.“<sup>52</sup> Jochen Kienzle konnte „für das laufende Jahr 1975 mit einem Förderbeitrag von 3.994.403,- DM rechnen.“ Vermittelt hatte den Matthöfer-Besuch der Betriebsratsvorsitzende Tonhausen.<sup>53</sup>

Im Geschäftsjahr 74/75 erreichten die Personalkosten des Unternehmens fast 50 Prozent. Der Zinsaufwand für notwendige Investitionen verachtachte sich, und die Erträge sanken. Gewinne seien aber notwendig, um Investitionen für zukünftige Arbeitsplätze zu finanzieren. Man habe deshalb die Fremdmittel des Unternehmens erhöhen müssen, was wieder zu höheren Zinsbelastungen geführt habe.<sup>54</sup> In mechanischen Teilbereichen gab es Kurzarbeit. Trotz Einstellungsstopp und sinkenden Mitarbeiterzahlen stiegen die Personalkosten weiter.

Zum Jahresende 1975 schrieb Jochen Kienzle, dass das zu Ende gehende Jahr 1975 weltweit ein schweres Jahr gewesen sei. Im Herbst musste im A-Bereich kurz gearbeitet werden. Die Kienzle-Produkte hätten immer noch eine sehr hohe Fertigungstiefe. Trotz Einstellungsstopp und sinkenden Mitarbeiterzahlen seien die Personalkosten weiter gestiegen.



Abb. 18: Kienzle Bankterminal für die PTT (Schweizer Post), 70er Jahre (privat).

Jochen Kienzle warnte vor hohen Lohn- und Gehaltsforderungen, diese würden den Konjunkturaufschwung bremsen und die Arbeitsplätze

gefährden. Er hoffe auf Vernunft auch im Wahljahr 1976.<sup>55</sup>



Abb. 19: Kienzle-Entwickler am PTT-Bankterminal, 70er Jahre (privat).

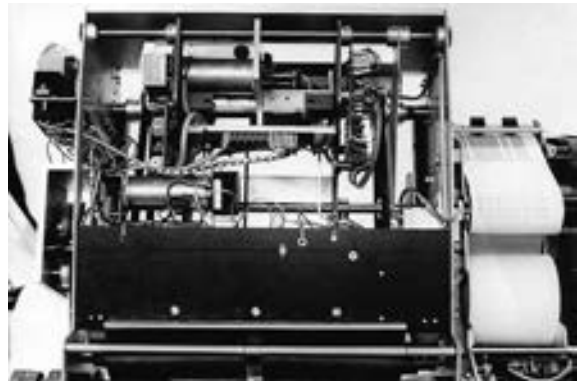


Abb. 20: Kienzle-PTT-Belegeinzugsmechanik, 70er Jahre (privat).

In den Kienzle-Blättern versuchte die Geschäftsleitung den Mitarbeitern den Widerspruch von guter Auftragslage, hohen Umsätzen und der Gefährdung eines Unternehmens durch hohe Kosten zu erklären. Die Unternehmen müssten vor allem die Kosten reduzieren, da man die Preise in der aktuellen Wettbewerbssituation nicht erhöhen könne. Die gute Presseberichterstattung über die Kienzle Apparate GmbH bewiese nur, „daß es uns trotz der widrigen Umstände bisher gelungen ist, mit den vorhandenen Mitteln solide zu wirtschaften.“<sup>56</sup> Sie bewies vor allem aber, dass viele Unternehmen im Gegensatz zu Kienzle Apparate Mitte der 70er Jahre um ihre Existenz fürchteten, wie zum Beispiel die Uhrenfabriken der Region. Auch in einer angespannten Situation schüttete Kienzle 4,0 Mio DM an Weihnachtsgratifikationen aus.





Abb. 21: Finanzminister Robert Gleichauf bei Kienzle zu Besuch in Begleitung von Erwin Teufel, 70er Jahre (StAVS).

In den 70er Jahren, in denen in Deutschland zahlreiche Firmen in Konkurs gingen, galt Kienzle Apparate allgemein als ein innovatives Unternehmen, in dem der Strukturwandel gelang. Weshalb Politiker und Gewerkschafter das Unternehmen gerne besuchten. Am 20. Februar 1976 waren Eugen Loderer und Hans Mayer<sup>57</sup> in Villingen und ließen sich von Dipl. Ing. Herbert Kienzle am Beispiel des Taxameters „den Sprung von der klassischen Feinmechanik zur hochintegrierten Elektronik“ erklären. Im Gespräch mit den Betriebsräten und Vertrauensleuten diskutierte Eugen Loderer die Qualifizierungsprobleme, die durch den Verlust der Fertigungstiefe für die Betroffenen auftraten. Der IG Metall-Vorsitzende Loderer verabschiedete sich, es zeuge „von sozialer Verantwortung, wenn von Anfang an die Folgen für die Arbeitnehmer in die Entscheidung einfließen. Glückauf für die weitere Arbeit.“<sup>58</sup>

Der Verwaltungsrat des Arbeitsamts Villingen-Schwenningen kam zu einem Halbtagsseminar zu Kienzle.<sup>59</sup> Am 1. September 1977 besuchte Wirtschaftsminister Eberle die Fa. Kienzle Apparate.<sup>60</sup>

Die neuen Technologien veränderten auch bei Kienzle Apparate die Produktion. Montagevorgänge wurden weiter automatisiert und in den Geräten wurden verstärkt elektronische Bauelemente eingesetzt. Durch die ständige Ausweitung der Elektronik vollziehe sich ein grundlegender Wandel in der Montage. „Haben wir noch vor kaum zwei Jahren unsere wenigen elektronischen Bauteile Stück für Stück einzeln in die Leiterplatten eingelötet, so wurde in einer relativ kurzen Zeit des Einsatzes unserer automatischen Lötanlage diese schon zu einem kleinen Herzstück unserer Montage.“<sup>61</sup> „Es gibt kaum ein Erzeugnis, welches den technischen Wandel in so kurzer Zeit eindrucksvoller darzustellen vermag, wie unser neu entwickelter elektronischer Taxameter als Nachfolger eines fast schon zwei Jahrzehnte produzierten und geradezu klassischen Gerätes feinmechanischer Wertarbeit. Die Kehrseite dieser Entwicklung ist der geringere Bedarf an Mitarbeitern.“<sup>62</sup>

Was ein Unternehmen so alles zahlen musste, das konnten die Mitarbeiter und die Öffentlichkeit immer wieder in den Kienzle-Blättern nachlesen. Im Geschäftsjahr 1975/76 wurden 108.500.000.- DM an Lohn- und Gehaltszahlungen gezahlt. Urlaubsvergütung, Feiertagsvergütung, Lohn- und Gehaltsfortzahlung und Weihnachtsgratifikation machten 28.000.000.- DM aus. Gesetzliche und tarifvertragliche Leistungen für Arbeitslosen-, Kranken-, und Unfallversicherung etc. betragen 17.000.000.- DM. An freiwilligen Sozialleistungen zahlte der Betrieb 12.315.000.- DM (Aus- und Fortbildung, Altersversorgung und andere Unterstützungsleistungen, Betriebskrankenkasse, Erfindervergütung, Verbesserungsvorschläge, Person beförderung, Werksfürsorge, Werksverpflegung, Wohnungswesen). Der Personalkostenanteil hatte leider weiter zugenommen auf 51,88 Prozent. Die Bankzinsen waren niedriger geworden, weshalb die Ausgaben für Investitionen zurückgingen. Die Gewinne hatten etwas zugenommen von 0,68 auf 0,98 Prozent des Umsatzes.

Das mechanische Programm betrage noch 5 Prozent nach 22 Prozent im Vorjahr. Das Betriebsergebnis wurde dadurch aber nicht viel besser. Die Beschäftigten seien um 5 Prozent zurückgegangen.<sup>63</sup>

1977 besserte sich die wirtschaftliche Lage. Die Bundeszuschüsse für EDV taten dem Unternehmen gut. Die Personalkosten waren leicht gesunken von 51,88 % auf 48,51 % und auch die Erträge nahmen von 0,98 auf 1,63 Prozent zu, was von der Unternehmensleitung aber nicht als ausreichend angesehen wurde, „um den Anteil der unternehmenseigenen Mittel zu verstärken.“<sup>64</sup>

Das Problem blieben die Personalkosten, ein Thema, dem die Kienzle-Blätter viel Informationsaufwand widmeten. Zu einer Mark Lohn zahlte Kienzle 63 Pfennig für sozialen Aufwand an gesetzlich vorgeschriebenen und freiwilligen sozialen Leistungen.<sup>65</sup>

1978 wurde Dr. Ing. Gert Bindels in die Geschäftsführung bei Kienzle Apparate aufgenommen.<sup>66</sup>



Abb. 22: Geschäftsführer Dr. Ing. Gerd Bindels (StAVS).

Zur Feier des 50jährigen Bestehens der Kienzle Apparate GmbH am 24. Oktober 1978 legte der neue Geschäftsführer Dr. Bindels in einer

Betriebsversammlung seine Gedanken zur Markt- und Produktstrategie im Computerbereich dar. Im Computerbereich gebe es „eine rasante Tal-fahrt der Preise“ und einen sich immer stärker „beschleunigenden Innovationsrhythmus.“ Auf die kürzeren Produktzyklen könne man nur mit einem höheren Entwicklungsaufwand reagieren. Das bedeute aber steigende Kosten und fallende Preise, was die Gewinne schrumpfen lasse. Der Ausweg könne nur sein, mit den vorhandenen Mitteln noch wirtschaftlicher und rationeller umzugehen.<sup>67</sup> „Wir verfügen über ein Know-how, das sich sehen lassen kann.“ Kienzle sei Marktführer auf dem Gebiet des Bankenterminals. Bindels war überzeugt, dass Kienzle genug Potential habe, die „technologischen Strukturveränderungen tatkräftig umzusetzen.“<sup>68</sup>

Die Halbleitertechnik würde bei Kienzle vordringen, radikales Umdenken und eine „hohe Anpassungsfähigkeit“ erfordern. Die Beherrschung dieser Technologie sei einfacher als der Bau mechanischer Steuerungselemente, weshalb es häufig kleineren Produzenten gelinge, in angestammte Märkte einzudringen. Da diese Unternehmen sehr viel niedrigere Gemeinkosten hätten, könnten sie auch mit niedrigeren Preisen kalkulieren. „Die Herstellung technischer Produkte, von denen wir leben, ist risikoreicher geworden.“ Kienzle müsse die Trends rechtzeitig erkennen, müsse seinen umfassenden Service herausstellen, um im Wettbewerb bestehen zu können.<sup>69</sup> Der Trend gehe zum Systemdenken. Kienzle könne sich keine Entwicklungs-Flops mehr leisten.<sup>70</sup>

Im Geschäftsjahr 78/79 war der Umschwung von der Mechanik zur Elektronik fast vollzogen. Der Anteil der elektronischen Hardware am Umsatz machte 92,6 Prozent aus, der Anteil des mechanischen Programms betrug nur noch 7,4 Prozent.

Die Gemeinkosten seien zu hoch, so Jochen Kienzle. Das bedeute weitere Reduzierung des Personals. Eine Garantie für die Erhaltung aller Arbeitsplätze könne er nicht mehr geben.<sup>71</sup>

In der Betriebsversammlung vom 6. und 7. März 1979 erklärte Norbert Tonhausen: Als Folge der Gemeinkosten-Wertanalyse werde es ab dem

1.4.1979 „viele Umsetzungen, Neuzuschneidung von Stellen, Umgewöhnungen, Umschulungen geben. Keiner soll sich täuschen, jeder wird irgendwie betroffen sein. Es gibt auch keine Garantie, daß nicht doch die eine oder andere Kündigung unumgänglich wird. Wir werden aber alles in unserer Macht stehende tun, daß es so schmerzlos wie irgend möglich geht.“ Tonhausen betonte „die Erfahrung, die wir miteinander in vielen Jahren guter Zusammenarbeit gemacht haben, lassen mich hinzufügen, wir vertrauen auch auf den guten Willen der Geschäftsführung und nicht zuletzt der Eigentümer, daß wir diese große Aufgabe, an deren Notwendigkeit kein Zweifel erlaubt ist, auf bewährte menschliche Art zu einem guten Ende führen.“ Innerbetriebliche Versetzungen allerdings würden immer schwieriger, weil es wegen des enormen technischen Wandels immer weniger passende Arbeitsplätze gerade für ältere Kollegen gebe. Die Mitarbeiter müssten sich daran gewöhnen, sich ständig weiterzubilden, um solche Härten zu vermeiden.<sup>72</sup> Insgesamt sollten 300 Angestellte von Versetzungen betroffen sein.<sup>73</sup> Betriebsratsvorsitzender Tonhausen kommentierte diese Maßnahme: „Es wird zwar kein Blut fließen, doch weiterhin einen Haufen Unruhe geben.“<sup>74</sup>

Zur Situation des Unternehmens Anfang 1979 äußerte sich der Entwicklungsleiter des Apparatebereiches vor den Auszubildenden. Der aktuelle Trend bei Kienzle sei: stärkere Elektronifizierung, weg vom Einzelgerät hin zum System. Nahezu alle Funktionen der Mechanik könnten heute durch elektronische Funktionen ersetzt werden. Die „zunehmende Halbleiter-Integration bei gleichzeitigem Preisverfall“ mache die Umstellung auf Elektronik auch wirtschaftlich sinnvoll. Leider sei es auch für „sog. Waschküchenunternehmer“ möglich, mit Hilfe von gekauften Elektronikkomponenten und selbstentwickelter Software Geräte zu konzipieren, „welche die Bedürfnisse der Kunden“ befriedigten. Diese Kleinunternehmer würden sich auf ein Projekt konzentrieren, hätten schnellere Entscheidungswege und könnten sich auf lokale Lösungen beschränken. Dadurch könnten sie wegen ihrer geringen Fixkosten trotz „höherer proportionaler Kosten“ zu niedrigeren Preisen produzieren.<sup>75</sup>

Der Entwicklungsleiter stellte die Frage: Passt uns dieser Trend? Wünschenswert sei für das Unternehmen sicher „eine Stagnation des heutigen Verhältnisses zwischen Elektronik und Feinmechanik.“ Leider nehme der technische Wandel darauf keine Rücksicht. Es müsse gelingen die eigenen Stärken auf dem Markt einzusetzen. Man müsse Produktbereiche ausbauen „in denen der Ersatz der Mechanik durch Elektronik unwahrscheinlich“ ist.<sup>76</sup>

In der Ausbildung bei Kienzle beschloss man den auszubildenden Feinmechanikern im letzten Halbjahr elektronisches Wissen zu vermitteln. Solche Mitarbeiter könnten den Strukturwandel schneller und unkomplizierter bewältigen.<sup>77</sup>

Die Tariferhöhungen und die Zunahme von Arbeitszeitverkürzungen, sei es über eine Verlängerung des Urlaubs oder über eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit, beides von der Gewerkschaften wegen der positiven Auswirkungen auf die Arbeitsplatzsituation gewünscht, erhöhte die Personalkosten weiter, was auch in der Fa. Kienzle Überlegungen auslöste, die freiwilligen Sozialleistungen des Unternehmens auf das wirklich Wichtige zu reduzieren.<sup>78</sup>

Ausschlaggebend für die Situation des Unternehmens wurde die Situation auf dem Computermarkt.<sup>79</sup> Die Neigung zur Automatisierung der Büros sei nach wie vor ungebrochen. „Vieles spricht dafür, daß in diesem Jahrzehnt der Übergang von der industriellen Arbeitswelt zur Distributions-, Service- und Informationsgesellschaft vollzogen wird“. Eine Nachfrage nach EDV-Produkten werde es noch lange Zeit geben, leider stünden dem auch ständig wechselnde Wettbewerbsverhältnisse gegenüber. Für die Zukunft müsse man mit einer Marktsättigung rechnen, weshalb das „Kundenpotential“ verbreitert werden müsse.<sup>80</sup>

Den Mitarbeitern wurde nach wie vor Weiterbildung ans Herz gelegt im ureigenen Interesse.<sup>81</sup> Diese müssten erkennen, dass der technologische Wandel auch den eigenen Arbeitsplatz betreffen werde. „Wenn der einzelne diese Tatsache begreift, wird die persönliche Motivation zu Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen sehr viel größer sein, denn die evtl. zu erwartenden sozialen

Auswirkungen und Faktoren sind für ihn mindestens so wichtig, wie technische oder qualifikatorische Gesichtspunkte.”

### Kienzle Apparate – ein Teil des Mannesmann-Konzerns

In den Kienzle-Blättern 1/1981 wurde die Belegschaft erstmals darüber informiert, dass der Mannesmannkonzern sich an dem Unternehmen mit 50 Prozent beteiligen wolle. Für den Betriebsratsvorsitzenden Tonhausen kam diese Meldung zwar überraschend<sup>82</sup>, der Sachverhalt selbst sei nicht negativ. „Von allen denkbaren Alternativen erschein[e] die Zusammenarbeit mit einem großen deutschen Industriekonzern im Wege der Beteiligung durch Kapitalerhöhung als die aus Sicht der Belegschaft günstigste, vergrößere[sie] doch die Basis des Unternehmens beträchtlich und führe[sie] [finanzielle] Mittel in bemerkenswertem Umfang zu.“<sup>83</sup> Der Betriebsrat brauche aber dringend Informationen über mögliche Konsequenzen, wie mögliche Strukturveränderungen, Rationalisierungsmaßnahmen etc. Die wichtigen Entscheidungen würden schließlich ab jetzt nicht mehr in Villingen getroffen.<sup>84</sup>

„Die einen sagen: Jetzt hat es Kienzle Apparate auch erwischt; die anderen meinen, daß man mit Mannesmann den besseren Partner gewählt habe als Saba mit dem Franzosen Thomson Brandt.“ Schuld sei, dass man im vergangenen Jahr einen Kleincomputer auf den Markt gebracht habe, den die Konkurrenz auch einsetzte. Das habe erhebliche Umsatzeinbußen gebracht, deren „Millionenhöhe nur... geschätzt werden kann, weil man in den vergangenen Monaten bei Kienzle Apparate auf ‚Durchzug‘ [geschaltet habe], wenn die Rede auf Schwierigkeiten kam.“ Es habe ganz offensichtlich große Probleme gegeben, das Geld habe gefehlt, wie in vielen anderen Fällen auch. Das Unternehmen habe eben die Notbremse ziehen müssen.<sup>85</sup>

Die Veränderungen bei Kienzle Apparate betrafen in Villingen 4.800 Beschäftigte. Über 50 Prozent des Jahresumsatzes wurde mit dem Datengeschäft erzielt. Im Apparatebereich würden Fahrtenschreiber und Taxameter den Umsatz bringen.<sup>86</sup>



Abb. 23: Kienzle-Tachografen (StAVS).

Das Bundeskartellamt befürchtete, „daß die marktbeherrschende Stellung Kienzles bei den sog. ‚mechanischen Fahrtenschreibern‘ und die Finanzkraft des Düsseldorfer Großkonzerns den Wettbewerb... beeinträchtigen könnte,“<sup>87</sup> stimmte der Aktion aber schließlich doch zu. Die Mannesmann AG erwarb im Zuge einer Kapitalerhöhung 50 Prozent. Das Kapital der Familie Kienzle blieb also vorerst im Unternehmen. Viele bedauerten „daß mit diesem Schritt die Zeit des reinen Familienunternehmens Kienzle zu Ende geh[e].“<sup>88</sup>

Am 15.5.1981 schieden deshalb Margrit Furtwängler, Carl Haas und Dr. Hermann Richter als Vertreter der Anteilseigner aus dem Aufsichtsrat aus.<sup>89</sup> Hans Erich Bornemann, geb. 1930 in Dortmund, wurde weiterer Geschäftsführer.<sup>90</sup>

Der Einstieg von Mannesmann löste Unsicherheit aus. Der Anfang vom Ende, unkten die Zeitungen, schließlich hatte die Region schon viele einschlägige Erfahrungen in dieser Hinsicht sammeln können, und die aktuelle Kienzle Bilanz wies einen Jahresfehlbetrag von 17,2 Mio DM aus.<sup>91</sup> In den Kienzle-Blättern versuchte die Geschäftsleitung daher abzuwiegeln, Kienzle habe im Vorjahr erheblich in die Zukunft investiert. Bei dem Ein-



stieg von Mannesmann habe die Familie Kienzle ihr Kapital im Unternehmen gelassen. Man habe die Kostensituation der Ertragssituation anpassen müssen. Wenn die Marktpreise für die Kienzle-Produkte sanken, dann müsse man eben auch die Kosten senken, „um wettbewerbsfähig zu bleiben“. Deshalb sei es auch zu Entlassungen gekommen. Ältere Mitarbeiter hätten aber durch „vorzeitigen Eintritt in den Ruhestand jüngerer Betriebsangehörigen ein Verbleiben im Betrieb“ ermöglicht.<sup>92</sup>

Nachdem es Gerüchte gab, dass das System 9055 ein Reinfall gewesen sei, es technische Fehler gegeben habe und die Kunden die Kienzle-Software als „unzureichend“ angesehen hätten<sup>93</sup>, meldete die Badische Zeitung am 26. August: „Kienzle Apparate müssen 300 Mitarbeiter entlassen“. Begründung der Geschäftsleitung: „veränderte Technologien, schwächere Absatzmärkte in der Mittleren Datentechnik sowie konjunkturelle Einflüsse“. Der zunehmende Einfluss der Mikroelektronik würde Arbeitskräfte im Unternehmen einsparen.<sup>94</sup> Die seit Monaten eingeführte Kurzarbeit hätte leider nicht die gewünschten Ergebnisse gebracht. Herbert Ackermann, Sprecher des Unternehmens, formulierte: „Das Geschäft war gut, der Ertrag nicht befriedigend“.

Die Arbeitnehmervertreter fanden sich mit den Entlassungen ab, um damit die übrigen Arbeitsplätze nicht zu gefährden.<sup>95</sup> Der Sozialplan für die 300 Mitarbeiter sah Zahlungen vor, die sich nach der Betriebszugehörigkeit und dem Lebensalter richteten.<sup>96</sup> Sie betrafen Mitarbeiter durch alle Hierarchien, wie Sekretärinnen, Sachbearbeiter, Abteilungsleiter und auch Geschäftsführer der Tochterunternehmen,<sup>97</sup> darunter auch langjährige Mitarbeiter.<sup>98</sup>

In der Betriebsversammlung vom 31. August 1981 wurde bekannt, dass Kienzle im Geschäftsjahr 1980/81 erstmals seit 1948 Verluste eingefahren hatte, diese drastischen Einbrüche hätten sich auch im aktuellen Geschäftsjahr fortgesetzt.<sup>99</sup> Die Kienzle-Belegschaft müsse deshalb nicht um 300, sondern um 450 Mitarbeiter reduziert werden.<sup>100</sup> Jochen Kienzle warb um Zustimmung zu den Maßnahmen, die Entlassungen seien „ein Teil der Bemühungen um eine positive Gestaltung der



Abb. 24: Geschäftsführer Jochen Kienzle (StAVS).

Zukunft“. Der Betriebsratsvorsitzende stellte fest, dass Kienzle ältere Mitarbeiter – über 53 Jahre zum Ausscheiden über eine Abfindung bewegen wolle. So würden 450 Arbeitsplätze eingespart, 320 durch Entlassungen und 130 über Abfindungen von über 52jährigen Mitarbeitern. Dazu kämen noch die natürlichen Abgänge, weshalb man insgesamt 700 Arbeitsplätze abbauen könne.<sup>101</sup>

Die Entlassungen bei Kienzle Apparate löste erstmals die Diskussion nach Arbeitszeitverkürzungen aus. Am 25. August 1981 kam es zu einer Entschließung der IGM-Vertrauensleute der Firma Kienzle Apparate. Nachdem nur die Kapitaleigner Verfügungsgewalt über die Produktionsanlagen hätten, müsse sich der Betriebsrat leider mit den von der Geschäftsleitung beabsichtigten Massenentlassungen abfinden, um „die restlichen Arbeitsplätze zu sichern.“ Die Unterzeichner forderten, dass mit der fortschreitenden Produktivität die Arbeit anders verteilt werden müsse, unter Ausnutzung aller tariflichen und gesetzlichen Möglichkeiten. Dies könne durch längere Schulzeiten und ein

früheres Rentenalter erreicht werden. Es seien alle gesellschaftlichen Kräfte gefordert, ganz besonders aber die IG Metall.<sup>102</sup>



Abb. 25: Kienzle Computer (StAVS).

Trotz weiter steigender Verluste wollte Kienzle Apparate auf der Hannover-Messe 1982 40 neue Computerprodukte vorstellen. Man hoffte, schon in den nächsten beiden Jahren mit dem Projekt 9000 aus der Verlustzone herauszukommen. Das Kapital von Mannesmann könne helfen, den Innovationsstau bei Kienzle zu beseitigen.<sup>103</sup>

Am 26. Februar 1982 meldeten die Zeitungen: „Mannesmann schluckt Kienzle. Der Konzern übernimmt auch die zweite Anteilshälfte.“<sup>104</sup> Die Verluste müssten je zur Hälfte von den beiden Gesellschaftern übernommen werden. Deshalb habe die Familie Kienzle ihren 50-Prozent-Anteil an Mannesmann verkauft. Für die erste Hälfte musste Mannesmann noch 100 Millionen DM bezahlen, die zweite gab es jetzt zum halben Preis. Insgesamt schienen die meisten erleichtert, besonders auch die Stadtverwaltung, dass mit Mannesmann ein „starker wirtschaftlicher Partner“ gefunden worden sei.<sup>105</sup>

Zur Hannover-Messe schien die Lage besser. Geschäftsführer Bornemann erklärte vor Pressevertretern der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg: „Die hohen Erwartungen, mit denen wir nach

Hannover gegangen sind, wurden noch übertroffen. Mit dem neuen ‚Multifunktionssystem Kienzle 90002‘ habe man eine Basis geschaffen, auf der die Firma mutig weiter aufbauen könne.“<sup>106</sup>

In der Betriebsversammlung vom 28. Mai 1982 wurde der Geschäftsführer Jochen Kienzle verabschiedet und Francesco Tato als neuer Vorsitzender der Geschäftsführung eingeführt.



Abb. 26: Prof. Dr. Franz Josef Weisweiler (StAVS).

Der Mannesmannchef Dr. Franz Josef Weisweiler würdigte die 25jährige erfolgreiche Tätigkeit von Jochen Kienzle, der auf eigenen Wunsch ausscheiden wolle und nun dem Aufsichtsrat der Gesellschaft angehöre. Kienzle Apparate habe sich nach dem Krieg zum bedeutendsten Industriebetrieb und zum größten Arbeitgeber der Region entwickelt. Probleme für das Unternehmen seien dadurch gekommen, dass in immer kürzer werdenden Innovationszyklen neue Produkte entwickelt und dafür immer höhere Entwicklungskosten bereitgestellt werden mussten. Es sei verantwortungsvoll gewesen, in dieser Situation sich einen finanzstarken Partner zu suchen.

Der Betriebsratsvorsitzende Norbert Tonhausen dankte Jochen Kienzle „für seine Loyalität gegenüber Unternehmen und Belegschaft, die bei ihm vor allem anderen kam – weit vor der eigenen Person, auch vor den Vermögensinteressen der Familie.“ Dem neuen Geschäftsführer Tato legte Tonhausen ans Herz, dass er Verantwortung für die im In- und Ausland über 9.000 Beschäftigten bei Kienzle übernommen habe, „Verantwortung bis weit in die private Existenz dieser Mitarbeiter und ihrer Familien hinein.“

Jochen Kienzle betonte in seiner Antwort, die „menschlichen“ Beziehungen hätten eine wichtige Basis für das Funktionieren des Unternehmens dargestellt. Diese Bemühungen müssten weiter fortgesetzt werden. Das Unternehmen müsste sich weiter wandeln. „Wir dürfen dabei aber nicht kritiklos vorgehen. Wie schnell sind Bande zerrissen, wie schwer sind sie wieder zu knüpfen. Auch im Bewahren des Bewährten liegt eine große Chance für die Zukunft.“<sup>107</sup>

### Neue Besen...kehren gut?

Heinz H. erinnert sich: *„Unter Mannesmann hat sich das Klima verändert. Mit einem neuen Unternehmer kommt eine neue Philosophie, da war es dann nicht mehr ganz so toll. Da kommen in der Regel neue Leute, die alles neu erfinden müssen. Wir dachten, das haben wir doch schon längst alles erfunden. Dann war plötzlich alles falsch. Das müssen sie alles anders machen, hieß es. Dann haben wir gesagt, das haben wir doch schon immer so gemacht. Und dann kommen Persönlichkeiten, die fremd sind, in Führungspositionen. Da ist auch nicht immer das Tollste dabei gewesen.“*<sup>108</sup>

*„Die Kienzle Apparate GmbH in Villingen scheint eine neue Heimat für Topmanager anderer Branchenriesen zu werden“,* vermutete der Südkurier am 2. 12. 1982<sup>109</sup> *„Nach dem Ex-Olivetti-Chef Dr. Francesco Tato kommt jetzt Wilhelm Jägers, Leiter des IBM-Vertriebs, Informationssysteme im Bereich Anwendungen.“* Jägers würde Nachfolger von Betriebschef Dr. Gerd Bindels, der das neue Ressort Unternehmensstrategie übernehme. Neben den Veränderungen in der Villingener Führungsetage wurden als weitere Strukturveränderungen die

Reduzierung der 15 selbständigen Kienzle-Töchter auf neun angekündigt.

Für 1982 rechnete das Unternehmen nun mit einer Aufwärtsentwicklung. Der Umsatz der Kienzle-Gruppe habe zugenommen. Verluste gab es immer noch, aber das Defizit hatte sich verringert. Geplant sei, die Verluste 1984 auf Null zu bringen. Die Zahl der Beschäftigten habe sich um vier Prozent verringert. Im Villingener Stammbetrieb gab es zum 31. 12. 1982 noch 4.467 Mitarbeiter.<sup>110</sup>

Im August 1983 bot der Mannesmann Konzern den Betriebsangehörigen den Kauf von Mannesmann-Aktien an.<sup>111</sup> Rund 3.000 Kienzle-Mitarbeiter<sup>112</sup> wurden Aktionäre. Der Betriebsratsvorsitzende Tonhausen sah dies kritisch. Dem Belegschaftsaktionär werde durch den Kauf seiner fünf Aktien nicht einmal „der Stuhl gehören, auf dem er bei seiner Arbeit sitzt. Und zu sagen wird er auch nichts haben.“... „Droht gar die Pleite [des Unternehmens] verliert der Arbeitnehmer nicht nur seinen Arbeitsplatz, sondern auch seine Ersparnisse, insofern er sie in Belegschaftsaktien angelegt hat.“

Die neue Geschäftsführung leitete einen rigorosen Sparkurs ein. Das Unternehmen wurde radikal daraufhin überprüft, wo Ressourcen eingespart werden könnten. Dazu wurden Abteilungen zusammengelegt oder aufgelöst, und Personal umgesetzt, was erhebliche Unruhen auslöste. Die Folge dieser Maßnahmen sei „ein geringerer Personalbedarf für das gleiche Arbeitsvolumen“, so Tonhausen. Selbst ein überproportionaler Auftragseingang könne die Beschäftigungsprobleme des Unternehmens nicht auffangen. Deshalb gebe es in geringem Umfang immer noch Kurzarbeit. Eine geeignete Maßnahme zur Personalreduktion sah der Betriebsratsvorsitzende Tonhausen in der neuen Regelung einer vorzeitigen Zurrücksetzung, die den Betroffenen die Höhe ihrer erwarteten Rente sicherte, ebenso die geschaffene Nachteils-minderungsregelung. Man müsse über tarifliche Arbeitszeitverkürzung nachdenken, man müsse „die Bedrohung mildern, die den Menschen in Resignation, in kriecherische Anpassung oder auch Depression treibt. Arbeitslosigkeit [sei] auch Arbeitszeitverkürzung.“<sup>113</sup>

Zum Jahresende 1983 verließ Hans Erich Bornemann, Mitglied der Geschäftsführung seit 1982, das Unternehmen wieder. Sein Nachfolger wurde Hans Jürgen Storck, vorher bei einer anderen Mannesmann-Tochter beschäftigt. Vorsitzender der Geschäftsleitung war nun Francesco Tato.<sup>114</sup> Aufgabe der neuen Geschäftsleitung sei weiterhin, „Kienzle nach Jahren der Verluste im nächsten Jahr wieder in die Gewinnzone zu bringen.“<sup>115</sup>



Abb. 27: Dr. Francesco Tato (StAVS).

1984 nahmen die Aufträge für Kienzle erheblich zu, damit auch die Hoffnungen, man komme wieder in die Ertragszone. Ende 1983 zählte die Kienzle-Gruppe noch 8.471 Mitarbeiter nach 9.172 im Vorjahr. Die Aufträge hatten in den ersten vier Monaten 1984 um 40 Prozent zugenommen.<sup>116</sup> Zum 31. Oktober 1984 verließ Francesco Tato kurzfristig und überraschend aus persönlichen Gründen das Unternehmen. Mannesmann habe den ehemaligen Olivetti-Manager nach Villingen geholt, um die Firma Kienzle „die in den Jahren 1980/81 so abgesackt war, daß sie in ihrer Existenz bedroht war, zu sanieren.“ Tato habe diese

Erwartungen mit einem rigorosen Sparkurs durchgesetzt. Bereits 1983 hätte man deshalb schwarze Zahlen schreiben können. Der Tritt auf die Kostenbremse sei so heftig gewesen, „daß auch für die weitere Entwicklung des Unternehmens wichtige Abteilungen, etwa Forschung und Entwicklung, auch die Werbung, davon nicht verschont blieben.“ Man sprach von „Totsanieren“. Ein Kienzle Manager äußerte sogar: „Tato habe mit seinem Weggang viele Leute glücklich gemacht“. Kritisiert wurde vor allem der „rüde Führungsstil“ des Italieners gegenüber dem Management. Die Methoden Tatos hätten die Kienzle-Mannschaft demoralisiert und auf die Stimmung gedrückt.<sup>117</sup> Von den Arbeitnehmervertretern wurde die Ära Tato hingegen positiver bewertet. Der Betriebsrat wünschte dem scheidenden Geschäftsführer in der Badischen Zeitung vom 26. 9. 1984 wegen der offenen und fairen Zusammenarbeit alles Gute für die Zukunft.<sup>118</sup>

Im Oktober 1984 schien die Krise überstanden. „Bei Kienzle Apparate in Villingen verbucht[e] man hohe Zuwachsraten.“ Nach Jahren schmerzhaften Personalabbaus sei man wieder auf Erfolgskurs. Im ersten Dreivierteljahr 1984 sei der Umsatz um 19 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Erstmals nach einer langen Durststrecke wurden wieder Gewinne gemacht. Die Aufträge hätten gegenüber dem Vorjahr sogar um 30 Prozent zugenommen, wegen der erfolgreichen Modelllinie 9100.<sup>119</sup>

Man hoffte die Stimmung im Betrieb wieder zu verbessern und die Mitarbeiter nach Jahren der Unsicherheit und Ungewissheit „neu zu motivieren.“ Nachdem in Villingen die Zahl der Mitarbeiter innerhalb von wenigen Jahren von 4.500 auf 3.000 verringert worden sei, werde man jetzt wieder neue Mitarbeiter einstellen.<sup>120</sup>

Der Tato-Nachfolger, der erst im Frühjahr 1986 kam, Professor Szyperski, konnte sich über die neuen Kienzle-Erfolge freuen. Man habe gegen die Konkurrenten Marktanteile hinzugewonnen. In der Entwicklung allerdings gebe es einen eindeutigen Rückstand, auf Kosten der Sanierung sei hier wenig getan worden.<sup>121</sup> Deshalb suche das Unternehmen hochqualifizierte Leute. Entwickler würden aber gerade überall gesucht und keiner von





Abb. 28: Dr. Norbert Szyperski (StAVS).

denen wolle nach Villingen-Schwenningen ziehen, weshalb man jetzt auch Angebote dort mache, wo die Leute wohnen – deshalb habe man eine Mannesmann Kienzle Software GmbH in Ratingen gegründet.<sup>122</sup> Auch Norbert Szyperski selbst hatte noch keine Wohnung in VS gefunden – vielleicht wollte er auch keine finden.

Lothar S., Physiker aus Gelsenkirchen, bewarb sich damals. „140 Bewerbungen habe ich geschrieben und ausgerechnet die da unten haben mich genommen. Ich hatte die Absicht, so drei vier fünf Jahre zu bleiben. Mannesmann war ja Düsseldorf, und dann wollte ich sehen, dass wir (meine Familie) nach Düsseldorf (zurück)kommen.“<sup>123</sup>

Auch 1987 liefen die Geschäfte des Unternehmens gut. „Genau 6.745 Mitarbeiter waren zum Ende des Jahres 1986 bei Mannesmann-Kienzle beschäftigt, seit 1982 die höchste Zahl an Mitarbeitern. Im Villingen Werk arbeiteten 1986 3.735 Beschäftigte. Trotz Neueinstellungen wurden sogar wieder Überstunden gefahren.“<sup>124</sup>

Die Geschäfte gingen gut, man wollte sich ausdehnen und brauchte für die neue Produktionspla-



Abb. 29: Hannover Messe 1988, Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl (StAVS).

nung neue Gebäude. Kienzle wollte nicht mehr in seinen angestammten Räumen am Benediktiner Ring bleiben. „Die Produktion sollte erheblich rationalisiert werden, indem man den Standort Sommertshauer Halde um 12.000 Quadratmeter erweitern wollte“. Realisieren wollte man diese Baumaßnahme mit dem Verkauf des Werks III am Benediktiner Ring. Einen Käufer hatte man auch gefunden, der dort ein dreigeschossiges Gebäude zur privaten und gewerblichen Nutzung bauen wollte. Dazu brauchte man nur noch die Einwilligung der Stadt.

Vor drei Jahren noch hatte sich der Gemeinderat mit Händen und Füßen gegen solche Überlegungen gewehrt. Doch nachdem Mannesmann Kienzle inzwischen seine Fachschule für Informationsverarbeitung in Donaueschingen für 10 Millionen DM gebaut hatte und nicht, wie mancher Gemeinderat gehofft hatte, im Oberzentrum, hatten die Kommunalpolitiker ihre Meinung wohl geändert.<sup>125</sup> Immerhin wollte Mannesmann Kienzle 20 Millionen Mark investieren. Die Stadt hoffte deshalb, dass trotz der mit den Baumaßnahmen verbundenen Rationalisierungen neue Arbeitsplätze entstehen könnten.<sup>126</sup>

Im Oktober 1988 wurde das Richtfest gefeiert<sup>127</sup>, wenig später die neuen Gebäude bezogen, und im Juli/August 1989 bereits der größte Teil der ehemaligen Kienzle (Wernerschen) Uhrenfabriken am Benediktiner Ring abgebrochen.<sup>128</sup>

Nach drei Jahren Geschäftsführung, zum 31. Oktober 1989, wurde Norbert Szyperski aus

„gesundheitlichen Gründen“ abgelöst.<sup>129</sup> Nachfolger Szyperskis sollte Roland Mecklinger von Messerschmidt-Bölkow-Blohm werden.

### Das Ende der Computersparte

Wettbewerber aus den USA und Japan machten den deutschen EDV-Herstellern das Leben schwer. Mannesmann überlegte deshalb, das Geschäftsfeld Datensysteme zu vergrößern, um wettbewerbsfähiger zu werden.<sup>130</sup> Am 24.9.1990 bestätigte der Mannesmann-Konzern der Badischen Zeitung „daß über eine Partnerschaft für die Datentechnik seit einigen Monaten unter anderem mit dem US-Elektronikkonzern AT+T, dem seit einigen Monaten zur japanischen Fujitsu gehörenden britischen ICL-Konzern sowie mit der Siemens AG verhandelt worden sei.“<sup>131</sup> Selbst in der Bild-Zeitung stand am 24.9.1990 „Wird Kienzle verkauft? 4.000 bangen jetzt um ihren Job.“<sup>132</sup> Nach einer Aufsichtsratsitzung der Mannesmann AG am 19.12.1990 wurde der US-Computerhersteller DEC (Digital Equipment Corporation) als Partner vorgestellt.<sup>133</sup> Zum 1. Januar 1991 sollte das neue Unternehmen Digital-Kienzle GmbH und Co KG entstehen mit in Villingen 2.500 Mitarbeitern. Im Februar wurde der Verkauf an DEC vom Kartellamt genehmigt. Aber bereits im Januar 1992 übernahm DEC alle Anteile an Digital Kienzle.<sup>134</sup>



Abb. 30: Antrittsbesuch DEC bei Mannesmann Kienzle (StAVS).

Grundsätzlich veränderte der Verkauf von Kienzle Datentechnik an den amerikanischen Konzern wenig an der schwierigen Lage des EDV-

Unternehmens. Die Probleme blieben. In einer Betriebsversammlung vom 25.9.1992 diskutierten die Anwesenden, die frühere MDT (mittlere Datentechnik) werde von oben durch die billiger werdenden Großrechner und von unten durch die immer leistungsfähiger werdenden PCs und Workstations in die Zange genommen.<sup>135</sup> Der Trend zur Standardisierung erlaube den EDV-Herstellern immer weniger technische Alleingänge, mache ihre Produkte immer vergleichbarer und erschwere damit zunehmend die früher übliche autonome Preispolitik einzelner Anbieter. Seit dem der Computer zur Massenware geworden sei, gebe es einen ruinösen Wettbewerb durch Preisdruck einerseits und durch wachsende Entwicklungskosten bei kürzeren Produktzyklen andererseits.<sup>136</sup>

DEC wollte deshalb weltweit bis Jahresende 1992 15.000 Arbeitsplätze abbauen. Die IG Metall hingegen forderte einen Haustarifvertrag, der die von Kündigung bedrohten Digital-Arbeitnehmer besser schütze, den Beschäftigten im Unternehmen andere Arbeitsplätze anbiete, sie weiterqualifiziere, anstatt sie zu entlassen.<sup>137</sup> Mit dem deutschen Arbeitsrecht taten sich die Amerikaner schwer. Digital sei ein amerikanisches Unternehmen, so ein Gewerkschafter, „das sich in Europa nicht reinreden lassen will. Man akzeptiert zwar in Deutschland die Betriebsverfassung, aber dies müsse ja nicht noch europaweit gefördert werden.“<sup>138</sup> Die Amerikaner erwarteten einen bestimmten Umsatz pro Quartal. „Ist dieser niedriger als im Plan vorgesehen, werden die Arbeitnehmer reduziert.“

Am 17. Dezember 1992 sollten deshalb in allen deutschen Betrieben Betriebsversammlungen stattfinden.<sup>139</sup> In seiner Rede betonte der Betriebsratsvorsitzende Peter Theo Ruf<sup>140</sup>, im Geschäftsfeld EDV sei nach dem Aufschwung Ost ein „gravierender wirtschaftlicher Abschwung“ gekommen.<sup>141</sup> Leider müsse man mit einem weiteren Personalabbau rechnen.

Die IG Metall befürchtete, dass in Deutschland mittelfristig etwa 500.000 Arbeitsplätze in der EDV-Branche gefährdet seien.<sup>142</sup> Es sei „ein schändliches Spiel mit der Angst der Menschen um ihre Arbeitsplätze“, was hier stattfinde. Über eine Holding-Struktur der deutschen Digitaltöch-

ter glaubte das Unternehmen DEC die Situation schnell verbessern zu können. „Insgesamt [wollte] der weltweit viertgrößte Computer Konzern (Jahresumsatz 1991/92: 13,9 Milliarden US-Dollar, Verlust: 2,8 Milliarden US-Dollar) mit neuen Strukturen aus dem Tal der roten Zahlen herausfinden... Die drei Konzerntöchter München, Kaufbeuren und Villingen-Schwenningen schafften im Vorjahr zwar einen Umsatz von 2,5 Milliarden, fuhrten aber gleichzeitig einen Verlust von 150 Millionen Mark ein.“ Die Kosten müssten dringend – wieder einmal – gesenkt werden.<sup>143</sup>

Über die Neuorganisation wurden die Mitarbeiter in einer Betriebsversammlung im Mai 1993 informiert. Der Villingener Betriebsrat befürchtete, dass dadurch Nachteile für die rund 1.000 Villingener Kollegen entstehen könnten, wenn sie einer der neuen Teilfirmen zugeordnet würden.<sup>144</sup> Digital beteuerte hingegen, die geplanten Veränderungen sollten nur die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens verbessern.<sup>145</sup> In einer Urabstimmung stimmten die IGM-Mitglieder bei Digital Deutschland für Streik.<sup>146</sup> Nach zwei Wochen Streik im Werk Hannover<sup>147</sup>, dem sich mehrere Digital-Unternehmen anschlossen, konnte ein Tarifvertrag nach badischem Muster in einem dreitägigen Verhandlungsmarathon für alle deutschen Digital-Mitarbeiter durchgesetzt werden. Dies bedeutete für die betroffenen Beschäftigten eine Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 36 Stunden, einen verbesserten Kündigungsschutz, längeren Erziehungsurlaub und unbezahlte Freistellungen zur Weiterbildung.<sup>148</sup> Jürgen Martin von der IG Metall in Villingen-Schwenningen betonte vor der Presse, dass er mit dem Abschluss zufrieden sei, schließlich seien erhebliche Verbesserungen erreicht worden. Erstmals sei ein Tarifvertrag in der Computerbranche abgeschlossen worden, erstmals hätten hochqualifizierte Angestellte einen Arbeitskampf erfolgreich durchgeführt. Außerdem sei für die neue Holding eine Betriebsratsstruktur festgeschrieben worden.<sup>149</sup>

Die Verluste bei Digital gingen zwar zurück, statt 40 nur noch 20 Millionen minus, das reichte der Geschäftsführung aber nicht. Deshalb sollten bei Digital-Kienzle weitere 400 bis 500 Stellen

gestrichen werden.<sup>150</sup> Da in Villingen zur gleichen Zeit auch der Thomson-Konzern mit Schließung drohte, kam der Ministerpräsident Erwin Teufel nach Villingen, um zu retten, was noch zu retten war.<sup>151</sup>

Erwin Teufel erinnert sich: „Für mich die aller-schwierigste Situation, an die ich mich erinnere, das war Kienzle Villingen, eine Firma, die ja glänzend lief über lange Zeit, dann an einen größeren Konzern verkauft worden ist. Dann sollte die Betriebsstätte in Villingen geschlossen werden. Ich bin wieder hingefahren, hab mich angemeldet, bei der Geschäftsleitung, beim Betriebsrat, hab mit beiden gesprochen, das war die Absicht meiner Fahrt. Ich fuhr auf den Hof der Firma in Villingen und da standen mehrere 100 Leute auf dem Hof. Das waren mit die schwierigsten Sekunden, die ich überhaupt erlebt habe. Ich sitze in dem Auto. In dem Moment geht mir natürlich durch den Kopf: wie muss ich die Leute enttäuschen. Was kann ich denen sagen? Ich steige aus, in die gespenstische Situation hinein fangen die Menschen auf einmal an zu klatschen und haben mich so begrüßt. Der Bann war gebrochen und ich



Abb. 31: Ministerpräsident Erwin Teufel (StAVS).

*habe dann natürlich zu denen gesprochen. Ich konnte keine großen Hoffnungen machen, aber ich hab versprochen, dass das Menschenmögliche geschieht.*"<sup>152</sup>

Trotz Ministerpräsident hielt Digital an seinen Personalreduktionsplänen fest.<sup>153</sup> „Die Digital-Equipment-Corporation (DEC) [blieb] dabei, dass der Konzern vollkommen umgekrempelt [werde] und dass in Villingen die Hälfte der knapp 1.000 Arbeitsplätze abgebaut [würden].“<sup>154</sup> Das Management setzte wohl eher auch in Zukunft „auf die Gewinnquelle Personalabbau.“<sup>155</sup> Für die nun kommende Computergeneration seien „die altherwürdigen Kienzle-Rechner aus Villingen, so Aussagen von Konzernmitarbeitern,... nicht geeignet. Sie [seien] im Vergleich zu Alpha AXP-Geräten bessere Schreibmaschinen. Und [würden] aussterben.“<sup>156</sup>

Der Europa-Betriebsrat der Firma Digital rief für den 8. Juni zu einer Aktion gegen den permanenten Stellenabbau bei Digital auf. Mit mehreren Bussen wollte man nach Genf zur Europäischen Unternehmenszentrale fahren, „um gegen die unsinnige Unternehmenspolitik zu protestieren.“<sup>157</sup>

„Bei weitem die größte Gruppe der Demonstranten kam aus dem Schwarzwald: Rund 150 Kienzleaner nahmen die sechsstündige Busfahrt in Kauf, um das Management wachzurütteln, wie es einer der Demonstranten formulierte“. „Er werde nicht mit den Demonstranten verhandeln, da es für ihn einen europäischen Betriebsrat gar nicht gäbe, ließ Europa-Chef Damiani mitteilen.“<sup>158</sup>

Heinz H. war als Arbeitnehmervertreter damals dabei: „Ich bin nicht nur nach München gefahren, ich bin auch nach Genf gefahren. Ich war ja DAGler. Wenn die Firma geschlossen werden soll, da musst Du natürlich mitgehen. Als wir dann in Genf waren vor dieser großen Immobilie. Das hat Eindruck gemacht. Da wurde jedem eine Pfeife gegeben. Das muss man ja erst können. So bin ich nicht veranlagt. Dann musst Du eine Pfeife nehmen und musst da pfeifen.“<sup>159</sup>

Lothar S. Gewerkschaftsmitglied. „Die haben uns in München ja gar nicht reingelassen. Wir sind mit drei oder vier Bussen hin gefahren. Da haben wir ein bisschen Tam Tam gemacht vor dem Hauptgebäude von Digital. Reingelassen haben die nur zwei drei Leute. Da waren wir zum Aufregen! Viel gebracht hat es eigentlich nicht.“<sup>160</sup>

Die deutschen Digital-Gesellschaften kündigten den vor einem Jahr ausgehandelten Tarifvertrag, weil der dort ausgehandelte Sozialplan 1991 unter der Prämisse eines begrenzten Personalabbaus geschlossen worden sei. „Aufgrund der nachhaltigen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage sehe man sich gezwungen, den Sozialplan zu kündigen, und könne dies nur über den formalen Weg der Tarifvertragskündigung umsetzen.“<sup>161</sup>

„Bei der Betriebsversammlung am Mittwoch erfuhr die Kienzle Belegschaft, dass 120 Kolleginnen und Kollegen künftig zur Alldata, einem Tochterunternehmen der ARAG-Versicherungskonzerns, gehören werden.“<sup>162</sup> Weltweit wollte „sich Digital aus der Betreuung des Mittelstandes zurückziehen... und diesen Bereich Partnerfirmen überlassen.“<sup>163</sup>

„Nach einer Betriebsversammlung folgte ein ‚großer Teil der Beschäftigten‘ dem Aufruf der IG Metall und DAG, die Arbeit niederzulegen“<sup>164</sup>

Heinz H. erinnerte sich: „Der Münsterplatz war gerammelt voll. Und zu meiner Überraschung hat mein Chef gefragt, der ja überhaupt kein Gewerkschaftler war, er hat gefragt: gehen Sie da hin? Sag ich: ja selbstverständlich. Sagt er: ich weiß noch nicht. Dann sehe ich auf dem Platz meinen Chef.“<sup>165</sup>

Mitten in den Sommerferien wurde bekannt gegeben, dass Digital die Tochterfirma Digital-Kienzle vollständig schließen wolle. Ende Juni waren noch 720 Leute beschäftigt. „Seitdem sind in großer Hast viele Aufhebungsverträge geschlossen worden. Fragen Sie mich nicht, ob es 70, 90 oder 110 waren.“<sup>166</sup> so IG Metall Sekretär Jürgen Martin. Digital plante bereits zum 30. September eine Mitarbeitergesellschaft, die die Belegschaft von Digital-Kienzle aufnehmen sollte.

„Nach der Kündigung des Sozialplanes, in dem die Höhe der Abfindungen für ‚freiwillig‘ ausscheidende Mitarbeiter geregelt ist, nach dem Beschluss... in Deutschland den Personalbestand von derzeit 4.700 Stellen um 2.200 zu reduzieren, nach dem Verkauf... [des Bereichs] Öffentliche Verwaltungen an Alldata, nach der Einstellung der Vertriebsaktivitäten und insgesamt der Zerschlagung sämtlicher Kienzle-typischer Arbeitsbereiche, die dem Unternehmen auch im vergangenen Jahr



noch Gewinne beschert haben, plant der Konzern jetzt die Beschäftigungsgesellschaft. Ihr sollen die Männer und Frauen beitreten, die ihren Job bei Digital verlieren werden.“<sup>167</sup> Digital wollte der Mitarbeitergesellschaft die Geschäftsräume überlassen und Dienstleistungsaufträge in der Höhe von 60 Millionen Mark. Das neue Unternehmen sollte als GmbH mit einem Stammkapital von 50.000 DM ausgestattet werden.<sup>168</sup>

In der Situation des Jahres 1994 sahen viele die Mitarbeitergesellschaft als eine Chance an. Jürgen Martin von der IG Metall, sprach „von einem einmaligen Vorgang“. „Man betrete absolutes Neuland... Überzeugungsarbeit an den Mitarbeitern sei notwendig, damit diese den Sprung in die MAG (Mitarbeitergesellschaft) wagen. Sonst drohe Arbeitslosigkeit... Nachdem in Villingen noch 180 Mitarbeiter mit einem Aufhebungsvertrag die Unternehmen verlassen werden, wird 300 Kienzle-Beschäftigten der Übergang in die Mitarbeitergesellschaft angeboten. Weitere 120 sind noch bei Digital.“<sup>169</sup>

Birgit H. erinnert sich an damals: *„Ich war bei dieser Personengruppe, die einen Aufhebungsvertrag bekam mit einer Abfindung. Man sagte unterschreib jetzt. Da hat im Prinzip jeder unterschrieben. Am Mittwoch oder Donnerstag wurde der Vertrag unterzeichnet und es hieß: am Freitag ist Dein letzter Arbeitstag. Ich hatte noch Zeit, um meine persönlichen Dinge aus dem Schreibtisch zu holen und mich von den Kollegen zu verabschieden. Ich war ja auch schon 10 Jahre dabei. Alles, was Du bisher gemacht hast, interessiert keinen Menschen. Du musst nichts übergeben, sondern einfach nur davon rennen. Am Freitag habe ich mich noch von den Kollegen verabschiedet und meine Jacke geholt, da hieß es: der Personalchef wartet schon. Da haben sie festgestellt, dass in einer Abteilung (programmierbare Speicherbausteine) einer zu viel entlassen worden sei. Dann wurde mir ein Job angeboten. Ich hab mir bis zum Montag Bedenkzeit erbeten. Die Abfindung war nicht so hoch und dann hab ich mir gedacht, jetzt geh ich halt mal schaffen, dann kann ich mir ja immer noch in Ruhe etwas anderes suchen. Dann musste ich da auf die Schnelle eine Abteilung übernehmen, in der früher vier Mann gearbeitet hatten.“*<sup>170</sup>

Heinz H. wollte noch die Rente bei Ditec (Namen der neuen Mitarbeitergesellschaft) erleben: *„Die Mitarbeitergesellschaft wurde damals als etwas Gutes angesehen. Da war eine Aufbruchstimmung. Es gab einen neuen Geschäftsführer, der hat uns einiges Positives vorgegaukelt. Aber im Grunde hat das Unternehmen keine Entwicklung mehr gehabt. Es gab ja keine Produktion mehr, das war ja nur Vertrieb. Zum Teil wurden noch die alten Kienzle-Computer-Kunden bedient. Für mich war eine Perspektive da. 1998 wurde ich 63 und da konnte ich in Rente gehen. Ich hab keine große Beschäftigung mehr gehabt. Mindestens ein Jahr hatte ich das Gefühl, es gibt für mich nichts mehr zu tun. Da sitzt man in der Firma und muss die Zeit absitzen.“*<sup>171</sup>

Auch das verbliebene Mannesmann-Unternehmen, der alte A-Bereich, in Villingen hatte 1993 Schwierigkeiten.<sup>172</sup> „Inoffiziell wird über einen Abbau von 300 bis 400 Mitarbeitern spekuliert... Das Villingener Unternehmen geriet vor einem Jahr in den Sog der Strukturkrise. Nach den Werksferien 1992 brach der Absatz beim führenden Hersteller von Fahrtenschreibern drastisch ein, denn es werden weniger Lastwagen und Omnibusse verkauft. Norbert Tonhausen: *„Wir können die Autofirmen nun mal nicht dazu bringen, zwei Fahrtenschreiber in ein Fahrzeug einzubauen...“* Zwanzig Prozent Personalkosten sind einzusparen, so die Vorgabe... Ab Januar werden bekanntlich die Konzernschwestern VDO und Kienzle ihre Vertriebsaktivitäten neu ordnen. In der gemeinsamen VDO Kienzle Vertrieb und Service GmbH sollen rund 600 Beschäftigte tätig sein, davon auch ein Teil von Mannesmann Kienzle. Geschlossen wird zum Jahresende in Villingen die Abteilung Druckguß, in der 80 Mitarbeiter tätig waren. Nach Schätzung Tonhausens werden bei Mannesmann-Kienzle etwa 1.500 Beschäftigte bleiben. Noch im Juni dieses Jahres waren hier 2.600 Mitarbeiter tätig.“

Die Badische Zeitung schrieb 1993 zur wirtschaftlichen Situation der Region. *„Der Schwarzwald-Baar-Kreis war früher eine blühende Wirtschaftsregion. Seit Mitte der siebziger Jahre stolpert die Region von einer Strukturkrise in die andere:*

die Uhrenindustrie schrumpfte bös zusammen, die Unterhaltungselektronik verschwand fast völlig von der Bildfläche, der Maschinenbau krebst seit vielen Jahren mehr schlecht als recht dahin. Allein in der Metall und Elektroindustrie fielen in den letzten 15 Jahren rund 10.000 Stellen weg.

Seit sich auf die Struktur- noch die Konjunkturkrise gelegt hat, geht es mit der Wirtschaft im Oberzentrum Villingen-Schwenningen noch steiler bergab als anderswo... Bedeutende Mittelständler wie die Alufießerei Villingen, Binder-Magnete oder der Autozulieferer Mannesmann-Kienzle bauen jeweils Hunderte von Arbeitsplätzen ab... Villingen-Schwenningen hat inzwischen neben Mannheim die höchste Arbeitslosigkeit im Land.<sup>173</sup>

Der ehemalige A-Bereich existiert immer noch in seiner Nachfolgefirma Continental und ist immer noch mit rund 1.400 Beschäftigten der größte Arbeitgeber in Villingen-Schwenningen. Die Mitarbeitergesellschaft Ditec konnte sich nicht behaupten. Es gab mehrere Ausgründungen, wie die Forest GmbH und die Siemac. Heute ist von dem einst so erfolgreichen B-Bereich der ehemaligen Kienzle Apparate GmbH nichts mehr übrig.

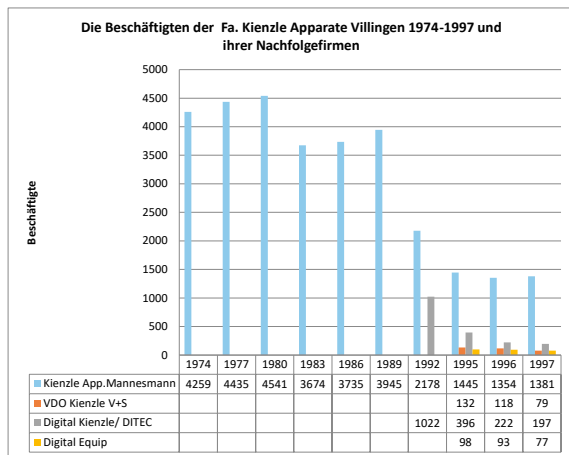


Abb. 32: Die Beschäftigten der Fa. Kienzle Apparate Villingen 1974-1997 und ihrer Nachfolgefirma. Die Daten wurden aus den Geschäftsberichten der IGM-Verwaltungsstelle Villingen-Schwenningen zusammengestellt.

### Anmerkungen:

<sup>1</sup> Von Armin Müller gibt es zwei relativ neue Beiträge, die die technische und betriebswirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens genau nachzeichnen. Armin Müller, Kienzle.

Ein deutsches Industrieunternehmen im 20. Jahrhundert. Stuttgart 2011. Ebenso: Armin Müller, Mittlere Datentechnik – Made in Germany. Der Niedergang der Kienzle Apparate GmbH Villingen als großer deutscher Computerhersteller. In: Morten Reitmayer/Ruth Rosenberger (Hg.), Unternehmen am Ende des "goldenen Zeitalters". Die 1970er Jahre in unternehmens- und wirtschaftshistorischer Perspektive, Essen: Klartext 2008, S. 91–110. Herbert Ackermann, Von Taxametern, Fahrten schreiben und Computern. Die Geschichte der Kienzle-Apparate GmbH. Jahresheft des GHV 1995.

<sup>2</sup> Leider weist auch die Homepage der Firma Continental nicht auf die Ursprünge des Unternehmens in Villingen hin. Weshalb im heutigen Alltag fast nichts mehr auf dieses ehemals größte Villingen Unternehmen hinweist.

<sup>3</sup> StAVS Spruchkammerakten Aussage Dr. Herbert Kienzle.

<sup>4</sup> Vgl. Annemarie Conradt-Mach, Arbeit für den Krieg. Beilage zur Südwestpresse/Neckarquelle v. 2.9.1989, S. 4/5.

<sup>5</sup> Armin Müller, Kienzle. Ein deutsches Industrieunternehmen im 20. Jahrhundert. Stuttgart 2011. S. 75.

<sup>6</sup> Armin Müller, Kienzle. Ein deutsches Industrieunternehmen im 20. Jahrhundert. Stuttgart 2011. S. 76.

<sup>7</sup> Kienzle-Blätter v. 18.4.1955 S. 10, Buchungsmaschinen im Dienste der Deutschen Bundespost.

<sup>8</sup> Herbert Ackermann, Von Taxametern, Fahrten schreiben und Computern. Die Geschichte der Kienzle Apparate GmbH. Jahresheft des GHV 1995, S. 11.

<sup>9</sup> Heinz H. Interview vom 14.8.2015. Viele bekannte Villingen bzw. Schwenninger haben bei Kienzle Apparate gearbeitet. So auch der spätere SPD-Landtagsabgeordnete Adam Berberich. Bei den Betriebsratswahlen im Juni 1966 wurde der Monteur aus der Preisrechnermontage Adam Berberich, geb. 1.11.1914, Betriebsrat. Später war er DGB-Vorsitzender und SPD Landtagsabgeordneter.

<sup>10</sup> Kienzle-Blätter Nr. 1, 1957, S. 2.

<sup>11</sup> Heinz H. Interview vom 14.8.2015.

<sup>12</sup> Kienzle-Blätter Nr. 1, 1957, S. 15.

<sup>13</sup> Kienzle-Blätter 1962, Nr. 3, S. 30.

<sup>14</sup> A.a.O. S. 39.

<sup>15</sup> A.a.O. S. 20f.

<sup>16</sup> A.a.O.

<sup>17</sup> Kienzle-Blätter Nr. 5 1961, S. 11 ff.

<sup>18</sup> Armin Müller . S. 87–89.

<sup>19</sup> Kienzle-Blätter 1962 Nr. 4, S. 15.

<sup>20</sup> Kienzle-Blätter 1/1973. H.A. Zehn Jahre EAB – erfolgreiche Zukunftsplanung S. 2–4.

<sup>21</sup> A.a.O. S. 4, Jochen Kienzle in der Betriebsversammlung.

<sup>22</sup> Heinz H. Interview vom 14.8.2015.

<sup>23</sup> Kienzle-Blätter 1965 Nr. 4, S. 23.

<sup>24</sup> Kienzle-Blätter 1966 Nr. 3, S. 48.

<sup>25</sup> Kienzle-Blätter 1968 Nr. 2, S. 13, Jochen Kienzle sprach zu den Jubilaren.

<sup>26</sup> A.a.O. S. 17.

<sup>27</sup> Diese Aktion führte zu Unruhen, die sich über ganz Frankreich ausweiteten und anschließend auch auf Unternehmen übergriffen. „Am Donnerstag, dem 16. Mai, waren 50 Unternehmen besetzt, am nächsten Tag streikten 200.000 Arbeiter. Fast die gesamte Metall- und Chemieindustrie war betroffen. Am Samstag breiteten sich Streiks und Fabrikbesetzungen rapide aus; an ihnen beteiligten sich etwa 2 Millionen Menschen. Frankreich erlebte den ersten „wilden Generalstreik“ der Geschichte; er zog sich fast einen Monat hin.“ (Wikipedia).

- <sup>28</sup> Seit 1966 regierten in Bonn Kurt Georg Kiesinger und Willy Brandt. Ab 1969 bis 1972 die Regierung Brandt Scheel.
- <sup>29</sup> A.a.O. S. 31.
- <sup>30</sup> Kienzle-Blätter 4/1971, S. 7.
- <sup>31</sup> Kienzle-Blätter 4/1968, S. 4–8.
- <sup>32</sup> Kienzle-Blätter 2/1969 S. 19.
- <sup>33</sup> Vgl. StAVS Chronik 7535, Schwabo v. 20. 8. 1970, Bedeutsamste Erweiterung seit der Gründung.
- <sup>34</sup> A.a.O. S. 5.
- <sup>35</sup> A.a.O. 4/78, S. 43/44, Die Firma Kienzle Apparate GmbH – ihre Bedeutung für die Wirtschaft unseres Raumes.
- <sup>36</sup> A.a.O. 1/1972, S. 11.
- <sup>37</sup> Heinz H. Interview vom 14. 8. 2015.
- <sup>38</sup> Kienzle-Blätter 1978/4, S. 9 Eine Einführung in das Unternehmen betonte: „In dieser Region sind die Köpfe der Feinmechanik zu Hause, auf deren solidem Boden die Elektronik besonders gut gedeiht.“ Das Unternehmen sei im „Alleinbesitz“ der Familie Kienzle.
- <sup>39</sup> A.a.O.
- <sup>40</sup> A.a.O. S. 12.
- <sup>41</sup> Kienzle-Blätter 3/1976, S.9 und Kienzle-Blätter 2/78, S. 9 Unsere Arbeitnehmer-Vertreter im Aufsichtsrat, Mitbestimmungsgesetz von 1976: Das Mitbestimmungsgesetz vom 4. 5. 1976 gilt für Unternehmen mit i. d. R. mehr als 2.000 Beschäftigten, wenn sie als juristische Person in der Form einer AG, Kommanditgesellschaft auf Aktien (KGaA), GmbH, bergrechtlichen Gewerkschaft oder Genossenschaft betrieben werden. Tendenzbetriebe im Sinne von § 118 BetrVG sowie Unternehmen, die dem Montanmitbestimmungsgesetz 1951 unterliegen, sind von dieser Art der Unternehmensmitbestimmung ausgenommen. Nach dem Mitbestimmungsgesetz von 1976 bleiben die Kompetenzen der Anteilseigner bei den Grundfragen des Unternehmens unberührt (z. B. bei Änderung des Unternehmensgegenstandes, Auflösung oder Umwandlung des Unternehmens, Kapitalerhöhung, Fusion). Es bestimmt aber, dass der Aufsichtsrat gleichmäßig mit Vertretern der Anteilseigner und der Arbeitnehmer besetzt wird. Die Arbeitnehmersitze müssen auf Arbeiter, Angestellte und leitende Angestellte entsprechend ihrem Anteil an der Gesamtbelegschaft verteilt werden; ihre Wahl erfolgt, je nach Belegschaftsstärke, unmittelbar durch Urwahl oder mittelbar durch Wahlmänner. (Wikipedia) Vgl. Kienzle-Blätter 1/78, Aufsichtsratswahlen S. 19–22.
- <sup>42</sup> Kienzle-Blätter 1/1972, S. 4 Der Betriebsratsvorsitzende beklagte, dass 65 Heimarbeiterinnen entlassen werden mussten, meist Ehefrauen von Betriebsangehörigen. Die Beschäftigungslage habe auch innerbetrieblich zu Versetzungen geführt.
- <sup>43</sup> Kienzle-Blätter 3/1971, S. 3 Betriebsversammlungen in Villingen. Der gesamte Umsatz des Unternehmens sei zwar um 2% gestiegen, die Personalkosten hätten aber im gleichen Zeitraum um 11% zugenommen. Der Kienzle-Computer 6000 konnte zwar gut verkauft werden, leider mussten die Preise bei diesem Gerät gesenkt werden wegen des hohen Konkurrenzdrucks. Wegen der DM-Aufwertung ging der Export von 39 auf 34,5 zurück. (Belegschaftsentwicklung 3/72 Konjunktur, Verlagerung von Arbeitern zu Angestellten).
- <sup>44</sup> Kienzle-Blätter 1/1974, S. 4 und 5.
- <sup>45</sup> Kienzle-Blätter 3 u.4/1974, S. 6.
- <sup>46</sup> Kienzle-Blätter 1/1975, Die Geschäftsleitung berichtet S. 4.
- <sup>47</sup> A.a.O.
- <sup>48</sup> StAVS Chronik 7535, Südkurier v. 26. 3. 1975. Schwierige Zeiten für Kienzle Apparate. Siehe auch Schwabo v. 15. 4. 1975, Kienzle Apparate stellt Neuheiten vor. „Die Elektronik löst endgültig die klassisch-mechanischen Verfahren ab.“... „Seit Beginn der fünfziger Jahre ist Kienzle im Büromaschinen-Geschäft tätig und erfolgreich. In rund 25 Jahren wurden über 200.000 Buchungsautomaten und Fakturiermaschinen ausgeliefert. Viele dieser robusten elektromechanischen Geräte sind heute noch im Einsatz. Aber im Rechnungswesen des Klein- und Mittelbetriebs vollzieht sich ein Strukturwandel, auch hier hält die Automation nun Einzug.“
- <sup>49</sup> StAVS Chronik 7535, Südkurier v. 13. 9. 1975, Kienzle Apparate erlebt Auftragsboom.
- <sup>50</sup> Jürgen Martin, Kienzle Apparate. In: Vorstand IGM (Hrsg), Branchenkonferenz Uhren der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland. „Uhrenindustrie zwischen Technischem Fortschritt und Wettbewerb.“ 21. Oktober 1975 Sindelfingen. Frankfurt 1975, S. 72.
- <sup>51</sup> Kienzle-Blätter 3/1975, S. 7.
- <sup>52</sup> A.a.O. S. 8. Seit 1968 erhielt das Unternehmen Förderungsmittel, überwiegend als Darlehen. Allerdings musste das Unternehmen dafür auch große Vorleistungen bringen. Einem Förderungszuschuss von einer Million standen 1968 7,27 Millionen DM Entwicklungskosten gegenüber.
- <sup>53</sup> A.a.O. Diese Zahl erscheine zwar auf den ersten Blick hoch, sie entspreche aber der nicht ganz durchschnittlichen monatlichen Lohnzahlung des Unternehmens. Diese Summe werde deshalb schnell relativiert.
- <sup>54</sup> A.a.O.
- <sup>55</sup> A.a.O. S. 3 A.a.O. 4/1975, Jochen Kienzle: Jahresende bedeutet Rückblick, Jahresanfang Ausblick. S. 2/3.
- <sup>56</sup> A.a.O. S. 4.
- <sup>57</sup> Eugen Loderer IG Metall Vorsitzender von 1972 bis 1983, Hans Mayer war IGM-Vorsitzender in Württemberg.
- <sup>58</sup> A.a.O. S. 27.
- <sup>59</sup> Kienzle-Blätter 4/1975, S. 31/32.
- <sup>60</sup> Kienzle-Blätter 2/1977, S. 30.
- <sup>61</sup> Kienzle-Blätter 2/1976, S. 30.
- <sup>62</sup> A.a.O. S. 31.
- <sup>63</sup> A.a.O. Beilagen zu den Kienzle-Blättern 3/1976.
- <sup>64</sup> Beilage zu den Kienzle-Blättern 3/77.
- <sup>65</sup> Kienzle-Blätter 4/77 Personalaufwand im Geschäftsjahr 1976/77, S. 10 und 11.
- <sup>66</sup> Bindels (Jahrgang 1935) arbeitete vorher bei Honeywell-Bull, einem europäisch-amerikanischen Großrechnerhersteller. Als wichtiges Ziel im B-sektor sah Bindels: „Die Erzielung eines wesentlich größeren Umsatzes mit dem gleichen Fixkostenblock“, was er mit einer effizienteren Organisation erreichen wollte.
- <sup>67</sup> Kienzle-Blätter 4/78, Marketing als zentrale Aufgabe einer aktiven Unternehmensstrategie, S. 11.
- <sup>68</sup> A.a.O. S. 12, vgl. auch Computerwoche v. 27. 10. 78, Diebold-Studie ermittelt Marktanteil von 36 Prozent. Kienzle unbestrittener Marktführer bei Bankenterminals.
- <sup>69</sup> Kienzle-Blätter 4/78. S. 19.
- <sup>70</sup> A.a.O. S. 20.
- <sup>71</sup> Beilage zu den Kienzle-Blättern 1/79.
- <sup>72</sup> A.a.O. Bericht des Betriebsrates.
- <sup>73</sup> StAVS Ordner: IGM-Verwaltungsstelle Kienzle Apparate, BZ v. 26.9.1979, Angst vor Entlassungen weg – Unruhe bleibt.
- <sup>74</sup> A.a.O.
- <sup>75</sup> Kienzle-Blätter 1/1979, S. 1/2 gesicherte Zukunft?
- <sup>76</sup> A.a.O. S. 2.
- <sup>77</sup> A.a.O. S. 35, Dieter Knaupp, Zusatzausbildung für Feinmechaniker.

- <sup>78</sup> Kienzle-Blätter 1/1980, S. 26.
- <sup>79</sup> Kienzle-Blätter 4/1980, S. 5 f Trends im Computermarkt.
- <sup>80</sup> A.a.O. S.8.
- <sup>81</sup> A.a.O. S. 23, Berufsausbildung und technischer Wandel.
- <sup>82</sup> StAVS Ordner: IGM-Verwaltungsstelle Kienzle Apparate, BZ vom 19.2.1981, Er sei nur einen Tag vor den Mitarbeitern als stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzender „ins Bild gesetzt“ worden.
- <sup>83</sup> A.a.O.
- <sup>84</sup> A.a.O.
- <sup>85</sup> A.a.O. SWP v. 18.2.1981, Die Notbremse.
- <sup>86</sup> A.a.O. SWP v. 18.2.1981, Mannesmann kauft sich bei Kienzle ein. Parkuhren würden trotz hohem Marktanteil nur ein Prozent am Gesamtumsatz ausmachen.
- <sup>87</sup> StAVS Kienzle Apparate Chronik 7535, Schwabo v. 14.4.1981, „Kienzle-Ehe“ mit Mannesmann wurde vom Bundeskartellamt abgesegnet. Bedenken der Wettbewerbshüter konnten von den Unternehmen zerstreut werden. Der Betriebsrat unterstützte diese Aktion mit einem Schreiben an das Bundeskartellamt.
- <sup>88</sup> Kienzle-Blätter 1/1981, Der Weg ist frei.
- <sup>89</sup> StAVS Kienzle Apparate Chronik 7535, Südkurier v. 19.5.1981, Wilfried Heupel, Der Mann von Mannesmann bereits im Anmarsch. Neu berufen wurden in den Aufsichtsrat Werner Dieter (Rexroth), Dr. Joachim Funk (Mannesmann), Dr. Franz Josef Weisweiler. Weisweiler wurde auch zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats gewählt.
- <sup>90</sup> Kienzle-Blätter 3 u. 4/1981, S. 6, Dipl. Kfm. Hans-Erich Bornemann stellt sich vor. In der Betriebsversammlung vom 31.8. stellte sich der neue Geschäftsführer der Belegschaft vor. Er sei zum 1.6.1981 Geschäftsführer der Kienzle Apparate GmbH geworden. Er sei nicht der neue Aufpasser der Mannesmann AG. Kienzle sei ein „Begriff für moderne und zukunftsorientierte Technologien und für Qualität.“ Bornemann war in der Mannesmann AG groß geworden.
- <sup>91</sup> Kienzle-Blätter, Einlage Jahresabschluss Geschäftsjahr 1980/81.
- <sup>92</sup> Kienzle-Blätter 3 u. 4/1981, S. 4, Mit Vertrauen in das neue Jahr.
- <sup>93</sup> StAVS Ordner: IGM-Verwaltungsstelle Kienzle Apparate, BZ v. 14.8.1981, Franz Dannecker u. Klaus Peter Karger, Absatzschwierigkeiten provozieren Gerüchte. Verunsicherung bei Kienzle: Stehen Entlassungen bevor. Geschäftsleitung gibt keine klärende Stellungnahme ab.
- <sup>94</sup> StAVS Kienzle Apparate Chronik 7535, BZ v. 26.8.1981, Kienzle Apparate müssen 300 Mitarbeiter entlassen. / Jetzt ist es raus: 300 Kienzle-Mitarbeiter verlieren Arbeitsplatz.
- <sup>95</sup> Vgl. dazu StAVS Ordner: IGM-Verwaltungsstelle Kienzle Apparate, Interessenausgleich (2 Seiten von der Geschäftsführung und vom Betriebsrat unterzeichnet), Nachteils-milderungsregelung zwischen der Firma Kienzle Apparate GmbH VS-Villingen und dem Betriebsrat der Kienzle Betriebsstätten in Villingen-Schwenningen, Mönchweiler und Bonn. Unterzeichnet Geschäftsführung Bornemann, Betriebsrat Tonhausen.
- <sup>96</sup> A.a.O. Lebensalter minus 30 mal Faktor 0,18 mal Bruttomonatsverdienst, zusätzlich Dauer der Betriebszugehörigkeit mal Faktor 1853. Ein 45 Jahre alter Kienzle-Mitarbeiter, der 15 Jahre im Betrieb ist, bekommt nach dieser Formel knapp 40.000 DM als Abfindung.
- <sup>97</sup> StAVS Kienzle Apparate Chronik 7535, Schwabo v. 27.8.1981, Bei Kienzle wird Sozialgeschichte gemacht. Nachteils-minderungsregelung mit Finessen! Seit gestern sind die Betroffenen über ihre Entlassungen informiert. Selbst Chefs bekamen ‚blaue Briefe‘.
- <sup>98</sup> StAVS Chronik 7535, BZ v. 1.9.1981, Kienzle Apparate seit Jahren erstmals wieder in roten Zahlen.
- <sup>99</sup> A.a.O.
- <sup>100</sup> A.a.O. „Wobei man zusätzlich ältere Arbeitnehmer, für die eigentlich Kündigungsschutz besteht, dazu bewegen will, durch Abfindungszahlungen ihren Arbeitsplatz freiwillig zu verlassen.“
- <sup>101</sup> A.a.O. In der gleichen Betriebsversammlung vom 31.8. stellte sich der neue Geschäftsführer Bornemann der Belegschaft vor. Er sei zum 1.6.1981 Geschäftsführer der Kienzle Apparate GmbH geworden. Er wolle die Zukunft von Kienzle aktiv mitgestalten. Kritische Fragen stellte ein Gewerkschaftsvertreter, ob bei einer klügeren Geschäftspolitik die Entlassungen nicht vermeidbar gewesen wären. Hinweise durch die IG Metall habe es jedenfalls gegeben. Die Chancen auf einen neuen Arbeitsplatz stehen für die Entlassenen aktuell jedenfalls gleich 0. Siehe auch: Südkurier v. 29.11.1981, Wilfried Heupel, Selbstbewußt dank Mannesmann. Bereits am 3.9.1981 dementierte die Geschäftsleitung die Pressemeldungen aus der badischen Zeitung zur Betriebsversammlung vom 1.9. Von einem Abbau von 700 Arbeitsplätzen könne keine Rede sei. In den einschlägigen Pressedarstellungen habe der Zusammenhang gefehlt. Mannesmann wollte sich dann doch nicht als weiterer Arbeitsplatzvernichter in Villingen-Schwenningen einführen. „Wenn Kienzle einerseits Mitarbeiter entlasse und andererseits von Expansionsplänen unter dem Patronat des 50prozentigen Anteilseigners Mannesmann rede, so sei dies nur vordergründig gegensätzlich.“ Demnächst soll eine Anzeigenkampagne mit Stellenangeboten für Elektronik-Ingenieure und Mikroprozessor-Programmierer folgen und die neuen Ziele des Villingen Unternehmens aufzeigen.
- <sup>102</sup> StAVS Ordner: IGM-Verwaltungsstelle Kienzle Apparate Entschließung der Vertrauensleute der Firma Kienzle Apparate GmbH v. 25.8.1981 Die Vertrauenskörperleitung Peter Ruf.
- <sup>103</sup> StAVS Chronik 7535, Schwabo v. 28.1.1982, Trotz steigender Verlusten: Kienzle setzt auf seine neue Computerfamilie. / BZ v. 28.1.1982, Kienzle Apparate: Ein Jahr noch Verlust, dann wieder mit Gewinn.
- <sup>104</sup> StAVS Chronik 7535, BZ 26.2.1982.
- <sup>105</sup> StAVS Chronik 7535, Südkurier v. 27.2.1982, „Wir können als Stadt nur froh sein“. Siehe auch: StAVS Chronik 7535, Schwabo v. 24.3.1982, Jetzt kommt es bei Kienzle darauf an: neue Computergeneration soll das Unternehmen wieder flott machen. Gegenüber dem Schwarzwälder Boten stellte der Geschäftsführer Hans-Erich Bornemann fest, die schlechten Ergebnisse des Unternehmens seien durch das endgültige Auslaufen der Mechanik und den vollen Übergang zur Elektronik, durch die schlechte Konjunktur und die hohen Investitionskosten für Neuentwicklungen zustande gekommen. „Kienzle wird in den nächsten ein bis zwei Jahren mehr investieren als verdienen“. Mannesmann und Kienzle hätten diese Entscheidung, so Bornemann, gemeinsam getroffen, um so das Unternehmen und seine Arbeitsplätze langfristig zu sichern.
- <sup>106</sup> StAVS Chronik 7535, Schwabo v. 29.4.1982. Der Mannesmann-Konzern hatte in Hannover richtig geklotzt mit einem nahezu doppelt so großen (2100 qm) Messestand als im Vorjahr. Viel Politprominenz erschien am Messestand: Bundesforschungsminister Dr. Andreas v. Bülow, der baden-württembergische Wirtschaftsminister Rudolf Eberle, der Bundestags-abgeordnete Dr. Hans-Jörg Häfele, der Oberbürgermeister von Villingen-Schwenningen Dr. Gerhard Gebauer sowie der komplette Vorstand der Mannesmann AG.



- <sup>107</sup> Kienzle-Blätter 1 u.2/1982, S. 8/9.
- <sup>108</sup> Interview mit Heinz H. v. 14. 8. 2015.
- <sup>109</sup> StAVS Chronik 7535.
- <sup>110</sup> StAVS Ordner: IGM-Verwaltungsstelle Kienzle Apparate, BZ v. 27. 5. 1983, Aufwärtsentwicklung bei Kienzle trotz Verluste.
- <sup>111</sup> StAVS Chronik 7535, Südkurier v. 27. 8. 1983.
- <sup>112</sup> Bezieht sich auf rund 6.000 Mitarbeiter aller Kienzle-Unternehmungen im Mannesmann-Konzern. Siehe auch Südkurier am 27. 9. 1983.
- <sup>113</sup> StAVS Ordner: IGM-Verwaltungsstelle Kienzle Apparate Gesamtbetriebsratssitzung vom 31. 8. 1983 im Werk D, Rede des BRV Tonhausen.
- <sup>114</sup> Weitere Mitglieder des Vorstands waren Wilhelm Jägers, Herbert Kleiser und Hans-Jürgen Storck.
- <sup>115</sup> StAVS Chronik 7535, BZ v. 6.12.1983, Die Badische Zeitung berichtete kürzlich bereits ausführlich über die Rationalisierungsmaßnahmen bei Kienzle.
- <sup>116</sup> StAVS Chronik 7535, Südkurier v. 30.5.1984, Kienzle bringt Mannesmann mehr.
- <sup>117</sup> StAVS Ordner: IGM-Verwaltungsstelle, Wirtschaftswoche 45 v. 2. 11. 1984, Kienzle/ Ende eines Sanierers.
- <sup>118</sup> A.a.O. BZ v. 26. 9. 1984.
- <sup>119</sup> Man feierte im Oktober 1985 den 10.000. Anwender des Computersystems 9000.
- <sup>120</sup> StAVS Chronik 7535 BZ v. 19. 10. 1984.
- <sup>121</sup> StAVS Chronik 7535 Schwabo v. 4. 7. 1986, Region enorm attraktiver Wirtschaftsraum? Mannesmann Kienzle: Professor Szyperskis erste Bilanz und Zukunftspläne.
- <sup>122</sup> A.a.O. BZ v. 4. 7. 1986, Nach der Sanierung neue Märkte im Visier. Jetzt wieder größeres Gewicht auf Entwicklung/ Mannesmann-Kienzle, Qualifizierter Nachwuchs gefragt.
- <sup>123</sup> Interview mit Herrn und Frau S. vom 6. 8. 2015.
- <sup>124</sup> StAVS Chronik 7535, Südkurier v. 29. 7. 1987.
- <sup>125</sup> StAVS Chronik 7535, Schwabo v. 12. 5. 1987, Bröckelt Front gegen Einkaufszentrum? Kienzle-Areal am Benediktiner Ring: Derzeit herrscht Funkstille.
- <sup>126</sup> StAVS Chronik 7535, BZ v. 1. 12. 1987, Geschäftszentrum am Benediktiner Ring geplant. Das Unternehmen will mit Hilfe des Verkaufserlöses expandieren – Investitionen von 20 Millionen im Gespräch.
- <sup>127</sup> StAVS Chronik 7535, Schwabo v. 18. 10. 1988, Richtfest bei Mannesmann- Halle im Rohbau fertig.
- <sup>128</sup> StAVS Chronik 7535, Schwabo v. 19./20. 8. 1989.
- <sup>129</sup> StAVS Chronik 7535, BZ v. 31. 10. 1989 Chefwechsel bei Kienzle. Szyperski wird abgelöst.
- <sup>130</sup> Nach Armin Müller, S. 117.
- <sup>131</sup> StAVS Chronik 7535, BZ v. 25. 9. 1990, Entscheidung über Kienzle soll bald fallen.
- <sup>132</sup> Armin Müller S. 120.
- <sup>133</sup> Armin Müller S. 122.
- <sup>134</sup> Armin Müller S. 124.
- <sup>135</sup> StAVS Ordner: IGM Digital II, Betriebsversammlung Ende 1992 – Handschriftlich. – 25. 9. 1992, S. 5.
- <sup>136</sup> A.a.O. S. 6.
- <sup>137</sup> StAVS Ordner: IGM Digital II, Beim EDV-Riesen geht die Angst um. Offenbach-Post 2.3.4. Oktober 1992, Wackeln bei Digital die Arbeitsplätze.
- <sup>138</sup> StAVS Ordner: IGM Digital I, Telefax v. 28. 10. 1992 der deutschen Angestelltengewerkschaft. Manuskript eines Artikels: Elektromulti Digital/Europäischer Betriebsrat gegründet.
- <sup>139</sup> StAVS Ordner: IGM Digital II, Thomas Klebe (IGM Vorstand), Information zur Digital Equipment GmbH v. 3. 11. 1992.
- <sup>140</sup> A.a.O. Referat: Peter Theo Ruf v. 16. 12. 92/Betriebsversammlung am 17. 12. 92, Letzte BV im Kalenderjahr 92.
- <sup>141</sup> A.a.O. S. 3.
- <sup>142</sup> A.a.O. Presse- und Funk-Nachrichten IGM v. 18. Januar 1993, Süddeutsche Zeitung v. 15. 1. 1993, IG Metall befürchtet Absturz der EDV-Industrie. Ein Drittel der Arbeitsplätze bedroht.
- <sup>143</sup> A.a.O. Neue Strukturen bei Kienzle, Dirkmann jetzt als „Länderchef“ für Villingen verantwortlich – heute Betriebsversammlung.
- <sup>144</sup> StAVS Ordner: IGM Digital II, Südkurier vom 8. 6. 1993, Kienzle bald ein Teil von Digital/ Digital baut ein deutsches Dach. Der Gesamtbetriebsratsvorsitzende, Dieter Jung, in München machte alle IGM-Mitglieder auf die möglichen Gefahren der Neugliederung aufmerksam. Wenn z.B., ehemalige Kienzle-Mitarbeiter an eine nicht tarifgebundene Konzerntochter versetzt würden, würde ihre Tarifbindung nach einem Jahr beendet werden, weshalb die IGM einen einheitlichen Tarifvertrag für ganz Deutschland anstrebte.
- <sup>145</sup> A.a.O. Schreiben der IGM-Bezirksleitung München an die IGM Verwaltungsstellen v. 1. 6. 1993. Ebenso Stgt. Ztg. v. 5. 6. 1993, Digital Deutschland von Streiks betont. „An den 15 deutschen Standorten der Digital Equipment GmbH der deutschen Töchter des US-Computer-Konzerns drohen Streiks. Wie die IG Metall mitteilte, sind die 3.500 Beschäftigten seit Donnerstag aufgerufen, in einer Urabstimmung über den Streik zu entscheiden, mit dem die Forderung nach einem Rationalisierungsschutz-Haustarifvertrag unterstrichen werden soll.“ Hintergrund seien die Neuordnungspläne.
- <sup>146</sup> A.a.O. FAZ v. 8. Juni 1993, Metaller bei Digital stimmen für Streik. Haustarifvertrag gegen die Folgen der Rationalisierung angestrebt.
- <sup>147</sup> Dieser Streik ging als Yuppy-Streik in die Geschichte ein, weil es ein Streik war, hinter dem im Wesentlichen schlecht organisierte Akademiker standen.
- <sup>148</sup> A.a.O. FAZ v. 29. 6. 1993, Haustarifvertrag bei Digital Equipment. IG Metall setzt Forderungen durch/Streik beendet.
- <sup>149</sup> A.a.O. Südkurier v. 29. 6. 1993, Bei Digital gilt jetzt das „Villinger Modell“. Fachleute von Digital-Kienzle prägten den ersten Tarifvertrag in der Computerindustrie weitgehend. Siehe auch StAVS Ordner: IGM-Digital Betriebsversammlungen II. Rahmenvereinbarung über Interessenausgleich v. 1. 10. 1993.
- <sup>150</sup> StAVS 4.9-870, NQ 16. 11. 1993.
- <sup>151</sup> StAVS 4.9- 870, Schwabo 25. 11. 1993.
- <sup>152</sup> Interview mit Erwin Teufel v. 20. 1. 2014.
- <sup>153</sup> StAVS 4.9-870, Südkurier 26. 11. 1993, Digital ändert Pläne nicht/Teufel: Alternativen suchen.
- <sup>154</sup> StAVS 4.9- 870, BZ 26. 11. 1993, Franz Dannecker: Ministerpräsident wendet Abzugspläne ab. Thomson hält an Standort Villingen fest: 600 Arbeitsplätze gerettet. StAVS 4.9-871, BZ 4.1.1994, Christina Nack: Krisenjahr für die heimische Wirtschaft/ Bilanz des Schreckens: 1993 wurden 1.500 Arbeitsplätze abgebaut.
- <sup>155</sup> StAVS 4.9-871, Schwabo 12. 2. 1994, Ohnmacht versperrt den Blick in die Zukunft. Industrie im Oberzentrum setzt weiter auf Personalabbau/ Dumpingpreise bei Binder.
- <sup>156</sup> StAVS 4.9-871, NQ 22. 3. 1994, Digital setzt alles auf eine Karte/Das schnellste Computerherz/Warum Kienzle-Rechner keine Zukunft mehr haben.
- <sup>157</sup> StAVS 4.9-871, BZ 7. 6. 1994, Digital-Belegschaft demonstriert in Genf.

- <sup>158</sup> StAVS 4.9-871, Südkurier v. 10.6.1994, Stefan Schuler: Vom Chef war nur ein dürres Schreiben da. Voller Bitterkeit kehrten 150 Kienzleaner von Protestfahrt nach Genf zurück.
- <sup>159</sup> Interview mit Heinz H. v. 14.8.2015.
- <sup>160</sup> Interview mit Lothar S. v. 6.8.2015.
- <sup>161</sup> StAVS 4.9-871, FAZ v. 2.7.1994, Digital kündigt den Tarifvertrag.
- <sup>162</sup> StAVS 4.9-871, BZ v. 2.7.1994, Christina Nack: Nach Transfer eines Geschäftsbereiches an Alldata/Digital kündigt Sozialplan fristlos: Indiz für drohendes Aus in Villingen?
- <sup>163</sup> StAVS 4.9-871, BZ v. 5.7.1994 Christina Nack: Digital demonstriert Kienzle. SWP 19.7.1994 Kehrseite der Talfahrt bei Digital. Konzern baut ab, Behlaer Softwarehaus Bäurer übernimmt Mitarbeiter.
- <sup>164</sup> StAVS 4.9-871, SWP v. 8.7.1994, Aufruf befolgt/Warnstreik bei Digital-Kienzle.
- <sup>165</sup> Interview mit Heinz H. v. 14.8.2015.
- <sup>166</sup> StAVS 4.9-871, SWP v. 23.7.1994, Gestern Nachmittag große Verwirrung. Macht Digital-Kienzle total dicht? Widersprüchliche Nachrichten aus Münchner Zentrale.
- <sup>167</sup> StAVS 4.9-870, BZ v. 14.9.1994, Christina Nack: Ratlosigkeit und Betroffenheit bei geistiger Betriebsversammlung: Mitarbeitergesellschaft soll Digital Kienzle komplett schlucken.
- <sup>168</sup> StAVS 4.9-870, Schwabo v. 20.10.1994, Digital löst sich vom Villingen Betrieb. Beschäftigte wechseln für ein Jahr in Mitarbeitergesellschaft/Konkurrenz untersagt. Ebenso NQ v. 20.10.1994, Neue Firma übernimmt 1.500 von Digital/ Kienzle stirbt, MAG läßt hoffen./ Ganz neues Konzept/ Standort Villingen ungewiss. „Der wackelnde Computerriese Digital wird 1.500 Angestellte los, die fangen ein neues Unternehmen

an und bekommen von ihrer alten Firma ein paar Dutzend Millionen plus Patente und Aufträge. Auf solch ein in Deutschland einmaliges Modell haben sich Manager und Betriebsrat in München geeinigt. Das bedeutet praktisch das Ende für Digital Kienzle GmbH, aber neue Hoffnung für den Standort Villingen.“

- <sup>169</sup> StAVS 4.9-870, Südkurier 20.10.1994, Digital gliedert Kienzle aus. Mitarbeitermodell ebnet Weg in Zukunft. Digital-Konzern gibt Kienzle-Betrieb an Beschäftigte ab/ Großzügige Starthilfe für bewährte Dienstleistung. NQ 26.10.1994, Ein Experiment mit 1.500 Jobs/ Wie eine günstige Konstellation den Leuten bei Digital neue Hoffnung gibt. „Die Frage ist nur: Können die Bausteine tragen – oder sind sie morsch und werden deshalb abgestoßen. Die Frage kommt in den Versammlungen immer wieder, am Montag in München, gestern in Villingen, heute in Stuttgart, später in Frankfurt, Köln, Hamburg und Berlin.... Die deutschen Standorte- München ausgenommen – hätten schwarze Zahlen schreiben können, wenn die Zwangsabgabe an die Digital-Zentrale (die ersten 35 Prozent des Gewinns) nicht gewesen wäre.“
- <sup>170</sup> Interview mit Birgit H. v. 19.8.2015.
- <sup>171</sup> Interview mit Heinz H. v. 14.8.2015.
- <sup>172</sup> StAVS 4.9-870, Südkurier v. 11.11.1993, Mannesmann spart beim Personal jede fünfte Mark/ Drastisches Sparen bedeutet auch Kündigungen – Unternehmen sucht Ausgleich über flexible Arbeitszeitmodelle.
- <sup>173</sup> StAVS 4.9-870, BZ v. 29.11.1993, Franz Dannecker: Erwin Teufel, die Baar und die Millionen/ trotz der Landeshilfe geht die Auszehrung weiter.



würde genügen. Man solle den freiwerdenden Saal für die Unterbringung von Schwestern nutzen.

Überhaupt sollten die nach Süden gerichteten Zimmer den Patienten vorbehalten bleiben und nicht als Funktionsräume genutzt werden. Eine „Irrenzelle“ [sic] im Keller sei zu wenig, hier seien zwei nötig.

Bei den Krätze-Kranken (Befall der Haut mit Milben), kämen sowieso nur Männer in Frage, da reiche ein Zimmer, in dem man auch einmal zwei oder drei, unterbringen könnte.

Bemängelt wurde, dass ein Narkoseeinleitungsraum in der Nähe des Operationsraumes nicht vorgesehen sei. Für die unter dem Dach untergebrachten ansteckungsfähigen Patienten sollte ein besonderer Treppenaufgang eingerichtet werden. Die Beleuchtung des zu kleinen Sezierraumes wurde von Dr. Hauser ebenfalls als ungenügend angesehen.

Nach Prüfung des Verwaltungshofes, ob sich die Finanzierung mit dem Stiftungszweck vereinbaren ließe, erfolgte der erste Spatenstich im Januar 1910.

An Kosten kamen schließlich 325.000 Mark zusammen, ein Teil des Geldes musste als Darlehen aufgenommen werden. Die veranschlagten Kosten wurden nur wenig überschritten. Nach kurzer Bauzeit wurde das Krankenhaus 1912 in Betrieb genommen.

Das Krankenhaus wurde als klarer Einspänner gebaut. Dies bedeutet einen Erschließungsflur, welcher jeweils nur zu einer Seite, die Zimmer andient. Hierbei ist zwangsläufig gewährleistet, dass der Flur eine schöne natürliche Belichtung und Belüftung erfährt.



Abb. 2: Krankenmehrbettzimmer.

Neben vielen kleineren Arzt- und Eingriffszimmern, befanden sich, übrigens bis heute, in den beiden äußeren Wiederkehrgebäuden, jeweils zwei große Mehrbettzimmer mit einer Bettenkapazität für 12 Patienten.



Abb. 3: Chefarzt und Assistenzarzt mit Krankenschwestern, vor dem noch heute existierenden Eingangportal.

Wie bei jedem Krankenhausneubau, auch bei den heutigen, sind die Krankenhäuser sehr bald zu klein und es muss um- und angebaut werden. Dieser Aspekt war damals offenbar schon bekannt, denn der Bauplatz wurde nicht zuletzt deshalb in der Südstadt gewählt, da Anbauten bei der Größe des Grundstückes ohne Schwierigkeiten möglich waren. Zudem befand sich das Grundstück bereits im Besitz des Spitalfonds, was einen weiteren Grundstückskauf unnötig machte.

Als erste erweiternde Baumaßnahme wurde allerdings kein medizinischer Bau errichtet, sondern 1915 an der Grenze zur jetzigen Saarlandstraße ein Hühner- und Schweinestall zur Ergänzung der kleinen, dem Krankenhaus angegliederten Landwirtschaft mit ihrem dort ebenfalls liegenden Gemüsegarten.

Anfang der Dreißigerjahre wurde der Westflügel errichtet. In ihm etablierte sich, was heute als Gynäkologie und Geburtshilfe (Frauenklinik) bezeichnet wird. An den Mittelteil des Krankenhauses wurde 1931 eine große katholische Kapelle sowie einige Funktionsräume, wie ein Operationsaal, angebaut. Im Jahre 1935 wurde das Dachgeschoß umgebaut, hier wurden Personalwohnräume eingerichtet.



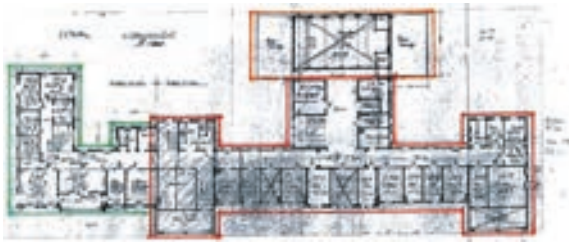


Abb. 4: rote Linie, Ursprungsbau von 1911, grüne Linie, Westerweiterung ab 1930, orangene Linie, Erweiterung von 1931 mit Operationssaal und katholischer Kapelle.

Im April 1931 erhielt der in Meersburg lebende Villingener Maler Waldemar Flaig von der Stadt Villingen den Auftrag, die neugebaute katholische Kapelle mit 4 Nischenfresken und einem Altarfresko auszustatten. Die Einweihung der neuen Kapelle erfolgte Ende Juni des gleichen Jahres.



Abb. 5: Fresken von Waldemar Flaig in der katholischen Kapelle.

Nach Beendigung der Arbeiten wurde dem Maler von Freunden ein Kuraufenthalt an der Riviera ermöglicht. Nach seiner Rückkehr von dort schuf er noch, neben zwei weiteren religiösen Bildern, ein Fresko im evangelischen Andachtsraum des Krankenhauses. Waldemar Flaig verstarb im Krankenhaus Villingen im Frühjahr des folgenden Jahres.

Das Fresko des evangelischen Andachtsraumes ist beschrieben in einem Nachruf auf Waldemar Flaig in der Konstanzer Zeitung vom 23.04.1932. Verfasser ist der Villingener Stadtbaurat Ganter. Es heißt dort: „Zwischen Krankenla-

ger und Lehnstuhl entstehen zwei herrliche Christusköpfe. Ihnen folgt ein Fresko für den evangelischen Andachtsraum des Villingener Krankenhauses, eine Monumentalgestalt des segnenden Christus. Mit zarten, leichten Tönen beherrscht dieses Bild den intim gehaltenen Raum, ohne ihn durch seine Größe zu erdrücken.“

Das Krankenhaus in der Herdstraße war bis 1961 in Betrieb. Man darf annehmen, dass es bis dahin einen evangelischen Andachtsraum gegeben hat. Befragungen ehemaliger Mitarbeiter des Alten Krankenhauses sowie der Nachfolgeinstitution Hotelfachschule führten nicht zum Auffinden dieses Raumes. Erst auf alten Bauplänen des Gebäudes konnte ein Raum mit 24 qm im 2ten Obergeschoss gegenüber dem Fahrstuhl als Evangelischer Andachtsraum identifiziert werden.

Wiederum etwa zwanzig Jahre später stellte sich erneut die Frage eines Krankenhausneubaus, weil die räumlichen Gegebenheiten mit dem Fortschritt der Medizin nicht mehr Schritt hielten. Zunächst war geplant, auf dem Gelände des Friedrich Krankenhauses durch Umbauten der alten Bausubstanz und Neubauten den notwendigen Raum für eine moderne Medizin zu schaffen. Die Verwirklichung war zwar vom Stadtrat beschlossen, die Pläne waren allerdings nie sonderlich populär, auch lagen einige Einsprüche von Anliegern vor, die eine Wertminderung ihrer Häuser und Grundstücke fürchteten. So setzte eine neuerliche Diskussion ein, vielleicht angeregt von Presseartikeln, z.B. im Schwarzwälder Boten vom 13.10.1955 „Warum bauen sie eigentlich kein neues Krankenhaus“, die dazu führte, dass im Friedengrund ein solches errichtet wurde, das 1961 in Betrieb genommen wurde.

Mit der Städtefusion und der Entwicklung zum Oberzentrum war auch eine Entwicklung der jetzt Kliniken genannten Krankenhäuser zu Institutionen der Schwerpunktversorgung verbunden. Auch hier wieder, diesmal nach etwa zwanzig Jahren, wurde die Diskussion Um- und Anbauten der Häuser in Villingen und Schwenningen oder Neubau eines gemeinsamen Klinikums geführt. Damals noch scheiterte der Plan eines gemeinsamen Klinikums, sodass die beiden Häuser über

Jahre hinweg Baustellen blieben, mit zum Teil nahezu unerträglichen Belastungen für Patienten und Mitarbeiter, ohne dass jemals ein befriedigender räumlicher Zustand erreicht worden wäre. Mit dem jetzigen Klinikneubau im so genannten Zentralbereich zwischen Villingen und Schwenningen, endet vorläufig die hiesige Klinikbaugeschichte.

1999 wurde das Alte Krankenhaus, nicht zuletzt wegen der Fresken Waldemar Flaigs, als schützenswert eingestuft. Das Landesdenkmalamt schreibt hierzu folgende Begründung:

*„Ehemaliges Friedrich-Krankenhaus, jetzt Landesberufsschule zweigeschossiger, umfangreicher Bau auf annähernd T-förmigem Grundriss mit Mansarddach ähnlichem Ausbau, 1906/07 als Friedrich-Krankenhaus erbaut.*

*Sechsteilige Hauptfront mit stark vortretenden, zweiachsigen Seitenrisaliten und nur leicht vorspringendem Mittelrisalit, der betont wird durch einen von dorischen Stützen getragenen Eingangsvorbau sowie ein von Säulen flankiertes dreiteiliges Fenster; stark rustizierter Quadersockel; Gliederungssystem aus flachen Lisenen und plastischen Horizontalbändern.*

*Im Inneren Kapelle mit Wandbilder-Ausstattung des Villingen Malers Waldemar Flaig von 1931.*

*Mit seiner dem Barock verpflichteten Architekturauffassung ist das Gebäude ein charakteristisches Dokument für die Baukunst vor dem ersten Weltkrieg. Als für die damalige Zeit vergleichsweise großes Krankenhaus ist das Gebäude zudem ein Zeugnis für den wirtschaftlichen Aufschwung Villingens Anfang des 20. Jahrhunderts, mit dem eine merklich anwachsende Bevölkerungszahl einherging und die verantwortungsbewusste Gemeinde dieser Gegebenheit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens mit dem Bau eines großen Krankenhauses Rechnung trug.*

*Das Gebäude ist aus künstlerischen und wissenschaftlichen, vor allem architektur- und stadtbauhistorischen Gründen ein Kulturdenkmal; seine Erhaltung liegt insbesondere wegen seines dokumentarischen Wertes im Interesse der Öffentlichkeit.“*

Im Jahr 2012 gab es nochmals eine Listenüberarbeitung, Herr Dr. Folkhard Cremer vom

Regierungspräsidium Freiburg, schreibt hier als Ergänzung nochmals zusätzlich:

*„Ehemaliges Friedrich-Krankenhaus, jetzt Landesberufsschule für das Hotel- und Gaststättengewerbe. Breitgelagerter neoklassizistischer Putzbau mit Quadersockel, 1909–1911 errichtet. Die Hauptfront durch Mittelrisalit mit Dreiecksgiebel und stark vortretende Seitenrisalite mit Mansarddach Giebeln mit Halb Walm sechsteilig gegliedert. Durch die über einem kurzen Fuß Walm horizontal durchgängige Dachgaube erhält der eigentlich zweigeschossige Mansarddach Bau seine dreigeschossige Wirkung.*

*Eingangsvorbau auf dorischen Stützen. Im Inneren Kapelle mit Wandbildern von Waldemar Flaig, 1931.“*

### Umbaumaßnahme 2014

Zu Beginn der Umbaumaßnahme 2014, erinnerte nichts mehr an einen evangelischen Andachtsraum. Bei der Sanierung, wurde ein normales Bürozimmer des Internats mit Waschbecken und tapezierten Wänden angetroffen. Was aus dem Fresko geworden ist, konnte nicht mehr geklärt werden, selbst nachdem sehr vorsichtig die jüngsten eingebrachten Putzschichten, in diesem Raum entfernt wurden.

### Neue Räumlichkeiten für das Gesundheitsamt, die BEKJ, die IFF, den FFV sowie den Bereich Frühe Hilfe des Schwarzwald-Baar-Kreises

Das dem Schwarzwald-Baar-Kreis gehörende Gebäude der Landesberufsschule für das Hotel- und Gaststättengewerbe, intern Haus 1 genannt, wurde bis 2011 in den Obergeschossen und im Dachgeschoss als Internatsgebäude genutzt. Da die Internatsräume nicht mehr den Standards und heutigen Anforderungen entsprachen und auch durch rückläufige Schülerzahlen, wurde seitens der Verwaltung damals entschieden, das Haus 1 nicht mehr zu belegen, da für die Internatsschüler/Innen in den Häusern 2–4 ausreichend Zimmer zur Verfügung stehen.

Im Erdgeschoss sind die Internatsverwaltung, Gästezimmer, ein Pub und die Mensa untergebracht. Die Mensaküche liegt im Untergeschoss, ebenso Technik-, Lager- und sonstige Versorgungsräume.

Die Räume im Haus 1 in den Obergeschossen und in einem Teilbereich des Erdgeschosses wurden somit nicht mehr für die Internatsnutzung benötigt und standen größtenteils leer. Die Kreisverwaltung entschied sich, das Gebäude einer Büronutzung zuzuführen und umzubauen bzw. zu sanieren.



Abb. 6: Fassade von der Zugangsseite im Süden mit den neuen Fenstern.

Es bot sich eine Nutzung der Räumlichkeiten durch das Gesundheitsamt an, welches bis dato in der Schwenninger Straße 2 zur Miete untergebracht war, ebenso für die Beratungsstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche (BEKJ), die Interdisziplinäre Frühförderstelle (IFF), den Frühförderverbund (FFV) sowie den Bereich Frühe Hilfe, die bisher im Kreisverwaltungsgebäude Am Hoptbühl 5/7 untergebracht waren.

Der von den Ämtern benötigte zusätzliche Raumbedarf konnte im Haus 1 abgedeckt werden. Mit der Planung der Umbau- und Sanierungsmaßnahme wurde ab 2012 begonnen. Die Baumaßnahme dauerte von Juli 2014 bis Februar 2016.

Im rechten Gebäudeteil des Erdgeschosses liegen nun Büroräume für das Gesundheitsamt und ein großer Besprechungsraum, der von allen im Haus 1 ansässigen Ämtern genutzt wird. Das komplette 1. Obergeschoss wird vom Gesundheitsamt belegt. Es sind hier Büroräume, Untersuchungszimmer, das Zahnlabor und ein kleiner Besprechungsraum untergebracht. Im 2. Obergeschoss haben die Ämter BEKJ, IFF, FFV und Frühe Hilfe ihr Räume. Besonderheiten in den Raumanforderungen bestehen hier darin, dass

es sich nicht um klassische Verwaltungseinheiten handelt, sondern um Bereiche, in denen auch therapeutische Angebote vorgehalten werden. Dies hatte Auswirkungen auf die einzuplanenden Sonderflächen, da hier entsprechende Therapieräume und Räume für spezielle Therapieformen, wie z.B. Spieltherapie, erforderlich wurden. In den beiden äußeren Wiederkehrgebäuden des ehemaligen Krankenhauses, die als große Krankenzimmer genutzt wurden, konnten großzügige Therapieräume geschaffen werden. Das Dachgeschoß dient nun als Lagerfläche mit Abstellräumen.

Eine Erschließung des Gebäudes und der Ämter erfolgt über die Herdstraße. Dieser Hauptzugang des ehemaligen Krankenhauses konnte aus Denkmalschutzgründen nicht behindertengerecht umgebaut werden. Ein barrierefreier Zugang zum Gebäude ist aber über die Rampe und den Eingang auf der Südseite gewährleistet.

Für die innere vertikale barrierefreie Erschließung wurde ein Personenaufzug im Bereich des historischen Haupttreppenhauses eingebaut.

Durch die neue Nutzung des Gebäudes konnte die Raumnot der Ämter deutlich verbessert werden. Der Schwarzwald Baar Kreis hat seine im Eigentum befindliche Immobilie damit auch wieder zu neuem Leben erweckt.

### Zusammenfassung der ausgeführten Baumaßnahmen

Um die energetische Bilanz des Gebäudes zu verbessern, wurden die Fenster in den umzubauenden



Abb. 7: Luftbild von heutigem Gesundheitsamt, im Ensemble mit den Zubauten der Hotelfachschule.



Bereichen ausgetauscht. Die bestehenden Aluminium-Fenster stammten aus den 60er Jahren. Die im Dachgeschoss angrenzenden und bisher kalten Speicherräume wurden gedämmt. Somit konnte für die zukünftig darunterliegenden Verwaltungsräume der Wärmeverlust nach oben eingedämmt werden.

Die Tritt- und Luftschalldämmung im Gebäude war nicht ausreichend. Der Aufbau im Bereich der Holzbalkendecken bestand aus einer Holzschalung mit darüber liegender Gipsausgleichsmasse und einem Linoleum Belag. Zwischen den Holzbalkendecken ist ein Zwischenboden mit einer Schlacke-Füllung vorhanden. Im Bereich der massiven Betonrippendecken war auf die Betonoberkante eine ca. 20–30 mm starke Kork-Bitumen-Ausgleichsmasse und ein Linoleum Belag aufgebracht. Um den Tritt- und Luftschallschutz zu verbessern, wurde ein neuer schwimmender Fußbodenaufbau auf die vorhandenen Holzdecken verlegt. Somit wurde die Trittschalldämmung verbessert, und zugleich dämmt der eingebrachte und massenreiche Estrich den Luftschall.

Die veraltete Elektroinstallation musste komplett demontiert werden. Die Büronutzung und die Erfordernis einer jederzeit problemlosen Nachrüstung der Technik wurde mittels demontierbarer Decken, über denen sich die Kabeltrassen und Kabelkanäle befinden, ermöglicht.

Die barrierefreie Erschließung wurde innerhalb des Gebäudes mit einem neuen Personenaufzug gewährleistet. Der Aufzug führt vom Erdgeschoß bis in das Dachgeschoß.

Die vorhandenen Aluminiumfenster wurden im 1. und 2. Obergeschoss komplett ersetzt. Im Erdgeschoss wurden an der kompletten Südfassade und im Bereich des umgebauten Gebäudeflügels an der Ostseite, die Fenster ersetzt. Die neuen Fenster wurden als Kunststofffenster mit 3-fach-Verglasung in der Farbe Weiß ausgeführt. Die Teilung der Fenster orientierte sich an der historischen Fensterteilung. Das Bestreben war, schmale Rahmenbreiten und Kämpfer zu erhalten. Die historischen Türelemente im Bestandsbau von 1908, bestehen aus einer gezapften Holz-Rahmentür mit eingeblatteten Füllungen, wobei

die oberen kleinen Füllungen verglast sind, das Glas jedoch überstrichen wurde.

Die Zargen sind innen und außen auf der Türleibung sitzend und haben gerundete Stahlprofile. Der Zwischenbereich der Leibung wurde mit einer Gipsspachtelung geglättet. Die Türen und Zargen-Konstruktionen sollten soweit wie möglich erhalten bleiben. Allerdings war der erforderliche Schallschutz mit den vorhandenen Türen nicht herzustellen. Aus diesem Grund wurden die Türen im Erdgeschoss im Bereich der Büros und des Besprechungsraums erneuert. Im 1. und 2. Obergeschoss konnte man die historischen Türen aus Schallschutzgründen und wegen des neu aufzubringenden Estrichs ebenfalls nicht belassen. Diese wurden ausgetauscht. Die Türblätter wurden im Dachgeschoss eingelagert. Die neuen Türelemente sind mit Blockrahmen, hinter der historischen Leibung, auf der Rauminnenseite montiert worden.

In den Flurbereichen, wurden die alten vorhandenen Strohmattedecken, mit ihren Rundungen im Übergangsbereich zur Wand, überall sichtbar



Abb. 8: Historisches Türelement vor dem Umbau.





Abb. 9: Historisches Türelement im 2. OG vor dem Umbau.



Abb. 10: Flurbereich vor dem Umbau.

gelassen. Die neue Akustikdecke wurde als freihängendes Segel zwischen die Wände platziert. Auch bei den Türbögen, teilweise noch mit historischer Verglasung, wurde darauf geachtet, dass die Deckensegel ausreichend Abstand zu den angrenzenden Wänden haben, damit der Bogen deutlich



Abb. 11: Bestandsfenster im Flur im 1.OG.

wahrnehmbar bleibt. In der abgehängten Decke wurden die Leuchten und die Sicherheitstechnik integriert. Weiterhin hat sich hierdurch die Raumakustik der Flure deutlich verbessert.

Im Windfang am Haupteingangsbereich, sind die historischen Fliesen noch vorhanden. Da die Andienung der Baustelle durch diesen Bereich



Abb. 12: Abgehängte Deckensegel im Flurbereich mit sichtbar gelassener historischer Decke mit Rundungen im Bereich des Wandübergangs zur Decke.

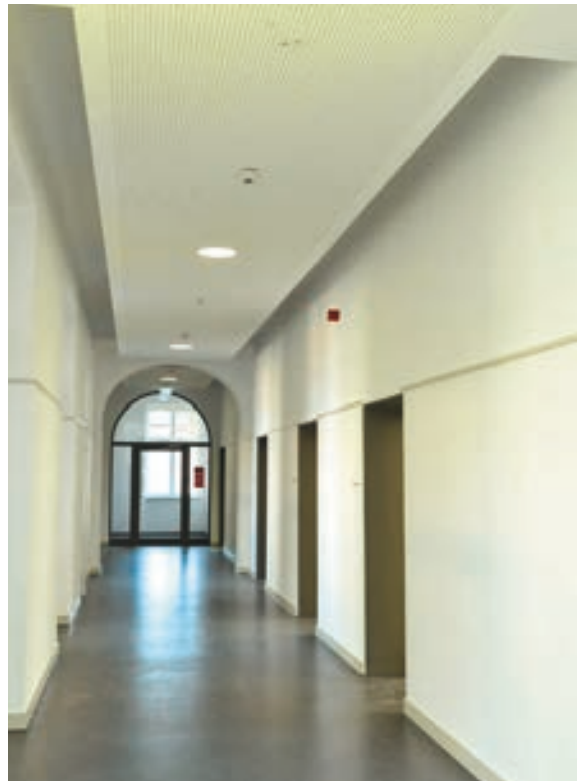


Abb. 13: Sanierter Flur.

erfolgte, mussten die Fliesen während der Bauzeit besonders geschützt werden und waren während dieser Zeit hinter Holzabdeckungen verborgen. Die Fliesenkeramik hat während der letzten 100 Jahre nicht an Glanz verloren.

In den Treppenhäusern wurden die Böden und Geländer erhalten. Auch über diese Treppenhäuser war die Baustelle zugänglich. Sie wurden während der Bauzeit ebenfalls komplett mit einer Holzverkleidung abgedeckt und geschützt. Das Treppenhaus, kennzeichnet sich durch fein gearbeitete Granitstufenblöcke und ein geschmiedetes Treppengeländer, mit aufgesetztem Holzhandlauf in Eiche.

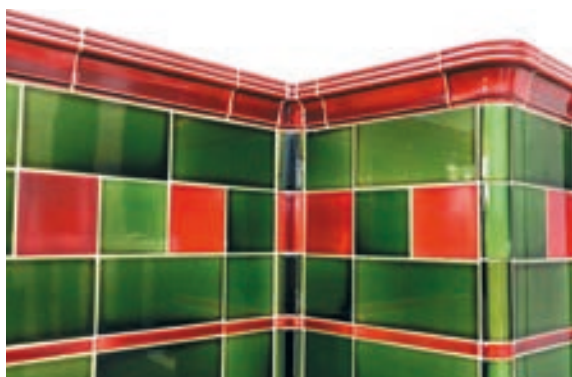


Abb. 14: Fliesendetail aus dem Ursprungsbaujahr.



Abb. 15: Windfang nach der Sanierung.

In den neuen Büroräumen sind die Decken mit abgehängten und demontierbaren Elementen ausgestattet, damit eine Nachrüstung der Technik problemlos erfolgen kann. Gleichzeitig wurde hier-

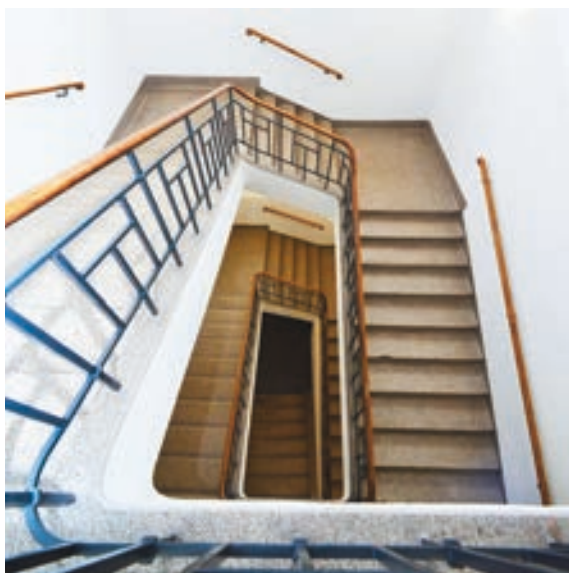


Abb. 16: Treppenhaus nach der Sanierung.



Abb. 17: Büroraum im 1. Obergeschoss.



Abb. 18: Therapieraum im 2. Obergeschoss.

mit gewährleistet, dass die Raumakustik deutlich verbessert werden konnte. Die Böden in den Räumen für das Gesundheitsamt im Erdgeschoss und 1. Obergeschoss sind in einem frischen grün gehalten. Im 2. Obergeschoss sind die Räume mit einem hellen, freundlichen Gelb gestaltet. Die Flure passen sich den Brandschutzelementen im Flur an und wurden in Anthrazit Tönen verlegt. Auf ein Verwenden zu vieler unterschiedlicher Materialien wurde bewusst verzichtet, um die vielfältigen Bau- und Stilelemente des Ursprungsgebäudes besser wirken zu lassen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Baumaßnahme mit einem Kostenbudget von 3,20 Mio. EUR. umgebaut werden konnte. Dies entspricht bei 2.200 qm umgebauter Nutzfläche einer Einsparung gegenüber einem vergleichbaren Neubau von 2,50 Mio. EUR.

Der Weitsicht von Kreisverwaltung und Kreistag ist es zu verdanken, dass einerseits ein schönes Stück Villinger- und Kreisgeschichte zu neuem Leben erweckt wurde, und gleichzeitig sinnvoll Haushaltsmittel investiert wurden.

#### Anmerkungen:

- Abb. 1: Neubau Friedrichskrankenhaus um 1915. Quelle: Stadtarchiv VS.
- Abb. 2: Krankenmehrbettzimmer. Quelle: Stadtarchiv VS
- Abb. 3: Chefarzt und Assistenzarzt mit Krankenschwestern, vor dem noch heute existierenden Eingangsportal. Quelle: Stadtarchiv VS
- Abb. 4: rote Linie, Ursprungsbau von 1911, grüne Linie, West-erweiterung ab 1930, orangene Linie, Erweiterung von 1931 mit Operationssaal und katholischer Kapelle. Quelle: Stadtarchiv VS
- Abb. 5: Fresken von Waldemar Fleig in der katholischen Kapelle. Quelle: Büro Flöß
- Abb. 6: Fassade von der Zugangsseite im Süden mit den neuen Fenster. Quelle: Jochen Hahne
- Abb. 7: Luftbild von heutigem Gesundheitsamt, im Ensemble mit den Zubauten der Hotelfachschule. Quelle: Büro Flöß
- Abb. 8: Historisches Türelement vor dem Umbau. Quelle: Büro Flöß
- Abb. 9: Historisches Türelement im 2. OG vor dem Umbau. Quelle: Büro Flöß
- Abb. 10: Flurbereich vor dem Umbau. Quelle: Büro Flöß
- Abb. 11: Bestandsfenster im Flur im 1.OG. Quelle: Jochen Hahne
- Abb. 12: Abgehängte Deckensegel im Flurbereich mit sichtbar gelassener historischer Decke mit Rundungen im Bereich des Wandübergangs zur Decke. Quelle: Jochen Hahne
- Abb. 13: Sanierter Flur. Quelle: Jochen Hahne
- Abb. 14: Fliesendetail aus dem Ursprungsbaujahr. Quelle: Jochen Hahne
- Abb. 15: Windfang nach der Sanierung. Quelle: Jochen Hahne
- Abb. 16: Treppenhaus nach der Sanierung. Quelle: Jochen Hahne
- Abb. 17: Büroraum im 1. Obergeschoss. Quelle: Jochen Hahne
- Abb. 18: Therapieraum im 2. Obergeschoss. Quelle: Jochen Hahne





## De Villinger Bott

*Ich bin de Villinger Bott  
un sag der nu: Grüeß Gott!  
Ich druck dr d' Hand und frog, wie's goht,  
halt di nit uf, bis z' Obed spobt.  
Un wer no ebbis bruuche ma,  
dem zoag i, woner 's kaufte ka.*

*Ich bin de Villinger Bott  
un kon Husierer Spott,  
vor dem di Sach verschließe moscht.  
Der nimme goht, bis de bigoscht  
no bschdellscht, wo gar nint nötig ischt  
un au no woascht, dass bschisse bischt.*

*Ich bin de Villinger Bott,  
en Krämer, wieä ner sott.  
I guck nit schäps bloß a dr rum  
un werf dr au ko Holzbieg um,  
nu, well de saischt, de bruuscht ko Ding:  
es goht au ohne Schletterling.*

*Ich bin de Villinger Bott,  
un guck nit wischt und bott.  
Verlang en Pris, der ehrli giht,  
verkauf defir ko Lumpezieg.  
Un wer jetz' no im Zwiefel ischt,  
dem gunnis, wenn er Krm verwischt.*

(Josef Liebermann, Buchhändler, 1928)

lobte, sondern auch sich selbst mit heimatkundlicher „Identity“ äußerte. Und das gelang Stadtbaurat Seibert in besondere Weise für den Handelsbetrieb des Thomas Honold, Vater des Mit-Herausgebers Josef Honold.

Seibert markiert, dass Villingen durch zahlreiche Umbauten entlang der vier Hauptstraßen immer mehr „großstädtisches Aussehen erfahre“. Damit meinte er für den „Brennpunkt des Stadtverkehrs“ insbesondere das Geschäftshaus des Thomas Honold am Marktplatz.

Architektur und Farbe gaben gleich zwei Häusern die „moderne und zweckmäßige Richtung“. Markant und somit überaus auffällig war und blieb das „steinerne Haus“, das schon 1688/89 in der Stilperiode der Renaissance einen „breitspurigen und doppel-geschossigen Erker“ erhalten hatte.

**Verbaute Aussicht.** Die reiche Profilierung der Fenstergewänder und Gesimse leistete sich damals



Abb. 2: Das Steinerne Haus mit dem großen Erker aus dem 17. Jahrhundert.

der F.F. Obervogt Franz Kegel, wodurch es für lange Zeit als das bemerkenswerteste Bürgerhaus der Stadt galt. Den Plan eines herausragenden Erker als sogenannten doppelten Ausstoß war den Nachbarn zwar nicht genehm, weil ihnen wohl Aussicht verbaut wurde, doch nach einem vor Ort-Termin, so die Ratsprotokolle, wurde der Einspruch zurückgenommen.



Abb. 3: „Dämon“ unterm breiten Erker.

So kamen um 1800 auch die späteren Eigentümer der Hutmacher-Familie Schleicher für drei Generationen in den Genuss dieser baulichen Besonderheit. Dort, wo „das Gewerbe der Hutmacherei selbstgewalkte, hasenhärene Filzhüte zum Verschleiß“ (Verkauf) brachte. „Ein lebhaftes Geschäft entwickelte sich jeweils stets an den Fruchtmarkttagen, wenn die Bauern aus weiter Umgebung herbeiström-

ten und sich als Kundschaft für großbrandige Hüte einstellen“.

Und auch die Revolutionsjahre 1848/49 waren gute und modische Jahrgänge, weil Hecker und seine oft wilden Freischärler besonders großbrandige Hüte modisch machten.

Schließlich war es der Schwiegersohn der Schleichers, Thomas Honold, der mit seinem Namen ein Hut- und Wäschegeschäft gründete und er 1895 auch das Eckhaus (heute Sparkasse) von Kaufmann Gustav Killy kaufte, der seine Eisenhandlung in die Räume des ehemaligen Gasthauses Adler (1308 – 1927; Wirtshaus und Herberge, einst nach früherer Nummerierung Niedere Straße 3, seit 1873 Niedere Straße 60) verlegte.

**Beste Beschaffenheit.** Laden, Kontor und Keller des Killyschen Hauses wurden nach einem Giebeldurchbruch mit dem „Steinernen Haus“ des Obervogts, dem Hutgeschäft vereinigt, jedoch noch ohne dass auch große Schaufenster ein aktuelles Bedürfnis waren. Für den Handel mit „Textil-Modewaren“ war die Lage günstig und dabei galt der Grundsatz von Honold: Nur Ware bester Beschaffenheit.



Abb. 4: Grafik Honold 1926/27 nachträglich koloriert.

Auf den Tod des Vaters Thomas 1926 übernahm Sohn Josef die Geschäfte. Gemeinsam mit Architekt Nägele wurde erneut umgebaut, denn es sollten neuzeitliche, große Schaufenster gewonnen werden und zwei Ladenteile sollten zu einem einheitlichen Geschäftsraum werden. Und auch die Warengruppen wurden „zweckmäßig eingeteilt“: Hüte, Mützen, Herrenwäsche und Schirme im

ehemaligen Hutgeschäft; Damenwäsche, Strick- und Wollwaren, Strümpfe und Schürzen nach der Rietstraße. Farbe und stilvolle Beleuchtung vollendeten die Innenausstattung.



Abb. 5: Thomas Honold vor seinem Laden in der Niederen Straße.

Stadtbaurat Seibert betonte im „Villinger Bott“ zur Neueröffnung noch einmal die „für die Stadt wertvolle Bereicherung des gesamten Stadtbildes“ – ein Gesamtergebnis der Gewerke von Maurer Adalbert Briegel, Zimmerer Flöß, Glaser Kornwachs, Möbel Gebrüder Riesterer, Schreiner Willibald Armbruster, Heizungsbauer August Bott, Installateur Fischer, Gipser Franz Bregenzer, Kunststeinleger Johann Kistenfeger, Dekorationsmaler Bär, Parkett Otto Burger, Eisenhandlung Ignaz Görlacher und den Schlossern Schleicher und Häberle.

Seiberts Fazit: das Gedeihen einer Firma wurzle in dem Bestand einer treuen und langjährigen Kundschaft aus Villingen und Umgebung. Ein Anspruch, der wohl bis heute Geltung hat.

#### Anmerkungen:

#### Bildunterschriften:

Abb. 1: Anzeigenblatt „Der Villinger Bott“.

Abb. 2: Das Steinernen Haus des einstigen Obervogts Kegel, mit dem großen Erker aus dem 17. Jahrhundert, später Hutmacherei Schleicher und schließlich Modegeschäft der Honolds.

Abb. 3: Lief dem „Dämon“ unterm breiten Erker mit seinen Spei-Öffnungen einst tatsächlich das Wasser im Munde zusammen.

Abb. 4: Grafik Honold 1926/27 nachträglich koloriert. Honold am Marktplatz – einst nach 1926 eine attraktive Handelsadresse für die Vilingen und die Umgebung.

Abb. 5: Thomas Honold vor seinem Laden in der Niederen Straße, wo es Hüte, Schirme, Wäsche und Schürzen gab.

Bilder/Repros: Archiv wob.





denn es kam in jener Zeit kaum zu Wettspielen gegen auswärtige Clubs.

**Pompös.** Auf das Ende des ersten Weltkriegs kam 1919 das Club-Leben wieder stärker auf und man war dem Schachspiel wieder leidenschaftlich zugeneigt. Mitte der 20er-Jahre des vorigen Jahrhunderts war das 'pompöse' „Café Central“ weiterhin der niveauvolle Treffpunkt für Villingens Elite unter den Schachspielern.

Spieler wie die Lok-Führer Josef Hirt und Wil-



Abb. 3: Rechtsanwalt Bernhard Schloß mit Familie.

helm Keller, H. Ketterer, H. Bopp, Rechtsanwalt Schloß, Bankdirektor Münnich und auch ein Dr. Podel waren die treuen Seelen des Vereins und garantierten in den 30er Jahren den Grundstock für ein erfolgreiches Club-Leben ohne gesellschaftliche Unterschiede.

Allesamt korrekte, aber wohl auch gestrenge Mannsbilder, die dann meist auch häuslich und

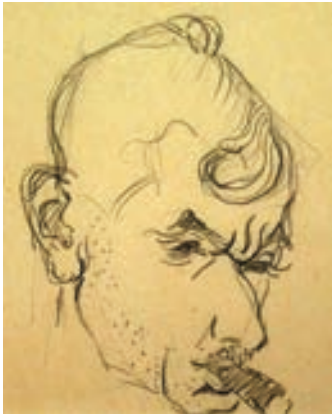


Abb. 4: Portrait Wilhelm Keller.

familiär keinen Zweifel ließen, wer der Herr im Hause sei und eben damals noch meist allein das Haushaltsgeld verdienten.

Da schmeckte dem O'Lokführer der Ruländer zur Schachpatie, wenn er auch an eine



Abb. 5: Wilhelm Keller (1880 – 1978).

Limonade für die ihn begleitende Tochter eher nicht dachte. Die aber ging gerne aus ganz anderem Grund gerne mit ins „Central“.

Wie sich die damals wohl zehnjährige Tochter Luise (\*1917) des Wilhelm Keller noch heute gut erinnert, ging sie eigentlich aus 'kosmetischen Gründen' mit: „Denn nirgendwo in der Stadt roch die Café-Haus-Toiletten-Seife stärker nach 1000 und einer Nacht als im Café Central...!“

**Reichsmark.** Wenig später waren es jene Passionisten des königlichen Spiels, die sich in jener Zeit auch schon mal für eine Reichsmark ein Spiel gegen den damaligen deutsch-russischen Großmeister Efim Dmitrievic Bogoljubow (\*1889 – 1952) leisteten, wenn der Berufsspieler „Bogo“ – wohnhaft in Triberg – mal wieder bis zu zwei Dutzend Simultan-Partien gegen die Freunde des lokale Schachclubs anbot. Und er diese meist auch gewann. Bis auf jene eine, die sich Keller und Bopp gemeinsam für jeweils 50 Reichspfennige leisteten und sie – der Erzählungen nach – die Partie mit „matt“ gewannen.

**Vorstand.** Im Jahre 1930 wurde Rechtsanwalt Bernhard Schloß Vorstand des Schachclubs, der von 1909 ab Mitglied im Bürger-Ausschuss und somit Stadtverordneter war. Als jüdischer Mit-



bürger wurde er noch 1932 bei der letzten Wahl vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten gewählt und hat in dieser Funktion vielfach für die Demokraten im Gemeinderat Stellung bezogen.

Lange zuvor bei der Wahl 1912 war er Spitzenkandidat auf einer der Listen der Fortschrittlichen Volkspartei. Doch schon im Jahr 1925 wurde ihm vorgeworfen, er sei beim Verbandstag des Landesverbandes Südmark des Deutschnationalen Jugendbundes an gewalttätigen Gegendemonstrationen beteiligt gewesen. Im folgenden Strafverfahren verurteilte man ihn wegen erschwerten Landfriedensbruch zu sechs Monate Gefängnis auf Bewährung.

**Weltmeister.** Damaliger Höhepunkt im Villingener Schach-Leben war das große Turnier von 1934, für das die vierte und fünfte Partie des Weltmeisterschafts-Kampfes zwischen Dr. Alexander Aljechin und dem Großmeister Bogoljubow im April 1934 in der „Blume Post“ ausgetragen wurden.

Nach 1945 war erstaunlich, welche große Zahl von Schachfreunden sich 1946 im Gasthaus „Schlößle“ trafen um den Verein erneut zu gründen.



Abb. 6: Berufsspieler: Efim Dmitrievic Bogoljubow (\*1889–1952).

Erster Vorsitzender wurde Gustl Ruppert, der jedoch nicht verhindern konnte, dass anfangs der fünfziger Jahre die Zahl der Schachspieler auf zwanzig sank.

Mit Leopold Bächle, der wieder nach Villingen zurückkam, wehte dann über den Schachbrettern ein frischer Wind. Heinz Ritter, der schon früher Vorsitzender war, übernahm 1953 erneut die Vereinsführung.

Es gelang den Villingern, sich im badischen Schachverband wieder einen guten Namen zu verschaffen. Bei nur einer Ausnahme blieben die Mannschafts-Meisterschaften des Bezirks Schwarzwald stets in Villingen.

Nach dem Tod von Heinz Ritter im Jahr 1964 übernahmen Hans Schwarz und Hans Schneider die Führung des Villingener Schachclubs. Doch die freundschaftlichen Begegnungen wurden weniger, weil die angesetzten Verbands-Spiele oft mit weiten Reisen verbunden waren und den Club belasteten.

Wie in anderen Schachclubs auch nahm statt der Turniere das Blitzschach zu. In Villingen spielten der Chronik nach eine ganze Reihe hervorragender „Blitzer“. Stets vorne mit dabei Walter Jock, Heinz Weber, Leopold Bächle, Günter Schneckenburger, Heinz Gerstenberger und Norbert Borgmann.

Na dann gilt wohl bis heute: Weiß zieht und gewinnt...!



Abb. 7: Detail Café Central.

## Schach- Weltmeisterschaft 1934 auch in Villingen

Die Schachweltmeisterschaft 1934 war der 14. Zweikampf um den Titel des Weltmeisters im Schach. Sie fand als Rückkampf der Schachweltmeisterschaft 1929 vom 1. April bis 14. Juni 1934 in zwölf deutschen Städten statt. Titelverteidiger Alexander Aljechin besiegte Efim Bogoljubow mit 8 zu 3 Siegen bei 15 Remis-Partien. Das Match war ursprünglich auf das beste Ergebnis aus 30 Partien sowie sechs Siege angelegt, wobei Aljechin beim Stand von 15 : 15 seinen Titel behalten sollte. Nach 26 Partien befand er sich bereits uneinholbar in Führung, womit das Duell entschieden war.

Nach Bogoljubow wurde eine Schach-Eröffnung benannt: die Bogoljubow-Indische Verteidigung: 1.d2-d4 Sg8-f6 2.c2-c4 e7-e6 3.Sg1-f3 Lf8-b4+. Auch eine Variante im schottischen Vierspringer-Spiel (1. e2-e4 e7-e5 2. Sg1-f3 Sb8-c6 3.Sb1-c3 Sg8-f6 4. d2-d4 Lf8-b4) wurde als Morphy-Bogoljubow-Variante benannt.

### Anmerkungen:

### Bildunterschriften:

Abb 1: Magistrale und totale Niedere Straße mit dem Café Central (rechts neben dem Zifferblatt der Uhr).

Abb. 2: Galt einst als pompös: das Café Central, wo gegenüber ab 1907 und dann ab 1927 Häsler- und später Lurchis Salamender-Schuhe verkauft wurden.

Abb. 3: Rechtsanwalt Bernhard Schloß mit Familie: er wurde 1930 Vorstand der Schachspieler und saß als jüdischer Mitbürger bis 1933 auch im Bürger-Ausschuss.

Abb. 4: altern. Ein weiterer Schachfreund hat Wilhelm Keller einst porträtiert.

Abb. 5: Gewinn einst gemeinsam mit seinem Schachfreund Bopp simultan gegen Bogoljubow: Wilhelm Keller (1880 – 1978).

Abb. 6: Deutsch-russischer Großmeister und Berufsspieler: Efim Dmitrievic Bogoljubow (\*1889 – 1952). Im April 1934 spielte er an zwei Tagen zwei WM-Turnier-Spiele in der „Blume Post“ als Herausforderer von Alexander Aljechin. Beide spielen zuvor und danach in vielen anderen Städten.

Abb. 7: Detail Café Central.

Bilder/Repros: Archiv wob.



Bittstellerin wird bewilligt, die Strafe zu einem späteren Zeitpunkt abzuleisten.

Eine soziale Randgruppe waren auch Wohnsitzlose. Mit diesem Thema setzte sich der Rat wiederholt auseinander u. a. am 15. Dezember 1789. Die ledige Juliana Homburger aus Hilzingen wurde wegen Vagabundierens aufgegriffen und nach durchgeführtem summarischen Verhör wieder aus dem Arrest entlassen und vom bewaffneten Schutzmann an die Grenze geführt und der Pass abgenommen. Dieser wird an das Obervogteiamt Hilzingen zur Nachricht abgesandt.

Am 28. März 1792 übergibt Rat v. Bandel das summarische Verhör der Katharina Fischer von hier wegen Vagabundierens und ist der Meinung: Der bisher ausgestandene achttägige Arrest der Fischer sei als Strafe ihres Herumziehens anzurechnen, dann dieselbe zu einem anständigen Lebenswandel zur Vermeidung schärferer Strafe ernst und gemessen anzumahnen und ihrem Vogt Singer aufzutragen, ihr von ihrem Vermögen 40 x. abzugeben. Ratsbeschluss: Katharina Fischer soll auf unbestimmte Zeit ins Arbeitshaus der Seelenjahrzeit verwiesen werden mit dem Verweis, dass sie nach Wohlverhalten behandelt und nach gezeigter Besserung wieder entlassen werde. Davon ist Dr. Weiß zu verständigen, damit er sie beobachte, ihr verhältnismäßige Arbeit anweise und über ihr Betragen sowie den anzuweisenden Arbeitslohn dem Rat Bericht erstatte.

Auch Straftaten kamen vor wie folgende drei Beispiele zeigen.

16. Okt. 1788 In der Untersuchungssache Katharina Beutler von Truchteltingen wegen Diebstahls und Vagabundierens wird vorgeschlagen, die Beklagte für ein Jahr in das Gefängnis in Altbreisach zu verbringen. Von vorhandenen acht Gulden seien die Unterbringung, Versorgung und der Transport zu zahlen. Da sie a. am Beginn des Verhörs boshaft und hartnäckig gelogen hat, b. eine dem Bettel nachziehende Vagabundin ist, c. beim vergangenen Herbstmarkt einen auf 9 f. 16 x. sich belaufenden Diebstahl begangen hat und d. die Beschädigten wieder zu ihren Sachen gelangen können, wird sie zu einem halben Jahr Zuchthaus verurteilt und am folgenden Samstag eine Stunde

an den Pranger gestellt.

16. Mrz. 1790 Laut vorgenommener medizinisch- und chirurgischer Besichtigung des verstorbenen Joseph Anton Bruker, welcher von seinem jüngeren Bruder erstochen worden ist, hat sich herausgestellt, dass der Tod diesen Unglücklichen sowohl durch Verwundung des Grimmdarmes [letzter Teil des Dickdarms] als durch Verletzung einer Nieren unvermeidlich gewesen ist, und dies um soviel eher habe geschehen müssen, weil ihm am Anfang nicht gleich mit rechtmäßigen Mitteln begegnet worden ist.

18. Mrz. 1790 Über das summarische Verhör des hier inhaftierten Johann Bruker wegen der seinem verstorbenen Bruder zugefügten tödlichen Wunde ist die Meinung: Da Johann Bruker noch im Kindesalter folgsam nach § 5 des Gesetzes über Verbrechen und derselben Bestrafung unfähig eines Kriminalverbrechens ist, ferner selber laut summarischem Protokoll seine Übelthat ohne bösen Vorsatz begangen hat, so sei seine Übelthat als ein politisches Verbrechen anzusehen, selber mit Einrechnung der bisherigen Inhaftierung mit zeitlicher dreiwöchentlicher Arreststrafe, jede Woche freitags und mittwochs bei Wasser und Brot dann mit jedes Mal von drei zu drei Tagen zu wiederholender öffentlichen Züchtigung mit 25 Rutenstreichen zu einer heilsamen Warnung zu bestrafen, weil:

1. Er selber wegen seines Alters keines Kriminalverbrechens fähig, gleichwohl aber
2. laut ärztlichem Gutachten an dem Tod seines Bruders durch die zugefügten Wunden schuld, also
3. erwiesenermaßen ein höchststrafbarer und rachgieriger Bube ist, dessen Leidenschaften in der ersten Jugend durch geführte Strafe eingedämmt werden müssen.

Ferner, da das ärztliche Gutachten ausweist, dass Johann Bruker, der Vater, seinen verwundeten Sohn sehr vernachlässigt und geistliche und weltliche Hilfsmittel versäumt habe, sei er auf den 29. März früh 9 Uhr zur Verantwortung einzuberufen. Am Samstag, den 20. März um 11 Uhr wird mit der Strafe der begonnen, dann 23. und 26. jedes Mal um 11 Uhr mit der körperlichen Strafe



fortgefahren werden, wovon die Normallehrer zu verständigen sind.

8. Apr. 1790 Unter dem 30. März zeigt Rat Dr. v. Bandel an, das Johann Bruker bei dem auf den 29. März festgesetzten Termin nicht erschienen sei. Daher soll er bei Androhung angemessener Strafe erneut auf den 12. April 9 Uhr früh geladen werden.

15. Apr. 1790 Es wird die Äußerung des Johann Bruker wegen begangener Nachlässigkeit gegen seinen tödlich verletzten Sohn Joseph Anton Bruker in pleno verlesen. Die Majoritätsentscheidung lautet: Johann Bruker soll wegen seiner Saumseligkeit ernsthaft getadelt werden. Darüber hinaus ist D. Majer der Gebrauch aller Arznei bei Androhung angemessener Polizeistrafe untersagt. Die Ratsdiener werden wegen ihrer Nachlässigkeit bei der Vorladung der Parteien bei Androhung künftiger Strafen ermahnt, Rat Fischer ist der besonderen Meinung, dass Johann Bruker wegen seiner Saumseligkeit 24 Stunden einzukerkern sei, weil selber durch seine Saumseligkeit Schuld war, dass sein Sohn weder mit geistlichen weder mit zeitlichen Hilfsmitteln gehörig versehen worden ist.

7. Okt. 1790 In der Untersuchungssache der Katharina Salomon, Dienstmagd bei Frau Deputat Schertle wegen häuslichen Diebstahls in Höhe von 1 f. 24 x. Es gibt ein Geständnis. Es wird die Meinung geäußert: Frau Schertle soll wegen der gestohlenen 1 f. 6 x. Geld und 18 x. für Seife Katharina Salomon den Dienstbotenlohn einbehalten, ihr aber Kleider verabfolgen lassen. Beklagte aber wäre über den bereits dreitägigen Arrest noch weitere zwei Tage ohne den heutigen bei Wasser und Brot und täglich zwei warmen Suppen noch in Arrest zu belassen. Entscheidung: Solle gleich mit einem Verweis entlassen werden.

Ledige Bürgerstöchter gerieten immer dann in den Fokus des Rats, wenn sie nicht gemäß der gesellschaftlichen Norm lebten. Die Stadtväter hatten ein Problem mit selbstständiger Haushaltsführung. So wurde am 6. September 1770 folgender Beschluss gefasst: Da verschiedene ledige Bürgerstöchter aus dem Dienst ausgetreten sind und eigene Haushalte führen, sollen die Zunftmeister Erkundigungen einziehen, um wie viele es sich handelt, und dem Magistrat melden. Deutlich

wird hier auch, dass die Zünfte als gesellschaftliches Kontrollorgan fungierten.

Die Töchter des blinden Martin Stöhr gerieten ins Blickfeld des Rates, weil sie 'müßig zu Hause beisammen saßen'. Daher eröffnete man dem Vater am 17. November 1777, er solle seine Töchter in Dienst schicken, andernfalls würde er aus der Stadt verwiesen. Doch der Fall war damit nicht erledigt, wie weitere Protokolleinträge zeigen.

22. Feb. 1779 Den Töchtern von Martin Stöhr soll aufgetragen werden, sich binnen acht Tagen in Dienst zu begeben, andernfalls würde der Vater mit samt seinen müßig herumsitzenden Töchtern aus der Stadt geschafft.

11. Mrz. 1779 Margaretha Stöhr, welche der Stadt wegen zweimaliger 'mit Verlaub Hurerei' verwiesen worden ist, kommt das dritte Mal schwanger in die Stadt und vor den Rath und verlangt, dass man sich ihrer annehmen solle. Da sich diese 'liederliche Weibsperson' zum dritten Mal verfehlt und sich des Bürgerrechts verlustig gemacht hat, soll dieselbe hinausgeschafft und an die Obrigkeit verwiesen werden, unter welcher dieser Fall steht.

10. Sep. 1781 Dem Martin Stöhr solle angeboten werden, seine Töchter innerhalb von acht Tagen in Dienst zu schicken, andernfalls würde er aus der Stadt geschafft. Sein Sohn Joseph bat darum, dass seine Schwestern bei den alten Eltern bleiben dürfen, um für diese zu sorgen. Der Rat bewilligt eine Tochter. Die anderen v. a. Margaretha Stöhr sollen auswärts in Dienst treten.

26. Aug. 1782 Margaretha Stöhr, die sich ohne Magistratserlaubnis wieder in der Stadt befindet, wird zu zwei Tagen Haft verurteilt. Die übrigen Stöhr-Mädchen sollen in Dienst treten oder binnen 14 Tagen aus der Stadt geschafft werden.

Man sieht, dass der Rat sich mit seinen Anordnungen nicht immer gleich durchsetzen konnte. Dies zeigt auch der Fall von Catharina Vetter, die sich unerlaubt mehrfach in der Stadt aufhielt.

5. Mai 1774 Catharina Vetter, die sich gegen den obrigkeitlichen Befehl unterstanden hat, sich hier weiter aufzuhalten, soll durch die bewaffneten Schutzmänner an die Grenze geführt werden. Ihr ist unter strenger Strafe untersagt, dies Territorium wieder zu betreten.

6. Mrz. 1775 Catharina Vetter bittet um den Einlass in die Stadt mit zwei kranken Kindern. Dies wird ihr unter Strafandrohung abgeschlagen, da sie sich ohne Erlaubnis und bei mehrfacher Ermahnung mit einem Auswärtigen verheiratet und fälschlich angegeben hat, sie habe in der Schweiz das Bürgerrecht bekommen.

8. Jun. 1775 Catharina Vetter mit ihren 2 Kindern, welche wider das obrigkeitliche Verbot hieorts schon geraume Zeit sitzen geblieben und mit Betteln der Bürgerschaft zu Lasten gefallen ist, soll bis morgen die Stadt verlassen.

2. Dez. 1776 Catharina Vetter, welche schon oft und wiederholt von hier abgewiesen worden ist, sich selbst auch schon anerbotten hat, hinaus zu gehen, hat um ein Zehrgeld angehalten. Es sind ihr einige Gulden bewilligt worden. Sie soll sich mit ihren Kindern jedoch sofort aus der Stadt entfernen.

17. Nov. 1777 Catharina Vetter, die sich trotz obrigkeitlichen Verbots hier niedergelassen hat, soll durch die Ratsdiener fortgeschafft werden.

7. Dez. 1778 Catharina Vetter bittet, ihr das Besitzrecht zu gestatten. Dies wird ihr auf Zahlung der entsprechenden Summe zugestanden. Sie soll das Recht aber jährlich neu beantragen. Beim Tod oder Weggang ihrer Kinder soll sie kein Recht mehr haben.

Auch die Abwicklung von Ehescheidungsverfahren wurden dem Rat vorgelegt. Hier drei Beispiele:

Luzia Oberle gegen Johann Dold – Ratsprotokoll 2. Okt. 1787, mit Datum 25. September bittet Mohrenwirt Johann Dold, seine Ehe vor einem Vergleich im Hinblick auf das zeitliche Vermögen nicht zu scheiden und, dass seine Frau zur gesetzlichen Verhandlung ohne Beistand zugelassen wird. Johann Dold wird mit seiner Bitte verwiesen, bis das gegen ihn laufende Konkursverfahren und die Eigentumsklage seiner Frau abgeschlossen sind. Er soll den Magistrat auch nicht mehr mit unnötigen Klagen behelligen, andernfalls müsse man ihn als böswilligen Kläger behandeln.

11. Dez. 1787, mit Eingang 10. Dezember 1787 reicht Rat Fischer das Verhandlungsprotokoll Luzia Oberles gegen ihren Ehemann Johann Dold ein.

1. Die verlangte Ehescheidung von Tisch und Bett,

2. die Zueignung des noch existierenden zugebrachten Vermögens betreffend.

Die Ehescheidungsklage samt dem Protokoll wird gelesen weil:

a) beide Teile sich mit der Trennung von Tisch und Bett einverstanden erklärt haben,

b) das schriftliche Zeugnis des Pfarrers vorliegt,

c) Luzia Oberle sich wegen des zeitlichen Vermögens auf die Eigentumsklage beruft, auf Grund derer ihr Johann Dold eine Zuwendung von 200 Gulden versprochen, sein Versprechen aber nicht gehalten hat, stattdessen sind mehrere Schulden Dolds ihr aufgebürdet worden,

d) selbst wenn die versprochene Zuwendung noch vorhanden wäre, diese gemäß allerhöchster Weisung vom 1. Juli 1787 Luzia Oberle zustünde.

Entscheidung: Die Ehe ist zu scheiden. Etwa noch vorhandenes Vermögen wird Luzia Oberle zuerkannt.

Baptist Schlenker gegen Otilia Limberger: 10. Nov. 1789, in der Ehescheidungssache des Baptist Schlenker und dessen Ehefrau Otilia Limberger haben sich beide Teile wiederum miteinander ausgesöhnt und beisammen zu leben sich einverstanden erklärt.

Baptist Neugart gegen Elisabetha Griefshaber, Ratsprotokoll vom 7. Okt. 1790, unterm 6. Oktober übergibt Rat Knoll Baptist Neugarts und dessen Ehefrau Elisabetha Griefshabers zu Protokoll gegebene Äußerung betreffend die zwischen den beiden herrschenden Streitigkeiten und der deswegen angesuchten Ehescheidung. Entscheidung: Den Eheleuten ist aufzutragen, dass sie sich zu Herrn Pfarrer in der Kirnach begeben und, wenn sie trotz des Zuspruchs des Herrn Pfarrer auf der Ehescheidung beharren würden, so sollen Sie ein Zeugnis hierüber dem Pfarrer abverlangen und als dann das Ehescheidungsgesuch gehörig einreichen.

#### Anmerkungen:

1 Stadtarchiv Best. 2.1 AAA b/10ff. Da die Protokolle chronologisch geordnet sind wird auf einzelne Belegstellen verzichtet.





Abb. 1: Entwurf von 1923.

In dieser Stellungnahme wird dann empfohlen, den Bauplatz in die Nähe des Gaswerkes zu legen, dass ohne großen Verlust eine Ausnützung des daselbst gewonnenen Dampfes möglich wäre. Diese Argumentation wird dann noch mit umfangreichem Zahlenmaterial unterlegt. Zur äußeren Gestaltung wird vorgeschlagen, eine einfache und doch dem Zweck des Gebäudes entsprechend würdigen Weise gedacht. Jede überflüssige Höhenentwicklung der Schwimmhalle sei aus wärmetechnischen Gründen zu vermeiden. Als Kostenaufwand wird, man befand sich in einer Inflationszeit, die heute unvorstellbare Summe von 130 Millionen Mk genannt. Als erstes wird darauf hingewiesen, dass zunächst auch die Möglichkeit bestünde, nur das Vordergebäude mit den darüber liegenden Wohnungen zum Preis von 35 Millionen Mk zu erstellen. Bei der Rentabilitätsrechnung ging man davon aus, dass ein jährlicher Aufwand von 10 Millionen Unterhaltskosten und

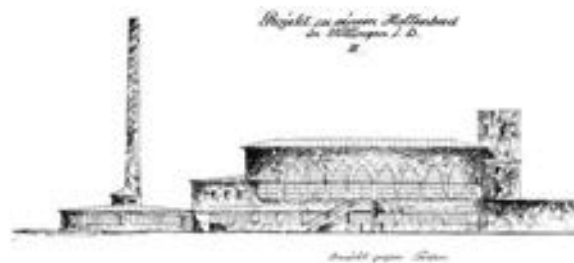


Abb. 2: Entwurf 1930 von Friedrich Nieddelmann + Sohn.

6 Millionen Betriebsaufwand, also jährlich 16 Millionen anfallen würden. Bei der Rentabilitätsrechnung wird auf das Schwimmbad in der Waldstraße und das Volksbad in der Schulgasse eingegangen. Das Bad in der Waldstraße sei im Jahr 1921 von 12.000 Personen (ohne Reichswehr) besucht worden, bei einem Ganzjahresbetrieb wurde bei der Rentabilitätsberechnung davon ausgegangen, dass etwa 25.000 Personen jährlich als Besucher gerechnet werden könnten. Somit würde sich der Zuschuss pro Besucher auf 400 Mk belaufen. Es wird vorgeschlagen, das Volksbad in der Schulgasse aufzuheben und die dort vorhandenen Wannen und Brausen könnten selbstredend beim Neubau des Bades Verwendung finden. Die Stadt könne es sich nicht leisten, zwei Bäder zu betreiben (Volksbad und Hallenbad). Bei Aufhebung des Volksbades würden allein schon Kosten für das jährliche Brennmaterial (Koks) in Höhe von 2,5 Millionen eingespart.

Im Protokoll vom 13.2.1923 (nicht ersichtlich, ob ein Gemeinderatsprotokoll oder Protokoll eines Gespräches der Fraktionsführer) geht die Stadtverwaltung unter Zugrundelegung des o. g. Entwurfes auf das Schreiben bzw. den Antrag der Sozialdemokratischen Partei vom 24.8.1922 ein. Dort heißt es unter anderem:

*Der Vorschlag sieht einen Aufwand von 130 Millionen Mark vor, dürfte aber bei den jetzigen Preisen sich um das Doppelte erhöhen* (also nur etwa 35 Tage nachdem das Stadtbauamt seine Stellungnahme veröffentlicht hat).

Des Weiteren wird darauf hingewiesen, dass der Gemeinderat bei der allgemeinen wirtschaftlichen Lage zunächst einmal festzulegen habe, welche der verschiedenen z. Zt. in der Schwebe sich befindlichen Projekte am dringlichsten sind. Von den Fraktionsführern wird übereinstimmend erklärt, dass vorab Mittel für den Wohnungsbau bereitzustellen seien, in erster Linie aber die Mittelstands- oder Stadtküche und sodann die Leichenhalle in Verbindung mit der Friedhofserweiterung in Betracht kämen. Diese Unternehmungen würden die Finanzkraft der Stadt wohl schon derartig beeinflussen, dass die Erstellung des Schwimmbades vorerst zurückstehen müsse.



Damit war das Projekt zunächst vom Tisch, allerdings wohl nie die Diskussion in den politischen Gremien bzw. der Bevölkerung. Mit Schreiben vom 2. 9. 1926 wandte sich die sozialdemokratische Fraktion, hier wieder Herr Schifferdecker, an den Stadtrat Villingen. Im Schreiben wird erneut die Errichtung eines größeren (Hallen)Schwimmbades, durchaus auch in Etappen, beantragt. Unter anderem wird darauf hingewiesen, dass die bestehenden Badeanstalten unzulänglich seien und eine immer größer werdende Anzahl von Badegästen von den Anstalten Gebrauch mache. Im Sinne der Volksgesundheit und Hygiene sei dies erforderlich. Auch wird im Schreiben argumentiert, dass Villingen aufgrund seiner verkehrspolitischen Lage als die Schwarzwaldhauptstadt bezeichnet werde. Die Fraktion der Sozialdemokraten habe den sehnlichsten Wunsch, dass unsere Stadt auch auf dem Gebiet der kommunalpolitischen Leistungen diese Stelle einnehme.

Überhaupt scheint das Thema Bäder oder Hallenbäder in den 20er Jahren ein übergreifendes politisches Thema gewesen zu sein. So schreibt die Karlsruher Zeitung in ihrer Ausgabe vom 28. 2. 1927 unter anderem:

*Mit dem Bau von Bädern liegt in den Städten und Gemeinden ein Bedürfnis vor, das in früheren Jahren fast gar nicht befriedigt worden ist und das auch in den langen Kriegs- und Nachkriegsjahren nicht befriedigt werden konnte, obwohl es heute weit dringender als früher sich geltend macht. Weiter heißt es: Es ist noch nicht lange her, dass die Gesellschaft für Volksbäder die Parole ausgab „Jedem Deutschen wöchentlich ein Bad“. Die Bereitschaft, Bäder einzurichten sei in vielen Städten nicht groß. Erst wenn hierin ein Wandel geschaffen ist, wird sich eine Forderung durchsetzen können, die seit langem von allen Ärzten und Jugendbildnern gestellt wird, nämlich die der obligatorischen Einführung des Schwimmunterrichtes an allen deutschen Schulen.*

Im Villingener Volksblatt vom 1. 9. 1928 wird unter „Sprechsaal“ auf Folgendes aufmerksam gemacht:

*Die heißen Wochen haben dem städtischen Freibad eine riesige Besucherziffer jeden Alters und Geschlechts gebracht. Dabei hat sich aber herausgestellt, dass das Bad für die hiesige Stadt viel zu klein ist. Es ist kein*

*Vergnügen, unter einer so großen Menschenmasse zu baden. Ganz und gar ungeschicklich aber ist es, wenn Schulkinder und Erwachsene zusammen baden, wir denken da vor allem an die weibliche Seite.*

Ganz aufschlussreich auch ein Artikel aus dem „Volkswille“ vom 25. Juli 1928: *Wenn die Badezeit da ist, begegnet man in der bürgerlichen Lokalpresse Ausführungen über die Mangelhaftigkeit und Unzulänglichkeit des hiesigen Badewesens. So auch dieses Jahr wieder. Es ist dies ein Zeichen über die Unzufriedenheit der Zustände auf diesem Gebiet. Dieses Jahr wirkt sich dies noch schlimmer aus, da die Nachbargemeinden neue Schwimmbäder, Dürrheim sogar ein schönes Strandbad errichtet hat, das sogar von Villingern stark besucht wird. Die Überzeugung ist hier allgemein, dass die Stadt Schwenningen ebenfalls ein Schwimmbad, sogar ein Hallenschwimmbad mit Strandbad hätte, wenn es nicht so wasserarm, sondern im Besitz des Villingener Wasserreichtums wäre.*

Aufschlussreich auch ein Artikel im Villingener Volksblatt vom 21. 12. 1928:

*Gegenwärtig wird hier in der Öffentlichkeit viel die Frage diskutiert, ob Villingen ein Strandbad oder ein Hallenbad einrichten soll. Wie wir hören, trägt man sich bei der Stadtverwaltung mit dem Gedanken, dieselbe in absehbarer Zeit dem Bürgerausschuss vorzulegen. Für ein Strandbad käme zunächst der Platz bei der Feldnermühle in Frage. Das kleinste derartige Projekt, ohne Gebäude, käme auf etwa 70.000 Mk zu stehen. Selbstverständlich wäre bei Durchführung des Projektes das Hallenschwimmbad für längere Zeit erledigt.*

Allerdings wird auf die wetterbedingte nur kurze Nutzungsmöglichkeit hingewiesen, und so kommt das Villingener Volksblatt im genannten Bericht zur Auffassung, dass letztendlich nur ein Hallenbad die richtige Lösung sei. Weiter wird (zum Hallenbad) angemerkt:

*Da die Heizung durch das Gaswerk erfolgen soll, käme für die Erstellung des Hallenbades der Platz bei dem Gutleutehaus in Frage, der zudem den Vorzug hat, in der Nähe des Bahnhofes gelegen zu sein.*

Interessant in diesem Bericht auch, dass die Kosten sich im Bereich von 450.000,- bis 500.000,- Mark belaufen dürften. Es wird auch auf andere wichtige Dinge hingewiesen, welche die Stadt

möglicherweise vor einem Hallenbad errichten sollte. Es sind dies die Erstellung des Mütterheimes, die Erweiterung des Krankenhauses, ebenso die weitere Lösung der Spitalfrage, namentlich die eventuelle Erstellung eines Städtischen Gutshofes. Weiter wird an die bessere Ausgestaltung der Altertumsammlung, die anderweitige Unterbringung der Polizei und an die Kinderschulfrage erinnert.

Mit Stellungnahme vom 7.12.1928 legt das Stadtbauamt eine Kostenaufstellung zur Errichtung eines Strandbades (ohne den Standort zu nennen) vor. Diese belaufen sich für das Strandbad auf 49.200 Mark, ein Empfangsgebäude in einfacher Ausführung ohne Café auf 64.000 Mark, Brücken- und Weganlagen verursachen einen Aufwand von 30.000 Mark, Gesamtaufwand somit 143.200 Mark. Falls das Projekt noch mit einer Sportwett- und Schwimmbahn mit Sprungbrett-schanze ausgeführt werden würde, wäre ein weiterer Aufwand von 6.000 Mark erforderlich, der Einbau eines Cafés im oberen Stock des Empfangsgebäudes sollte dann noch einmal einen Mehraufwand von 30.000 Mark erfordern.

Mit Schreiben vom 17.8.1929 wandte sich der Villingener Verkehrsverein an den „Verehrlichen Stadtrat“, beschwert sich unter anderem über die Sauberkeit des Wassers im städtischen Schwimmbad an der Waldstraße und dringt auch, solange ein Hallenbad aus finanziellen Gründen nicht erstellt werden könnte, auf die Schaffung eines Strandbades. Vom Verkehrsverein wird aber nicht die Feldnermühle, sondern, ohne nähere Bezeichnung, ein Strandbad in der Nähe des Kirnacher Bahnhofes vorgeschlagen. Begründet wird dies mit dem Vorteil, dass Villingen ein Wald-Strandbad hätte, welches auch leicht mit der Bahn erreicht werden könnte. Auch die Nähe zum Waldhotel wird erwähnt, da die Nähe zum Waldhotel diesem auch größeren Nutzen bringen würde.

Die Diskussionen über den Bau eines Bades scheinen dann deutschlandweit bekannt geworden zu sein. Dies zeigt sich unter anderem darin, dass ein Architekt Hans Heinrich Grotjahn aus Leipzig mit Schreiben vom 19.8.1929 seine Dienste anbietet und auf seine Erfahrungen verweist. In einem Schreiben der Stadt an eine Firma H. Schaffstaedt

GmbH Gießen bezieht man sich auf ein Gespräch mit einem Vertreter dieser Firma und den Herren Oberbürgermeister Lehmann und Stadtbaurat Ganter. Der genannten Firma wurden Lagepläne von zwei Plätzen zugesandt mit der Bitte, Skizzen und Kostenpläne zu erstellen. Leider wird in diesem Schreiben nur darauf hingewiesen, dass der Zugang von der Schwedendammstraße aus erfolgen solle, der zweite Platz ist nicht erwähnt. Wenn der Zugang von der Schwedendammstraße zu erfolgen hat, kann davon ausgegangen werden, dass man sich wieder über einen Standort auf dem Warenburgplatz Gedanken machte, zumal in diesem Schreiben von Hallen- und Freibädern die Rede ist.

Im Protokoll vom 6.11.1930 ist zu lesen:

*Dem Stadtrat wurde in seiner heutigen Sitzung das Projekt des Hallenschwimmbades, welches auf dem ehemaligen Mayerschen Anwesen am Romäusring (heute Theater am Ring) zu stehen kommen soll, vorgelegt. Stadtbaurat Ganter machte nähere Angaben zum Objekt. Der Oberbürgermeister erklärte, dass an Ausführung des Projektes bei den gegenwärtigen Verhältnissen vorerst nicht gedacht werden könne, dass aber nunmehr die Tatsache bestehe, dass ein entsprechendes Projekt vorliege und dies jederzeit zur Ausführung kommen könne sobald die erforderlichen Mittel vorhanden sind. Erstmals wird also ein Standort ohne Anbindung an das Gaswerk erwähnt.*

Der „Volkswille“ schreibt dazu am 10.11.1930 unter anderem:

*Ob die neue Idee der Verbindung des Hallenschwimmbades mit einer Fernheizungsanlage jemals durchführbar ist, soll dahingestellt bleiben. Solche Fernheizungsanlagen gibt es in anderen Städten; ob sie aber für die hiesigen klimatischen Verhältnisse zweckmäßig erscheint, ist zumindest fraglich. Der Platz auf dem früheren Mayerschen Anwesen wird aufgrund der Nähe zur Stadt als außerordentlich günstig angesehen, es wird von Kosten in Höhe von 350.000,-- Reichsmark gesprochen.*

Interessant zum Schluss des Berichtes über die nicht verwirklichte Geschichte eines Hallenbades zwischen den Kriegen ist vielleicht noch die Tatsache, dass sich ein Herr Franz Flockenhau aus Düsseldorf mit Schreiben vom 9.5.1931 um eine

Stelle als Bademeister für das neue Hallenbad beworben hat. Die Stadt teilt im Schreiben vom 11.5. mit, dass eine Vormerkung für die Stelle eines Bademeisters für das zukünftige Hallenbad zwecklos sei.

Der II. Weltkrieg und die Nachkriegszeit ließen die Verwirklichung des Hallenbades wiederum nicht möglich erscheinen. Aber kaum war die totale Niederlage überwunden und Industrie und Wirtschaft wieder intakt, tauchte im Rahmen des sich abzeichnenden Wirtschaftswunders die Forderung nach dem Bau eines Hallenbades wieder auf. Im Jahr 1955 brachte der Gemeinderat auf Vorschlag des OB Severin Kern das Hallenbad auf den Weg, als er das Bad in einen Zehnjahresplan aufnahm. Die Stadt war zwischenzeitlich auf 25.000 Einwohner gewachsen. Verfestigt wurde diese Absicht durch die Aufnahme des Hallenbades in den Sportstätten-Leitplan der Stadt Villingen im Jahr 1958. Erleichtert wurde die Entscheidung auch dadurch, dass der Anschluss an die Bodenseewasserversorgung bevorstand bzw. mit der Eröffnung sichergestellt war. Im damaligen Zehnjahresplan rechnete man mit Kosten von 1,5 Millionen DM. Tatsächlich betragen die Gesamtkosten dann 6 Millionen DM, städtische Mittel waren 4 Millionen, Spenden und Totomittel 2 Millionen.

Ende 1959 wurde ein Hallenbadförderverein gegründet. Initiator und Vorsitzender war Herr Dipl.-Ing. A. Stockburger, welcher es sich nicht nehmen ließ, bei der Eröffnungsveranstaltung am 18.12.1965 mit Frack und Zylinder vom Sprungturm zu springen. Stadtoberbaurat, Architekt Julius Nägele, schreibt in der Festschrift, welche anlässlich der Eröffnung herausgegeben wurde über die Planung und den Bau, ebenso auch über architektonische und gestalterische Überlegungen. In der Festschrift heißt es dazu:

*Nach Prüfung des Programmes durch die Deutsche Sportstättenberatungsgesellschaft Köln-Müngersdorf, den Bäderbaufachmann Baudirektor Stephan, Karlsruhe, und durch Herrn Dr. Fabian vom Deutschen Schwimmverband, beschloss der Gemeinderat die Ausschreibung eines öffentlichen Wettbewerbes unter gleichzeitiger Aufforderung von drei Architekten, die*

*bereits Erfahrung im Bau von Hallenbädern besaßen. Insgesamt 25 Architekten reichten Entwürfe ein, es wurden durch das 15-köpfige Preisgericht zwei erste Preise verliehen, wobei Herr Architekt Dipl.-Ing. Goesmann, Hannover der Vorrang gegeben wurde. Bauleitender Architekt vor Ort war der ortsansässige Architekt R. Sturm.*

Aus dem Protokoll des Preisgerichtes ist zu entnehmen:

*„Dem Verfasser ist es gelungen, die geschickt gruppierten Baustrukturen weitgehend dynamisch zu gestalten und sie mit Sicherheit in der gärtnerisch feinfühlig gegliederten Umgebung einzuordnen.“* Oder auch: *„So spannend wie das Innere ist die äußere Gestaltung, die eine souveräne Beherrschung der Gestaltungsmittel verrät.“*

Zur Konstruktion wird berichtet:

*Bedingt durch die Hanglage und durch die Tiefe des auch von unten zu kontrollierenden Schwimmbeckens (Erbebengefahr im Südschwarzwald) musste das Bauwerk weit in die Erde eingreifen. 25 Meter weit gespannte geschweißte Stahlträger ruhen auf schlanken Stahlstützen der Südfassade und auf Stahlstützen im nördlichen Hallenteil. Die großen Giebelwände in der Halle sind aus Murgtaler Granit. Die Hallendecke ist aus Schwarzwaldkiefer in schmalen Brettern schallschluckend ausgebildet. Neben dem Hallenbad wurden auch eine Sauna und Dienstwohnungen errichtet. Seine eigenwillige Bauform ist dem Schwarzwaldbauernhaus als dem Zeichen unserer Landschaft entnommen (Grußwort von OB Severin Kern, Festschrift zur Eröffnung).*

Baubeginn war am 18. Juni 1963, das Richtfest fand am 9.10.1964 statt, Probefüllen der Becken erfolgte im Frühjahr 1965 durch die Freiwillige Feuerwehr Villingen, Eröffnung war nach nur 30 Monaten Bauzeit am 18.12.1965. Der Eintrittspreis für Erwachsene betrug 0,60 DM, für Kinder und Jugendliche 0,30 DM. Das Hallenbad Villingen war das erste Hallenbad, welches nach dem II. Weltkrieg in Südbaden eröffnet wurde.

Am Sonntag, dem 19.12.1965 wurde die Eröffnung mit einem ansprechenden Rahmenprogramm gefeiert. Dies unter Teilnahme des Schwimmclub Villingen, der örtlichen DLRG, des Schwimm- und Skiclub Schwenningen, der deutschen Meis-

tern im Turm- und Kunstspringen Michael Kastner, München und Joachim Scherf, Freiburg, sowie, als besondere Attraktion, der „Isarnixen“ aus München.

Es gab aber auch Kritik. So bemängelte der Elternbeirat des Gymnasiums, dass ihre Kinder, welche an Stelle des Pflichtsportunterrichtes Schwimmunterricht erhielten, für diese Schwimmstunde 0,30 DM bezahlen sollten. Weiter wurde bemängelt, dass Jugendliche ab dem 15. Lebensjahr beim Eintrittspreis den Erwachsenen gleichgestellt würden. Einige interessante Anmerkungen aus der durch den Gemeinderat verabschiedeten Hausordnung:

*Es ist verboten, wild herumzulaufen, zu lärmern oder zu singen. Auch dürfen keine Radios oder Phonogeräte mitgebracht werden, das Rauchen ist lediglich in der Milchbar gestattet, Hunde haben im Bad natürlich auch nichts zu suchen.* Ein Punkt, der die „Gleichberechtigung“ - wie sich OB Kern ausdrückte – dokumentiert besteht darin, *dass sowohl männliche als auch weibliche Besucher Bademützen tragen müssen* (Südkurier vom 17. 12. 1965).

Über einen weiteren interessanten Aspekt zur Geschichte des Bades kann auch Hansjörg Feh-

renbach, Ehrenratsherr der Narrozunft, damals Bauzeichnerlehrling im Stadtbauamt Villingen, berichten. 1963 erschien ein Bildband mit dem Titel: „Die schönsten Schwimmbäder der Welt“. Darin wurde unter anderem über das neubaute Olympiabad in Rom berichtet, ebenso über weitere, international bedeutende Bäder. Da das Villingener Hallenbad zur Zeit des Erscheinens des Bildbandes (1963) noch im Bau war, wurden Fotos von dem detailgetreuen und hervorragend gearbeiteten Modell im Maßstab 1:100 gezeigt. Des weiteren erschien 1970 ein umfangreicher Bildband „Bäderbauten“, auch darin ist das Villingener Hallenbad neben anderen bedeutenden Bädern zweisprachig umfangreich erwähnt. Auch dieser Bildband wurde international vertrieben. In einem Kommentar von Südkurier-Redakteur Heinz Wegmann heißt es am Tag der Eröffnung: *Das endgültige Urteil über geistiges Profil und wirtschaftliche Zweckmäßigkeit architektonischer Schöpfungen bleibt späteren Generationen vorbehalten.* Heute, zwei Generationen später, kann bestätigt werden, dass die damaligen Stadtväter, Architekten und Fördermitglieder die richtige Entscheidung getroffen haben.





Abb. 1: Modell des Villingen Münsters.

Das Münster steht als ein Wahrzeichen der Stadt auf einem großen Platz in der Innenstadt. Es wurde im 12. Jahrhundert erbaut. Der Baubeginn lag zwischen den Jahren 1130–1150. Ursprünglich war das in der Stadt gelegene Münster eine Nebenkirche, Pfarrkirche wurde es 1537. Bis dahin war die Altstadt-Kirche, die sich beim Friedhof befand, die Pfarrkirche.

Da ich schon einige historische Gebäude im Modell nachgebaut hatte, kam mir der Gedanke, ich könnte auch ein Gebäude vom Stadtzentrum bauen. Nach langen Hin- und Her-Überlegungen und stundenlangem Anschauen des Gebäudes kam der Entschluß: Ja, es soll das Münster werden. Da habe ich mich mir etwas getan.

Nun zu meinem Münster-Bau. Da ich ohne Baupläne kein Modell gebaut habe, fragte ich mich, was mache ich jetzt. Ich vereinbarte einen Termin beim Dekan Müller, vielleicht habe ich Glück und er hat alte Baupläne. Dekan Müller hat mir sofort geholfen, und ich bekam die gewünschten Pläne. Nochmals vielen Dank dafür.

Dann ging es los: Den ganzen Grundriss festlegen, damit die Maße genau stimmen. Habe dann angefangen erst einmal eine Schicht Sandsteine am Grundriß gesetzt. Jetzt hatte ich die Größe des Objekts. Das sah schon einmal ganz gut aus. Und so wuchs es Stück für Stück. Ich war dann sehr oft auf dem Münsterplatz, habe im Detail Bilder gemacht, diese zusammengeklebt und die Steingrößen festgelegt. Es waren ungefähr 350 Bilder. Die Dachschrägen habe ich den Plänen entnommen.

Nordturm und Südturm sind oben auf 2/3 Höhe achteckig, es war schwierig, es genauso zu bauen. Da das Münster zu 95% aus Sandstein besteht, sollte es auch eine ausreichende Festigkeit bekommen. Ich habe mich bei einem Villingen Steinmetz beraten lassen, und er besorgte mir einen Zweikomponenten Kleber, der sehr gut war. Der Nachteil war, ich konnte nur 3–4 Steine richten, dann kleben. Der Kleber war in 20–30 Sekunden dann steinhart. Es sind ungefähr 3.400 Sandsteine. Die Dachziegel sind einzeln gebohrt, gesenkt und genagelt, ca. 12.800 Stück. Das Münster hat insgesamt 66 Fenster. Beleuchtet ist das Modell, so wie es in Wirklichkeit ist. Die Turmuhr hat ein grünes Zifferblatt mit römischen Zahlen und ist funktionsfähig.

Ich hoffe, ich habe einen kleinen Einblick gegeben. Man kann das Modell im Franziskaner Museum besichtigen.

Im XXXI. Jahrgang dieser Zeitschrift wurde 2008 vom Verfasser des vorliegenden Beitrags erstmals in groben Zügen die Geschichte der Villinger Familie Freiburger (Fryburger, von Freiburg) skizziert.<sup>1</sup> Auf Grund der dürftigen Quellenlage musste diese Darstellung der Geschichte der Familie für das 17. Jahrhundert vergleichsweise unvollständig bleiben, vor allem was Ferdinand von Freiburg betraf, von dem sich allenfalls zusätzlich zeigen ließ, dass er in der zweiten Hälfte des Dreißigjährigen Krieges und in den Jahren danach in Villingen eine gewisse Rolle gespielt haben muss. Immerhin war schon bisher für Februar 1637 dokumentiert, dass Ferdinand von Freiburg zusammen mit Johann Thomas Schuch als Bürgermeister der Stadt Villingen einen Anteil an den Einkünften „seiner“ Stadt an den Baumeister der Stadt Eglisau am Hochrhein verkauft hat.<sup>2</sup> Und 1641 tritt Ferdinand von Freiburg noch einmal beim Verkauf eines Hauses in Erscheinung.<sup>3</sup>

Nun hat in anderem Zusammenhang Frau Dr. Edith Boewe-Koob dankenswerterweise dem Verfasser eine Kopie des Jahreszeitenbuchs der Villingen Vetternsammlung zugänglich gemacht. Dieser zu wesentlichen Teilen bis 1728 redigierten Quelle sind eigentlich völlig unverdächtig an zwei Stellen gerade über Ferdinand von Freiburg wertvolle Angaben zu entnehmen, nachdem ihn schon die Villingen Vetternsammlung in ihrer Spätzeit als „einen zweiten Stifter dieses Convents“ betrachtete.

In der genannten Quelle ist zu lesen<sup>4</sup>, der „wohledel“ Junker Ferdinand von Freiburg habe nach dem 1635 während der Pestzeit erfolgten Tod seiner Gemahlin, einer geborenen von Steulin (?), ferner eines Tochterleins und eines noch kleinen Sohnes, „so auch jung verstorben“, sein Amt als Bürgermeister „aus betrübnuß“ niedergelegt. Während er früher in dem Haus „am Pfarrhof, wo jetzt die Kanzlei ist“, wohnhaft gewesen sei,

habe sich der ehemalige Bürgermeister nun mit bischöflicher Erlaubnis „in die Kost“ der Vetternsammlung begeben und sei in das „obere“ Stüblein gezogen, welches darauf nach ihm als „junckherrn Stübtle“ bezeichnet wurde. Ferdinand von Freiburg war also in seinen späteren Lebensjahren Pfründer in der Vetternsammlung.

Der Vetternsammlung tat Ferdinand von Freiburg in den folgenden Jahren viel Gutes. Er stiftete dem Kloster Früchte und Gülten, namentlich mit einem Grundzins in Dauchingen und aus dem „oberen Garten“ zu Villingen sowie „mit Silber und anderem“. Er starb am 7. September 1669<sup>5</sup>, wurde aus der Vetternsammlung „ausgetragen“ und bei „denen Vätteren Franciscanern im Chor begraben“. Als „ein sonderbarer guethäter“ habe er zu Lebzeiten die Klosterfrauen der Vetternsammlung „vorletztem Unterganger halten“, heißt es in unserer Quelle. Zu seiner ewigen „Danckhgedächtnus“ werde in der Sammlung ein Jahrtag „mit gantzer Vigil und einer Heiligen Messen begangen“.

#### Anmerkungen:

<sup>1</sup> a. a. OS. 74 – S. 78 und hier besonders S. 77

<sup>2</sup> Inventar Villingen IIS. 322 Nr. 1704

<sup>3</sup> Inventar Villingen IIS. 46 Nr. 2210

<sup>4</sup> Archiv St. Ursula in Villingen, AB 66 6a. Jahr – Zeithen Buch... renoviert den 5. Tag Augusti 1728 p. 32

<sup>5</sup> Wie Anm. 4 p. 29



A P R

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62  
63  
64  
65  
66  
67  
68  
69  
70  
71  
72  
73  
74  
75  
76  
77  
78  
79  
80  
81  
82  
83  
84  
85  
86  
87  
88  
89  
90  
91  
92  
93  
94  
95  
96  
97  
98  
99  
100

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62  
63  
64  
65  
66  
67  
68  
69  
70  
71  
72  
73  
74  
75  
76  
77  
78  
79  
80  
81  
82  
83  
84  
85  
86  
87  
88  
89  
90  
91  
92  
93  
94  
95  
96  
97  
98  
99  
100

101

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62  
63  
64  
65  
66  
67  
68  
69  
70  
71  
72  
73  
74  
75  
76  
77  
78  
79  
80  
81  
82  
83  
84  
85  
86  
87  
88  
89  
90  
91  
92  
93  
94  
95  
96  
97  
98  
99  
100



Abb. 2: Beiträge zur Geschichte der Stadt Villingen.

gelte für eine ihm zuteil gewordene Ehre. Denn zu seiner Pensionierung 1952 hatte man ihn für das Bundesverdienstkreuz vorgeschlagen und zum 75. Geburtstag erhob man ihn in den Stand eines Ehrenbürgers der Stadt Villingen

Auch wenn sich die Herausgabe von Revellios Werk gerade nicht jährt, dann soll ihm als leidenschaftlichem Historiker, der mit einem überaus populären, dicken und spannenden Buch, der Pflichtlektüre für jeden Stadtführer, einen Markstein gesetzt hat, zum Jahrestag seines Todes vor 50 Jahren gedacht werden.

Denn für unzählige Villingen sind Revellios Beiträge noch immer „eine Fundgrube für jeden Heimatfreund“. Seit damals, 1964, herausgegeben zu einem doch niedrigen Preis, wohl nicht zuletzt deshalb, weil das Werk als vierte Folge der Schriftenreihe der Stadt aufgelegt wurde.

## Arbeitsames Leben

Das Werk selbst ist mehr als ein Inventar an Beiträgen aus einem überaus arbeitsamen Leben als Schulmann und Historiker, als Archivar und verdienter Kustos der städtischen Sammlungen. Es ist ein Repetitorium, ein Nachschlagewerk für die heimatgeschichtliche Orientierung.

Revellio schreibt 1964: „Mehr denn je braucht man jetzt die gesunden und bewahrenden Kräfte der Vergangenheit; sie aus dem Schutte, den eine unglücklichen Gegenwart über sie gehäuft, wieder freizulegen...“.

Bis heute ist das Werk erhältlich, auch in lokalen Antiquariaten, und so bleibt es eine Lektüre, die verständlich und spannend und in populär-wissenschaftlicher Darstellung den heimatkundlichen Laien erfreut und verwöhnt.

Seit mehreren Jahrzehnten ein „quellenreiches Neuland“ mit zahlreichen Abbildungen (150), die im individuellen Geschichtsbewusstsein vieler Bürger Platz genommen haben.

### Anmerkungen:

### Bildunterschriften:

Abb. 1: Paul Revellio (\*24. September 1886 Hüfingen; † 1. Juli 1966 Villingen)

Abb. 2: Beiträge zur Geschichte der Stadt Villingen







Abb. 2: Mit eher wenig Lust zu großem Auftritt: Hans Brüstle mit seinem Hauptschul-Abschlussjahrgang 1952/53 – mit im Bild die Villingen Buben von einst: Hermann Schubbauer und Gerhard Schubnell.

**Standpunkte.** Brüstle erweckte gar den Eindruck, als schirme er sich ab, weil er andere nicht brauche, ohne aber Hilfsbereitschaft zu verweigern.

Drum ließ er sich auch nie beeinflussen, was er jedoch durch Lektüre seiner Bücher immer zuließ. Brüstles Standpunkte galten als klar und unumstößlich, ohne beeinflussen zu wollen.

Stets galt Hans Brüstle als skeptisch mit meist raschem Urteil über andere, oft auch wohl ein wenig ruppig aber doch leise, so Hans Hauser.

Brüstles Art war trotz aller Eigenarten nie schroff oder unhöflich, viel eher habe er den Konflikt gescheut und suchte auszugleichen. Oft zum eigenen Nachteil, ohne jedoch seine Haltung aufzugeben.

**Heimatgeschichte.** Diesem Wesen war seine Liebe zum Klavier- und Orgelspiel passend zugeordnet, dem er sich stundenlang allein hingeben konnte.

Brüstle arbeitete mit an vielen Schulbüchern und liebte die Beschäftigung mit der Heimatgeschichte im Schwarzwald und auf der Baar. Grund genug, auch Mitgründer und Vorstand im Geschichts- und Heimatverein Villingen und gleichzeitig Museumsbeirat wie auch Mitglied und im Vorstand des Vereins für Geschichte und Naturgeschichte der Baar in Donaueschingen zu werden.

**Fasnet und Schemen.** Als geradezu reich gilt die

Ernte seines Schaffens ab 1960 an heimatkundlichen Schriften. Lokal herausragend: Villingen – aus der Geschichte der Stadt (1971); begeistert „Das wilde Heer mit einigen hundert Sagen aus dem Schwarzwald (1977)“, erschienen bei Rombach in Freiburg. Und auch die Fasnet blieb ihm nicht fremd, wobei es ihm oft die Schemen und deren Tradition angetan hatten. Es folgten auch „lyrische Versuche“ in schmalen Bändchen „Variationen I und II“.

**Reiche Vergangenheit.** Interessant dann auch Brüstles Vorwort 1971, sah er sich doch in der Riege all derer, die sich der Villingen Geschichte und deren Chronik widmeten: Johann G. Baptist Käfer (1744–1833); J. N. Schleicher (1807–1875), Ch. Roder (1845–1921) und Paul Revellio (1886–1966): „Die kurze Geschichte der Stadt – mit ihrer Kunstgeschichte“ des Co-Autors Josef Fuchs – gilt als berechtigt, weil sie das Bedürfnis einer breiten Leserschaft nach einer geschlossenen Stadtgeschichte befriedigt. Gleichzeitig aber auch unsere heranwachsende Jugend an das geschichtliche Leben einer reichen und bewegten Vergangenheit heranführen möchte.



Abb. 3: Titel von Brüstles Villingen Stadtgeschichte.

# Ehrenvorsitzender Günter Rath erhält Ehrennadel des Landes Baden-Württemberg

Werner Echle

Günter Rath war 33 Jahre lang für unseren Geschichts- und Heimatverein Villingen ehrenamtlich tätig. Nach acht Jahren Mitgliedschaft im Beirat und zwei Jahren als zweiter Vorsitzender leitete er von 1993 bis 2015 insgesamt 23 Jahre lang den Verein als erster Vorsitzender.



Abb. 1: Oberbürgermeister Dr. Kubon bei der Verleihung (Foto Jochen Hahne).

Für dieses große Engagement erhielt Günter Rath – auf Initiative seines Nachfolgers – im Rahmen der Jahreshauptversammlung am 09. März 2015 die Ehrennadel des Landes Baden-Württemberg überreicht.

Zu dieser Veranstaltung konnte der Vorsitzende Werner Echle den Oberbürgermeister unserer Stadt Herrn Dr. Rupert Kubon begrüßen, der die Ehrung im Namen von Ministerpräsident Winfried Kretschmann vornahm. Als besondere Geste gegenüber Günter Rath freute er sich, dessen langjährigen obersten Dienstvorgesetzten Herrn Ministerpräsident a. D. Dr. h. c. Erwin Teufel mit Gattin willkommen heißen zu dürfen. Außerdem erwiesen viele Vereinsmitglieder und Wegbegleiter dem langjährigen Vorsitzenden in großer Verbundenheit ihre Reverenz.

Der Oberbürgermeister ging in seiner Laudatio auf die besonderen Leistungen von Günter Rath

ein. Er erwähnte die vielen Veröffentlichungen, Projekte und Förderungen, die der Verein unter seiner Führung realisiert hat. Beispielhaft sind zu nennen: die Unterstützung der Silbermannorgel, der Weihnachtsmarkt, die Stele am Stationenweg, der Geschichts- und Naturlehrpfad sowie die Einrichtung einer eigenen Geschäftsstelle.



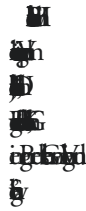
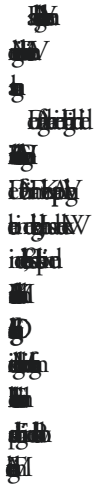
Abb. 2: Dr. h. c. Erwin Teufel beim Grußwort (Foto Jochen Hahne).

Ministerpräsident a. D. Dr. h. c. Erwin Teufel überraschte den Geehrten und die Anwesenden mit einem Grußwort. Ein besonderes Lob hatte er für die ehrenamtliche Arbeit, die sein langjähriger Mitarbeiter im GHV geleistet hat und unterstrich in diesem Zusammenhang die Unverzichtbarkeit des Ehrenamtes für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Er äußerte vor allem die Wertschätzung für Rath, dessen Kreativität er auch in Diensten des Landes Baden-Württemberg erlebte.

Günter Rath schloss seine Dankesworte mit dem Wunsch an die Stadt: „Ich wünsche mir, dass sich die Stadtverwaltung Ihrer Verantwortung gegenüber der historischen Stadt bewusst ist.“

Wir alle können dankbar sein, dass Günter Rath sich im Verein und in der Stadt um die Gemeinschaft besonders verdient gemacht hat.

# Jahresrückblick2016



A D





bürgermeister Dr. Rupert Kubon begrüßen. Er gab seinen ersten Rechenschaftsbericht ab. Hasko Froese informierte über die Finanzsituation des Vereins.

In ihrem Amt für weitere 2 Jahre wurde die Schriftführerin Helga Echle einstimmig bestätigt. Der GHV konnte auf ein erfolgreiches Vereinsjahr 2015 zurückblicken und insgesamt eine positive Bilanz vorlegen.



In Rahmen der Jahreshauptversammlung wurde dem langjährige Vorsitzenden Günter Rath für seine Verdienste im Geschichts- und Heimatverein Villingen die Ehrennadel des Landes Baden-Württemberg verliehen.

Am 16. März erlebte eine Gruppe des GHV eine Führung mit Frau Dr. Anita Auer durch die Ausstellung „Das Korn der frühen Jahre“, 7000 Jahre Agrargeschichte in Baden-Württemberg, in der die hochinteressanten Ergebnisse von 25 Jahren Forschungsarbeit zur Geschichte unserer Kulturlandschaft durch das Labor für Archäobotanik präsentiert wurden. Man erfuhr, wovon sich die Menschen ernährten, wie die Landschaft gestaltet wurde und wie man die Erträge nutzte.

Die Wirtschaft, so glauben wir oft, folgt eigenen und objektiven Gesetzmäßigkeiten – Angebot und Nachfrage, Dynamik von Geldströmen, Zwang zu Innovation und Rationalisierung. Im Grunde aber wird sie von und für Menschen betrieben und folgt daher menschlichen Antrieben; Wirtschaftsgeschichte ist wesentlich Humanwissenschaft. Diese Sicht leitete Prof. Friedemann Maurer bei seinem Vortrag vor dem Geschichts- und Heimat-

verein Villingen über die regionale Kultur- und Wirtschaftsgeschichte. Als Pädagoge und Philosoph hatte er sich zum Ziel gesetzt, die treibenden Kräfte bei der wirtschaftlichen Entwicklung des Schwarzwaldes anthropologisch zu erklären: Die Traditionen dieser Landschaft seien die Widerspiegelung einer Lerngeschichte, die Welt, die dabei entstand, eine Leistung der Menschen. Die Firma „Johann Morath und Söhne“, heute „IMS Gear“ in Eisenbach, führte Maurer als Beispiel für Beharrungskraft und Leistungsfähigkeit des Schwarzwälder Gewerbes auch unter widrigen Umständen an.



Abb. 4: Professor Friedemann Maurer (Mitte) mit dem Initiator des Vortrags, Eberhard Härle (links) und dem 1. Vorsitzenden Werner Echle (rechts).

Wirtschaft, so Friedemann Maurer abschließend, besteht nicht nur im Zusammenwirken von Kapital und Arbeit, sondern ist wesentlich angewiesen auf Bildung – und auf menschliche Eigenschaften wie Ausdauer in der Entbehrung, Anpassungsfähigkeit und Weltoffenheit. Im Schwarzwald ist dieser Zusammenhang anschaulich zu beobachten, als Beispiel einer Lern- und Sinngeschichte der menschlichen Gemeinschaft.

Die erste Tagesexkursion 2016 führte den GHV nach Offenburg und Kappelrodeck. In Offenburg lernten die Teilnehmer bei einer Stadtführung die Stadt und deren Geschichte kennen. Sie waren überrascht von der Schönheit und der reichhaltigen Geschichte der Stadt. Ein Vergleich mit Villingens Geschichte ergab manches Gemeinsame,

wie z.B. die Stadtbefestigung, die in Offenburg im Pfälzischen Erbfolgekrieg im Jahre 1689 von den Truppen Ludwigs XIV. leider vollständig zerstört wurde, eine Spitalstiftung sowie die Zugehörigkeit zu Habsburg. Über die Ereignisse der badischen Revolution 1848, für die Offenburg das Zentrum war, erfuhren die Teilnehmer ebenso wie über die Wirtschaftsentwicklung in der bevorzugten Lage der Stadt.

In Achern und Kappelrodeck lernten die Besucher, aufgrund der Vermittlung und Organisation des GHV-Mitglieds Uwe Lauinger, dessen Vater aus Achern stammte, das Weingut Königer kennen. Der junge, sehr aktive und ehrgeizige Tobias Königer erklärte, wie er diesen Betrieb gegründet hat und mit welcher modernen Betriebsphilosophie und -strategie er mit einem Sortiment an qualitativ hochwertigen Produkten auf einem erfolgreichen Weg ist.



Abb. 5: Tobias Königer erklärt die Weinherstellung.

Ein Mönch aus Villingen bringt Kultur an den Bodensee: Diese kühne These trug Michael Raub, Historiker und Lehrer am Wirtschaftsgymnasium, dem Geschichts- und Heimatverein vor. Im Mittelpunkt stand Franz Sales Wocheler, der 1790 im Alter von 12 Jahren als Schüler an das Villingener Benediktinergymnasium gekommen war und 1797 in den Orden eintrat. Als junger Mönch unterrichtete er am Klosterschule und war Seelsorger in Pfaffenweiler. 1820 wurde er Stadtpfarrer in Überlingen; dort gründete er den Schulfonds und die heute noch bedeutende Leopold-Sophien-Bibliothek.

Als Wocheler nach Überlingen kam, war der Glanz der ehemaligen Reichsstadt verblichen, die allgemeine Bildung in schlechtem Zustand. Hier fand der neue Stadtpfarrer ein wichtiges Betätigungsfeld. 1830 ergriff er die Initiative, die Schulen der Stadt neu zu organisieren. Ein Jahr später stiftete er der Stadt seine eigene, aus über 10.000 teils kostbaren Bänden bestehende Büchersammlung, darunter viele aus Villingener Klöstern. Sie bildete den Grundstock der Leopold-Sophien-Bibliothek, der ersten öffentlichen Bibliothek Badens. So hat der von den Reformideen aus seiner Villingener Zeit geprägte Geistliche in der Tat die Kultur am Bodensee voran gebracht, wofür ihm die Stadt Überlingen 1878 vor dem Münster ein Denkmal setzte.



Abb. 6: Herr Dr. Michael Raub (links) mit dem Initiator des Vortrags Michael Tocha.

In einer sehr unterhaltsamen und lehrreichen theatralischen Stadtführung führte Gunther Schwarz mit seinem Ensemble die Gruppe des GHV in die Geschichte Villingens durch das Mittelalter bis in die frühe Neuzeit. Im Mittelpunkt stand das „Alte Rathaus“, in dem die Führung endete. Diese ging vom Franziskaner über die ehemalige Herrenstube in der Rietstraße bis zum Alten Rathaus, in dem die Baugeschichte dieses Gebäudes erklärt wurde.

Im ehrwürdigen Ratssaal präsentierte das Ensemble als Höhepunkte die besonderen schauspielerischen Auftritte einer Betschwester und des

Jakob Kraut. Thema hier war vor allem die Zeit der Hexenprozesse um das Jahr 1641.

Mit viel Humor, Witz und Ironie gestaltete das Ensemble eine über zweistündige kurzweilige, spannende aber auch nachdenkliche und dramatische Führung, in der es mit überzeugenden schauspielerischen und musikalischen Begabungen die GHV-Mitglieder überraschte und begeisterte.



Abb. 7: Das Ensemble der Theatralischen Stadtführung.

Vom 31. Mai bis 08. Juni lernten 43 Teilnehmer des Geschichts- und Heimatvereins Villingen auf der Jahresexkursion die an Geschichte und Kultur reiche Provence kennen. In dieser Region mit einer vielfältigen und abwechslungsreichen Landschaft besuchte die Gruppe mehrere geschichtsträchtige Städte mit vielen Kulturdenkmälern und lernte auch Land und Leute und deren typische Küche kennen. Die Rhone war ständiger Begleiter auf dieser Fahrt.

Der Reiseleiter Klaus Weiss von der Fa. albaTours verstand es ausgezeichnet, mit seinem reichen Wissen den Teilnehmern die Geschichte dieser schönen Gegend im Gesamtzusammenhang mit der europäischen Entwicklung zu erklären. Mit vielen wertvollen und fachkundigen Informationen über Kultur, Land und Leute, Landschaften, aber auch Politik, aktuelle Ereignisse, Fauna und Flora machte Herr Weiss die Jahresexkursion zu einem besonderen Erlebnis. Die noch vorhandenen Kulturdenkmäler aus der Römerzeit sowie die künstlerisch wertvollen Kirchen waren Schwerpunkte bei den Besichtigungen.

Besondere Erlebnisse waren ein Abstecher in die Camargue mit Rundgang in St. Gilles und Besuch der Salzgärten von Aigues Mortes, die Besichtigung des Papstpalastes und der bekannten Brücke in Avignon. Ein Besuch in der ehemaligen Heilanstalt in St.Remy-de-Provence, in der Vincent van Gogh sein letztes Lebensjahr verbrachte und etliche seiner ausdrucksvollsten Bilder malte, sowie die Besichtigung der Ockerbrücke in Roussillon und des Pont du Gard in Nîmes rundeten das Bild dieser vielfältigen Landschaft ab.



Abb. 8: Der Pont du Gard in Nîmes.

Unter Leitung des zweiten Vorsitzenden Andreas Flöß besuchte eine Gruppe des GHV das Vitra Design Museum in Weil am Rhein. Unter dem Motto „Architektur als Kunst“ wurden auf dem Campus bei einer Architekturführung die Bauten namhafter Architekten wie z. B. Frank Gehry, Tadao Ando oder Zaha Hadid erklärt und bewundert.

Außer der Architektur auf dem Campus erhielt der GHV auch eine interessante Führung durch die Produktionsstätte der Fa. Vitra, in deren Mittelpunkt die Fertigung des sehr erfolgreich produzierten „Lounge Chair“ Stuhles stand. Der Besuch im Vitra Haus mit Möbelarrangements in unterschiedlichen Zeit- und Stilrichtungen von den großen Klassikern bis zu heutigen Entwürfen rundeten mit einmaligen Eindrücken diesen Besuch ab.

Ausgebucht war die Exkursion des GHV in die Trompeterstadt Bad Säckingen, die von Dekan i. R. Pfarrer Kurt Müller und dem Vorsitzenden Werner Echle geplant und geleitet wurde. Bei einer





Abb. 9: Eines der Gebäude im Vitra-Museum.

Stadtführung lernten die Villingen die Geschichte der schönen Stadt kennen, deren Entstehung dem Leben und Wirken des Heiligen Fridolin zu verdanken ist.

Bekannt ist die Stadt vor allem durch die Legende um den „Trompeter von Säckingen“ von Joseph Viktor von Scheffel, mit dem Kater Hiddigegei, sowie durch die längste, überdachte Holzbrücke Europas.

Die Besichtigung des Münsters mit dem Fridolinsschrein war der Schwerpunkt dieses Tages. Pfarrer Kurt Müller erklärte den Teilnehmern in seiner bekannten, beliebten und angenehmen Art schon während der Fahrt die Geschichte des Heiligen Fridolin und des Münsters. Auch über die Stele seines befreundeten und den Villingern wohlbekanntes Klaus Ringwald konnte er vieles erklären. Ähnlich wie beim Münsterbrunnen in Villingen hat Ringwald auf der Stele die Säckin-



Abb. 10: Blick von der längsten überdachten Holzbrücke Europas zum Fridolin'smünster.

ger Stadt-Geschichte mit dem Leben des heiligen Fridolin, dem Trompeter von Säckingen und die traditionelle Bäderkultur dargestellt.

Der GHV besuchte vom 30.06.2016 bis 03.07.2016 den Harz mit der alten Kaiserstadt Goslar und den Nachbarstädten Quedlinburg und Wernigerode. Helga Echle hat diese Fahrt vorzüglich geplant und vorbereitet. Die Teilnehmer waren begeistert von dieser bisher den meisten unbekanntem Landschaft. Bei einer ausgezeichneten Stadtführung lernte man die UNESCO-Welterbestadt Goslar und die „Bunte Stadt am Harz“ Wernigerode kennen. Bei einer kleinen Harzrundfahrt wurden die Teilnehmer mit den Ähnlichkeiten zum Schwarzwald vertraut gemacht.

Bei einer Führung durch die eindrucksvolle historische Altstadt Quedlinburgs mit dem Schlossbergensemble, die seit 1994 als Welterbe der UNESCO geschützt ist, lernte die Gruppe dieses Kleinod und deren Geschichte kennen. Quedlinburg erhielt 994 das Markt-, Münz- und Zollrecht von Otto III. verliehen, also 5 Jahre vor Villingen. In der sehr geschichtsträchtigen Stiftskirche St. Servatii erlebte die Gruppe eine hervorragende Führung mit vielen Informationen aus der Geschichte Heinrichs I, der in dieser Kirche mit seiner Frau Mathilde begraben wurde. Es war genau sein 1080 Todestag, an dem die GHV Gruppe die Grablege besuchte.

Bei seiner Exkursion zum Wasseraufbereitungsbetrieb der Bodenseewasserversorgung in Sipplin-



Abb. 11: Ein Teil der Gruppe vor der Kaiserpfalz in Goslar.



gen informierte sich der GHV über die Aufgabe, den Betrieb und vor allem über die Qualität des Trinkwassers aus dem Bodensee.

Dr. Enzenroß stimmte auf der Hinfahrt mit Ausführungen zum Leben in früheren Jahrhunderten ein, in denen oft durch verunreinigtes Wasser Krankheiten, wie z. B. Cholera, die damals schlimmste Krankheit, sich verbreiteten. Wohltuend waren anschließend bei der Führung in der Aufbereitungsanlage Sipplingen die Informationen über die heutige erstklassige Qualität des Trinkwassers aus dem Bodensee.

Dieses Wasser wird auch nach Villingen geliefert. Mit Pumpwerken, aber vor allem durch natürliches Gefälle können ca. 4 Mio. in ganz Baden-Württemberg bis nach Bad Mergentheim mit Trinkwasser versorgt werden.



Abb. 12: Im „Quellbecken“ tritt das Bodenseewasser erstmals zutage.

Den kunstgeschichtlichen Teil der Exkursion erlebte der GHV durch die Führung im Münster St. Nikolaus, in Überlingen. Der langjährige ehemalige Mesner Wolfensberger erklärte den Hochaltar von 1616 -einer der berühmtesten deutschen Schnitzaltäre- der von Jörg Zürn geschaffen wurde.

Neben der Kirche steht ein Denkmal des ehemaligen Villingener Benediktinermönchs Franz Sales Wocheler, der von 1811 – 1820 Dekan und Stadtpfarrer in Überlingen war und sehr viel für die Bildung in der Stadt getan hat. Günter Rath wusste viel Interessantes über diesen Mann zu erzählen.

Architekt Konrad Flöß, langjähriges aktives Mitglied im GHV, hat zum „Tag des offenen



Abb. 13: Pumpwerke im Wasserversorgungswerk Sipplingen.

Denkmals” am 11. September 2016 einen Beitrag unseres Vereins übernommen. Er bot 2 Führungen zu Wegkreuzen in Villingen an, die vom GHV saniert wurden. Er hatte sich für diese Führungen gut vorbereitet und recherchiert, um den ca. 55 Teilnehmern viel Interessantes zu vermitteln.

Auf Anregung unsere Vorstandsmitglieds Andreas Flöß wurden auf einer Sonderexkursion im Ruhrgebiet, mit Schwerpunkt Industriearchitektur, die Stadt Essen sowie die Margarethenhöhe, ein Beispiel für die Umsetzung der Gartenstadtidee in Deutschland, besichtigt. Ebenso stand eine Besichtigung der Villa Hügel, Repräsentationsort des Unternehmens Krupp, auf dem Programm. Weitere Stationen waren das UNESCO-Welterbe Zeche Zollverein sowie die Kokerei, in der Kohle zu Koks veredelt wurde. Die Teilnehmer lernten die Produktionsabläufe der



Abb. 14: Blick auf die Zeche Zollverein in Essen.

einst größten Zentralkokerei Europas kennen. Die Besichtigung des Gasometers in Oberhausen und des Hafens in Duisburg rundeten das Programm ab.

---

Unter dem Thema „Helden, Herrscher, Heilige“ konnten sich viele Besucher des Franziskanermuseums nicht so recht etwas vorstellen. Frau Dr. Anita Auer führte jedoch mit großem Wissen und Erklärungen, die auch zum Schmunzeln anregten, zu ausgesuchten Ausstellungsstücken. Die Teilnehmer waren sich einig, dass dies eine der interessantesten Führungen im Franziskaner-Museum war.

---

Ausgebucht war auch die Fahrt nach Schonach zum Besuch der Ringwaldausstellung. In 3 Gruppen wurden die Gäste durch die sehenswerte Ausstellung geführt und mit dem Schaffen und den Exponaten von Klaus Ringwald vertraut gemacht. Es gab auch viele Informationen, die selbst „Ringwaldkenner“ zum Staunen brachten.

---

„Der Wald als Wasserlieferant und Lebensraum“ war das Thema einer Waldbegehung. Der große Kreis der Besucher erfuhr viel über die Arbeit des Forstamtes, den Waldschutz sowie Gefahren und Aktionen gegen das Waldsterben. Dass der Wald auch als wichtiger Wasserlieferant für Villingen dient, wurde anhand eingefasster Quellen und einer Pumpstation deutlich gemacht. Ebenso wurde ausführlich und anhand von Darstellungen über den Biber, seinen Lebensraum und seine „Schädigungen“ berichtet.

Die Teilnehmer waren sich einig: Die Villingener lieben ihren Wald.



Abb. 15: Der ehemalige Leiter des Städt. Forstamtes informiert über das Forschungsprojekt gegen das Waldsterben.

---

Die Besichtigung des Deutschen Phonomuseums in St. Georgen zeigte den Besuchern 150 Jahre Entstehung und Entwicklung von Tonkonserven. Auf 1.000 Quadratmetern wird hier so ziemlich alles präsentiert, was jemals Töne konservierte: frühe Walzen-Diktiergeräte ebenso wie das Tefifon, ein erstes Tonband- Kassetten-System aus den 50er-Jahren. 1907 stellten die Gebrüder Steidinger, die aus einer Uhrmacherfamilie stammten, Federwerke für Grammophone her – bis zu 50.000 Stück im Monat.

Die Teilnehmer zeigten sich begeistert von den alten Geräten, die zum Teil mit riesig großen Trichtern noch funktionsfähig sind, was die diversen Vorführungen belegten.

Auch eine Sammlung alter Schwarzwälder Uhren, hergestellt von St. Georgener Uhrmachern, gab es zu bestaunen.

---

Nach Redaktionsschluss fanden noch unter großer Beteiligung eine Tagesexkursion zur Besichtigung der Stuttgarter Weissenhofsiedlung sowie eine Führung mit Professor Schnabel im Haus der Geschichte statt.

---

Ebenfalls eine große Anmeldeleiste verzeichnete der Besuch des Uhrenindustriemuseums im November.

---



Abb. 16: Der festlich gedeckte Saal im Hotel Diegner.

Mit dem wieder gut besuchten, stimmungsvollen „Besinnlichen Abend“ im Hotel Diegner endet ein an Veranstaltungen reiches Vereinsjahr 2016.



R

1U

A R  
D M  
F  
S g h  
P h

R

U

G  
F  
S  
d  
B

U

D  
B  
(  
V  
F

U

M m  
M  
V g m R  
v  
R

R

M

H  
J

M

D  
F  
»

R

0U

M m  
D  
»  
B  
F  
h

A

W  
T  
f  
M

U

A  
D  
F  
S  
W

M

M

W  
E  
G  
k  
(

N

1U

K  
F

A

H  
T  
E  
F  
H  
v

## 28. Juni

*Karl Heinz Weißer*  
Tagesexkursion nach Colmar  
Stadtführung und Museum  
Unter den Linden mit Isenheimer Altar

## JULI

### 06. – 09. Juli

*Helga Echle*  
Kleine Jahresexkursion  
Odenwald/Bergstraße  
Weltkulturerbe Kloster Lorsch, Heppenheim, Michelstadt, Amorbach, Miltenberg

### 12. Juli, 17:30 Uhr

*Christiane Lehmann*  
Führung zur Geschichte und zu Grabmalen bedeutender Villingener Bürger auf dem Villingener Friedhof

### 19. Juli, 18:00 Uhr

*Dr. Anita Auer*  
Führung im Franziskanermuseum  
„Wie tickt Villingen-Schwenningen“  
Sonderausstellung zum 1200-jährigen Jubiläum

## SEPTEMBER

### 05. – 16. September

*Klaus Weiss*  
Große Jahresexkursion  
Studienreise nach Schottland

### 30. September, 15:00 Uhr

*Roland Brauner/Eberhard Härle*  
Wanderung auf dem Premiumwanderweg mit Einkehr im Breitbrunnen

## OKTOBER

### 11. Oktober

*Eberhard Härle/Pfarrer Kurt Müller*  
Exkursion Schwäbische Barockstraße  
Barockkirche Steinhausen,  
Kloster Bad Schussenried, Otterswang  
(Kirche, Früchtetepich)

### 19. Oktober, 19:30 Uhr

Münsterzentrum  
*Prof. Dr. Thomas Schnabel*  
Vortrag über Eugen Bolz, Katholik, Staatsmann und Widerstandskämpfer

## NOVEMBER

### 07. November

*Dekan Josef Fischer*  
Gedenkgottesdienst für die verstorbenen Mitglieder im Münster

### 08. November, 19:30 Uhr

Münsterzentrum  
*Dr. Casimir Bumiller*  
Vortrag: „Geschichtsbild und Identität der Stadt Villingen im 19. Jahrhundert“

### 18. November, 16:00 Uhr

Benediktinerkirche  
*Pfarrer Kurt Müller*  
Führung: Schätze und Geheimnisse in der Benediktinerkirche

### 26. November

Evangelische Kirchen  
Gedenkgottesdienst für die verstorbenen Mitglieder

## DEZEMBER

### 08. Dezember, 18:00 Uhr

Hotel Diegner  
Besinnlicher Abend

## Stammtisch

### Jeden 1. Freitag im Monat

um 19:00 Uhr in der Zehntscheuer

Evtl. Änderungen entnehmen Sie bitte aus den Hinweisen in der Tagespresse, den aktuellen Rundschreiben oder dem Internet unter: [www.ghv-villingen.de](http://www.ghv-villingen.de)





zu Themen der südwestdeutschen Landeskunde. Seit 1971 und bis heute Mitglied des Rottweiler Kreistags.

**Lambert Hermle**, geboren 1946 in Villingen. Stadtführer, Ehrenratsherr der Historischen Narroznft Villingen. Mitglied im Geschichts- und Heimatverein.

**Jörg-Dieter Klatt**, Religions- und Techniklehrer, ehemaliger Rektor an Grund- und Werkrealschulen. Langjähriger 2. Vorsitzender des Villingener Eisenbahn-Clubs e.V.. Autor und Mitautor mehrerer eisenbahnhistorischer multimedialer Veröffentlichungen über die Region Villingen-Schwenningen. Lebt seit 33 Jahren im Schwarzwald-Baar-Kreis.

**Dr. Heinrich Maulhardt**, Stadtarchivar, Leiter der Stabsstelle Archiv und Dokumentenmanagement der Stadt Villingen-Schwenningen.

**Kurt Müller**, geboren 1937 in Kehl, Schulzeit und Jugendjahre in Villingen. Nach dem Studium der Theologie 1963–1980 als Vikar und Pfarrer in verschiedenen Pfarreien der Erzdiözese Freiburg tätig. Seit 1981 Münsterpfarrer in Villingen, Dekan des Dekanats Villingen. Mitglied des GHV und seit 1987 im Vorstand.

**Bertold Ummenhofer**, geboren am 25.5.1948 in Villingen, zunächst Bäckermeister und Konditor, ab 1973 Bank- bzw. Versicherungskaufmann. 1976 Gründung des Versicherungsbüro Ummenhofer. 2012 Übergabe an Sohn Jochen. Ehemals ehrenamtlicher Kommandant der Feuerwehr der Stadt Villingen-Schwenningen, Ehrenmitglied der Feuerwehr Villingen-Schwenningen, Mitglied des Gemeinderates der Stadt VS und Mitglied des Kreistages Schwarzwald Baar.

**Wendelin Renn**, geboren 1955 in Dürmentingen. Studium der Rechtswissenschaft, Kunstgeschichte und Empirischen Kulturwissenschaft in Konstanz, Hamburg und Tübingen. Seit 1989 Leiter der Städtischen Galerie Villingen-Schwenningen. Mitglied beim Conseil International des Musées (ICOM) und International Association of Curators of contemporary art (IKT). Lehraufträge an der

Johannes Gutenberg Universität Mainz, Kunsthochschule Mainz und der Hochschule Furtwangen University.

**Wolfgang Riedel**, in der Villingener Hafnergasse geboren. Als Konstrukteur im Maschinenbau tätig. Vorsitzender des Villingener Eisenbahn-Clubs e.V.. Autor und Mitautor mehrerer eisenbahnhistorischer multimedialer Veröffentlichungen über die hiesige Region.

**Wolfgang Rüter-Ebel**, Jahrgang 1959, geboren und aufgewachsen in Niedersachsen, Studium der Germanistik, Mathematik und Evangelischen Theologie, Pfarrer der Badischen Landeskirche, seit 2010 Dekan im Evangelischen Kirchenbezirk Villingen und Pfarrer an der Villingener Johanneskirche, verheiratet, zwei erwachsene Söhne.

**Dr. Thomas Schnabel**, Jahrgang 1952, leitet seit 1989 das Haus der Geschichte Baden-Württemberg in Stuttgart; studierte Geschichte, Germanistik und Politikwissenschaften, wurde zum Thema „Württemberg zwischen Weimar und Bonn 1928 – 1945/46“ promoviert; Lehrbeauftragter an der Universität Heidelberg.

**Ute Schulze M.A.**, geboren 1963 in Dortmund, nach dem Studium der Mittleren und Neueren Geschichte sowie Politikwissenschaft Ausbildung zur Diplomarchivarin (FH). Seit 1992 im Stadtarchiv Villingen-Schwenningen. Mitglied im GHV.

**Erwin Teufel**, geboren 1939 in Rottweil, 1964 Bürgermeister von Spaichingen, 1972 Staatssekretär, 1978 Vorsitzender der CDU Landtagsfraktion, 1991 – 2005 Ministerpräsident von Baden-Württemberg und seit 1995 Mitglied im Geschichts- und Heimatverein Villingen.

**Michael Tocha**, bis 2012 Lehrer am Gymnasium am Hoptbühl Villingen und Fachberater des Regierungspräsidiums Freiburg für Geschichte. Beirat im Geschichts- und Heimatverein.

**Kurt Volk**, Gremmelsbach.

GENUSS  
WERK  
STATT  
St. Georgen



Auch 2017  
unterstützen werden  
Geschichts-und  
Heimatverein



H  
 G  
 H  
 G  
 H  
 G  
 H  
 G

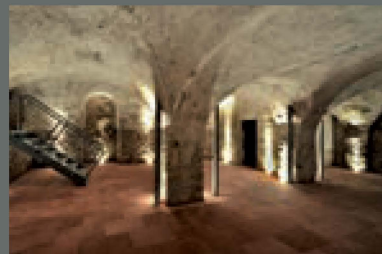
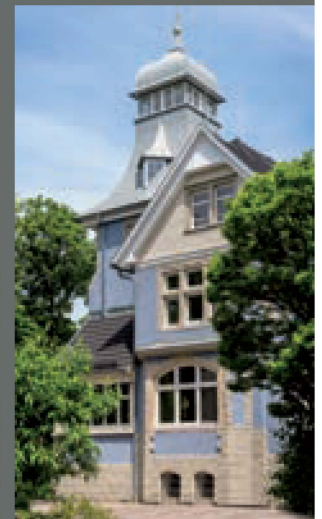
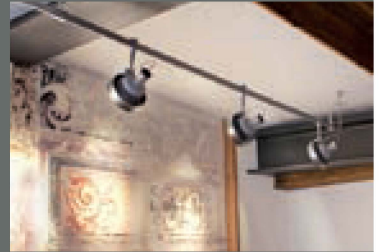

**wildergarten**  
 garten- und landschaftsbau







**LUSCHIN**  
REISEN



architekten  
flöß

ENTWURF | PLANUNG | BAULEITUNG | ALTBAUSANIERUNG | WERTGUTACHTEN  
flöß architekten | Rathausgasse 2 | 78050 VS-Villingen | Tel. 07721.99 84 994 | [www.floessarchitekten.de](http://www.floessarchitekten.de)

### BestandslistedernocherhältlichenJahreshefte

Die Hefte können zum Preis von 2€ käuflich erworben werden in der Geschäftsstelle in der Kanzleigasse 30 samstags von 10.30 Uhr bis 12.00 Uhr.

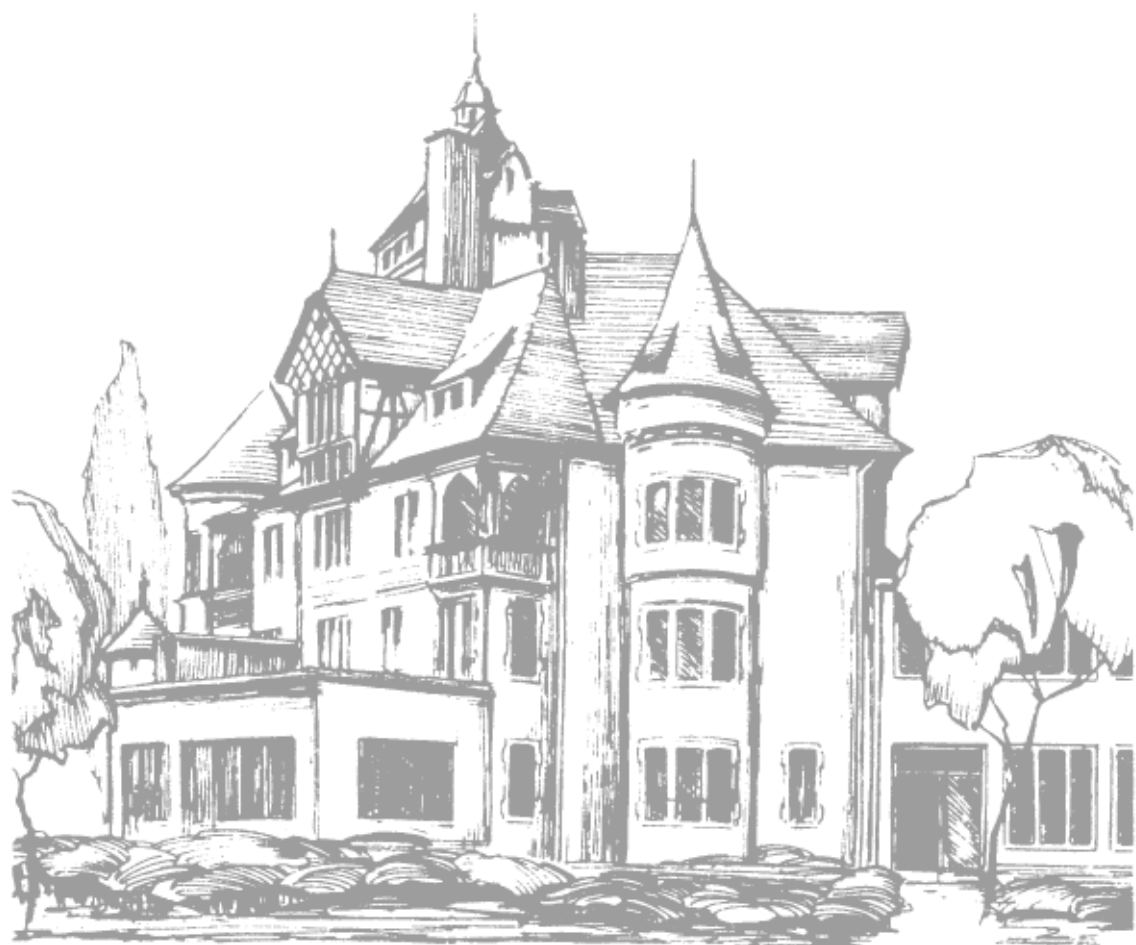
#### Jahresheft

1977	1978/79	2002	2004
1986/87	1987/88	2005	2006
1988/89	1990/91	2007	2008
1991/92	1992/93	2009	2011
1993/94	1995/96	2012	2014
1996/97	1997/98	2015	2016
1999/2000	2001		

Bei dem Jahresheft 1990/91 handelt es sich um das Buch „Das Leben im alten Villingen. Alte Ratsprotokolle erzählen, 1830–1930“ bearbeitet von Dr. Ulrich Rodenwaldt. 370 Seiten. Stückpreis 8€. Außerdem ist das aktuelle Jahresheft

2017 zum Preis von 15€ sowie das Buch „Große und kleine Gotteshäuser“ von Altdekan Kurt Müller zum Preis von 10 € und der Wanderführer zum Geschichts- und Naturlehrpfad zum Preis von 4€ in der Geschäftsstelle erhältlich.

*Seit 60 Jahren*



**IHR  
PARTNER  
FÜR  
GUTEN  
DRUCK**



Druckerei Leute GmbH  
Wehrstraße 3  
78050 VS-Villingen  
Tel. 07721/8456-0  
Fax 07721/56860  
info@druckerei-leute.de





# Hier daheim.



[spk-swb.de](http://spk-swb.de)

**Wir fördern Kunst und  
Kultur mit zahlreichen  
Projekten in unserer  
Region.**

Wenn's um Geld geht  
 **Sparkasse  
Schwarzwald-Baar**